

Zweiter Parteitag

der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

CDU

Karlsruhe, 18.-21. Oktober 1951

Zuverlässig, schnell und gründlich

unterrichtet über alle Parteiarbeit
und die Politik der CDU/CSU im Bundestag
sowie in den Landtagen die

„UNION IN DEUTSCHLAND“

der parteioffizielle Informationsdienst
der CDU/CSU mit seinem umfassenden
Archivdienst für Redner, Schulungsleiter usw.

Die „Union in Deutschland“ erscheint zweimal wöchentlich
im Umfang von je 6 Seiten

Der Bezugspreis beträgt für Streifbandbezug 1,70 DM
und für Posteinweisung 1,63 DM einschl. aller Postgebühren

*

„DEUTSCHLAND UNION DIENST“

der täglich erscheinende Kommentardienst für die Presse
die aktuelle Stellungnahme der Partei zu den Tagesereignissen

Bestellungen erbeten an den Verlag:
Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands
Bonn, Argelanderstraße 173

Zweiter Parteitag

der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Karlsruhe, 18.-21. Oktober 1951

Herausgeber:

Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Bonn, Blücherstraße 14 — Vertrieb: Bonn, Argelanderstraße 175

Druck: Kölnische Verlagsdruckerei GmbH

Zum Geleit

Der Parteitag in Karlsruhe war ein denkwürdiges Ereignis in der Geschichte unserer Partei. Er war eine Kundgebung starker Geschlossenheit und Entschlossenheit, er hat bewiesen, daß die gemeinsame geistige Grundlage christlicher Verantwortung es ermöglicht, bei freimütiger Erörterung aller Probleme alle Volksschichten zur politischen Aktion zusammenzufassen und im Staatsleben zur Wirkung zu bringen.

Wenn Goslar der Parteitag der Einigung war, so werden von Karlsruhe die starken Impulse ausgehen, die wir zur Vollendung unseres Werkes, ein einiges freies Deutschland in einem geeinigten Europa abendländischer Kultur zu schaffen, nötig haben:

Adenauer

»Deutschland und Europa«

Von Goslar nach Karlsruhe

Der erste Parteitag der Christlich-Demokratischen Union in Goslar war der Parteitag der Einigung einer politischen Bewegung, die als Ausdruck christlicher und demokratischer Gesinnung in allen Teilgebieten des Westens und ursprünglich auch in der sowjetisch besetzten Zone mit spontaner Kraft entstanden war. Der Gedanke, die Deutschen beider Bekenntnisse zu einem Arbeitsprogramm des Maßes und der Mitte zusammenzufassen, das seine letzte Begründung in der gemeinschaftlichen Verantwortung des Christen tragen sollte und eine Absage an die Menschenvergötzung nazistischer und marxistischer Prägung bedeutete, fand so starke Zustimmung, daß aus dieser Parteigruppierung die staatstragende Partei der Bundesrepublik wurde.

In Goslar wurden die praktischen Aufgaben des Zusammenschlusses umrissen. Ein Parteivorstand wurde gewählt, an dessen Spitze als Vorsitzender der Bundeskanzler Dr. Adenauer berufen wurde. Er übernahm zu seiner Arbeitslast als Regierungschef erneut diese Aufgabe und blieb mit der ihm eigenen Spannkraft und Zuversicht nicht nur der Vorsitzende, sondern der treibende Motor in dem neuen Parteiorganismus. Aber aus dem Organismus, wie er im Parteikörper sich lebendig und wirksam dokumentierte, mußte funktionell die Organisation erwachsen. Hier zeigte sich manche Schwierigkeit. Wie kaum eine andere Partei mußte gerade die CDU zahlreiche ihrer besten Köpfe in Regierungspositionen, in die Parlamente und die Verwaltungen abgeben, wo sie mitten im Neuaufbau und oft fast vor dem Nichts ihr gehäuftes Maß an Arbeit fanden. So hielt der Ausbau der Organisation zunächst nicht ganz Schritt mit der staatspolitischen und öffentlichen Funktion der Partei, vor allem gemessen an der begreiflichen Ungeduld der Mitglieder, die draußen im Lande im politischen Tageskampf stehen.

Immerhin gelang es in dem vergangenen Jahr, die Grundlagen der Organisation zu schaffen. Eine Bundesgeschäftsstelle steht, ebenso die Landesgeschäftsstellen mit einem gewissen Unterbau und die Fachausschüsse, denen die sächliche Durcharbeitung der aktuellen Aufgaben auf den verschiedensten Gebieten obliegt. Auch die Finanzierung wurde gesichert. Ebenso wurde eine klare Linie der Zusammenarbeit mit den Sonderorganen der CDU, den Sozialausschüssen, der Jungen Union und den Frauen erzielt.

Auch die Verbindung der Konfessionen im politischen Raum, vor allem auf dem Gebiete der Kulturgestaltung, bewährte sich in der Praxis. Erfreuliche Erfolge wurden besonders dann erzielt, wenn jeder einzelne in seiner Kirche wirklich fest verwurzelt war. Allerdings zeigt es sich,

besonders im Norden der Bundesrepublik, daß der Gedanke der Verbundenheit beider Konfessionen in einer politischen Gemeinschaft und die Arbeit im Zeichen dieser Idee in manchen Kreisen an Werkkraft einzu-
büßen schien, wo man sich über den Schreck des Zusammenbruches und die Zeit bitterster Not hinaus wähnte. Aber, wie Dr. Tillmanns in Karlsruhe hervorhob, im Bereich auch der evangelischen Kirche sind doch starke Kräfte, wesensmäßig und zahlenmäßig, wach geworden, die für eine wirklich christliche Politik Verständnis aufbringen und nur richtig angesprochen werden müssen.

Eine besondere Hoffnung gerade unserer Partei ist die ernsthaft um eine neue politische Lebensform bemühte Jugend. Sie war dem Parteiwesen gegenüber skeptisch geworden, weil sie es noch in seiner furchtbaren Verzerrung kennenlernte. Sie ist bedingungslos Europa zugewandt und muß mit der großen christlichen Tradition des Abendlandes erfüllt werden, wie sie im Ersten Reich der Deutschen auch als übernationale Gestaltungskraft sichtbar wurde. Gerade die Jugend wird das Beglückende einer Integration Europas, wie sie am stärksten vom Bundeskanzler der CDU vertreten wird, als ihr eigenstes Anliegen empfinden. Sie wird erkennen, warum das Wunschbild Europa überall auch draußen von christlich-demokratischen Kräften getragen wird. Wer hat neben den christlich-demokratischen Parteien unseres Erdteils eine Konzeption von gleicher Wirklichkeit und gleichem geistigen Tiefgang der Idee? Hier liegt Stoßkraft und Möglichkeit gerade auch der Jungen Union.

Im Sozialen, dem unmittelbaren Anliegen einer christlichen Massenpartei, gibt das Ahlener Programm, das in Karlsruhe auch praktisch stark im Mittelpunkt stand, die gesicherte Grundlage. Die Belebung der Wirtschaft durch persönliche Initiative, der wir Umfang und Tempo eines vom Ausland bewunderten Aufstiegs zu verdanken haben, fordert den Ausgleich, der schon in der Formulierung „Soziale Marktwirtschaft“ gegeben ist. Hierum ging es in der fruchtbaren Aussprache zwischen Sozialausschüssen und Wirtschaftsausschuß, die auch zu einer gemeinsamen Entschließung geführt haben. Die CDU, unter derer maßgeblicher Führung der Staatshaushalt die Hälfte seiner Mittel für soziale Zwecke aufwendet, und die auch im Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer einen dankbaren Weg des Ausgleiches erfolgreich erstrebt, kann hier mit Stolz auf ein Jahr der Leistungen zurückblicken. Sie ist wie keine andere Partei in der Lage, in ihrem eigenen Bereich schon den Ausgleich der Ideen und Kräfte herzustellen, der dann für den Staatsaufbau verwirklicht werden muß.

So war der Parteitag in Karlsruhe ein lebendiger Ausdruck aller dieser und mancher anderer Probleme und fruchtbarer Spannungen. Er umriß in großangelegten Referaten das weite Arbeitsgebiet: „Deutschlands Stellung in Europa“, „Sozialer und wirtschaftlicher Aufbau Deutschlands“, „CDU/CSU in der Verantwortung“ waren die Themen, die vom Bundeskanzler Dr. Adenauer, von Ministerpräsident Arnold und Dr. Holzapfel und von Dr. von Brentano in ihrer wesentlichen Bedeutung klargelegt wurden. Was der Evangelische Dr. Tillmanns (Berlin) und der Katholik Prof. Dr. Dempf (München) über „Standort und Aufgabe der CDU“ zu sagen wußten, das kann, wie Bundestagsabgeordneter Kiesinger in der Diskussion hervorhob, keine andere Partei ihren Mitgliedern bieten: Nämlich die Verwurzelung in einer tieferen weltanschaulichen Bindung, das politische Handeln und Gestalten nach einem Weltbilde, wie es zwei-

tausend Jahre Christentum prägten und wie es heute fester und unverrückbarer denn je steht. Hier liegt, richtig gewürdigt und gewertet, eine zentrale Kraftquelle gerade der Union, nachdem Liberalismus und Marxismus die Zeitgebundenheit und Utopie ihrer geistigen Grundlagen bewiesen haben. Daß die Vertreter beider Konfessionen, der Norddeutsche und der Süddeutsche, gerade dort, wo sie unter die Tagesoberfläche hindurchstießen, sich auf gemeinsamem Boden zu einer geschlossenen Haltung fanden und daß beide die gleiche Substanz ihres politischen Willens bejahen, war wohl eine besonders überzeugende Rechtfertigung der Unionsidee.

Die innerlich verantwortliche Stellungnahme zum Verteidigungsbeitrag und die deutsche Einheit als übergeordnete und zeitlich aktuell gewordene Aufgabe schlossen als die nach außen wie nach innen gleich erregenden Sonderfragen der Zeit die Kundgebungsfolge ab. Frau Bröckelschen als evangelische Frau und Minister Kaiser als berufener Träger der gesamtdeutschen Verpflichtung bezogen beide vom Politisch-Notwendigen wie vom Grundsätzlichen her einen einhellig bejahten Standpunkt, manches klärend und ordnend, was der Deutung und Vertiefung bedurfte.

Der eigentliche Schwerpunkt des Parteitages lag in der Arbeit der Ausschüsse. Hier trafen sich die politischen Fachkräfte der großen, alle Volksschichten umfassenden Partei zur Aussprache, die immer, oft hart gegen hart, zum Wesentlichen und zur Präzisierung des praktisch Erforderlichen durchstieß. Der Gesamtpartei und ihren Gremien ist hier für das kommende Jahr ein weitschichtiger Arbeitsstoff gehäuft. Die Berichterstattung vor dem Plenum gab einen aufschlußreichen Querschnitt über alle Fachgebiete. Insgesamt zeichnete sich in diesen Berichten konkret und aktuell die große Arbeitslinie der Partei ab.

Für die Aktivierung der Organisation und Werbung bereitete man den Weg der im November vom Parteiausschuß durch die Beauftragung eines geschäftsführenden Dreiergremiums beschritten werden sollte. Der Ausschuß, der aus aktiven, mitten in der Fraktionsarbeit stehenden Persönlichkeiten der jüngeren Generation besteht und sich arbeitsmäßig und persönlich eng verbunden fühlt, hat seine Tätigkeit inzwischen aufgenommen. Er sieht es als eine besondere Aufgabe an, den Forderungen gerecht zu werden, die sich wie ein roter Faden durch alle Erörterungen und Entschließungen hindurchzogen: Aktivierung der Arbeit, Festigung im Organisatorischen, Verstärkung der Werbekraft, besonders auch durch Verständlichmachung der großen Leistungen in Staat und Öffentlichkeit.

So konnte der Parteivorsitzende vor der dichtgefüllten Volksversammlung der Schlußkundgebung im Bewußtsein des Erfolges dieses Parteitages feststellen, daß Ströme der Kraft von Karlsruhe ins Land hinausgehen werden und daß die Christlich-Demokratische Union auch den kommenden Wahlkampf wieder gewinnen will und wird. Der starke und echte Beifall, die immer erneuten Ovationen, die dem Kanzler gerade auf dieser Volkskundgebung entgegengebracht wurden, waren nicht nur die Antwort auf die überzeugende Kraft seiner sachlichen und eindrucksvollen Worte, sie galten auch dem „Staatsmann von europäischem Format“, wie ein Auslandsgast bei der Tagung es ausdrückte. Sie galten dem „Mann mit dem tapferen Herzen“, um mit den Worten des so sicher und eindrucksvoll seines Amtes waltenden Tagungspräsidenten Dr. Gurk zu schließen.

Erster Tag: Freitag, 19. Oktober 1951

Im festlich geschmückten Saale der Stadthalle in Karlsruhe eröffnete am Freitag, 19. Oktober, um 17.30 Uhr, der Zweite Vorsitzende Dr. Holzappel den Zweiten Parteitag der Christlich-Demokratischen Union.

Die Stadthalle als monumentaler Bau bot mit ihren zahlreichen sach-entsprechenden Nebenräumen und dem breiten säulengeschmückten Eingang, vor dem die Flaggen des Bundes und der Länder von hohen Masten wehten, den würdigen Rahmen für die bedeutsame Veranstaltung. An der Stirnseite des Saales trug eine große hellangestrahlte Rosette in den Farben der Bundesrepublik die Zeichen der CDU. An der Längsseite hing die grüne Fahne Europas, denn im Zeichen „**Deutschland und Europa**“ stand der Parteitag von Karlsruhe. Der Saal war bis zum letzten Platz gefüllt. Auf der Tribüne saßen die Vertreter der Presse des In- und Auslandes. Insgesamt waren 391 stimmberechtigte Delegierte erschienen, dazu 435 Gastdelegierte und etwa 700 Ehrengäste und Tagungsgäste.

Nach dem Brandenburgischen Konzert Nr. 3, das die Badische Staatskapelle unter Generalmusikdirektor Matzerath darbot, nahm das Wort der 2. Vorsitzende der CDU,

Dr. Friedrich Holzappel:

Wir haben als erstes zu Beginn eines Parteitages ein Tagungspräsidium zu bestellen. Es hat sich aus der früheren demokratischen Zeit heraus der Brauch auch auf unsere Zeit herübergerettet, daß wir den zuständigen Landesverbandsvorsitzenden als Präsidenten des Tagungsbüros bestellen und ihm mit einem Mitarbeiterstab die Leitung des Parteitages übertragen. So bittet auch der Parteivorstand und der Parteiausschuß für den heutigen Parteitag zum Präsidenten des Tagungstages Herrn Stadtkämmerer Dr. Gurk, den Landesverbandsvorsitzenden aus Karlsruhe, zu benennen.

Zu Mitgliedern des **Tagungspräsidiums** schlägt Parteivorstand und Parteiausschuß Ihnen folgende Damen und Herren vor:

Frau Dr. Gröwel, Hamburg, Herrn Anton Dichtel, Freiburg, Herrn Dr. Gebhard Müller, Tübingen, Herrn Wilhelm Simpfendorfer, Stuttgart, und Herrn Ernst Lemmer, Berlin.“

Durch starken Beifall brachte die Versammlung ihre Zustimmung zu diesem Vorschlag zum Ausdruck. Das Wort nahm der Parteitagspräsident, Stadtkämmerer

Dr. Gurk:

Ich danke auch im Namen der übrigen Mitglieder des Präsidiums für den uns gewordenen Auftrag. Wir beginnen hiermit den Parteitag 1951 der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Der Kreisverband Karlsruhe und der Landesverband Nordbaden freuen sich über die Wahl des Tagungs-

ortes. Der Badischen Staatskapelle, mit Herrn Generalmusikdirektor Matzerath gebührt Dank und Anerkennung für die festliche Gestaltung dieser Eröffnungsstunde.

Vor jedem Grußwort gedenken wir derer, die noch im Jahre 1951 das seelische und körperliche Leid der Kriegsgefangenschaft tragen. Nicht minder derjenigen, die im Osten in Kümmernissen und Dunkelheit leben. Die politische Auseinandersetzung mit dem Problem der Macht, vor allem der Staatsmacht, aber auch jeder anderen Vermächtung, die die Person und die Familie zur Masse niederwalzt, scheint die beherrschende Aufgabe unseres neuen Zeitalters zu sein. Es wird unsere Aufgabe sein, von unserer politischen Idee aus zu dieser politischen Auseinandersetzung wesentlich beizutragen. Wir hoffen, daß allen Mühseligen und Beladenen als Ergebnis dieser politischen Auseinandersetzung Friede und Freiheit werde.

Der erste Gruß dieses Parteitages gilt dem sehr verehrten Herrn Vorsitzenden Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer. (Stürmische Beifallskundgebungen)

Von seinen Gegnern über das Maß des Tragbaren hinaus bekämpft, von seinen Freunden geliebt, von allen Wohlmeinenden aber hochgeachtet, steht sein Bild jetzt schon in den Blättern der Geschichte. (Starker Beifall)

Der Präsident des Parteitages in Goslar, Oberkirchenrat Cillien, hat damals in der ganzen Tiefe, die diesem Worte eigen ist, den Parteitagssteilnehmern und dem Herrn Kanzler ein fröhliches Herz gewünscht. Es beleuchtet die politische Entwicklung des letzten Jahres, daß wir diesen Wunsch heute umwandeln müssen in den nach einem tapferen Herzen. Die Zeiten gehen auf Sturm. Wer in diesen Zeiten ein Volk, das 1945 schwergeschlagen wurde, durch die Wogen führen will, braucht ein tapferes Herz. Dem deutschen Volke ist als Kanzler ein ritterlicher politischer Kämpfer gegeben. Ihm gebührt Vertrauen.

Der Parteitag dient der Selbstprüfung der Partei. Er soll aber auch ein Anruf an das deutsche Volk sein, ob es die Kraft und — ich darf sagen — auch die Gnade haben wird, dem ritterlichen politischen Kanzler auf dem Wege des Maßes und der Mitte tapfer zu folgen, oder ob es der politischen Magie erliegen will.

Mit dem Herrn Vorsitzenden und Bundeskanzler begrüßen wir die Mitglieder des Bundesvorstandes und Bundesausschusses sowie die Landesvorsitzenden. Unser Gruß gilt dem Präsidenten des Deutschen Bundestages, Herrn Oberkirchenrat Dr. Ehlers. Er gilt weiter den Herren Bundesministern Prof. Erhard, Dr. Lehr, Schäffer, Dr. Lukaschek, Kaiser, Schubert, Storch und allen, die ich nicht genannt habe.

Wir schließen die obersten Repräsentanten der deutschen Länder in unsere Begrüßung in dem Geiste ein, in dem die klassischen Länder der Demokratie diese üben. Dort lebt über das Formale hinaus Demokratie dadurch, daß die großen und kleinen Bundesländer und Kantone gleichwertig sind, mit gleichem Anteil an der Zentralgewalt. So lassen Sie mich die Namen etwa in der Reihenfolge vom kleinen zum großen Land sprechen und mit dem Land beginnen, von dem wir seit 1945 getrennt sind. So begrüße ich in gleicher Herzlichkeit die Herren Staatspräsidenten und Ministerpräsidenten Prof. Wohleb, Baden, Dr. Müller, Württemberg-Hohenzollern, Dr. Lübke, Schleswig-Holstein, Altmeier, Rheinland-Pfalz, (Beifall) und Arnold, Nordrhein-Westfalen. (Beifall)

Wir vermerken dankbar die Anwesenheit der hohen Vertreter der Christlichen Kirchen, des hochwürdigsten Herrn Prälaten, Domherrn und apostolischen Protonotars Dr. R ü d e , und des Herrn Vertreters des evangelischen Landesbischofs Dr. B e n d e r . Das Leid der Gegenwart, auch das politische, ist im Grunde ein weltanschauliches. Der revolutionäre Weg des letzten Jahrhunderts, der sich in dem Leitwort ausdrückt: „non serviam“, „ich will nicht dienen“, wird nur durch die alte und ewig neue Botschaft des „Gloria Patri“, „Ehre sei dem Vater“, überwunden. In diesem Sinne wird sich der Parteitag am Sonntag mit den großen Zeitfragen befassen.

Unser Gruß gilt dem Vertreter der württembergisch-badischen Regierung und Landesbezirkspräsidenten von Nordbaden, Herrn Dr. U n s e r , sowie dem leider durch auswärtigen Aufenthalt verhinderten Herrn Oberbürgermeister T ö p p e r , vertreten durch den uns wohlbekannten Herrn Bürgermeister H e u r i c h .

Die nicht nur konventionelle, sondern herzliche Einladung, die der Oberbürgermeister dieser Stadt hat ergehen lassen, zeigt das besondere politische Klima dieser Stadt und Landschaft, Erbe aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Es ist über alle grundsätzlichen Unterschiede das Klima des Menschlichen im politischen Kampf. Es möge bewirken, daß die Delegierten hier eine wahre Heimat finden.

Unter den Ehrengästen dürfen wir den Vertreter des Hochkommissars der Vereinigten Staaten von Amerika und die Vertreter der sonstigen H o c h k o m m i s s a r e freundlich begrüßen. Wir sehen in unserer Mitte zahlreiche ausländische D e l e g a t i o n e n , die mit uns in Gesinnung verbunden sind. Wir bewillkommen sie herzlich. Wir wollen mit ihnen in Fortführung der erfolgreichen Gespräche von Ems den Weg zur Einheit Europas in diesen Tagen vom Geistigen her suchen. Unter der Vielzahl der Delegationen darf ich in aller Kürze erwähnen — ich nenne die Namen, wie sie kommen —: Herr Minister Dr. S a s s e n , Holland, Herr Nationalrat Dr. M a l e t a , Österreich, Herr Dr. M e r t e n s , Belgien, Herr Dr. S c h m a l , Holland. (Beifall)

Ich darf — es geschieht am Schluß — weil es die höchste Instanz des Rechts ist, den Herrn Präsidenten Dr. H ö p k e r - A s c h o f f vom Bundesverfassungsgericht noch herzlich begrüßen.

Ich gedenke dankbar der Mitarbeit des R u n d f u n k s und der P r e s s e . Wir wollen den Gruß einmünden lassen in die Hoffnung, daß diese so tief und ernst gemeinte Tagung durch Presse und Rundfunk im Volke mit allem, was durch ihr Licht verbreitet werden wird, bekanntgemacht wird.

Nun noch kurz unseren Blick auf die Freunde der Christlich Sozialen Union Bayerns. Wir begrüßen sie zu allerletzt, weil sie zu uns gehören, an der Spitze den Herrn Generalsekretär S t r a u ß .

Unter den Delegierten, die jetzt zu begrüßen sind, lassen Sie mich den Chef der Bundestagsfraktion der Christlich Demokratischen Union, Herrn Dr. v o n B r e n t a n o , der uns als ein ritterlicher politischer Kämpfer bekannt ist, begrüßen.

Sehr liebe Gäste und alle die Delegierten! Frauen, Männer und Jugend, Arbeiter und Bauern, Beamte und Unternehmer! Neubürger und Altbürger! Sie sind mit dem ernstesten Willen gekommen, die Anliegen unserer Partei, die zugleich die Anliegen des ganzen Volkes sind, zu überprüfen und der Partei den Weg in die Zukunft zu weisen. Ich greife den Beratungen nicht vor. Sie wissen von dem bedeutungsvollen Referat, das

der Herr Bundeskanzler heute halten wird. Sie wissen, daß am Sonntag ganz aus der weltanschaulichen Tiefe heraus der Weg in die Zukunft gesucht und Zeitkritik geübt werden muß. Sie wissen, daß morgen über den sozialen und wirtschaftlichen Aufbau gesprochen werden soll. Damit soll gesagt sein, daß die soziale Gerechtigkeit, die notwendige Ergänzung der wirtschaftlichen Freiheit, Grundlage für das Vertrauen ist, das wir vom Volke erbitten dürfen.

Der Tagungsort hier liegt am Schnittpunkt alter Verkehrslinien, Nord—Süd, Skandinavien—Alpen—Rom, West—Ost, Paris—Straßburg—Wien—Konstantinopel. Der Ort ist geeignet, in Zusammenhängen zu denken und das Wesentliche zu sehen. Die Schwierigkeiten der Zeit liegen auf der west-östlichen Linie. Die Nähe der Schwarzwaldberge und der Pfalz aber möge Ihnen bestätigen, daß neben diesen großen Fragen die natürliche Verwurzelung unserer Kraft in der Heimat und im Vaterlande liegt.

So eröffne ich den Parteitag mit dem Gruß der Bergleute im Ruhrgebiet: „Glückauf!“. (Starker Beifall)

Als nächster sprach der Landesbezirkspräsident von Nordbaden.

Dr. Unser:

Es ist mir eine große Ehre, Sie im Lande Württemberg-Baden willkommen zu heißen und Ihnen die Grüße der württembergisch-badischen Staatsregierung entbieten zu dürfen. Darüber hinaus darf ich meiner Freude und Genugtuung Ausdruck geben, daß Sie die Stadt Karlsruhe als Tagungsort für Ihren Bundesparteitag 1951 gewählt haben.

Eine Betrachtung unseres heutigen politischen Lebens zeigt leider, daß dem Worte „Partei“ noch immer jene unheilvolle Bedeutung anhaftet, die im Dritten Reich diesen Begriff zu einer Waffe gegen die Demokratie gemacht hat. Weite Kreise in unserer Bundesrepublik, leider auch ein großer Teil unserer Jugend, stehen allen politischen Bindungen ablehnend gegenüber. Zahlreiche Stimmen bestreiten die Notwendigkeit eines organisatorischen Zusammenschlusses christlich Gleichgesinnter, und viele betrachten die Parteibildung als Wurzel politischer Zersplitterung und inneren Unfriedens. Aber eine wirksame politische Willensbildung kann nur im größeren Kreise einer Partei erfolgen. Nur die politische Partei kann diesem Willen Gewicht verleihen, denn jede Einzelstimme wird ungehört verhallen, wenn auch die Durchschlagskraft der politischen Parteien von den Persönlichkeiten abhängt, die sie tragen und die sich bis heute in allen Lagern gefunden haben. Trotz vielem Trennenden verbindet die meisten politischen Gruppen der ernste und ehrliche Wille, in gegenseitiger Achtung um eine bessere und sichere Zukunft unseres Volkes zu ringen.

Wir alle sind uns bewußt, welche großen Aufgaben uns bevorstehen. Sie haben mit gutem Grunde Ihrem Parteitag das Geleitwort „Deutschland und Europa“ mit auf den Weg gegeben. Nicht nur in der Öffentlichkeit Deutschlands, sondern über unsere Landesgrenzen hinaus wird man den Gang Ihrer Beratungen mit Interesse verfolgen und Ihren Entschließungen die größte Beachtung schenken.

Lassen Sie mich schließen mit dem Wunsch, daß Ihr Parteitag einen glücklichen Verlauf nehmen und das Bekenntnis zur Idee der europäischen Völkergemeinschaft im In- und Auslande die Beachtung finden möge, die ihm gebührt. (Beifall)

Es sprach Herr Bürgermeister

Dr. Heurich:

Der Herr Oberbürgermeister hat mich beauftragt, auch in seinem Namen dafür zu danken, daß Sie Karlsruhe als Tagungsort gewählt haben. Sie befinden sich in einer durch ihre Aufgeschlossenheit und die Freundschaft ihrer Bewohner vielgerühmten Stadt und sehen manche Schönheiten dieser Stadt. Zwischen dem letzten Besuch, Herr Bundeskanzler, aus Anlaß der Konstituierung des Bundesverfassungsgerichts und Ihrem jetzigen Aufenthalt liegt eine kurze Spanne von nur wenigen Wochen, eine Zeit allerdings, die überreich von Ereignissen und weltumspannender Bedeutung ist, ebenso reich an verantwortungsvoller Arbeit für das deutsche Volk. Mit Ihnen sind vom gleichen hohen Verantwortungsbewußtsein beseelt Ihre engsten Mitarbeiter nach hier gekommen, Freunde, die schon ein Menschenalter nahezu in der politischen Arbeit stehen. Nicht umsonst wurde die Bürgerschaft von Karlsruhe von uns angesprochen und aufgerufen, Sie herzlich aufzunehmen.

Auch die Stadtverwaltung von Karlsruhe glaubt sagen zu können, daß sie alles getan hat, um die Durchführung Ihres Parteitagcs gut zu gestalten, um dazu beizutragen, daß er gelingen soll. Unser Dank an die Bundesparteileitung, daß sie Karlsruhe als Tagungsort gewählt hat, findet dadurch seinen Ausdruck. Möge der Name dieser Stadt mit der zukünftigen Parteiarbeit stets verbunden bleiben, und zwar im besten Sinne des Wortes. Mögen die Karlsruher Beschlüsse Richtung und Weg bestimmen, den die CDU in nächster Zukunft erfolgreich beschreiten wird.

Nach einem Hinweis auf Zerstörung und Aufbauleistung in Karlsruhe und die Schönheiten der Umgebung schloß der Redner mit den Worten:

Als alter Politiker — ich gehöre wohl zu den ältesten — darf ich noch ein persönliches Wort hinzufügen. Wir danken Ihnen, Herr Bundeskanzler, für Ihre bewunderungswürdige Tätigkeit, wir danken Ihnen für Ihren starken Glauben an die Rettung und Einfügung der Nation in das gesamte Weltgefüge. Ihr Werk zu würdigen, bedarf es aufgeschlossener Menschen. Mögen die glaubensstarken Christen in unserem Lande endlich erkennen, daß das Werk, das durch Adenauer begonnen ist, gelingen muß. Mögen sie zusammenstehen in Treue und Einigkeit, damit wieder Deutschland in der Welt geachtet und seine Führer respektiert werden. (Starker Beifall)

Es sprach der Präsident des Deutschen Bundestages, Herr Oberkirchenrat

Dr. Ehlers:

Es gehört noch nicht zu den Gepflogenheiten aller deutschen Parteien, den Präsidenten des deutschen Parlaments zu ihren Parteitagen einzuladen. Um so dankbarer bin ich, daß Sie mir die Ehre geben, daß ich hier in diesem Amt ein Grußwort sagen darf. Im Parlament wird das Leben und die Funktion der Parteien am eindringlichsten sichtbar. Wie die Dinge heute liegen, meine Damen und Herren, ist die repräsentative Demokratie auf Parteibildungen angewiesen. Wir sollten darum dem substanzlosen und dummen Geschwätz — ich muß es so nennen —, das in Deutschland immer wieder Gläubige findet und das die Parteien nur darum ablehnt, weil sie Parteien sind, Widerstand leisten.

Allerdings haben wir nur ein Recht zu einem Eintreten für Bestand und Aufgaben der Parteien, wenn sie sich wirklich als Teil eines Ganzen fühlen und wenn sie bereit sind, die Pflichten zu erfüllen, die ihnen aus ihrer politischen Existenz zuwachsen. Beides, meine Damen und Herren, ist nur

möglich, wenn im Parteileben Deutschlands das Wort „Verantwortung“ groß geschrieben wird. Verantwortung dafür, daß die Parteien insgesamt sich in einer über das Wohl ihrer engeren Gemeinschaft hinausreichenden Gesamtverpflichtung sehen und sich nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis des politischen und parlamentarischen Lebens bewähren, und Verantwortung dafür, daß Parteien, Parteienbildungen und Neugründungen nicht nur Mittel zur Durchsetzung persönlicher Ehrgeize und ein Weg zur Atomisierung des politischen Lebens sind. Parteineugründungen sind, wie die Dinge bei uns liegen, ein höchst problematischer Beitrag zum politisch-parlamentarischen Leben Deutschlands, weil in ihnen zumeist nur der Wille zur Demagogie, aber selten die Bereitschaft, irgendwann einmal echte demokratische Verantwortung zu tragen, sichtbar wird. Ich wünsche Ihnen, meine Damen und Herren, daß dieser Parteitag einen echten Beitrag zu der recht-verstandenen Funktion einer Partei in unserem politischen und parlamentarischen Leben leistet.

Ich bin zwar nicht Delegierter dieses Parteitages, aber ich darf mir vielleicht das Recht nehmen, ein wenig zu unserer besonderen Verantwortung zu sagen. Es gehört zu dem Thema der gut- und nicht gutwilligen Berichte und Voraussagen, daß die Christlich Demokratische Union sich in einem Konkurs ohne Masse befindet, wie es die Zeitung einer großen Partei gerade ausgedrückt hat. Ich glaube, daß die Spekulanten auf einen billigen Konkursausverkauf doch noch einige Enttäuschungen erleben werden. (Starker Beifall) Die vergangene Woche hat uns ja darüber belehrt, daß solche Enttäuschungen manchmal sehr unerwartet eintreten.

Wir sind uns aber mit vollem Ernst darüber klar, daß für den politischen Weg, den wir in den letzten 6 Jahren gemeinsam gegangen sind, die Zeit der Bewährung kommt, nicht durch Wahlen allein. Was sind schließlich Wahlen für die Gesamtzukunft eines Volkes? Ich meine eine Bewährung nach innen. Es geht nicht darum, meine Freunde, daß die Forderungen, die von allen Seiten gestellt werden, erfüllt werden. Man könnte manchmal meinen, daß die vergangenen Jahre, insbesondere die vergangenen beiden Jahre, schon soviel erfüllt haben, daß den Menschen in Deutschland das echte Maß für das Mögliche bereits verlorengegangen ist. Daraus wächst die gefährliche Vergeßlichkeit, die wir auf allen Straßen und Plätzen erleben und die es ja dann billig findet, auf der Partei herumzutrommeln, die nun einmal das Hauptmaß der Verantwortung tragen muß. (Beifall)

Ich meine, daß dieser Parteitag eine Mahnung an das deutsche Volk sein sollte, nicht dieser Vergeßlichkeit anheimzufallen. Vernünftige Menschen, meine Freunde, wissen, daß nicht alles gegeben werden kann. Sie fordern das auch gar nicht, aber sie fordern eins, und das müssen sie fordern in unserer Zeit, und wir müssen es ihnen geben: daß ein klarer Kurs gesteuert wird. Das heißt nach meiner Überzeugung, daß wir in unseren Reihen, und damit in der ganzen deutschen Politik, überwinden und einschmelzen die höchst selbstsüchtigen Einzelinteressen; und das kann nur geschehen, wenn eine gemeinsame größere Verantwortung auf einer inneren Grundlage sichtbar gemacht wird.

Wir müssen bei unserer Arbeit eine Aufgeschlossenheit haben für alles ehrliche und oft aus großer Not kommende Wollen und Fordern. Und, meine Freunde, wir müssen, wenn wir nicht alles erfüllen können, allen wenigstens deutlich machen, daß das Prinzip der Gerechtigkeit für uns über allem steht. Wir müssen die Verantwortung stärken bei allen, die zu einem echten Dienst bereit sind, d. h. wir müssen die Grundlagen unseres

Lebens, die von Gott gesetzt sind, hineinstrahlen lassen in unser politisches Handeln und von dort wieder zurück auf alles, was wir zu tun haben zur Überwindung der tödlichen Isolierung, in die wir als einzelne und als Gemeinschaft wieder zu fallen drohen.

Und, meine Freunde, wir müssen als letztes die gemeinschaftliche Arbeit der Konfessionen als die unverrückbare Basis unseres politischen Handelns bewahren. (Sehr starker Beifall.) Es geht dabei nicht um eine taktische Vereinbarung, sondern es geht um den Ausdruck des gegenseitigen Respektes, den wir uns um Gottes Willen schulden.

Es gibt genug Leute in Deutschland die es nicht für nötig halten, sich in den Fragen der Politik dahin bestimmen zu lassen, daß auch Politik nur aus dem Glauben getrieben werden kann. Wir wollen dabei bleiben. Und wenn wir das bewahren, sehe ich nicht schwarz für unsere Arbeit, sondern glaube, daß wir einen Weg geführt werden, der nicht um einer Partei, aber um Deutschlands willen nötig ist. (Starker Beifall)

Präsident Dr. Gurk begrüßte Generalsekretär **Strauss** von der CSU Bayerns, sowie die inzwischen eingetroffenen saarländischen Freunde, die als „christlich und deutsch“ mit starkem Beifall empfangen wurden, und wies auf die Botschaft der „Democracia Italiana Christiania“ hin, die in der Kongreßrundschau abgedruckt ist. Er erteilte das Wort

Generalsekretär Strauss:

Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren — ich kann genau so gut sagen: liebe Parteifreunde! (Beifall)

Wenn ich im Auftrage der Christlich Sozialen Union Bayerns mich für die Einladung meiner Partei zu Ihrem Parteitag bedanke, dann tue ich das eigentlich mehr als Vortrupp, denn ich bin gebeten worden, anzukündigen, daß morgen der bayrische Landtagspräsident, Herr Dr. Dr. Alois Hundhammer, in Ihrem Kreise ebenfalls anwesend sein wird, und daß der Fraktionsvorsitzende der CSU im Bayrischen Landtag, Prälat Dr. Meixner, ebenfalls anwesend sein wird.

Wenn es auch manchmal so scheint, als ob gewisse Dinge von Bayern aus sich anders ansehen als von anderswoher in unserem Vaterland, so steht aber doch eines fest: unsere Parteien verbindet die gleiche weltanschauliche Grundlage — sie ist das sicherste, was uns überhaupt verbinden kann —, die gleiche staatspolitische Überzeugung als Föderalisten, die gleichen kulturpolitischen Ziele; und weiter verbindet uns etwas, was sehr stark ist, und zwar die Tatsache, daß wir im Gegensatz zu denen, die draußen gehetzt und geschrien haben, gemeinsam als CDU und CSU in Land und Bund seit über 5 Jahren die Verantwortung mit Erfolg getragen haben. Und wenn der Herr Bundeskanzler manchmal mit Sorge auf seine bayrischen Freunde sieht, dann ist eines sicher: er versteht zur rechten Zeit, sich immer auch auf sie zu verlassen. (Heiterkeit und Beifall)

So darf ich mir erlauben, meine sehr verehrten Parteifreunde, Ihnen zum Gelingen Ihres Parteitages vollen Erfolg zu wünschen und für die Einladung der Christlich Sozialen Union herzlichen Dank zu sagen. Ich darf mir erlauben, gleichzeitig zu versichern, daß wir Waffenbrüder für Deutschland und Europa immer bleiben werden. (Starker Beifall)

„Deutschland und Europa“

Von starken Ovationen begrüßt nahm das Wort

Bundeskanzler Dr. Adenauer:

Ein Blick in die heutigen Zeitungen zeigt an den Überschriften, wie groß die Unruhe in der Welt ist: ‚Ausnahmезustand in Agypten‘, ‚Tote und Verwundete am Suezkanal‘, ‚Moskau weist US-Initiative zur Beendigung des Korea-Konfliktes ab‘, ‚Neue Kämpfe in Korea‘, ‚Der britisch-per-sische Konflikt‘, ‚Rückzug der amerikanischen Truppen aus Europa‘. Das sind einige von mir willkürlich herausgegriffene Überschriften, die zeigen sollen, wie voll von Gefahren unsere Zeit ist.

Zunächst möchte ich jedoch in dem ersten Teil meiner Rede über i n n e r - d e u t s c h e A n g e l e g e n h e i t e n sprechen, über die Arbeiten unserer Partei im Bund. Ich kann mich dabei beschränken auf die wesentlichsten Aufgaben, die bereits gelöst und die noch der Lösung harrenden, ich kann mich damit begnügen, auf die wesentlichsten Entwicklungen hinzuweisen, da Sie im Laufe des Parteitages durch die einzelnen Referate noch genauere Darstellungen erhalten werden.

Ein Parteitag soll ein Tag der Rechenschaft und der Besinnung sein, und er soll uns die Kraft zu neuen Entschlüssen und zu neuer Arbeit geben. Es ist in den hinter uns liegenden Jahren von vielen Mitgliedern der Partei treu und ernst gearbeitet worden, und ihnen allen gilt unser Dank. Besonders möchte ich danken noch den Frauen und der Jugend. Der Deutschlandtag der Jungen Union in Bonn, der vor kurzer Zeit stattgefunden hat, zeigte ein so großes politisches Verständnis für die Gesamtlage und einen solchen idealen Schwung, daß wir der jungen Generation volles Vertrauen schenken können. (Beifall)

Das gleiche gilt von den Frauen in unserer Partei. Ihre Arbeit wird meines Erachtens vielfach nicht genügend gewürdigt. Um so mehr ist es Pflicht des Parteitags, ihnen zu danken. Wir werden schon in nicht langer Zeit an die Vorbereitung der Bundestagswahl, die im Jahre 1953 stattfinden wird, herangehen müssen. Die Kandidatenfrage ist besonders wichtig. Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn gerade aus der jungen Generation und den Frauen tüchtige Mitarbeiter in den neuen Bundestag im Jahre 1953 einziehen würden.

Der Bundestag und die Bundesregierung haben jetzt schon mehr als die Hälfte der Wahlperiode hinter sich. Immer neue Aufgaben treten an uns, treten an das deutsche Volk heran, immer neue Veränderungen und Entwicklungen vollziehen sich in der Welt. Jeder Tag bringt den Menschen so viel Neues, daß sie kaum mehr an das zurückdenken, was sie in den letzten Jahren, geschweige denn Jahrzehnten erlebt haben. Es ist nicht gut, wenn man nur immer dem Tag selbst oder der nächsten Zukunft lebt. Die Arbeit und die Entwicklung eines jeden Tages baut sich auf und schließt sich an an die Entwicklung der dahinterliegenden Zeit. Man verliert die Übersicht und man verliert das Urteil, den richtigen Maßstab, wenn man die Dinge nicht im Zusammenhang und in ihrer Entwicklung betrachtet.

Lassen Sie mich daher doch daran erinnern, wie es bei uns in Deutschland aussah, als im September 1949 der Bundestag zum ersten Male zusammentrat. Bitte erinnern Sie sich, welche wirtschaftlichen Erschwerungen

wir damals noch ertragen mußten. Bitte denken Sie daran, daß wir damals wirtschaftlich und außenpolitisch in völliger Abhängigkeit von den Besatzungsmächten standen. Denken Sie daran zurück, wie die Abwertung des englischen Pfundes im September 1949, dem ersten Monat unseres Bestehens, unsere Währung in Mitleidenschaft zu ziehen drohte. Erinnern Sie sich daran, daß wir für die Zeit von April 1948 bis September 1949 273 Millionen Dollars zur Beschaffung von Nahrungsmitteln durch den Marshallplan erhielten. Denken Sie daran, daß damals die Vertreibung aus den Ostgebieten noch nicht abgeschlossen war, daß wir, von größten wirtschaftlichen Sorgen bedrückt, an außenpolitische Aktivität oder gar an Wiederherstellung unserer Freiheit noch gar nicht zu denken wagten. Halten Sie diese Tatsachen dem heutigen Zustand gegenüber, vergegenwärtigen Sie sich, daß der Haushaltsplan des Bundes im Jahre 1951 abschließt mit fast 17 Milliarden, daß, wenn nichts Unvorhergesehenes sich ereignet, dieser gewaltige Haushaltsplan zum Ausgleich gebracht wird. Aus diesem Haushaltsplan — auf einem Parteitag muß man auch mit Realitäten kommen — lassen Sie mich einige Ziffern über die Höhe unserer wirtschaftlichen Produktion über unsere Ein- und Ausfuhr sowie Beschäftigtenzahl sagen.

In der Bundesrepublik wurde im Juni des Jahres ein Viertel mehr produziert als im Juni 1950 und über die Hälfte mehr als im Juni 1949. Unsere Ausfuhr hat sich von Juni 1950 bis Juni 1951 verdoppelt und seit 1949 verdreifacht. Seit März beträgt der Zahlungsbilanzüberschuß innerhalb der Europäischen Zahlungsunion im monatlichen Durchschnitt rund 50 Millionen Dollar. Die Beschäftigtenzahl betrug im Jahre 1949 13,6 Millionen, im Jahre 1951 14,9 Millionen.

Wenn wir auch alle Veranlassung haben, mit den Erfolgen unserer bisherigen Arbeit zufrieden zu sein, so bleibt noch viel zu tun für uns übrig. Zur Zeit macht uns Sorge die Entwicklung der Kohlenfrage und die Entwicklung der Preise mancher Lebensmittel. Die Preisentwicklung ist für einige Lebensmittel und Gebrauchsartikel nicht tragbar. Wir haben durch Erlaß des Einfuhrzolls auf Schweine eine fühlbare Ermäßigung der Schweinepreise herbeigeführt. Wir werden auch bei anderen Nahrungsmitteln und Gebrauchsgegenständen, wenn nötig, vor entscheidenden Maßnahmen nicht zurückschrecken.

Eine ernste Sorge ist für uns die Kohlenlage. Die Kohlenproduktion reicht nicht aus, die Bedürfnisse der Haushalte und die Bedürfnisse der Wirtschaft zu befriedigen. Die Gründe für den Mangel an Kohlen sind nicht allein die uns vorgeschriebene Ausfuhr von 6,2 Millionen Tonnen auf das Vierteljahr gerechnet. Von diesen 6,2 Millionen Tonnen müssen wir, auch ohne diese Entscheidung der Ruhrbehörde, 4,3 Millionen Tonnen auf Grund von Handelsverträgen ausführen. Diese Ausfuhr ist nötig, weil wir sonst nicht Waren erhalten, die für uns notwendig sind. Die Gründe für den Mangel an Kohlen sind aber auch im wesentlichen folgende: Seit 1933 ist Raubbau getrieben worden; im ganzen Gebiet der Ruhr sind seit 1933 zwei neue Schächte niedergebracht worden. Als nach dem Zusammenbruch die Aufsicht und Verwaltung der Zechen auf die Besatzungsbehörden überging, ist auch von diesen nichts geschehen, um zur richtigen Zeit weitere Aufschlüsse vorzunehmen. Es hat uns gefehlt und es fehlt uns jetzt noch an den nötigen Investitionsmitteln.

Durch den Krieg sind im Ruhrgebiet sehr viele Wohnungen von Bergarbeitern zerstört worden. Dadurch ist ein Mangel an ansässigen Bergarbeitern eingetreten. Die Maßnahmen der Besatzung haben es weiter mit

sich gebracht, daß die Zechen der Kontrolle und der Verantwortung gegenüber ihren satzungsgemäßen Organen enthoben waren, daß Ungewißheit über das Schicksal der einzelnen Gesellschaften bestand. Das tut auf die Dauer niemals gut. Wir sind darum bestrebt, die Entflechtungsmaßnahmen so schnell durchzuführen wie irgend möglich, damit wieder verantwortliche Organe für die Führung der Zechen geschaffen werden. Wir haben weiter, meine Freunde, einen Aufschlag pro Tonne geförderter Kohle beschlossen, um Bergarbeiterwohnungen zu bauen. Wir bemühen uns, Investitionsmittel zu erhalten, um neue Schächte niederzubringen und die vorhandenen Anlagen besser ausbauen zu können. Wir hören, daß der Zwangsexport bald aufhören wird. Sobald der Schumanplan ratifiziert ist, wird der Beschluß, den die Unterzeichner des Londoner Abkommens durch das Ruhrstatut eingeführt haben — der Beschluß, den diese gestern in Paris getroffen haben und der uns des Zwanges enthebt —, zur Wirklichkeit werden. (Starker Beifall).

Wir glauben, daß durch alle diese Maßnahmen, wenn auch nicht von heute auf morgen, doch die Kohlenknappheit erheblich gemildert wird. Aber diese Maßnahmen zeigen ihre Wirkung erst nach einer gewissen Zeit. Es wird nötig sein, daß auch die Ruhrkohlenverwaltung und die Industriegewerkschaft Bergbau zusammen mit der Bundesregierung versuchen, schon jetzt, und zwar sofort, eine Steigerung der Förderung herbeizuführen. Diese Steigerung der Förderung — das sagen die Kenner des Bergbaues — ist möglich. Dadurch allein können die Familien vor Kälte, die Wirtschaft vor Stilllegungen und Entlassungen von Arbeitnehmern geschützt werden.

Unser Weg in den letzten beiden Jahren war ein schwerer, arbeitsreicher und sorgenvoller Weg. Dem Bundestag und sicher auch der Bundesregierung werden so viele Vorwürfe gemacht! — Ach, ich wünsche, alle die Deutschen, die sich den Mund zerreißen, könnten einmal zusehen, wie im Bundestag und in der Bundesregierung gearbeitet wird. (Lebhafter Beifall.) Es sind in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit vom Bundestag 240 Gesetze verabschiedet worden. Es fanden 169 Plenarsitzungen und 2700 Ausschusssitzungen statt.

Wir haben dieses Stück Weg nach oben zurückgelegt trotz schwerer, ja trotz größter Belastung durch soziale Verpflichtungen und durch die Kosten der Besatzung. Wie groß diese Belastungen waren, möchte ich Ihnen durch folgende Ziffern veranschaulichen: Von der Summe des Haushalts 1951 von 17 Milliarden DM entfallen auf Soziallasten 48%, auf Besatzungszwecke 40%, auf sonstige Aufgaben 9%, und die Verwaltung selbst kostet nur 3%. Für die Vertriebenen allein werden insgesamt in dem einen Jahr von Bund und den Ländern ausgegeben 6,8 Milliarden DM.

Ein besonderes Ruhmesblatt sind unsere Leistungen auf dem Gebiete des Wohnungsbaues. Vom Zusammenbruch bis Ende 1948 wurden im Gebiete der Bundesrepublik schätzungsweise 500 000 Wohnungen gebaut. Im Jahre 1949 sind 215 000, im Jahre 1950 über 350 000 Wohnungen gebaut worden, im Jahre 1951 werden es wiederum 350 000 Wohnungen sein. Wir hoffen und wir glauben, daß wir diese Zahlen auch in Zukunft beibehalten können. Insgesamt sind seit dem Zusammenbruch etwa $\frac{3}{4}$ Millionen Wohnungen gebaut worden.

Damit Sie aber sehen, was in diesen Ziffern steckt, lassen Sie mich einen Vergleich mit anderen Ländern ziehen. Im Jahre 1950 sind in der Bundesrepublik, auf 10 000 Einwohner berechnet, 75 Wohnungen gebaut worden, in Norwegen 63, in Schweden 62, in England 39, in Frankreich 18.

Nun komme ich zu einer ernsteren Seite des Wohnungsbaues. Von den im Jahre 1950 vollendeten Wohnungen waren 14,8% Eigenheime oder Ein-

familienhäuser. Dieser Prozentsatz ist meines Erachtens viel zu gering. Wir müssen in Zukunft in viel größerem Umfange als bisher zum Bau von Eigenheimen übergehen. Daß der Bau von Mehrfamilienhäusern billiger sei, ist noch lange nicht bewiesen und wird von einem Teil der Sachverständigen durchaus bestritten. Aber abgesehen davon darf die Erstellung von Wohnungen nicht allein unter kalkulatorischen Gesichtspunkten betrachtet werden. Deutschland hat infolge der Zerstörungen des Krieges eine einmalige, niemals wiederkehrende Gelegenheit, die Fehler, die in der Vergangenheit dadurch gemacht worden sind, daß man den Bau von Eigenheimen zu wenig begünstigt hat, wieder gutzumachen. Wir müssen sehr viel stärker als bisher — ich betone das nochmals — von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Der Bau von Wohnungen durch gemeinnützige Gesellschaften kann das Eigenheim nicht ersetzen. Wir wollen das individuelle Eigentum stärken, um die Menschen mit ihrer Wohnung und ihrem Hause zu verwurzeln.

Ich bin der Auffassung, daß wir noch nach einer anderen Richtung unsere Wohnungsproduktion einer sehr ernsten Nachprüfung unterziehen müssen. Wir bauen zu viele Kleinstwohnungen. Das war in diesen ersten Jahren vielleicht oder wahrscheinlich sogar angebracht, um der dringenden Not möglichst schnell und in möglichst großem Umfange Abhilfe zu schaffen; denn es ist besser, eine Kleinstwohnung sofort zu geben, als die Menschen in Baracken zusammenzupferchen. Aber wir müssen jetzt danach trachten, größere Wohnungen zu bauen. Der Bau größerer Wohnungen und der Bau von Eigenheimen sind Voraussetzungen für eine gute Familienbildung. Zur Zeit droht, wie sich bei der letzten Volkszählung ergeben hat, die Familie ohne Kind, oder die Familie mit 1—2 Kindern die Norm der deutschen Familie zu werden. Ich bin überzeugt, daß die Wohnungsfrage dabei eine sehr entscheidende Rolle spielt. Wir werden, meine Freunde, ein sterbendes Volk, wenn wir nicht Abhilfe schaffen.

Ich möchte mich jetzt den hauptsächlichsten Aufgaben zuwenden, die vor uns stehen.

Der Lastenausgleich muß so schnell wie möglich verabschiedet werden. Die Aufgabe ist so schwierig und so groß, daß niemand annehmen kann, er werde sie vollendet lösen. Wir müssen zu einer baldigen Lösung kommen, im Interesse der Vertriebenen und auch im Interesse derer, die durch den Lastenausgleich belastet werden. Das Interesse der gesamten Wirtschaft verlangt ebenfalls möglichst baldige Klarheit über die mit dem Lastenausgleich einsetzenden Vermögensverschiebungen.

Wir haben bisher für den Mittelstand — das Wort in weitestem Sinn genommen — nicht so viel tun können, wie es der Bedeutung des Mittelstandes für den Staat entspricht. Wir haben zunächst unser Hauptinteresse und unsere Hauptsorge der industriellen Produktion zuwenden müssen, weil es zuerst einmal galt, die große Masse der Arbeitslosen wieder der Beschäftigung zuzuführen. Jetzt muß eine verstärkte Sorge für den Mittelstand eintreten, für die Handwerker, den Einzelhandel, den Hausbesitz, die Beamten, die Intellektuellen, die Akademiker und denjenigen Teil der Landwirtschaft, der, weil er schlechten Boden bewirtschaftet oder ohne eigenes Verschulden verschuldet ist, notleidet. Ich habe hiermit einen sehr großen Aufgabenkreis umrissen. Ich bin mir selbstverständlich klar darüber, daß die Lösung dieser Aufgaben viele Arbeit während mancher Jahre hindurch erfordert. Aber der Mittelstand ist wirtschaftlich und staatspolitisch von solcher Bedeutung, daß wir in konsequenter Arbeit ihn stützen und erhalten müssen. Der Mittelstand umfaßt vornehmlich noch selbständige Existenzen. Es ist wertvoll für das Staatsganze, die Grundlagen dafür zu

schaffen, daß diejenigen Menschen, die eine selbständige Existenz trotz des damit verbundenen Risikos der Abhängigkeit vorziehen, ihr Ziel erreichen können. Sie sind ein Schutz gegen Verfassung, sie bringen den Fortschritt, dadurch, daß sie die Individualität schützen. (Beifall)

Das Berufsbeamtentum wollen wir unter allen Umständen erhalten. Das Berufsbeamtentum ist die Voraussetzung für eine gute Erfüllung der staatlichen Aufgaben. Die Berufsbeamten und ihre Familien schaffen ein wertvolles Element echt konservativen Denkens, das wir namentlich in diesen unruhigen Zeiten unbedingt notwendig haben. Dem Bundestag ist der Entwurf eines Beamtengesetzes zugegangen, in dem die rechtliche Stellung des Berufsbeamten gesichert werden soll. (Beifall)

Ich hoffe, daß die Bundesregierung bald in der Lage sein wird, einen Gesetzentwurf über die Schaffung von Wirtschaftskammern und des Bundeswirtschaftsrates vorzulegen. Es soll damit die außerbetriebliche Mitarbeit der Unternehmer und der Arbeitnehmer in paritätischer Weise herbeigeführt werden. (Beifall) Ich halte die Einführung dieser Einrichtung auch deswegen für notwendig, damit die politischen, vielfach allzu politischen Parlamente bei ihren Beschlußfassungen sich auf gutachtliche Äußerungen dieser Organe in wirtschaftlichen Angelegenheiten stützen können. Ich denke nicht etwa an die Umwandlung der Handelskammern und der sonstigen Kammern, die wir jetzt haben, in Wirtschaftskammern. Diese Wirtschaftskammern müssen vielmehr neu geschaffen, aber die nicht paritätisch zusammengesetzten Kammern ihrer Hoheitsaufgaben entkleidet werden. Ich hoffe, daß das Gesetz über die Betriebsverfassung, dessen Beratung im Bundestag schon sehr fortgeschritten ist, bald verabschiedet wird, damit auch im Betrieb die wirtschaftlichen Kräfte zu gemeinsamer Arbeit zusammengeführt werden.

Erlauben Sie mir, Ihnen nunmehr einige Ausführungen allgemeiner Art zu machen. Die öffentliche Meinung wird in der heutigen Zeit nicht mehr in dem Umfange durch die politischen Zeitungen gebildet, wie das früher der Fall gewesen ist. Als Faktoren bei der Bildung der öffentlichen Meinung, und zwar zum Teil als außerordentlich starke Faktoren, haben sich entwickelt: Die wirtschaftlichen Zeitungen, die illustrierten Blätter, das Kino und vor allem der Rundfunk. Gerade der Rundfunk ist ein Faktor bei der Bildung der öffentlichen Meinung, dessen Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die Leitung des Rundfunks gehörte und gehört z. Z. noch zu den den Besatzungsmächten vorbehaltenen Aufgaben. Die Einstellung der Besatzungsmächte zum deutschen Parteiwesen in den ersten Jahren der Besetzung hat leider dazu geführt, daß bei manchen Rundfunkgesellschaften eine sehr starke einseitige parteipolitische Zusammensetzung besteht. Das gilt vor allem für eine der großen Rundfunkgesellschaften. Rundfunkgesellschaften haben eine Art von Monopol. Derartige Monopolstellungen dürfen nicht im Interesse einer Partei ausgenutzt werden. (Beifall)

Nicht nur als Vorsitzender unserer Partei habe ich über Mißstände auf diesem Gebiet sehr lebhaft zu klagen; ich muß auch feststellen, daß die Arbeit der Bundesregierung, des Bundeskanzlers und der Bundesminister teilweise durch die einseitige parteipolitische Gestaltung der Programme beeinträchtigt wird. (Hört, hört) Auf diesem Gebiet muß so schnell und so gründlich wie möglich Wandel geschaffen werden.

Jeden, dem es ernst ist um das Wohl des Staates und der Gemeinschaft, erfüllt es mit großer Sorge, wenn er sieht, wie stark der Gedanke im deutschen Volke gelitten hat. Dieser Verfall — ich habe keinen anderen Ausdruck dafür — begann schon nach dem Ersten Weltkriege. Er hat durch die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft und durch

die ersten Jahre der Besetzung eine erschreckende Förderung erhalten. Gerade unsere Partei, die sich auf weltanschauliche Fundamente stützt, muß diese Dinge sehr ernst im Auge halten und alles tun, damit der Rechtsgedanke wieder stark und lebendig wird. Die Korruptionsfälle, die in der letzten Zeit beim Bund und in den Ländern aufgedeckt sind, sind sehr ernste Mahnzeichen. Wir alle müssen schonungslos gegen alle Anzeichen und alle Fälle von Korruption vorgehen, gleichgültig, welche Personen darin verstrickt sind. Ein Staat wird von seinen Bürgern niemals geachtet werden, und seine Bürger werden sich nicht verpflichtet fühlen, ihre Pflichten gegenüber dem Staate zu erfüllen, wenn nicht peinlichst darauf geachtet wird, daß jeder, der mit der Erfüllung von staatlichen Aufgaben betraut ist, absolut integer und sauber ist. (Sehr starker Beifall)

Die Entwicklung des Parteiwesens in der Bundesrepublik ist nicht ohne Bedenken, und zwar nach mehreren Richtungen hin. Während bei den Bundestagswahlen im Jahre 1949 elf Parteien bestanden haben, bestehen zur Zeit zweiundzwanzig Parteien. Zu diesen ausgesprochen politischen Parteien sind neuerdings noch Organisationen hinzugekommen, wie die Soldatenbünde, der Mittelstandsblock, die zunächst unpolitisch sein wollen, aber doch drohen, ins politische Fahrwasser abzugleiten. Eins möchte ich mit aller Entschiedenheit sagen: Die Bundesregierung wird nicht zulassen, daß sich die Vorgänge des Jahres 1933 wiederholen. (Lebhafter Beifall) Es wird nicht geduldet werden, daß die Feinde der Demokratie unter Mißbrauch der demokratischen Freiheiten die Demokratie töten. Die Bundesregierung wird den Versuch der Schaffung totalitärer Parteien, auch wenn diese irgendwie getarnt werden, unter keinen Umständen dulden.

Ein Wort zu den Soldatenbünden. Ich hoffe, daß die früheren Soldaten aus sich heraus ihre Organisationen, deren Berechtigung, wenn sie auf kameradschaftlicher Grundlage beruhen, ich durchaus anerkenne, so in Ordnung bringen, wie es das Interesse der Bundesrepublik und damit des deutschen Volkes verlangt. (Beifall)

Ich begrüße es, daß der Einzelhandel sich gegen den Mittelstandsblock ausgesprochen hat. Ich bin der Auffassung, daß die Interessen des Mittelstandes am besten und sichersten durch politische Parteien gewahrt werden. Berufsorganisationen, die naturgemäß ihre eigenen Interessen zu stark in den Vordergrund zu bringen versuchen, laufen Gefahr, daß schließlich die Interessen, denen sie dienen wollen, Schaden leiden.

Wir werden in der nächsten Zeit ein Wahlgesetz für die Wahlen zum Bundestag schaffen müssen. Das Gesetz, nach dem die Wahl zum ersten Bundestag im Jahre 1949 erfolgt ist, war vom Parlamentarischen Rat nur für diese erste Wahl geschaffen worden. Es ist eine sehr ernste Aufgabe, ein Wahlgesetz zu schaffen, das sowohl den Interessen des Staates wie den Interessen der Staatsbürger gerecht wird und das eine gesunde Weiterentwicklung nicht hindert. Ich habe bewußt zuerst von den Interessen des Staates gesprochen. Das Interesse des Staates verlangt, daß das Wahlgesetz die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit im Parlament ermöglicht. Die Weimarer Republik ist nicht zuletzt dadurch zugrunde gegangen, daß das damals bestehende Wahlgesetz und Wahlrecht dieses Ziel infolge einer Überspitzung und Übertreibung von demokratischen Theorien außer acht gelassen hat.

Wir alle sind uns darin einig, daß wir in einer Zeit leben, in der alles und jedes in Frage gestellt ist, alle Bindungen, alle Ziele, alle Erkenntnis. Durch den Nationalsozialismus und durch den Krieg ist die Grundsatztreue, die Erkenntnis der Notwendigkeit von Grundsätzen und von Treue zu diesen Grundsätzen, den weitesten Schichten des Volkes abhanden gekom-

men. Welche Gefahren der Würde des Menschen, der Würde der Person, der Freiheit, der christlichen Religion dadurch drohen, das werde ich noch ausführen. Der Gefahren, die eine solche gärende Zeit in sich birgt, kann man nur Herr werden, wenn man auf festem Boden steht, wenn man erkennt, daß die ethischen Ziele, die ethischen Gesetze, die auf religiösem Boden wurzeln, allein den Menschen den inneren Halt und die innere Festigkeit geben. Ich betrachte es als die wertvollste Errungenschaft unserer Zeit, daß Angehörige der beiden großen christlichen Konfessionen sich zu einer politischen Partei, die bewußt und gewollt die Grundsätze der abendländisch-christlichen Gemeinschaft für die Politik und das politische Leben verpflichtend erklärt, zusammengeschlossen haben. (Beifall)

Dieser Zusammenschluß ist durch die Bedrückungen in der nationalsozialistischen Zeit gefördert worden, aber die Wurzeln dieser Entwicklung gehen viel weiter zurück und gehen viel tiefer. Dieser Zusammenschluß hat sich ganz außerordentlich bewährt bei der gesamten Arbeit in der Bundesrepublik. Wenn wir bei der Wahl 1949 keine Christlich Demokratische Union und keine Christlich Soziale Union gehabt hätten, dann wäre in diesem Bundestag die Sozialdemokratische Partei die führende Partei geworden. Man muß sich an Hand der Politik, die die Sozialdemokratische Partei und die Fraktion in diesen beiden Jahren getrieben haben, klarmachen, was dann aus Deutschland geworden wäre. Wir würden nicht im entferntesten den wirtschaftlichen Aufschwung genommen haben, den wir jetzt erreicht haben. Wir würden nicht die innere Konsolidierung haben, die wir jetzt gegenüber radikalen Strömungen glücklicherweise unser eigen nennen können. Wir würden auf außenpolitischem Gebiet — denken Sie bitte an die Leistungen der letzten Jahre — auch nicht annähernd dort stehen, wo wir jetzt sind. (Beifall) Denjenigen, der die Notwendigkeit eines solchen Zusammenschlusses in Frage stellt, sollte man doch fragen: was würde dann aus Deutschland geworden sein, wenn dieser Zusammenschluß nicht erfolgt wäre? Der Beweis über die Notwendigkeit und den Wert dieses Zusammenschlusses ist schon in den wenigen Jahren, die hinter uns liegen, so schlagend erbracht worden, daß niemand, der die Notwendigkeit, die christlichen Werte und Grundsätze zu schützen, erkennt, sich dem entziehen kann. Diejenigen, die in irgendeiner Weise versuchen, von neuem eine Kluft zwischen den christlichen Konfessionen hervorzurufen, handeln gegen das Lebensinteresse des deutschen Volkes. (Starker Beifall)

Wir sind fest entschlossen — das sage ich für die evangelischen und katholischen Mitglieder unserer Partei — an diesem Zusammenschluß unter allen Umständen festzuhalten und jeden Versuch, ihm Abruch zu tun, mit rücksichtsloser Entschlossenheit entgegenzutreten. (Starker Beifall)

Nun lassen Sie mich übergehen zu dem außenpolitischen Teil meiner Rede, lassen Sie mich da folgendes an die Spitze stellen: Die außenpolitische Arbeit der Bundesrepublik ist völlig verschieden von der außenpolitischen Arbeit Deutschlands etwa vor 1933. Wir stehen noch unter Besatzungsrecht, sind nicht souverän — wir wollen aber möglichst bald souverän werden —, die freundlichst im Bundestag empfohlene innere Autonomie lehnen wir ab. Vor allem aber wird unsere außenpolitische Arbeit durch zwei Tatsachen bestimmt, die es vor 1933 nicht gab.

Die eine Tatsache ist die Teilung Deutschlands. Deutschland ist in viele Teile geteilt. Zunächst haben wir die Bundesrepublik, die auf demokratischer Grundlage errichtet ist und relativ frei arbeiten kann; dann Berlin, das nominell unter Viermächte-Kontrolle steht, aber in einen Ost-

„Wir hassen den Krieg“

Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit, die Sicherung des Friedens in Europa ist unser Ziel. Wir können den Weg zu diesem Ziele furchtlos gehen, er führt nicht zum Kriege. Zum Kriege führen Schwanken und Zaudern, Unentschlossenheit und Mangel an Folgerichtigkeit. Die einzige Möglichkeit, den Frieden zu retten, ist die Verstärkung der Friedensfront. Wir hassen den Krieg, wir wollen Freiheit und Frieden.

DR. KONRAD ADENAUER

und Westsektor geteilt ist; dieser Westsektor wenigstens hat eine der unsrigen konforme Entwicklung. Wir haben ferner die Sowjetzone, die ein russischer Satellitenstaat ist und dementsprechend ein totalitäres Regime hat. Weiter kommen die deutschen Landesteile jenseits der Oder-Neiße-Linie (Starker, langanhaltender Beifall) und Teile Ostpreußens, die durch den Willkürakt einer Besatzungsmacht de facto anderen Staaten einverleibt sind. Die Gutheißung durch die Regierung der Sowjetzone ändert nichts daran, daß es ein Akt der Willkür war und bleibt, ein Akt der Willkür, den wir als nicht für uns zu Recht bestehend und verbindlich anerkennen können. (Starker Beifall) Endlich haben wir noch im Westen das Saargebiet, das eine besondere Regelung erfahren hat, die aber nicht endgültig ist.

Für unsere außenpolitische Arbeit ist ferner hauptsächlich bestimmend das Bestreben, größere Zusammenschlüsse in der Welt und in Europa zu schaffen, insbesondere auch die Integration, die Einheit Europas herbeizuführen. Ich verweise hier auf den Europarat, auf den Schuman-Plan, auf die europäische Verteidigungsgemeinschaft.

Sowjetrußland hat in Osteuropa Zusammenschlüsse mit Gewalt im Wege des kalten Krieges erreicht, indem es eine Reihe von Satellitenstaaten an seiner Westgrenze geschaffen hat. Durch die Schaffung dieses sowjet-russischen Blocks veranlaßt, haben sich die Nordatlantikpakt-Länder ihrerseits vertraglich zusammengefunden. Deutschland steht bisher demilitarisiert und unfrei zwischen den beiden großen Blocks, dem Sowjetblock auf der einen Seite, den Nordatlantikpakt-Ländern auf der anderen.

Unsere wesentlichen Aufgaben auf außenpolitischem Gebiet sind folgende: Wir müssen die Einheit Deutschlands in Freiheit wiederherstellen. (Starker Beifall) Ich betone und unterstreiche: in Freiheit. Das deutsche Volk — seiner Zukunft und seinem Schicksal ist jeder Deutsche verpflichtet — würde keine Zukunft mehr haben, wenn es ganz — also außer der östlichen auch die westliche Hälfte — russischer Satellitenstaat würde.

Auf der anderen Seite müssen wir dafür sorgen, daß wir nicht zwischen den beiden großen Mächtegruppen eines Tages zermalmt und erdrückt werden. Es ist wohl für jeden klar, daß die Einheit Deutschlands nicht wiederhergestellt werden kann durch die Deutschen selbst. Sie können und müssen mitwirken, aber sie können nicht entscheiden. Entscheidend wird sein die Haltung der Siegermächte.

Die Stellung der Besatzungsmächte zu der Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit ist sehr klar. Sowjetrußland hat seit 1945 — wie ich bereits sagte — die vor seiner Westgrenze liegenden Länder systematisch unterjocht, ihnen sein totalitäres System und seine Zwangsherrschaft auferlegt. Ich brauche nur an das Schicksal Rumäniens, Bulgariens, Albaniens, Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns zu erinnern. In gleicher Weise hat Sowjetrußland die Sowjetzone behandelt. Die Sowjetzone ist von ihm unter Unterdrückung aller demokratischer Freiheit zum Satellitenstaat herabgewürdigt worden. Sowjetrußland geht darauf aus, ganz Deutschland zum Satellitenstaat zu machen. Es kann nach seiner ganzen Mentalität keinen starken freien Staat neben sich dulden. Sein Ziel ist die Unterjochung ganz Europas, die Verdrängung der von ihm gefürchteten Vereinigten Staaten aus Europa. Der panslawistische Expansionsdrang, der seit Jahrhunderten die Rußlandpolitik geleitet hat, ist noch gesteigert worden durch den fanatischen Bekehrungsdrang der kommunistischen Lehre. Die Unterjochung der ihm zunächst vorgelagerten europäischen Staa-

ten, die Versklavung der Sowjetzone, der Versuch, die Bundesrepublik, Frankreich, Italien durch kommunistische Parteien und fünfte Kolonnen zu unterminieren, lassen das Ziel der sowjetrussischen Politik ganz eindeutig und klar erkennen.

Die Haltung der drei Westmächte zum Problem der deutschen Einheit ist ebenso klar. Die drei Westmächte haben wiederholt und in feierlichster Form erklärt, daß sie die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit wollen. Die drei westalliierten Regierungen haben noch in ihrer jüngsten Note an die Bundesrepublik vom 15. Oktober 1951 diese Erklärung ausdrücklich wiederholt. Aber die drei Westmächte haben sich nicht mit Erklärungen begnügt, sie haben dem ihrer Macht unterstehenden westlichen Teil Deutschlands schon seit mehreren Jahren wirtschaftliche und politische Förderung von großem Ausmaß zuteil werden lassen, um so seine Entwicklung zu einem freien demokratischen Staat zu beschleunigen. Sie begünstigten ferner durch die Tat die Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in das Vertragssystem der freien westeuropäischen Völker dadurch, daß sie den Eintritt der Bundesrepublik in den Europarat herbeiführten, durch den Abschluß des Schuman-Plans und durch die Einladung Deutschlands, an der Herstellung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung mitzuarbeiten.

Die Außenminister der drei Westalliierten haben auf ihrer Washingtoner Konferenz am 14. September ausdrücklich erklärt, daß die Politik ihrer Regierungen die Integration eines demokratischen Deutschlands in eine kontinentale europäische Gemeinschaft auf der Grundlage der Gleichberechtigung zum Ziel hat, eine Gemeinschaft, die selbst in eine in ständiger Entwicklung begriffene atlantische Gemeinschaft eingegliedert ist. Die Mentalität Sowjetrußlands und die Einstellung der Vereinigten Staaten insbesondere beweist nichts schlagender als folgende Tatsache: Sowjetrußland hat bis Ende 1950 aus der Sowjetzone, abgesehen von den Besatzungskosten, 26,8 Mrd. DM entnommen, wir, die Bundesrepublik, haben bis heute an Marshallplangeldern 1,5 Mrd. Dollar erhalten.

Ich habe eben von der Erklärung der drei Außenminister im vergangenen Monat gesprochen. Auf Grund dieser Erklärung finden z. Z. zwischen den Hohen Kommissaren, die dabei nicht als Hohe Kommission, sondern als Beauftragte ihrer verschiedenen Regierungen handeln — deswegen finden diese Verhandlungen auch nicht auf dem Petersberg, dem Sitz der Hohen Kommission, statt — und mir als Bundeskanzler Verhandlungen statt über den Abschluß von Verträgen, die der Bundesrepublik den Status der Souveränität wiedergeben sollen. Diese Verhandlungen verlaufen durchaus günstig. Ich weise in diesem Zusammenhang auch auf die Presseerklärungen hin, die der Vertreter der Vereinigten Staaten bei diesen Verhandlungen, Mr. McCloy, gestern abgegeben hat. Auch die Verhandlungen zur Herbeiführung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft in Paris stehen gut. Sie machen gute Fortschritte. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die drei Westalliierten die Bundesrepublik vor jedem Angriff aus dem Osten schützen und ihr den Status der Freiheit und der Gleichberechtigung geben wollen. Es ist ebenfalls von den drei Westalliierten ausdrücklich erklärt worden, daß sie mit der Eingliederung nicht nur der Bundesrepublik, sondern eines wiedervereinigten freien Deutschlands in das westliche Vertragssystem als gleichberechtigte Partner durchaus einverstanden sind. (Beifall)

Ich meine, es kann keine Frage sein, welche Wahl wir als christliche Partei, welche Wahl die Deutsche Bundesrepublik zu treffen haben. Das deutsche Volk wird nur dann weiter bestehen, wenn es ein freies christlich-

abendländisches Volk ist, wenn es zur Gemeinschaft der Völker gehört, die die gleiche Lebensform und das gleiche Lebensziel wie wir Deutsche haben. Das Aufgehen in Sowjetrußland als Satellitenstaat würde die Vernichtung der überkommenen Lebensform des deutschen Volkes bedeuten. Es würde bedeuten seine Vermischung mit asiatischen Völkern. Ich erinnere an den Plan Sowjetrußlands, drei Millionen Asiaten in dem östlichen Teil Deutschlands anzusiedeln. (Pfeifrufe) Das Aufgehen des deutschen Volkes in einem russischen Satellitenstaat würde unseren Untergang als Volk bedeuten.

Die Aktion Grotewohl, die wir in diesen Wochen erlebt haben, kann uns nur in dieser Entscheidung bestärken. Grotewohl hat auf Geheiß Moskaus lediglich versucht, die Verhandlungen, die wir z. Z. mit den Westalliierten führen, zu stören. Uneinigkeit bei uns und Mißtrauen gegen uns bei den Westalliierten hervorzurufen. Grotewohl selbst und seine Gefolgsleute haben überhaupt keine Entscheidungsmöglichkeit für die Sowjetzone. Die Macht hat allein Sowjetrußland. Grotewohl und die SED waren und sind das Sprachrohr Moskaus. Grotewohl hat niemals freie und geheime Wahlen gewollt. Er spekulierte nur auf die leichte psychologische Beeinflussbarkeit mancher deutscher Kreise durch national klingende Worte. Ich kann, da die Öffentlichkeit und der Bundestag sich ja mit dieser Aktion im einzelnen beschäftigt haben, mich hier kurz fassen. Warten wir ab, ob Sowjetrußland für die Sowjetzone bei der UNO den Antrag stellt, durch eine internationale Kommission feststellen zu lassen, inwieweit die in der Sowjetzone bestehenden Verhältnisse die Abhaltung freier Wahlen gestatten. Und warten wir weiter ab, ob in Berlin freie Wahlen erlaubt werden; sie können dort unverzüglich stattfinden. Die Stellung der Sowjetzonenrepublik, die Stellung Sowjetrußlands zu diesen beiden Fragen wird der Prüfstein sein für die wirklichen Absichten Sowjetrußlands. Ich weiß, daß man in manchen gut deutschen Kreisen in der Sowjetzone Hoffnungen an die Aktion Grotewohls geknüpft hatte, und daß man vielleicht enttäuscht sein wird, wenn sich nunmehr diese Hoffnungen als trügerisch erwiesen haben. Aber ich kann nur nochmals wiederholen: es war ja Grotewohl niemals ernst mit seinem Vorschlag freier Wahlen. So leicht gibt Sowjetrußland das Land, das es im Besitz hat mit seinen Fabriken, seinen Arbeitskräften, seinen Flugplätzen, den Angriffsbasen gegen den Westen, seinen Uranbergwerken nicht preis.

Diese Aktion Grotewohl hat aber für uns den guten Erfolg gehabt, daß die drei Westmächte sich auf unseren Antrag entschlossen haben, bei den Vereinten Nationen den Antrag zu stellen, eine sich auf das ganze deutsche Gebiet erstreckende, durch die Vereinten Nationen durchzuführende Untersuchung anzustellen, die — ich wiederhole und zitiere wörtlich — feststellen soll, inwieweit die in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone bestehenden Verhältnisse die Durchführung freier Wahlen gestatten. Dieser Entschluß der drei Westalliierten ist der erste bedeutsame Schritt auf dem Weg der Wiedervereinigung Deutschlands. Wir haben allen Anlaß, den Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs hierfür zu danken. (Starker Beifall)

Ich sagte, daß es für uns zwei Hauptprobleme in der außenpolitischen Arbeit gebe: die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit und die richtige Einstellung gegenüber den sich in Europa und in der Welt vollziehenden Zusammenschlüssen. Diese Zusammenschlüsse sind Tatsachen, und ebenso ist es Tatsache, daß der Ostblock und der Westblock nicht in Freundschaft miteinander leben, sondern hoch gerüstet sind. Und weiter ist es Tatsache, daß auf deutschem Territorium diese Blocks

einander gegenüberstehen. Diesen Tatsachen muß man ins Auge sehen. Wenn man das tut, dann wird man sich nicht einbilden, daß für uns die Neutralisierung Deutschlands einen Ausweg darstelle. Eine bewaffnete Neutralität, meine Freunde, d. h. eine Neutralität, die wir mit eigener Kraft gegen jede Verletzung schützen könnten, ist für ein Gebiet wie Deutschland in der Zeit der Atomwaffen, der Riesenflugzeuge, der Raketen- geschosse einfach unmöglich. Hinzu kommt, daß unser Land so wertvolles Material birgt, daß kein Gegner es dem andern lassen kann. Unbewaffnete Neutralität ist ebenso ein Traum ohne jede Möglichkeit einer realen Verwirklichung. Wenn wir das Schicksal Koreas erleiden wollen, über das der Krieg hin- und hergerollt ist, dann, meine Freunde, müssen wir die Neutralität wählen.

Der westliche Block will den Frieden. Er hat das in feierlichster Form erklärt, und solche Erklärungen haben in demokratischen Ländern vollen Wert. Am 14. September 1951 haben die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in Washington erklärt: „Die drei Minister bestätigen erneut, daß diese Politik, die zusammen mit den anderen freien Nationen verfolgt werden wird, auf die Schaffung und Aufrechterhaltung eines dauerhaften Friedens hinzielt, der auf Recht, und Gerechtigkeit begründet ist. Ihr Ziel besteht darin, das Gedeihen und die Sicherheit Europas zu fördern, ohne in irgendeiner Weise den rein defensiven Charakter der Nordatlantikpakt-Organisation zu ändern. Sie bestätigen erneut ihre Entschlossenheit, die Verwendung eines derartigen Abkommens zur Verfolgung einer aggressiven Politik unter keinen Umständen zuzulassen.“

Sowjetrußland will nicht den Frieden. Die von ihm in der ganzen Welt seit 1945 betriebene Politik zeigt das klar und eindeutig. Während die Staaten des Westblocks in den Jahren nach 1945 nach unserem Zusammenbruch in stürmischer Weise abgerüstet haben, hat Sowjetrußland seit 1945 seine Rüstung immer weiter verstärkt und vergrößert. Die Länder des Westblocks unterhalten keine Parteien, keine fünften Kolonnen in anderen Ländern; Sowjetrußland tut es. Glücklicherweise ist das Kriegspotential des Westblocks dem Sowjetrußlands und seiner Satellitenstaaten um ein Mehrfaches überlegen, der Westblock kann den Frieden erzwingen. Wenn der Westblock nicht so stark wäre, meine Freunde, ich bin überzeugt, ganz Deutschland wäre schon lange ein russischer Satellitenstaat. Ich glaube daher, daß kein Zweifel möglich ist. Deutschland muß seinen Platz einnehmen in den Organisationen und Zusammenschlüssen des Westens. Der Frieden in Europa, der Frieden für Deutschland ist nur dann gesichert, wenn der Westen stark ist. Wir müssen unseren Beitrag dazu leisten, daß diese Friedensfront stark ist, so stark, daß Sowjetrußland jeden Gedanken an weitere Eroberungen und Unterjochungen, sei es durch kalten, sei es durch heißen Krieg, fahren lassen muß. (Beifall)

Das Ziel der sowjetrussischen Politik ist, durch Neutralisierung Deutschlands die Integration Europas unmöglich zu machen, so die Vereinigten Staaten dahin zu bringen, sich von Europa zurückzuziehen und damit ganz Europa zum Satelliten Rußlands zu machen. Wenn die Sowjetunion sieht, daß Neutralisierung der Bundesrepublik durch deren Eintritt in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft nicht mehr zu erreichen ist, wenn Rußland sieht, daß die westlichen Länder ihm weit überlegen sind, dann wird auch der Kreml, der ein kühler Politiker und Rechner ist, bereit sein, allen Aggressionen und aggressiven Tendenzen zu entsagen und sich seinen drängenden innerpolitischen Aufgaben zuzuwenden, anstatt ohne jede Aussicht auf Erfolg weiter zu rüsten und dadurch ungeheure Mittel sinn- und zwecklos zu verschleudern.

Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit, die Sicherung des Friedens in Europa ist unser Ziel. Dieses Ziel werden wir erreichen, wenn wir es klar erkennen und unbeirrt den Weg zu diesem Ziel gehen. Ich glaube nicht, daß dieser Weg allzuweit ist. Wir können ihn furchtlos gehen, er führt nicht zum Kriege. Zum Kriege führen Schwanken und Zaudern, Unentschlossenheit und Mangel an Folgerichtigkeit. Die einzige Möglichkeit, den Frieden zu retten, ist die Verstärkung der Friedensfront. Wir hassen den Krieg, wir wollen Freiheit und Frieden! (Stürmische, immer sich wiederholende Ovationen)

Präsident Dr. Gurk dankte dem Kanzler. Der Parteitag sang gemeinsam stehend die dritte Strophe des Deutschlandliedes. Die feierliche Stunde schloß mit der Darbietung der „Meistersinger-Ouvertüre“ um 20 Uhr.

Zweiter Tag: Samstag, 20. Oktober 1951

„Der soziale und wirtschaftliche Aufbau Deutschlands“

Präsident Simpfendorfer eröffnete die Sitzung um 9.10 Uhr und begrüßte besonders die Redner des Vormittags. Außerdem begrüßte er die Vertreter der französischen Delegation der MRP unter starkem Beifall der Versammlung. Er erteilte sodann das Wort

Ministerpräsident Karl Arnold:

Es liegt im Wesen der Christlich Demokratischen Union, daß auf ihren Zusammenkünften keine vorfabrizierten Entschlüsse einfach vorgetragen und dann einmütig gebilligt werden. Ich betrachte es als einen ausgesprochenen Vorteil, daß in der CDU nicht immer nur eine Meinung gilt, solange eine geistige Auseinandersetzung der Erreichung größerer Klarheit dienen kann. Wir alle gewinnen Klarheit im ehrlichen Gespräch miteinander. Ich habe es unter diesen Umständen besonders begrüßt, daß mir als einem Vertreter der rheinisch-westfälischen CDU und eines Landes, dessen soziale Entwicklung für das wirtschaftliche und politische Schicksal ganz Deutschlands von besonderer Bedeutung ist, der Auftrag zuteil wurde, über den sozialen Aufbau und die soziale Festigung des deutschen Volkslebens zu sprechen.

Ich sehe es als meine Pflicht an, dieser Arbeitstagung und mir selbst die gestellte Aufgabe nicht leicht zu machen. Von einer sozialen Festigung des deutschen Volkslebens zu sprechen, könnte leicht die Illusion wachrufen, als gelte es, nur einen bereits auf gutem Wege befindlichen Prozeß zu fördern. Wenn wir jedoch die Entwicklung nüchtern betrachten, so kommen wir zu der Feststellung, daß sich das soziale, politische und moralische Gefüge unseres Volkes im letzten Jahr eher gelockert als verstärkt hat. Wie ist dies zu erklären, wo doch die Arbeitslosenzahl zurückgegangen ist, die Produktion zugenommen und auch die äußere Situation sich nicht verschlechtert hat, ja vielfach von schönen außenpolitischen Erfolgen mit Recht gesprochen werden kann? Ich glaube, daß die CDU, die im Bund und in den meisten Ländern maßgebend an den Regierungen beteiligt gewesen ist, allen Grund hat, sich diese Frage sehr ernsthaft vorzulegen.

Die zunehmende Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung der sozialen Ordnung in Deutschland ist vor allem erkennbar an der Tatsache, daß zahlreiche Menschen das Vertrauen zu sich selbst und damit zu ihrer Umwelt, zur Gesellschaft und zum Staat verloren haben. Der moderne Mensch befindet sich in einer ausgesprochen seelischen Krise, die durch tiefe Zweifel und durch ein bedrückendes Gefühl der Unsicherheit auf allen Gebieten charakterisiert ist. Dieser Zustand verursacht ein dunkles Schmerzgefühl, das man mit einer Flucht in die Leichtlebigkeit betäuben möchte. Der geringe Sparsinn und die Sucht nach kostspieligen Zerstreuungen machen dies besonders deutlich. Sie alle kennen diese uner-

freulichen Erscheinungen, und ich brauche deshalb keine Beispiele dafür anzuführen. Die Massen haben kein Zutrauen dazu, daß mit den von der Wirtschaft überkommenen Methoden die Gegenwartsprobleme noch gemeistert werden können. Sie wissen, daß es in der Vergangenheit unter dem liberalen System schwere Krisen gegeben hat, sie betrachten die gegenwärtige Konjunktur in vielen Industriezweigen mit großer Skepsis, sie fühlen sich den unüberhörbaren äußeren wie inneren Bedrohungen ihrer Existenz gegenüber machtlos. Die Folge ist ein Nachlassen des lebendigen Arbeitsinteresses, politische Apathie, Eigenbrötelei und schließlich ein entnervender Defaitismus, dessen verheerende Konsequenzen sich nicht schon jetzt, sondern erst im Augenblick einer Krisis voll zeigen werden.

Die Hoffnung, durch rein politische Mittel, etwa durch außenpolitische Erfolge, die Gefahren unserer labilen Lage zu beseitigen oder doch zeitweise beheben zu können, ist meiner Ansicht nach trügerisch. Sie rührt noch aus einer Zeit, in der man vom Primat der Außenpolitik sprach. Die Erfahrungen von Weimar schrecken in dieser Hinsicht. Es besteht unter Einsichtigen kein Zweifel, daß die Außenpolitik der damaligen Regierungen sehr erfolgreich gewesen ist, das hat aber nicht verhindert, daß dieselben Regierungen innerpolitisch den Boden unter den Füßen verloren. Damit aber gediehen, die außenpolitischen Erfolge dem deutschen Volke nicht zum Segen, da die von den Weimarer Regierungen mühsam errungene Gleichberechtigung von verbrecherischen Elementen in Deutschland für ihre ehrgeizigen, am Ende selbstvernichtenden Ziele ausgenutzt werden konnte. Die innere Lage unseres Volkes kann heute wie damals für die Zukunft entscheidend sein. Heute wie damals hängt die Dauerhaftigkeit und Stetigkeit von außenpolitischen Erfolgen davon ab, ob es gelingt, das deutsche Volk von der Richtigkeit unseres politischen Weges zu überzeugen. Ein Volk ohne innere, d. h. gesellschaftliche, soziale und moralische Festigkeit ist aber überhaupt nicht zu überzeugen. Es wird nicht die Kraft haben, den Gefahrenimpulsen des Augenblickes zu widerstehen. Ich halte daher die soziale Festigung unseres Volkslebens für die Voraussetzung sowohl für eine Ordnung im Innern wie für eine vernünftige erfolgreiche Außenpolitik.

Als sich die CDU nach dem Zusammenbruch anschickte, den Grundstein zu legen, auf dem ein Neuaufbau Deutschlands begonnen werden konnte, da hatte sie zwei fundamentale Änderungen, die in Deutschland Platz gegriffen hatten, richtig erkannt und sie in positiver Weise zu werten gewußt. Ich glaube, daß auf dieser richtigen Erkenntnis ihr großer Erfolg beruhte. Einmal hatten Gefühl und Einsicht dem deutschen Volk die Erkenntnis nahegebracht, daß die christliche Weltanschauung allein einer aus den Fugen geratenen Gesellschaft wieder Substanz und Halt zu geben vermag. In den christlichen Kirchen war durch gemeinsam ertragenes Leid und durch einen gemeinsamen Kampf um die letzten und höchsten Werte unseres Daseins, in einer Auseinandersetzung ohne Beispiel in unserer Geschichte, eine brüderliche Gesinnung geweckt worden, wie sie seit der konfessionellen Spaltung in Deutschland nicht mehr bestanden hatte. Wesentlich ist, daß diese Gesinnung entstanden ist, ohne in den Fehler zu verfallen, die weltanschaulichen Unterschiede zu vertuschen oder gar zu leugnen.

Zum anderen aber war durch die schweren Schicksalsschläge, die weder arm noch reich verschont hatten, die Gliederung des deutschen Volkes in sich gegenseitig bekämpfende Klassen und Schichten weitgehend aufgehoben worden. Man mag es als Glück im Unglück ansehen, daß in den Jahren nach dem Bankrott des nationalsozialistischen Systems kein Nähr-

boden für klassenkämpferische Stimmung vorhanden gewesen war. Damals war der geistige Boden für eine wahrhaft neue, in der christlichen Weltanschauung verankerte Partei geschaffen worden, die zur Sammlung von Menschen guten Willens aus allen Konfessionen und allen Schichten der Bevölkerung dienen konnte. Es war zudem die einzigartige Chance gegeben, die Lebensfragen des deutschen Volkes, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, ohne Rücksicht auf doktrinaire Vorurteile anzupacken.

Jede erfolgreiche und politisch handelnde Partei ist der Gefahr ausgesetzt, daß die ursprünglich in ihr lebendigen Ideen verkümmern, daß der Elan erlahmt, und daß infolge der in der Demokratie nun einmal unbedingt erforderlichen Bereitschaft, Kompromisse zu schließen, die Ideale, deren motorische Kraft die Partei hatte erfolgreich werden lassen, vergessen werden. Es muß sich dann erweisen, ob die Partei die Fähigkeit besitzt, wieder zu dem Punkt zurückzufinden, wo die ursprüngliche Wurzel ihrer Kraft lag. Ich glaube, daß auch wir gut daran tun, uns des Ursprunges zu besinnen und den Grundsätzen Leben und Wirklichkeit zu geben, die wir uns als richtunggebende Wegweiser aufgestellt haben.

Mir kommt es manchmal so vor, als bestehe eine gewisse Scheu, sich auf das großangelegte Wirtschaftsprogramm zu besinnen, das vor mehr als vier Jahren in Ahlen erarbeitet worden ist. Das Ziel dieses Programms war eine wirtschaftliche Neuordnung, bei der die schmerzlichen Lehren der Vergangenheit beherzigt werden sollten. Als Ziel wurde aufgestellt, eine neue Struktur der Wirtschaft zu suchen, die die Mängel der Vergangenheit beseitigt, die Möglichkeit zu technischem Fortschritt sowie zur schöpferischen Initiative des einzelnen läßt. Wir wollten alle den geistig gefestigten und freien Menschen über die Interessen der Wirtschaft erheben. Es ist damals ausgesprochen worden, daß darin gleichermaßen eine Absage an die Anonymität und Verschleierung der wirklichen Verantwortung beim Großkapital wie auch eine Absage an einen verbürokratisierten Staatskapitalismus zu sehen sei.

Diese klare Absage macht deutlich, daß es in der Wirtschaft nicht gestattet sein soll, die Verluste zu sozialisieren, etwaige Gewinne aber zu kapitalisieren. In dem Ahlener Programm wurden andere und bessere Methoden der Neuordnung empfohlen als Subventionswirtschaft oder Staatskapitalismus! Das Kernstück der ins Auge gefaßten Reformen betraf die sogenannten industriellen Großbetriebe. In einer mit dem Gemeinwohl unverträglichen Beherrschung wesentlicher Wirtschaftszweige — sei es durch den Staat, durch Privatpersonen oder Gruppen — wurde ein die Freiheit gefährdendes Grundübel unserer Wirtschaftsstruktur erkannt. Die zurückliegenden Jahre des Dritten Reiches haben uns das Grauen vor dem Moloch eines alles beherrschenden Staates gelehrt. Wir haben erlebt, wie unter dem Deckmantel eines sogenannten Führerprinzips Nutznießer, Vabanquespieler und Terroristen sich jeder Verantwortlichkeit entziehen und über ein Jahrzehnt fast ungestört den deutschen Namen besudeln konnten. Vom totalen Staat, wie er infolge einer restlosen oder auch nur vorwiegend verstaatlichten Wirtschaft naturnotwendig entstehen würde, wollen wir nichts wissen.

Aber die Anonymität der Verantwortung ist nicht auf den Staatskapitalismus beschränkt. Die christliche Soziallehre hat den Satz von der fundamentalen Bedeutung des privaten Eigentumsrechtes für Verantwortlichkeit und Initiative in der Wirtschaft immer wieder betont und auf die Gefahren einer anonymen „Kollektivverantwortlichkeit“ hingewiesen. Mit Recht ist der Akzent auf den Dreiklang: privates Eigentumsrecht, Initiative und Verantwortung gelegt worden, was vielfach übersehen worden zu sein scheint.

Es ist unbillig, dem Privatbesitzer die Verantwortung auferlegen zu wollen, wenn die Initiative nicht bei ihm, sondern bei einem von ihm so gut wie unabhängigen Manager liegt. Diesem aber, der nicht Eigentümer ist, wohl die Freiheit der Initiative zu geben, ohne daß er gleichzeitig konkrete Verantwortung zu tragen hat, birgt eine noch größere Gefahr der Schaffung anonymer Unverantwortlichkeit, als sie selbst in einem bürokratisch geleiteten Staatsbetrieb entstehen kann. In der Unübersehbarkeit des Großbetriebes liegt eine entscheidende Gefahrenquelle, und es fruchtet wenig, wenn man sich gegenüber diesen Gefahren mit dem Hinweis auf die fundamentale Bedeutung des privaten Eigentumsrechtes beruhigt, denn hier hat dieses für die tatsächliche Initiative und Verantwortung in Wirklichkeit recht wenig Bedeutung mehr. Es kommt mir häufig etwas verdächtig vor, wenn man auf Grund des einen Satzes, der die unbestreitbare Bedeutung des Privateigentums für Initiative und Verantwortung unterstreicht, über die nicht minder klar ausgesprochene Zulässigkeit, ja Notwendigkeit einer Vergesellschaftung in Fällen, die diese erheischen, hinwegzugehen versucht. Es gibt gewiß kein Dogma, das zur Verstaatlichung auffordert, aber auch keines, das eine vernünftige Vergesellschaftung von Industrien, bei denen das Privateigentum nur noch nominelle Bedeutung für Initiative und Verantwortung hat, in Acht und Bann setzen würde. (Beifall)

Die große soziale Massenpartei

Die CDU, die als große soziale Massenpartei gegründet worden ist, muß mit allen Kräften danach streben, auch fürderhin die vornehmste Repräsentation der in Deutschland praktisch sozial eingestellten Menschen zu bleiben.

Karl Arnold

Im Ahlener Programm und in den Leitsätzen, die wir zur Gründungszeit der CDU aufgestellt haben, sind wirtschaftlich praktische Reformen für die Schlüsselin dustrien vorgeschlagen worden. Gemeinwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Betriebsformen soll danach der Vorzug gegeben werden, und es wurde ausdrücklich festgestellt, daß die CDU der Ansicht ist, daß auch der Bergbau in diesen Betriebsformen geführt werden kann. Nichts scheint mir in der Tat geeigneter, um unser soziales Volksleben zu festigen, als eine Verwirklichung dieses Programms sowie des damit verbundenen Zieles einer Beteiligung der im Betrieb tätigen Arbeitnehmer an dem Unternehmen.

Betrachten wir einmal über das Ahlener Programm hinausgehend ganz nüchtern die aktuelle Lage der Grundstoffindustrien, vor allem der Kohle. Die Möglichkeit, daß sich die Grundstoffindustrien auf dem Wege der Selbstfinanzierung kräftigen, wie dies bei der konjunkturbegünstigten verarbeitenden Industrie durch Nichtentnahme der Gewinne geschieht, besteht nicht, da bei den Grundstoffindustrien aus vielerlei Gründen nicht mit baldigen Gewinnen zu rechnen ist. Auch bei einer Verstaatlichung würde sich dies nicht ändern, denn auch der Staat verfügt — zum mindesten nicht im Augenblick — über die notwendigen Mittel, zumal er nach dem Grundgesetz ja auch die Aktionäre voll entschädigen muß. Die sogenannte freiwillige Beihilfe von einer Milliarde, die die verarbeitende Industrie den Grundstoffindustrien zur Verfügung stellen soll, ist, wie verantwortliche Männer aus diesen Industrien zugeben, unzureichend. Erforderlich wären ein dreifacher Betrag und darüber hinaus laufende weitere Investitionen, für die es einen Kapitalmarkt zur Zeit noch nicht gibt. Würden nicht viele Bedenken und berechtigte Einwendungen wegen unerwünschter, drohender Machtverschiebung durch Erwerb von Beteiligungen in den Grundstoffindustrien seitens kapitalkräftiger Unternehmer schwinden oder sich doch wesentlich mindern, wenn auch der Arbeitnehmer-Sektor mit einem bestimmten Satz daran teilhaben würde? Es ist zuzugeben, daß Lohnerhöhungen unsere Wirtschaft nicht vorwärts bringen, wenn sie sich nur auf dem Konsumsektor auswirken. Wäre aber eine Neuberechnung des gerechten Lohnes nicht doch möglich und sogar wirtschaftlich wünschenswert, wenn eine höhere Besoldung nicht in erster Linie den Konsum steigerte, sondern für Investitionen Verwendung finden würde? Mit anderen Worten, könnten nicht auch die Lohn- und Gehaltsempfänger so gestellt werden, daß durch ihre Hand ein Teil der nicht entnommenen Gewinne der Unternehmer den wichtigen Investitionsvorhaben zufließen würde? Dadurch würde meiner Ansicht nach einer gerechteren Besitzverteilung, wie sie uns das Ahlener Programm zum Ziel setzt, gedient, und der Begriff der „Vergesellschaftung“ der monopolartigen Grundstoffindustrien erhielte einen neuen Sinn, wenn der Arbeitnehmerschaft auf Grund eigener Leistung ein Anteil an diesen Industrien zuwachsen würde. Selbstverständlich ist nach den Erfahrungen der Vergangenheit ein Zwangssparen abzulehnen, aber der Sparsinn ist doch immer nur dann geweckt worden, wenn ein Zweck und ein sicheres Ziel mit dem Sparen verfolgt werden kann.

Ich kann mich jetzt mit diesem Gedanken im einzelnen aus Zeitgründen nicht auseinandersetzen. Aber wenn ich zur Verdeutlichung ein unverbindliches Beispiel anführen soll, so möchte ich die Frage stellen: sollte es nicht möglich sein, die Stundenlöhne um 2 Pfennig zu erhöhen unter der Voraussetzung, daß auch die Arbeitnehmer 2 Pfennig von ihrem jetzigen Lohn bereitstellen, so daß 4 Pfennig pro Arbeitsstunde einer Zentralkasse zur Finanzierung der Investitionen zur Verfügung gestellt werden könnten? Wenn man von 15 Millionen Lohn- und Gehaltsempfängern in der Bundesrepublik ausgeht, so läßt sich — wenn auch zunächst rein theoretisch — errechnen, welche bedeutsame Kapitalbildungsquellen von der Arbeitnehmerseite her geschaffen werden könnten. Eine solche Maßnahme hätte zunächst drei unmittelbare Wirkungen: eine solche Lohnerhöhung brauchte in keiner Weise preissteigernd zu wirken, eine solche Lohnerhöhung würde aber fühlbar dazu beitragen, daß die Produktion lebensnotwendiger Güter für die Nation, wie Kohle, Eisen und Stahl, gesteigert werden würde, und sie würde schließlich mitbewirken, daß unsere Währung noch gesicherter würde und daß die Arbeitnehmer auf wertbeständiger Basis zu eigener Vermögensbildung kämen. Der Sparsinn und der Spar-

wille würden dadurch auch von der psychologischen Seite her in einem seit 1918 nicht mehr gekannten Ausmaß geweckt werden. Ich würde in der Durchführung eines solchen Planes der künftigen Gesamtbeteiligung der Schaffenden durch ihre Ersparnisse an den Grundstoffindustrien einen Beitrag zur echten Neuordnung sehen, der nicht nur die sozialen Spannungen verkleinern, sondern auch die soziale Partnerschaft vermögensmäßig und auf die Dauer gesehen auf eine gleiche Ebene bringen würde.

Die Bundesregierung sollte ohne Zeit zu verlieren in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern an die Ausarbeitung eines Lohn-Investitionsschemas herangehen. Es sollten Erwägungen darüber angestellt werden, wie eine Arbeitnehmerbeteiligung anziehend und unter allen Umständen wertbeständig gestaltet werden kann, etwa durch Ausstattung der Kleinanteile mit wahlweisen Bezugsrechten für Kohle oder auch andere Produktionswerte. An eine alleuropäische Garantie könnte ebenfalls gedacht werden, so wie sie der Schuman-Plan vorsieht, denn Investitionen im deutschen Kohlenbergbau liegen ja ganz eindeutig im gemeinsamen europäischen Interesse. Eine solche Investition von Arbeitnehmerseite braucht im übrigen der Durchführung einer ebenfalls freiwilligen, eigentums-gesicherten Industrieumlage nicht im Wege zu stehen, würde sie aber ergänzen und, vom Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Machtverteilung aus gesehen, erheblich unbedenklicher machen.

Betrachten wir auch einmal von diesem Gesichtspunkt aus das sogenannte Mitbestimmungsrecht: Die CDU hat sich im Ahlener Programm grundsätzlich zum Mitbestimmungsrecht bekannt. Wie für jeden fruchtbaren Gedanken besteht auch für das Mitbestimmungsrecht die Gefahr, daß daraus ein allseitig schillerndes Schlagwort gemacht wird, mit dem ein jeder nach Belieben jonglieren kann. Der Begriff, der ihm zugrunde liegt, ist der der sozialen Partnerschaft, ein Gedanke, der meiner Auffassung nach eine der wenigen wirklichen fruchtbaren, wirtschaftlichen Ideen in unseren schwierigen und verwickelten Verhältnissen darstellt. Gegen diesen Gedanken wird neuerdings zu Unrecht Sturm gelaufen. Soziale Partnerschaft bedeutet nicht schematische Gleichheit der Funktionen; sie soll viel mehr den Gedanken der gegenseitigen Ergänzung vermitteln als etwa den einer öden Gleichschaltung in den Betrieben. Wesentlich ist, daß Partnerschaft nur in Verbindung mit dem Gemeinsamen bestehen kann. Sie setzt also neben dem Du und Ich ein Wir voraus. Sozialpartnerschaft, so verstanden, bedeutet also auch Überwindung des Klassenkampfes. Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht erscheint mir in monopolartigen Industrien, in denen die Existenz des Arbeitnehmers vom Bestand der Industrie abhängt, jedenfalls insoweit eine durchaus natürliche und berechtigte Forderung zu sein. Ich übersehe auch in keiner Weise, daß jede großzügige und soziale Entscheidung im deutschen Westen auch gleichzeitig eine Vorentscheidung für die Wiedervereinigung Deutschlands ist. (Lebhafter Beifall).

Die Initiative des Herrn Bundeskanzlers, auf Grund deren das Mitbestimmungsrecht in den Grundstoffindustrien im Frühjahr dieses Jahres seine gesetzliche Verwirklichung gefunden hat, war eine soziale Tat. Dieser erste Schritt zu einer fruchtbaren Neuordnung ist von der überwiegenden Mehrzahl der Schaffenden in Deutschland lebhaft begrüßt worden. (Beifall) Man hat nun darauf hingewiesen, daß ein schematisch konstruiertes Mitbestimmungsrecht die Gefahr in sich berge, an Stelle des erwünschten und damit erstrebten größeren Gefühls der Selbstverantwortlichkeit der Be-

triebspartner anonyme „Kollektivverantwortlichkeit“ zu setzen, indem durch ein solches Mitbestimmungsrecht die Unternehmerinitiative ungebührlich eingeengt werde. Der Unternehmer könne dann auch nicht mehr voll verantwortlich gemacht werden. Solche Erscheinungen sind nicht gewollt und natürlich abzulehnen, falls sie auftreten sollten. Ich darf aber ausdrücklich feststellen, daß dort, wo das Mitbestimmungsrecht inzwischen eingeführt worden ist, solche Tendenzen in keinem einzigen Falle aufgetreten sind. Die Gefahren erkennen heißt aber, nicht den gesunden Kern der sozialen Partnerschaft, die im Mitbestimmungsrecht verwirklicht werden soll, negieren. Es kommt, meine verehrten Parteifreunde, auf den Geist an, in dem das Mitbestimmungsrecht gehandhabt werden wird. Ich kann mich angesichts der Kritik, die von gewisser Seite gegen das Mitbestimmungsrecht geführt wird, manchmal des Eindrucks nicht erwehren, als wüsche man geradezu den Mißerfolg der neuen Idee der sozialen Partnerschaft. (Beifall) Es liegt aber im wohlverstandenen allseitigen Interesse, daß der Idee zum Erfolg verholfen wird. Kommt es zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht zu einer Partnerschaft, so wird sich dies für beide Teile katastrophal auswirken. Es wird nie mehr den „Herrn im Hause“-Standpunkt aus dem vergangenen Jahrhundert geben können. Aber auch die Arbeitnehmerseite würde bei einem Scheitern der Partnerschaft aus einem allseitigen Wirtschaftskampf, der anarchische Zustände herbeiführte, nicht als Sieger hervorgehen.

Auf Anarchie pflegen Diktaturen zu folgen! Dann aber ist es mit der wirtschaftlichen Freiheit des einzelnen überhaupt zu Ende, da mit der Diktatur heutzutage das Verbot, den Arbeitsplatz zu wechseln, Hand in Hand zu gehen pflegt. Diktatur im Industriestaat bedeutet ja jetzt auch staatskapitalistische Wirtschaft, bei der kein soziales oder wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht geduldet werden würde. Für die Frage des Mitbestimmungsrechtes, sei es betrieblicher, sei es überbetrieblicher Art, sollte, ebenso wie für andere Fragen, die grundsätzliche Neuordnung der Grundstoffindustrien und der gesamten Wirtschaft betreffende Fragen möglichst bald ein geeignetes Gremium geschaffen werden, damit wir aus dem Stadium eines endlosen Diskutierens herauskommen und zu sachverständigen Beratungen gelangen. Dabei dürften viele Mißverständnisse bald beseitigt werden können. Mir scheint, daß diese Aufgaben einem in naher Zukunft zu bildenden Bundeswirtschaftsrat gestellt werden sollten, worin dann die Sozialpartner und andere überbetrieblich interessierte Kreise versuchen sollten, Lösungen vorzuschlagen, die für die Industrien und Berufsgruppen wie für das ganze deutsche Volk in bester Weise zuträglich sind.

‘ Mitbestimmungsrecht, gemeinwirtschaftliche Korporationsformen, Arbeitnehmerbeteiligung am Betrieb sollen dem einen Ziel dienen, das Verhältnis der Arbeitnehmer zum Betrieb und zur Arbeitsgemeinschaft wieder persönlicher und menschlicher zu gestalten. Gelingt dies im Großbetrieb, so ist damit etwas ganz Entscheidendes für die soziale Festigung unseres Volkslebens geschehen, denn hier lauern die schlummernden Gefahren, hier liegen aber auch die größten Chancen für eine entscheidende Konsolidierung des innerdeutschen Volkslebens. Eine Tendenz, die als notwendig anerkannten Reformen zu vertagen, ist freilich unverkennbar. Ich möchte aber dringend davor warnen, erst dann an die Verwirklichung des in Ahlen als richtig Erkannten heranzugehen, wenn sich die Spannungen, die zur Zeit infolge eines hohen Beschäftigungsgrades noch weniger sichtbar sind, die wir aber alle deutlich spüren, ins Unerträgliche gesteigert haben. Dann könnte es für überlegte Maßnahmen zu spät sein!

Lassen Sie mich hier ein Wort über die Rolle der Gewerkschaften einfügen. In der letzten Zeit ist von einigen Stellen heftige Kritik an der Haltung geübt worden, die die Leitung der Gewerkschaften zu den wirtschaftlichen Tagesfragen eingenommen hat. Wie Sie wissen, liegt mir die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften sehr am Herzen, da ich in ihnen heute wie vordem einen der wichtigsten Faktoren für die Erhaltung des sozialen Friedens sehe, von dem in einer Zeit, in der kalter und heißer Krieg so nahe aneinander gerückt sind, auch der äußere Friede weitgehend abhängt. Bei der Kritik an Äußerungen und Handlungen von Vertretern der Gewerkschaftsbewegung, ob sie berechtigt oder unberechtigt ist, sollte doch nie aus den Augen verloren werden, welche achtunggebietende Leistungen die Männer der Gewerkschaften vollbracht haben, die aus dem Nichts, das ihnen die atomisierende, nationalsozialistische Periode hinterließ, wieder lebendige Organisationen geschaffen haben. Die Gewerkschaften haben nicht nur als verantwortungsbewußte Vertreter einer sich wieder selbst achtenden und daher auch schaffungsfähigen Arbeiterschaft gewirkt, sondern im guten Sinne den Staat mit tragen helfen. Ich begrüße besonders den Standpunkt der leitenden Persönlichkeiten — das möchte ich gerade hier an dieser Stelle besonders betonen —, daß die Gewerkschaften weder staatspolitisch uninteressiert und neutral, noch parteigebunden sein dürfen. (Beifall) Erst durch diese Haltung ist die heutige geschlossene Gewerkschaftsbewegung zu einer Vertreterin der Arbeiterschaft in einem weiteren und besseren Sinne geworden als in der Vergangenheit. Übersehen wir nicht, daß wir immer stärker ein Volk von Arbeitnehmern geworden sind. Auf 100 Erwerbstätige in der deutschen Wirtschaft kommen heute 52 Lohn- und 20 Gehaltsempfänger! Dabei wissen wir, daß der soziale Strukturwandel in keiner Weise abgeschlossen ist!

Sind uns für den Großbetrieb im Ahlener Programm ganz grundlegende Reformen vorgeschrieben, so sind uns für den leistungsfähigen Mittel- und Kleinbetrieb fördernde Maßnahmen zur Pflicht gemacht worden. Mit Recht ist darin zum Ausdruck gebracht worden, daß unsere Wirtschaft nicht nur industriell ist, sondern sehr wesentliche andere Teile, nämlich die bäuerliche Wirtschaft, das Handwerk, Handel, Gewerbe und andere Sparten umfaßt. An ihnen darf bei unseren Bemühungen um die soziale Festigung unseres Volkslebens nicht vorübergegangen werden, weil sie insbesondere die bäuerliche Wirtschaft und das Handwerk und damit ganz wesentliche Kräfte für die Ordnung unseres Volkes darstellen. Wenn ich erst an dieser Stelle von den Gefahren spreche, die von dem Flüchtlingselend dem sozialen Volksleben in Deutschland drohen, so geschieht dies nicht, weil ich etwa die kapitale Bedeutung dieses Problems verkenne. Es handelt sich ja um ein Problem, das weder übersehbar noch quantitativ abgeschlossen ist, denn es kommen ständig neue Flüchtlinge aus der sowjetischen Zone zu uns. Von 300 000 neuen Arbeitskräften, die im letzten Jahre in Nordrhein-Westfalen in den Produktionsprozeß eingeordnet wurden, sind über die Hälfte zugewandert; davon sind ein großer Teil neue Flüchtlinge aus dem Osten. Etwas wirklich Entscheidendes für die Flüchtlinge muß getan werden, und das kann nur durch die Schaffung von noch mehr Arbeitsplätzen und Wohnungen geschehen.

Bei der Behandlung des Lastenausgleiches sollte darauf der Hauptakzent gelegt werden. Durch eine verstärkte Wanderbewegung innerhalb der Bundesrepublik ohne Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten und Wohnungen kann jedenfalls das Problem nach meiner Auffassung nicht gelöst und die Zeitbombe, die dieses gigantische Problem für das soziale Gefüge nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas darstellt, nicht ent-

schärft werden. Ganz ähnliche Probleme stellen sich auch hinsichtlich der Evakuierten und Totalausgebombten.

Wenn wir unser Ziel einer sozialen Festigung des deutschen Volkslebens ernsthaft anstreben, dürfen wir uns nicht scheuen, über vielerlei Vorrechte und Vorurteile hinwegzugehen. Die CDU, die als große soziale Massenpartei gegründet worden ist, muß mit allen Kräften danach streben, auch fürderhin die vornehmliche Repräsentantin der in Deutschland praktisch sozial eingestellten Menschen zu bleiben. (Beifall) Diese stellen die Massen dar, nicht die Ideologen, Doktrinäre oder Fanatiker. Der Zustand, den diese Massen erstreben, ist weder permanent revolutionär noch rückschrittlich reaktionär. Der Staat, den sie sich wünschen, muß die Kraft und den Willen besitzen, daß die entwurzelten Gruppen auf einer sozial gefestigten Basis in das Volksleben eingegliedert werden können.

Lassen Sie mich auch ein Wort zur politischen Schädlingsbekämpfung sagen, denn die Schaffung von hygienischen Verhältnissen in der Politik stellt einen wesentlichen Faktor bei der Festigung des sozialen Volkslebens dar. In einer mit Krankheitsbazillen durchschwängerten Luft kann kein gesunder Volkskörper gedeihen. Wie bei jeder Krankheitsbekämpfung ergibt sich zunächst die Aufgabe, die Erreger zu erkennen und ihr Verhalten zu studieren. Man muß sie vor allem an versteckten Punkten suchen und auch ihr Zusammenwirken beobachten. In der Anwendung ihrer Mittel sind sie nicht wählerisch. Es ist bezeichnend, daß in dem Augenblick, da alle Abwehrkräfte auf den zwar immer wieder neu getarnt auftretenden, aber meist doch bald erkannten Bazillus aus der Kremlbüchse konzentriert sind, der nationalsozialistische Krankheitserreger wieder virulent zu werden beginnt. Es ist nicht überraschend, daß die Neonazis eine Aufwertung Hitlers nicht direkt, sondern durch eine Hetz- und Verleumdungskampagne gegen die Gegner der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland betreiben. Wie kann es zu einer Festigung unseres demokratischen Volkslebens kommen, wenn man derartige Bestrebungen ungehindert zuläßt? In Wochenschriften und anderen Blättern und Revuen hat es angefangen. Heute erfrecht sich schon wieder ein aus dunklen, aber feststellbaren Quellen finanziertes Unternehmen in Koburg, unter dem Deckmantel 'Nation Europa' ganz offen eine nazistische Restauration zu empfehlen. Es ist in erster Linie Sache der Bundesregierung und des Gesetzgebers, mit allen Mitteln einer politischen Gesundheitspolizei gegen die neonazistischen Herde, die Bünde und Grüppchen politischer Bazillenträger vorzugehen. (Starker Beifall) Auch die Gerichte sollten nicht zögern, solche Elemente streng zu bestrafen. Wer Hitlers Verbrechen heute billigt, ist aus dem politischen Leben der Nation auszumerzen. (Stürmischer Beifall) Wer heute in der politischen Auseinandersetzung für Hitler und seine Herrschaft eintritt, fördert dazu auf, den demokratischen Staatsaufbau, und zwar mit Gewaltmitteln, zu zerstören. Auf eine solche Tat aber stehen Strafen bis zu 10 Jahren Zuchthaus. Es ist die Aufgabe der CDU, zu verhindern, daß dieser von uns gebildete und von uns getragene Staat als Selbstmorddemokratie wie Weimar endet. Ich bin dem Herrn Bundeskanzler unsagbar dankbar für das offene Wort, das er in der Großkundgebung am gestrigen Abend gesprochen hat. Wenn wir, die wir den Staat wesentlich mittragen, uns dazu nicht aufraffen, so wird die Aufgabe von anderen Kräften übernommen werden müssen, und ich stehe nicht an, zu betonen, daß es hier in dieser Frage keine Neutralität der Gewerkschaften geben wird. Ich möchte im Interesse unserer inneren Festigung der Bundesregierung dringend nahelegen, nicht langmütig zu sein. Dazu besteht keinerlei Veranlassung.

Auch finde ich es in diesem Sinne falsch, wenn mit jenen — ich betone aber mit jenen Generälen, die nach ihren eigenen Äußerungen noch immer nicht von nationalsozialistischer Gesinnung frei sind und aus diesem Grunde abgewirtschaftet haben, über einen europäischen Wehrbeitrag Deutschlands gesprochen wird. Damit spreche ich keine Voreingenommenheit gegen unsere früheren Soldaten aus. Ganz im Gegenteil! Hut ab vor den tapferen deutschen Soldaten, die in reiner Gesinnung unserem Vaterland ihr Bestes gegeben und geopfert haben. (Starker Beifall) Diese gerechtfertigten Ansprüche zu erfüllen, soll uns allen eine Ehrenpflicht sein. Aber, meine Damen und Herren, unsere früheren Soldaten, zu denen wir in innigster Verbundenheit stehen, werden aber nicht vertreten durch Figuren, die, nachdem sie im Kriege Versäger waren, und heute in Neo-Nazismus machen, jetzt trotzdem wieder eine Rolle in der Politik zu spielen wünschen. Ihre wahre Gesinnung erkennt man nicht, wenn man ihre Liebeserklärungen für die Demokratie liest, sondern auf die zweite Seite der von ihnen redigierten Blättchen blickt, wo unverhohlen neonazistische Propaganda getrieben wird. Es ist lächerlich, anzunehmen, daß solche „Heerführer der Niederlage“ unsere Millionen tapferer Soldaten repräsentieren!

Man empfiehlt uns heute so oft von interessierter Seite, die Vergangenheit zu vergessen. Ich bin der Meinung: So wenig eine absolvierte Sünde aus dem individuellen Erinnerungsvermögen getilgt werden kann, so wenig können wir die Vergangenheit vergessen. Wir können und wollen aber eines tun: Wir wollen vergeben und die Vergangenheit reinigen, damit sie uns nicht Bitternis bleibe, sondern eine lehrende Kraft für die Zukunft und eine fortlebende Mahnung dafür werde, daß wir als Volk nicht noch einmal den gleichen Fehlern und Irrwegen verfallen wie in einer jüngsten Vergangenheit. Wir wollen hier auf dem Parteitag der CDU feierlich und deutlich klarmachen, daß niemand sich einbilden darf, zweimal als Mitläufer durchzukommen!

Wenn ich in meinen Ausführungen bisher dazu aufgefordert habe, daß wir aktiv, mutig und ohne jede Zimperlichkeit die Frage der wirtschaftlichen Neuordnung zur sozialen Festigung unseres Volkslebens anpacken, wenn ich ferner aufgerufen habe, unser Aufbauwerk gegen die schleichenden oder bereits offen auftretenden Krankheitsreger kommunistischer und neonazistischer Spezies energisch und, wenn es nötig ist, auch brutal durchzusetzen, so ist dadurch doch nur ein Rahmen für unsere Tätigkeit als soziale deutsche Massenpartei gegeben. Um die Verhältnisse im industriellen Betrieb, in den Gemeinden und im Staat grundlegend zu konsolidieren, ist die innere Festigung des Menschen erforderlich. Bei allen Maßnahmen, seien sie politischer, sozialer, wirtschaftlicher oder kultureller Art, müssen wir unerbittlich im Auge haben, ob und inwiefern dadurch dem Menschen die richtige, geordnete Entfaltungsmöglichkeit gegeben wird. Wir mögen uns über Theorien streiten, wir mögen uns gegenseitig von der durchschlagenden Richtigkeit dieser oder jener Argumente überzeugen, wir mögen die Produktion steigern, Voll- und Überbeschäftigung erreichen, es würde aber allen Maßnahmen jene bindende und verbindende Kraft fehlen, wenn wir nicht die Stärkung der Familienbände in unserem Volke erreichen würden. Im Betrieb, in der Gemeinde und bis hinauf zum Staat würden viele Maßnahmen anders und zweckmäßiger getroffen, wenn man den Gesichtspunkt der Familienerhaltung und -förderung „mitsprechen“ und „mitbestimmen“ ließe. Das gilt insbesondere auch für die Wohnungsbaupolitik. Sein oder Nichtsein nicht nur Deutschlands, sondern der europäischen Kultur hängt auch von der richtigen Gestaltung der Wohnungsbaumaßnahmen ab. Das geistig-seelische Fundament des Wohnungs-

baues besteht doch in der Frage: Wie und wo baut man Wohnungen, daß sie wirklich Heim und damit Schutzwall für unsere Menschen werden, Schutzwall gegen die Vernichtung echten Menschseins, Schutzwall gegen die Vermassung oder, um es beim klaren Namen zu nennen, gegen die dunklen Kräfte der Kollektivierung. Deshalb kann das erste Anliegen immer wieder nur sein, daß überhaupt Wohnungen entstehen. Es muß gebaut werden, es muß viel gebaut werden, und es muß rasch gebaut werden. Es wird zwar nicht möglich sein, die wohnungspolitische Situation der Gegenwart nur durch die Errichtung von Eigenheimen zu meistern, aber ich halte es für eine besonders wichtige Aufgabe, das richtige Verhältnis bei der Erstellung von Eigenheimen, Siedlungsbauten und Mietwohnungen zu finden. Wir dürfen nicht übersehen, daß das Bedürfnis nach dem Eigenheim in unserem Volk vorhanden und daß dieses Bedürfnis im Wachsen ist. In der Zeit der modernen Berufshetze wird die Wohnung immer ausschließlicher zum letzten Hort der individuellen Sphäre, ohne die ein Mensch nicht mehr Mensch sein kann. Wir haben daher Sorge zu tragen, daß die Wohnungen so gestaltet werden, daß sie wirklich Heim und Heimstatt sein können. Vergessen wir vor allem nicht, daß unsere Frauen, die so viel dazu beigetragen haben, die Nation in den Hungerjahren und besonders im Kältewinter 1946/47 überhaupt am Leben zu halten, ihre besten Gaben und Kräfte nicht in einer Behausung, sondern nur in einer Wohnstätte, die ein wirkliches Heim ist, entfalten können. (Beifall)

Von hier aus gesehen erhält auch die angestrebte Familienausgleichskasse ihre besondere Bedeutung. Kein Staat kann gesunden und gesund bleiben, wenn er seine Lebenswurzeln nicht vertiefen kann im Erdreich einer geistig und sozial gefestigten Familie. Wir haben daher auch in steuerlicher Hinsicht dahin zu wirken, daß keine weitere Belastung des Konsums der breiten Schichten eintritt. Das waren auch die Beweggründe, die das Land Nordrhein-Westfalen bewegen haben, sich gegen die Aufwandssteuer in der vorgelegten Fassung und gegen die Einführung von Finanzzöllen auf wichtige allgemeine Gebrauchsgüter auszusprechen. Hingegen sind wir durchaus der Auffassung, daß für den gehobenen Verbrauch eine Luxussteuer eingeführt werden kann und soll.

Auch unser Bemühen um die Jugend, die nicht, wie dies im Weimarer Staat der Fall war, sich selbst überlassen sein darf, da sie sich dann nicht mit Unrecht verlassen vorkommen wird, muß davon ausgehen, dieser Jugend zunächst einmal ein wirkliches Elternhaus zu geben. Wenn wir das soziale Leben unseres Volkes festigen wollen, so müssen wir uns als Partei vor der Illusion hüten, ein Stillhalteabkommen mit der Zukunft schließen zu können. Wir können nicht erwarten, daß die Zukunft die Fehler einer vergangenen Wirtschaftsstruktur beseitigt. Die CDU als eine soziale Massenpartei darf sich nicht in Erwartung außenpolitischer Erfolge wirtschaftlich einer Laissez-faire-Stimmung hingeben. Man erwartet von uns Impulse, Initiative und Angriffsgeist. Wir haben den Auftrag, eine dem Gemeinwohl zuträglichere Wirtschaftsordnung durchzusetzen, die keinen Klassenkampf mehr zuläßt. Wir müssen die Grundlagen dafür jetzt legen und dürfen die notwendigen Reformen in den Grundstoffindustrien nicht auf ein Schuman-Zeitlager vertagen. Wir müssen die Errungenschaft aus der Zeit der Naziverfolgung, vor allem die Solidarität der christlichen Konfessionen erhalten und erneut festigen. Wir dürfen uns auch nicht durch die zahlreichen aus dem Boden schießenden Interessentengruppen und Vereinigungen daran irremachen lassen. Wir vertreten nicht eine bestimmte Gruppe oder Schicht, sondern das ganze deutsche Volk, soweit es demokratisch und freiheitlich denkt. Es wird möglich sein, zu einer sozialen Festigung

unseres Volkslebens zu kommen, wenn wir das Gesetz, nach dem die CDU angetreten ist, mit aller Entschlossenheit durchführen. Dann wird es gelingen, der Entwicklung wieder Stetigkeit, Rhythmus und Glauben zu geben, so wie es Schiller einmal ausdrückte: Unaufhaltsam enteilt zwar die Zeit. Aber sie sucht das Beständige. Sei getreu, und du legst ewige Fesseln ihr an. (Starker, langanhaltender Beifall)

Präsident Simpfendorfer erteilte nach Dankesworten an Ministerpräsident Arnold das Wort dem Zweiten Parteivorsitzenden,

Bundestagsabg. Dr. Friedrich Holzapfel:

Drei Referate bzw. drei Referatgruppen bilden das Kernstück unseres diesjährigen Bundesparteitages. An erster Stelle steht das Referat unseres Bundeskanzlers „Deutschland und Europa“, das uns gestern außer den innenpolitischen Fragen ganz besonders seine große außenpolitische Konzeption gezeigt hat. An dritter Stelle — morgen — steht die Referatgruppe über Standort und Aufgabe unserer CDU. Zwischen diesen beiden steht die Gruppe der Referate, die sich mit dem sozialen und wirtschaftlichen Aufbau und der geleisteten Arbeit befaßt.

Gerade bei der mittleren Referatgruppe über den sozialen und wirtschaftlichen Aufbau ist die Gefahr besonders groß, daß unser ursprüngliches Ziel verdeckt wird durch die unendliche Fülle der Tagesarbeit. Deswegen gilt gerade für diese Gruppe der Referate in besonderem Maße die Herausstellung des grundsätzlichen Zieles unseres politischen Wollens auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet.

Wir haben in den Ausführungen unseres Freundes Arnold an der Spitze in wenigen großen Strichen die trostlose Lage des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft nach dem völligen Zusammenbruch vor Augen geführt bekommen. Die CDU hat in dieser trostlosen Lage nicht gezögert, mit praktischer Arbeit und mit praktischer Verantwortung die Not zu wenden. Wenn wir heute in der Wirtschaft der Bundesrepublik wieder den Weg zur Freiheit gefunden haben, wenn wir eine noch 1948 für völlig unmöglich gehaltene Ausweitung des Sozialprodukts aufweisen können, wenn wir zahlreiche neue Arbeitsplätze einrichten konnten, wenn wir wieder die Verbindung zur übrigen Welt schlagen konnten, wenn wir heute wieder aus eigener Kraft unsere Rohstoffe und Lebensmittel bezahlen können, — dann sind das Erfolge der CDU-Politik. (Anhaltender, stürmischer Beifall) Das müssen wir sagen auf unserem Parteitag; das müssen wir aber auch draußen immer wieder sagen, weil es vergessen wird, und weil man nicht mehr zurückdenkt an die Zeit von 1945/46 und alles das, was wir geleistet und gearbeitet haben, als eine Selbstverständlichkeit hinnehmen will.

Die Aufgabe, die uns nach 1945 gestellt wurde, war eine doppelte: einmal eine völlig zusammengebrochene und am Boden liegende Wirtschaft überhaupt wieder in Gang zu setzen und zum anderen einen Umbau dieser Wirtschaft so durchzuführen, daß wir zu einer neuen sozialen Ordnung, zu einem wirklich sozialen Frieden in Verbindung mit einer wirtschaftlichen Stabilität kommen. Lassen Sie mich diese doppelte Aufgabe mit einem Beispiel sagen. So wie ein Arzt an einem todkranken Körper keine Operation ausführen kann, sondern erst den Körper wieder so weit kräftigen muß, daß er die Operation aushält, so mußte auch in der Wirtschaft vor dem Umbau die Wiederbelebung stehen. Aus den Fugen gerissen, gleichsam aus den Gelenken gebrochen, waren die wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen der Menschen. Es gab keine Ordnung mehr. Dieser Zersetzungsprozeß begann schon viel früher, er begann eigentlich schon im Ersten Weltkrieg; er

geht über die Inflation, über den totalen Vermassungszustand bis zu den Zerstörungen im Krieg und fand dann schließlich im völligen Zusammenbruch seinen Höhepunkt. Hier in diesem Chaos, wo jede Ordnung fehlte, wieder eine Ordnung zu schaffen, das war die Aufgabe, die uns gestellt wurde. Leichter ist es, von Grund auf etwas neu zu bauen als einen Umbau vorzunehmen. Aber wir mußten die Fundamente erhalten, die in der christlich-abendländischen Tradition begründet liegen, — keine Revolution, die alles über den Haufen wirft und alle Werte umstößt, sondern Evolution, eine Weiterentwicklung, die das Gute erhält, das Schlechte ausmerzt und dem Fortschritt sich nicht verschließt.

Der einzelne Mensch mußte zunächst aus dem Gestrüpp der ihn erdrückenden Vermassung befreit werden und seinen Standort wiederfinden. Nicht die Masse, nicht die große totalitäre Organisation, sondern der einzelne Mensch — das Geschöpf Gottes — gehört in den Mittelpunkt des Staats-, Volks- und Wirtschaftslebens. Aber er war entwurzelt, er war hilflos geworden, angekränkt von einem Materialismus, der nach Sicherheit durch Staatsgarantie verlangte; er war durch eine Vermassung in seiner Entfaltung verhindert. Diesen Menschen wieder zur Persönlichkeit zu entwickeln und ihm die Möglichkeit dazu zu geben, mußte eines der ersten Ziele sein. Unerläßliche Voraussetzung dafür ist aber persönliche Freiheit des einzelnen. Das gilt für den Staat genau so wie für die Wirtschaft. Gerade einem Volk, das die Unfreiheit im totalitären Staat zu spüren bekommen hat, geht der Wert der persönlichen Freiheit über alles. Wir wollen keinen Staat, der den Menschen von der Wiege bis zum Grabe am Gängelbände führt. Wir wollen keine Wirtschaft, die den Menschen auf seinen Arbeitsplatz einweist oder dienstverpflichtet und zum Sklaven degradiert. Wir wollen eine staatliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung und Freiheit. (Beifall) Freiheit heißt aber nicht Zügellosigkeit. Der Mensch, der frei sein will, muß sich auch einem höheren Ziele verpflichtet fühlen. Gerade weil wir den Menschen nicht als eine Nummer in einer Organisation ansehen, sondern als das Geschöpf Gottes, müssen wir den Kirchen — die den Menschen zum Gottesdienst, zur Klarstellung seines Verhältnisses zu Gott anhalten und ihn unterweisen. — eine Wirkungsmöglichkeit im Staats- und Volksleben geben; deshalb müssen wir die Erziehung der Kinder im christlichen Glauben unbedingt sicherstellen. (Stürmischer Beifall) Der schwankende und hilflos gewordene Mensch muß wieder innerlich verwurzelt sein; nur dann wird er ein wirklich freier Mensch werden können.

Aber der Mensch steht nicht allein. Er ist eingeordnet — das lassen Sie mich heute morgen Ihnen in meinen Ausführungen vor Augen führen — in die Familie, eingeordnet in einen Beruf, eingeordnet in den Staat. Hinzu kommt noch eine ganz neue Aufgabe: Deutschland und Europa. Erstmals hat Europa den Weg aus den Grenzen der Nationalstaaten zu einer größeren Zusammenarbeit erkannt. Mutige Männer wollen aus dieser Erkenntnis die praktischen Schlußfolgerungen ziehen. Gerade wir Deutschen, die so bitteres Lehrgeld in der Abgeschlossenheit eines autark sein wollenden Staates bezahlt haben, sind diesem Gedanken der europäischen Zusammenarbeit gegenüber besonders aufgeschlossen. Lassen Sie mich aber einen Gedanken einmal an diesem Parteitag ganz besonders betonen und herausstellen. Die europäische Zusammenarbeit wird und darf von uns nicht unter dem Zeichen einer gemeinsamen Angst vor einem etwaigen Überfall gesehen werden, sondern sie soll erwachsen aus der Erkenntnis, daß durch die Entwicklung von Technik und Verkehr die Entfernungen zusammengeschrunpft sind und daß Europa nur dann neben den kontinent-

umspannenden Nationen noch eine Aufgabe erfüllen kann, wenn seine Staaten sich zu engerer Gemeinschaftsarbeit zusammenschließen. Wenn wir aus dieser Erkenntnis die Schlußfolgerung ziehen wollen, dann müssen wir bei all unserer Arbeit der Ordnung und der Einordnung auch in unserem deutschen Raum immer daran denken, daß die von uns zu schaffende Ordnung auch hineinpassen muß in den Rahmen einer zukünftigen europäischen Ordnung.

Lassen Sie mich in diesen großen Umrissen herausstellen, wie wir nunmehr versucht haben, diese Einordnung vorzunehmen. Die erste, aber für die Entfaltung der Persönlichkeit entscheidende Bindung ist die Bindung in der Familie. Die Familie muß die Keimzelle des Staates sein und bleiben. Ein gutes Familienleben ist der beste moralische Rückhalt für ein Volk. Eine Betreuung der Kinder im Schoße der Familie ist die wertvollste Erziehung. Es gilt hier, vieles wieder aufzuholen, was in der Zeit des totalitären Staates und durch Kriegs- und Nachkriegselend zusammengebrochen ist, — aber auch hier nicht nur eine Wiederherstellung der Zustände wie vor 1933, sondern eine bewußte Weiterentwicklung. Unser Freund Arnold hat bereits die Familienausgleichskasse genannt und die Notwendigkeit der Schaffung von Eigenheimen und Volksheimstätten. Ich darf noch dazusetzen die Stärkung des Elternrechtes in der Erziehung ihrer Kinder, (Starker Beifall) aber auch die Notwendigkeit, bei einer kommenden großen Steuerreform der kinderreichen Familie die besondere Fürsorge — das heißt hier in diesem Fall: Schonung durch den Finanzminister — nicht zu versagen. (Beifall) Die Familie ist aber nicht denkbar ohne die Frau und Mutter. Ihr nicht nur die Bürde der Erziehung der Kinder und die Betreuung des Haushaltes, sondern darüber hinaus auch einen maßgebenden Einfluß in Staat und Gesellschaft einzuräumen, muß unsere besondere Aufgabe sein.

Zur Familie und ihrer Stärkung gehört aber auch das Eigentum. Wir bejahen das Privateigentum als sittlich gerechtfertigt. Wir können aber in einer so zerrissenen Zeit wie der unsrigen nur dann das Privateigentum erhalten und verteidigen, wenn Eigentum nicht das Reservatrecht einiger oberer Tausend ist, sondern wenn wir dafür sorgen, daß jeder Tüchtige und Strebsame sich auch ein Eigentum erarbeiten oder erwerben kann. Wir müssen — lassen Sie mich das in diesem Zusammenhang nur der Vollständigkeit halber andeuten — auch dafür sorgen, daß diejenigen, die ihr Eigentum in Krieg und Nachkriegszeit verloren haben, eine besondere Hilfestellung von uns bekommen, so daß sie wenigstens einen Teil ihres Eigentums zurückerstattet und damit die Möglichkeit zur Erweiterung ihres Eigentums erhalten. Eigentum darf aber — auch das Mahnwort müssen wir an unserem Parteitag sagen — genau so wenig wie großes Einkommen mißbraucht werden. In diesen Grenzen hat unsere Union bisher ihre Arbeit verrichtet. Es muß aber noch vieles geschehen, bevor wir unser Ziel auf diesem Gebiet in vollem Umfange erreicht haben.

Über die Familie hinaus ist der Mensch eingegliedert und eingeordnet in einen Beruf und dadurch in ein Spannungsfeld. Hier sind die Spannungen besonders groß. Teilweise sind sie noch verschärft durch politische Agitationen und Schlagworte, wie Proletarier — Kapitalisten, Plutokraten — Habenichtse. Wir wollen hier die Neuordnung auch auf dem Grundsatz der Freiheit, angefangen von der freien Berufswahl, zur freien Wahl des Arbeitsplatzes bis zur freien Ausübung eines Berufes. Anforderungen an Kenntnisse im Beruf — die vor unparteiischen Stellen nachzuweisen sind — stehen selbstverständlich der freien Berufsausübung nicht im Wege. Die Freiheit muß aber da eingeschränkt werden, wo sie zur Bedrohung des

anderen wird. Dies wird immer da eintreten, wo ein Mißbrauch erfolgt oder möglich ist, kann aber auch ungewollt da eintreten, wo eine erdrückende Übermacht — eine Machtzusammenballung oder ein Monopol — vorliegt. Hier die Grenze zu finden und zu ziehen, ist zwar ungeheuer schwer, wenn sie aber richtig gezogen wird, dann bedeutet das die Lösung der sozialen Frage im zentralsten Sinne des Wortes.

Eine ganz besondere Stellung nehmen hierbei die Grundstoffe Kohlen und Eisen ein, und zwar Kohle als ein ausgesprochen beschränkter Rohstoff unserer Wirtschaft, Eisen untrennbar mit Kohle verbunden. Darüber, wie hier der Gedanke der Freiheit verwirklicht werden kann, hat die CDU sehr eingehende Betrachtungen angestellt und Vorschläge ausgearbeitet, die im Ahlener Programm schon im Jahre 1946 ihren Niederschlag fanden. Daß diese Frage auch heute noch nicht zu Ende diskutiert ist, beweisen gerade die neuen Anregungen unseres Freundes Arnold. Klarheit besteht darüber, daß nicht eine schematische Überführung der Produktionsmittel in die Hände des Staates oder der Gesellschaft die Freiheit des einzelnen sicherstellt, im Gegenteil, auch hier ist die Gefahr einer Machtzusammenballung und eines Mißbrauchs gegeben. Überall da, wo Macht zusammengeballt wird, in der Hand eines einzelnen oder in der Hand einer Organisation oder auch in der Hand des Staates, liegt die Gefahr, daß diese Macht mißbraucht wird. (Starker Beifall)

Eigentum als Verpflichtung

Wir bejahen das Privateigentum als sittlich gerechtfertigt. Wir können aber in einer so zerrissenen Zeit wie der unsrigen nur dann das Privateigentum verteidigen, wenn Eigentum nicht das Reservatrecht einiger oberer Tausend ist, sondern wenn wir dafür sorgen, daß jeder Tüchtige und Strebsame sich auch ein Eigentum erarbeiten kann.

Dr. Friedrich Holzapfel

Wenn zum Beispiel der diesjährige evangelische Kirchentag in Berlin in einer Arbeitsgruppe das Thema gestellt hat: „Macht die Macht böse?“, so beweist schon die Tatsache dieser Fragestellung, daß in der Macht zweifellos eine gewisse Gefahr liegt. Wir wollen in unserem Unionsprogramm die Machtzusammenballung verhindern, ohne auf der anderen Seite die persönliche Initiative, die Unternehmerinitiative oder die Grundlage unserer gesellschaftlichen Ordnung, das private Eigentum, zu beseitigen. Drei Grundforderungen wurden zu diesem Punkte in unserem Ahlener Programm aufgestellt: Machtverteilung, Mitbestimmung und Gewinnbeteiligung. Auf dem Wege zur Lösung dieser Frage stand allerdings gerade bei Kohle und Eisen als erstes die Frage des Eigentums. Wir müssen zugeben, daß in der Beurteilung dieser Frage manche neue Momente vorgebracht werden, die bei dem Ahlener Programm noch nicht vorlagen und daher nicht berücksichtigt wurden. Das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit kann auf dem Weg über das Eigentum, aber auch auf dem Weg über die Mitbestimmung geregelt werden, es darf aber nicht dadurch, daß beides zusammentritt, eine Machtverschiebung nach der anderen Seite hin erfolgen und somit eine neue Machtposition geschaffen werden, die auch wieder die Gefahr des Mißbrauchs in sich birgt.

In diesem Zusammenhang darf ich in Anknüpfung an die Ausführungen unseres Freundes Arnold auch nochmals die Frage der Mitbestimmung durch eine Mitbeteiligung erwähnen. Mit einer solchen durch Sparen erworbenen Beteiligung würde sich automatisch auch eine Mitbestimmung, automatisch ein Anteil am Gewinn und durch etwaige Kursschwankungen auch automatisch eine gewisse Anteilnahme am Verlust ergeben. Wenn unser Freund Arnold vom Standpunkt der Arbeiterschaft aus zu diesen Fragen Stellung genommen und zu der Zusammenarbeit in so positiver Form ein Bekenntnis abgelegt hat, wenn ich, der ich als Unternehmer vor ihnen stehe, in der gleichen Form dieses Bekenntnis zu der Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit ablege, wenn er — um das auch noch zu sagen — als katholisches und ich als evangelisches Mitglied unserer Union in gleicher Form diesen Gedanken des sozialen Friedens betonen, dann möge das ein Beweis dafür sein, daß in unserer CDU zwischen Arbeiterschaft und Unternehmer, zwischen Katholiken und Protestanten eine einheitliche Linie besteht, eine einheitliche Forderung, die sozialen Klassengegensätze zu überbrücken und zu überwinden. (Anhaltender stürmischer Beifall)

Haben wir denn nun schon irgend etwas aufzuweisen, um diese drei Grundforderungen des Ahlener Programms — Machtverteilung, Mitbestimmung und Gewinnbeteiligung — in irgendeiner Form in die Praxis umzusetzen? Auch darüber müssen wir uns bei einem Parteitag Rechenschaft ablegen. Der Grundsatz der Machtverteilung wird durch die Entflechtung in einer anderen Form durchgeführt. Zu der Entflechtung muß aber hinzu kommen ein notwendiges Kartellgesetz, das den Mißbrauch der Macht verhindert, ohne dabei in das andere Extrem zu verfallen, etwa eine durch Qualitätsleistung begründete Vorrangstellung beseitigen und alles nivellieren zu wollen. Das beste Sicherheitsventil — ich glaube, das ist gerade die Konzeption unseres verehrten Bundeswirtschaftsministers — gegen den Mißbrauch der Macht auf dem Markte ist aber ein gesunder Wettbewerb. Daher kam der Frage der Wiederherstellung des Wettbewerbs eine so entscheidende Bedeutung zu. Überall da, wo ein Wettbewerb nicht oder noch nicht besteht, sind auch heute noch Machtstellungen gegeben, die in sich die Gefahr des Mißbrauchs von Machtstellungen tragen. Wir dürfen aber doch feststellen, daß heute von einer Machtzusammenballung in dem Sinne, wie sie vor dem Kriege möglich war und im totalen Krieg zum Teil staatlicherseits befohlen worden ist, nicht mehr die Rede sein kann. Die Sicherstellung des Wettbewerbs ist letzten Endes die Voraussetzung für einen Markt, und auf einem Markt hat der Konsument die entscheidende Funktion; er ist der Richter, der zu entscheiden und zu urteilen hat. Die oberste Voraussetzung für allen Mißbrauch einer Macht ist die Aufrechterhaltung und Stärkung eines Marktes.

Neben der Beseitigung von Machtstellung ist als zweites die Mitbestimmung von Kohle und Eisen im Ahlener Programm gefordert. Diese Mitbestimmung ist durch Gesetz des deutschen Bundestages eingeführt. Es ist zu hoffen, daß sich hier eine echte Partnerschaft herausbildet. Lassen Sie mich eins dazu sagen: Machtverteilung und Mitbestimmung müssen unbedingt aufeinander abgestimmt werden. Wir müssen erkennen, daß sich beides teilweise überschneidet. Die Lösung muß so gefunden werden, daß eine wirkliche Zusammenarbeit sichergestellt wird. Von der Lösung dieser Frage hängt maßgebend das Schicksal des deutschen Volkes, aber auch das Schicksal unserer CDU ab.

Gelingt es uns, einen wirklich sozialen Frieden zu schaffen? Diese Frage ist nicht erst seit 1945 akut geworden, sie kam schon mit dem Aufkommen der Industrie; schon vor hundert Jahren spielte sie im sozialen

und später auch im politischen Leben eine wesentliche Rolle. Das Wort vom klassenbewußten Proletarier, der Klassenkämpfer sein sollte, wurde damals geprägt. Mit Klassenhaß und Klassenkampf sollte die soziale Frage gelöst werden. Diesen Klassenkampf und Klassenhaß durch sozialen Frieden, durch soziale Gerechtigkeit zu überwinden, muß die Aufgabe der echten Partnerschaft sein. Das ist — das darf ich auch vielleicht einmal sagen, wenngleich ich damit einem Gedanken aus dem morgigen Referat vorgreife — schon vor hundert Jahren von christlicher Seite klar erkannt worden. Zur gleichen Zeit, als das Wort vom Klassenkampf kam, da kam auch das Wort von der christlichen Verantwortung, von der Gerechtigkeit und von dem sozialen Frieden. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang nur einen einzigen Namen nennen, den Namen eines Mannes, dessen Werk auch heute noch bis in unsere Zeit hinein fort dauert, den Namen des Gesellenvaters Adolf Kolping. Wieviel innerer Unfriede wäre dem deutschen Volk erspart geblieben, wenn nicht die Idee des Klassenkampfes, die das Volk trennte, sondern die Verwirklichung der Kolpingsidee des sozialen Friedens und der sozialen Gerechtigkeit unser deutsches Volk geeint haben würde. (Starker Beifall)

Es ist unsere Aufgabe, diese Frage zu lösen. Wird uns dies gelingen? Wir haben mit ihrer Lösung begonnen, aber wir müssen sie zu Ende durchführen. Ein Wort sei noch dazu gesagt. Die Mitbestimmung darf nicht etwa eine Prinzipienfrage werden, die überall des Prinzips halber durchgesetzt werden müßte. Was für Kohle und Eisen bei der besonderen Bedeutung dieser Grundstoffe notwendig und richtig ist, braucht noch lange nicht für alle übrigen Betriebe richtig und maßgebend zu sein; denn in erster Linie soll und muß in der Wirtschaft das persönliche Verhältnis zwischen dem Unternehmer und seinen Mitarbeitern stehen. Entscheidend ist es, dieses Ziel zu erreichen: den sozialen Frieden herzustellen, die Menschenwürde im Betrieb und bei jeder Arbeit zu achten, so daß die Arbeit mit einer Zufriedenheit ausgeführt wird und sich so eine echte Partnerschaft zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Selbständigen und Unselbständigen, zwischen Unternehmern und Arbeitern, ergibt.

Wenn dann drittens im Ahleher Programm die Gewinnbeteiligung gefordert wird, so ist hier ein Ziel herausgestellt, aber der Weg noch nicht gefunden. Unser Freund Arnold hat soeben einen Vorschlag gemacht. Man könnte ihn noch ergänzen. Es sind auch Vorschläge dahingehend gemacht, eine Rückstellung bei den einzelnen Rohertträgen der Betriebe durchzuführen, um aus diesen Beträgen eine zusätzliche Altersversicherung zu ermöglichen. Eine solche Rückstellung würde auch die Möglichkeit geben, diese Beträge bis zu ihrer Fälligkeit investieren zu können, um damit auch dieses Problem der notwendigen Investitionen in etwa zu lösen. Alle diese Fragen sind noch nicht gelöst. Ich darf aber nochmals unterstreichen: Es ist notwendig, daß baldmöglichst in dieser Frage dauerhafte Lösungen gefunden werden.

Dazu noch folgendes — ich hatte es in meinem Manuskript stehen vor der gestrigen Vorstandssitzung, in der unser Bundeskanzler diese Frage besonders anschnitt, aber ich sage es trotzdem —: Wenn wir heute über Knappheit an Kohle und über Mangel im Kohlenbergbau klagen, so wäre es wirklich notwendig, einmal darüber Betrachtungen anzustellen, ob nicht die Unklarheiten in den Besitzverhältnissen und in der Verantwortung für die Betriebsleitungen mit schuld haben, daß diese Mängel sich nachteilig bemerkbar machen. Wir werden in unseren Ausschüssen diese Frage eingehend weiter prüfen müssen. Wenn wir die Macht beschränken wollen, so darf es auch nicht dahin kommen, daß etwa die Machtzusammenballungen

von einzelnen Betrieben auf Verbände und Organisationen verlagert wird. (Zurufe: sehr gut.) Das gilt sowohl für Unternehmervverbände als auch für Gewerkschaften. Wir bejahen beide, erkennen ihre Bedeutung und Notwendigkeit in vollem Umfange an, erkennen auch ihre Verdienste um die Wiederingangsetzung unserer Wirtschaft an, aber beide, die Verbände der Unternehmer und die Verbände der Arbeitnehmer haben dem einen Ziel zu dienen, den Klassenkampf zu überwinden und zur sozialen Gerechtigkeit und zum sozialen Frieden beizutragen. Das bedeutet nicht, daß wir nun ein staatliches Verbot für Streiks oder Aussperrungen fordern wollten. Selbstverständlich darf auch Streik oder Aussperrung als das letzte Mittel in einer wirtschaftlichen Auseinandersetzung da und dort einmal gebraucht werden, aber die Regel muß sein, in einer friedlichen Zusammenarbeit das gemeinsame Ziel im Interesse des ganzen Volkes zu finden und zu erreichen; daher auch der von uns in der Union so nachdrücklich geförderte und unterstützte Plan unserer Bundesregierung, Verbände und Gewerkschaften zur Zusammenarbeit mit allen Berufsgruppen so schnell wie möglich in einen Bundeswirtschaftsrat zusammenzuführen.

Aber neben den ausgesprochenen Großbetrieben gibt es in der Wirtschaft eine Fülle von kleinen und mittleren Betrieben. Neben der Klein- und Mittelindustrie stehen das Handwerk und Gewerbe, der Handel, die Landwirtschaft, der Haus- und Grundbesitz. Wenn diese Gruppen sich zu einem Teil zu einem Mittelstandsblock zur Wahrung ihrer Belange außerhalb des politischen Raumes zusammengeschlossen haben, so ist das zwar ihr gutes, durch eine demokratische Verfassung garantiertes Recht, es ist aber die Frage, ob es nicht auch gleichsam ein Spiel mit dem Feuer ist. Daß die heute maßgebenden Männer keine politische Partei aus dem Mittelstandsblock formen wollen, haben sie eindeutig erklärt, werden sie aber die Geister bannen können, die sie riefen? Es wäre für die Demokratie ein schlechter Dienst, wenn die politischen Parteien abgelöst werden sollten durch Interessengruppen. Man darf nicht die Politik oder den Staat vom Gesichtspunkt einer einzigen Berufs- oder Wirtschaftsgruppe aus sehen, und sei sie auch noch so groß, man darf Politik, Wirtschaft und Staat nur vom Gesichtspunkt des Volksganzen sehen, und das eigentlich heute nur noch bedingt, man müßte heute eigentlich an alle Fragen von einem europäischen Gesichtspunkt aus herangehen. Gerade weil für alle Gruppen des Mittelstandes in der grundsätzlichen Haltung eine so enge Berührung mit der CDU besteht, kann ich mir eigentlich gar nicht vorstellen, daß es zwischen dem Mittelstand und der CDU zu größeren Differenzen kommen könnte. Beide, Mittelstand und CDU, gehen aus von dem Wert des Menschen und seiner persönlichen Freiheit. Wie kann es bei dieser gemeinsamen Plattform dann Meinungsverschiedenheiten geben, wenn man nicht nur das eigene Wohl, sondern auch das Wohl aller Berufsgruppen gleichzeitig im Auge hat.

Die Sorge der Handwerker ist die Erhaltung des Großen Befähigungsnachweises und seine Wiedereinführung in der amerikanisch besetzten Zone. Daß die CDU diese Forderung zu der ihrigen gemacht hat, hat unser Vorsitzender wiederholt erklärt; daß das Bundesparlament dies gesetzlich noch nicht hat verwirklichen können, ist eine zweifellos bedauerliche Tatsache, aber die Frage war aus den den Sachkennern bekannten Gründen bisher nicht zu meistern. Unterstrichen werden muß die Bedeutung des Handwerks auf dem Gebiet der individuellen Qualitätsarbeit, auf dem Gebiet der Heranbildung des Nachwuchses und der sozialen Aufstiegsmöglichkeit. Das gleiche gilt für Einzelhandel und Gewerbe. Kein Staat kann ohne Schaden diese Schichten vernachlässigen. Ich glaube, es war

uns eine besondere Freude, daß gestern unser verehrter Bundeskanzler in einer gerechten Eigenkritik zugegeben hat, daß wir auf diesem Gebiete zur Pflege von Handwerk und Gewerbe, Einzelhandel und Hausbesitz noch manches tun müssen. Er hat die Gründe angeführt, warum erst die anderen Zweige vorgezogen werden mußten, aber auch versprochen, daß die Politik der Regierung sich jetzt um die Sorgen dieser Berufskreise und Berufsstände bemühen wird.

Eine ganz besondere Bedeutung kommt der bei uns neu zu schaffenden Ordnung der Landwirtschaft zu. Bei der so ungeheuer schmalen Ernährungsbasis des deutschen Volkes müssen wir die größtmögliche Leistung aus dem deutschen Grund und Boden anstreben. Das erste, was bei irgendwelchen Komplikationen an irgendeiner Stelle der Welt zum Erliegen kommt, sind die Schifffahrtslinien. Je schmaler die Ernährungsbasis eines Volkes ist, desto gefährdeter ist seine Ernährung in Krisenzeiten. Die höchste Leistung der Landwirtschaft kann aber neben technischen Mitteln nur erzielt werden durch Arbeitseinsatz. Es ist noch nicht in Ordnung und muß noch geordnet werden, wenn auf der einen Seite die Landwirtschaft über Mangel an Arbeitskräften klagt und auf der anderen Seite Arbeitslose keinen Arbeitsplatz finden können. Daß wir Lebensmittel einführen müssen, ist eine feststehende, wenn auch bedauerliche Tatsache. Die Einfuhr und der Zoll müssen aber so geregelt werden, daß einmal dem Bauern ein Ertrag und damit im Interesse des Volksganzen der Anreiz zur intensivsten Wirtschaft verbleibt und ihm weiterhin eine Absatzmöglichkeit gegeben ist und nicht zu einer Zeit der Schwemme der Eigenerzeugung auch noch Importe hinzukommen. Bitter — das möchte ich hier sagen — ist es für den Erzeuger, wenn er sieht, wie andere Berufsfremde — leider ist es ja nicht nur vereinzelt vorgekommen — ohne Mühe große Beträge aus seinen Erzeugnissen verdienen, während die harte Landarbeit nur einen kargen Verdienst abwirft. Diese Frage zu ordnen, gehört zu den gestellten Aufgaben, gehört zu den Fundamenten unseres Unionsprogramms. Der Bundeskanzler hat in den Rhöndorfer Besprechungen diese Fragen, insbesondere auch die Frage, ob es nötig ist, eine echte Preisverschiebung vornehmen zu können, eingehend angeschnitten. Sie sehen also, die Frage ist in Bearbeitung genommen. Wir wollen in gemeinsamer Arbeit mit allen unseren Kreis- und Landesparteien versuchen, einen Weg zu finden, um diesem Ziel Rechnung tragen zu können.

Noch einige Worte zum Haus- und Grundbesitz. Es eilt, daß hier Maßnahmen ergriffen werden, um einen weiteren Verfall des Hausbesitzes aufzuhalten. Bei der Knappheit an Wohnungen und der Notwendigkeit, neue Wohnungen zu schaffen, können wir es uns einfach nicht leisten, wenn der vorhandene Wohnraum zerfällt, weil die Geldmittel für seine Instandhaltung nicht vorhanden sind. Es muß ernsthaft überlegt werden, wie man zu einer Rentabilität auf dem Gebiete des Hausbesitzes kommen kann, ohne den sozial Schwächsten unerträgliche Lasten aufzuerlegen.

Dieser kurze Überblick über die Einordnung der einzelnen Berufe in sozial befriedetes Volks- und Wirtschaftsleben wäre nicht vollständig, wenn ich nicht noch mit wenigen Sätzen auch unsere Stellungnahme zum Berufsbeamtentum und zu den Sorgen besonders der älteren Angestellten sagen würde. Wir haben uns in der CDU immer wieder zu einem unbestechlichen Berufsbeamtentum bekannt. Der Bundeskanzler hat dies gestern abend erneut getan. Wir wissen um die Sorgen der Beamtenschaft und hoffen, daß die in den letzten Tagen im Bundestag beschlossene Aufbesserung die größten Nöte beheben wird. Bei den älteren Angestellten wird aber ganz ernsthaft die Frage zu prüfen sein, ob nicht — sei es in

vertraglicher Vereinbarung oder als letzte Möglichkeit sogar in Form einer gesetzlichen Bestimmung — ein gewisses Verhältnis der Beschäftigung zwischen älteren und jüngeren Angestellten festgelegt werden sollte.

Neben den Menschen, die in einem Beruf eingeordnet sind, steht eine große Zahl derer, die nicht aus eigener Kraft sich zu helfen vermögen und daher der Hilfe ihrer Mitbürger bedürfen. Sie hoffen auf den Lastenausgleich. Das gilt besonders für die Bombengeschädigten und Heimatvertriebenen. Über den Lastenausgleich sind lange Verhandlungen geführt worden. Ich darf hier nochmals darauf hinweisen, daß wir schon vor der Währungsreform für diese Frage einen besonderen Ausschuß im Rahmen der früheren Arbeitsgemeinschaft eingesetzt hatten. Unser Plan war, den Lastenausgleich mit der Währungsreform zu verbinden. Leider glaubten damals die Militärgouverneure, dies nicht zulassen zu können, so daß wir heute noch vor diesem Problem stehen und es bis zur Stunde noch nicht gelöst haben. Unsere Grundauffassung, daß die Höhe des erlittenen Schadens entscheidend sein muß für die Höhe der Entschädigung, also nicht eine soziale Hilfsmaßnahme, sondern eine quotale Schadenserstattung, steht nach wie vor fest. Desgleichen steht für uns einwandfrei fest, daß in dem kommenden Gesetz ein Rechtsanspruch begründet werden muß. (Lebhafter Beifall)

Schließlich darf ein Volk aber über allen sozialen und wirtschaftlichen Nöten nicht das unendlich viel schwerere seelische Leid vergessen, das die tragen, deren Angehörige auch heute noch in Kriegsgefangenschaft oder in Konzentrationslagern schmachten. Es darf keine Veranstaltung der Christlich-Demokratischen Union im ganzen Land geben, in der nicht immer wieder wir dieser unserer armen Brüder und Schwestern gedenken. Es war mir eine ganz besondere Freude, daß ganz spontan der Leiter unseres Parteitages, ohne daß wir ein einziges Wort darüber gesprochen hatten, gestern in der Eröffnungskundgebung diesen Gedanken mit genau der gleichen Linie vertreten hat.

So wollen wir alle diejenigen, die guten Willens sind, einordnen in einen sozial verpflichteten Staat. Jedem Tüchtigen und Strebsamen wollen wir ein Vorwärtskommen ermöglichen, jedem Heimatlosen helfen, eine neue Heimat wiederzufinden. Wir wollen keinerlei Unterschiede machen, jeder, der ehrlich ist und mit uns eine neue sozialverpflichtende Demokratie aufbauen will, ist uns herzlich willkommen. Ich will noch ein Wort über den Staat sagen. „Videant consules, ne quid detrimenti capiat res publica“ — Die Konsuln mögen sehen, daß der Staat keinen Schaden leidet! Diesen Appell müssen wir heute an die politischen Parteien richten; macht in euren Parlamenten die Demokratie nicht kaputt! Ihr sitzt alle in einem Boot, auch wenn ihr zur Opposition gehört. Wenn die Demokratie sich nicht das Vertrauen des Volkes erwerben kann, dann sieht es trübe um die Zukunft des Staates aus. Nicht nur die Bekämpfung der Schäden, die unser Freund Arnold eben als so notwendig herausgestellt hat und die ich auch unterstreichen möchte, allein spielt hier eine Rolle, wir sollten uns auch darüber Gedanken machen, insbesondere sollte dies auch in Kreisen der Oppositionsparteien geschehen, ob wir unserem Volke wirklich eine Demokratie vorleben. Zum Staat noch ein weiteres Wort, eine Selbstverständlichkeit für uns alle: Wir wollen immer daran denken, daß wir auch für die Menschen mitzuhandeln und mitzusprechen haben, die heute in dem unfreien Teile unseres gemeinsamen deutschen Vaterlandes leben.

Wir haben es schwerer als alle anderen Völker, weil wir mit einer so enorm hohen sozialen Hypothek belastet sind. Wir müssen aber diese sozialen Spannungen lösen, wenn wir zu einem inneren Frieden

kommen wollen. Es wäre töricht, etwa zu glauben, daß in absehbarer Zeit eine Herabsetzung der Lasten möglich sein könnte, im Gegenteil, schon jetzt hat der Etat des Bundes einen ungedeckten Fehlbetrag, und die Eingliederung der Bundesrepublik in eine europäische Solidarität und Verteidigungsbereitschaft wird zweifellos auch Opfer von unserem deutschen Volk fordern. Die beste Sicherung gegen eine neue totalitäre Vergewaltigung ist aber ein sozial befriedigtes Volk. Man kann eine Truppe mit Soldaten bekämpfen, man kann einen Angriff abwehren, eine Idee eines totalitären Bolschewismus kann man aber nur überwinden durch eine sozial befriedigte Ordnung im eigenen Hause. Daher kommt neben der Außenpolitik diesem Aufbau der neuen sozialen Ordnung eine entscheidende Bedeutung zu. Sie allein ist die Garantie für Freiheit und Frieden; und allein die Politik, die diese Grundsätze verwirklicht, wird zur Wiedervereinigung unseres deutschen Vaterlandes führen.

Zum Schluß noch ein Wort über unsere CDU. Die Zielsetzung unserer Union ist die einzige Grundlage, auf der wir diesen Aufbau verwirklichen können. Aber wir müssen auch ehrlich bekennen, wir haben noch lange nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft und alle Notwendigkeiten erfüllt. Wenn wir daher da und dort die Quittung dafür präsentiert bekommen haben, so muß das für uns Veranlassung sein, immer wieder zu prüfen, ob wir unseren Grundsätzen, nach denen wir angetreten sind, treu geblieben sind, und was wir tun können und müssen, um zu einer weiteren Aktivierung unserer Partei zu kommen. Jeder, der Verantwortung trägt und übernimmt, wird in einer solchen Krisenzeit den oberflächlich Urteilenden enttäuschen müssen; denn wer oberflächlich urteilt, sieht nur sich und seinen engsten Kreis. Verantwortung übernehmen heißt aber, an das Wohl aller denken.

Wer sich tiefer mit dem Gedankengut unserer CDU befaßt, wird die Wurzeln unseres politischen Wollens aufsuchen müssen. Er wird finden, daß es nichts Törichtereres gibt als die Behauptung, die CDU sei eine Verlegenheitslösung nach dem Zusammenbruch. Die Wurzeln unseres politischen Wollens gehen zurück bis in die Zeit, in der die Verweltlichung unseres Denkens begann, die dann mit zwingender Notwendigkeit zum Materialismus führte. Es bedurfte der harten Prüfung in der Zeit des totalitären Staates, um die Menschen aus beiden christlichen Konfessionen zum gemeinsamen Handeln aus christlicher Verantwortung heraus zu bringen. Wenn wir erkennen, daß vielleicht die schwersten Monate jetzt vor uns liegen, so wollen wir gerade diese unsere Gemeinschaftsarbeit ganz besonders betonen und bekräftigen. Wenn heute der eine oder der andere meint, die CDU habe ihren Höhepunkt überschritten, so darf ich dem entgegenzusetzen: Noch nie war die CDU so nötig wie in der heutigen Zeit. Wenn wir sie nicht 1945 gegründet hätten, dann müßten wir sie im Interesse des deutschen Volkes in dieser Stunde gründen. (Lebhafter Beifall)

Lassen Sie mich auch einmal mit einem recht drastischen Beispiel etwas sagen. Ich bin durchaus nicht in allen Punkten immer mit unserem verehrten Vorsitzenden, dem Herrn Bundeskanzler, einer Meinung. Es gibt oft genug Meinungsverschiedenheiten, so zum Beispiel kann man über Aufwandssteuer oder Autobahnsteuer durchaus geteilter Meinung sein, aber ich stehe seit 1946 als evangelischer Mann an der Stelle des Stellvertreters unseres Bundeskanzlers, der von der katholischen Seite her kommt. Hier will ich das eine sagen: Es hat in den ganzen sechs Jahren auch nicht einen einzigen Fall gegeben, wo eine Meinungsverschiedenheit daraus resultierte, daß er vom katholischen und ich vom evangelischen Standpunkt aus zu dieser Frage Stellung nahm. (Stürmischer Beifall) Ich glaube, einen besse-

ren 'Beweis' für die Möglichkeit der Zusammenarbeit beider, christlicher Konfessionen im politischen Raum gibt es nicht als dieses eine Beispiel, das ich Ihnen hier mit ein paar recht nüchternen Worten angeführt habe.

Die Zusammenarbeit, in der vor uns liegenden Zeit nicht nur zu erhalten, sondern auch zu vertiefen, die Grundlagen unseres politischen Wollens immer wieder herauszustellen und vom Gestrüpp des Alltages zu befreien, so daß sie uns Leitstern für unsere Arbeit bleibe, das sei uns allen Verpflichtung. Ist das deutsche Volk durch die totalitären Kräfte tiefer in den Abgrund hineingeworfen worden als je zuvor in seiner Geschichte, so muß unser Streben, das deutsche Volk wieder als gleichberechtigtes und geachtetes Glied in eine freie und friedliebende Welt einzuordnen, heißer und kräftiger sein als je zuvor. Unser CDU-Programm sei uns der Wegweiser über diesen Weg, an dessen Ende erstehen möge ein neues, besseres und hoffentlich auch glücklicheres deutsches Vaterland. Dazu bedarf es aber der Mitarbeit aller Unionsfreunde.

Ich bekam soeben einen Brief von unserem Unionsfreund Hermes aus Badgastein. Er schreibt, daß er sich dort zur Zeit in Kur befinde und daß er die Einladung daher verspätet bekommen habe und deswegen nicht an unserer Tagung teilnehmen konnte. Durch diesen seinen Brief, in dem er uns seine Grüße übermittelt, werde ich an die Tagung in Godesberg vom Dezember 1945 erinnert. Ich habe damals einer sich bildenden Partei in einer kurzen Ansprache ein Wort zugerufen, das ich auch heute als ein Wort der Sammlung am Schluß des zweiten Bundesparteitag der CDU zurufen möchte, nämlich in unserer Arbeit nicht müde zu werden, treu zu unserem Programm zu stehen, weil wir nur dann das Werk vollenden können.

Soll des Baues Kuppel ragen,
der Vollendung Wimpel wehen,
dann muß ein jeder Steine tragen,
keiner darf beiseite stehen!

(Anhaltender starker Beifall)

„CDU und CSU in der Verantwortung“

Präsident Sempendörfer erteilte nach kurzer Pause das Wort an

Bundestagsabg. Dr. von Brentano:

In den trüben Tagen, die dem vollkommenen Zusammenbruch des Jahres 1945 folgten, nachdem jede staatliche und wirtschaftliche Ordnung in Deutschland zerschlagen war, gab es Millionen und aber Millionen von Menschen, die in einer dumpfen Resignation und Apathie dahindämmerten und die nicht glaubten, daß aus diesem vollkommenen Zusammenbruch eine neue Ordnung geschaffen werden könne. Aber es zeigten sich damals auch schon die ersten Gruppen, die sich bemühten, diese Stimmung der Verzweiflung, ja diese Stimmung eines gewissen Nihilismus zu mißbrauchen. Es war eine gute Tat, daß damals auch aufbauende Kräfte in unserem Volk wieder wach wurden. Ich kann nur wiederholen, was mein Freund Holzappel sagte: Es war ein politisches Phänomen ohne Vorgang nicht nur im Leben Deutschlands, daß damals in allen Teilen unseres Vaterlandes sich Menschen zusammenfanden, die entschlossen waren, aus ihrer Gewissensverpflichtung vor ihrem Herrgott und vor den Mitmenschen an den Wie-

deraufbau der zerstörten Ordnung heranzugehen. Nicht nur die Ordnung war zerstört, meine Damen und Herren, auch die Vorstellungswelt, die sie geschaffen hatte. Aber es war nicht nur die Schockwirkung, die die Menschen zusammenführte, und es war nicht nur — das sollten wir heute gerade nicht vergessen — eine vorwiegend negative Reaktion auf das Schlechte und auf das Schändliche, das sich so erschreckend offenbart hatte, sondern es war die echte Besinnung auf den Wert des Menschen als den Träger jeder staatlichen Gemeinschaft und auf das Christentum als das einzig beständige Fundament jeder sittlichen Ordnung, die in diesen Menschen den Willen und den Entschluß weckten, die Trümmer wegzuräumen und darunter die Grundlagen aufzuspüren für ein neues Haus der Deutschen.

Seit dieser Zeit steht die Christlich Demokratische Union in den Kommunen, in den Ländern, in den Zonen, im Wirtschaftsrat, im Parlamentarischen Rat und im Bundestag in der vordersten Verantwortung. Alles, was seit dieser Zeit erreicht wurde, ist mit dieser wahrlich nicht leichten Arbeit untrennbar verbunden. Aber keineswegs ist das, was in dieser Zeit versäumt wurde, dem Versagen oder dem mangelnden guten Willen der Christlich Demokratischen Union zuzuschreiben. Wie oft wurden dem entschiedenen politischen Willen unserer CDU Grenzen gezogen, weil diejenigen, auf deren verantwortungsfreudige Mitarbeit es ankam, sich versagten, wie oft wurde ein verheißungsvoller Beginn aufgehalten und gestört, weil wir Deutsche ja nur schrittweise und oft allzulangsam in die Lage versetzt wurden, nach unseren Erkenntnissen zu handeln und zu entscheiden.

In zunehmendem Maße wurde eine parteipolitische Opposition sichtbar, die parteitaktische und parteiegoistische Erwägungen über die gemeinsame Aufgabe stellte, und in erschreckendem Maße zeigte sich diese Entwicklung bei der Errichtung der Bundesrepublik. Aber auch die Uneinigkeit bei den Siegermächten über das gemeinsame politische Ziel und häufig auch das mangelnde Verständnis für Lebensfragen und Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes mußten hemmend wirken und trugen dazu bei, die echte politische Verantwortung des deutschen Volkes für die Gestaltung seines eigenen Lebens und seiner eigenen Zukunft im Bewußtsein der deutschen Menschen zu verkleinern.

Aber ich will mein Referat auch nicht durch solche Betrachtungen, die die Vergangenheit weisen, belasten, weil es mir heute notwendiger denn je zu sein scheint, daß wir uns über die Aufgaben unterhalten, die die Gegenwart an uns stellt. Unerläßlich bleibt es allerdings, daß unser Volk sich immer von neuem bemüht, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen und im Wege einer echten Gewissensforschung den Gründen nachzugehen, die die schreckliche Fehlentwicklung ermöglichten, die im Jahre 1945 ihren sichtbaren Abschluß fand. Wenn wir uns darüber nicht mit dem leidenschaftlichen Willen zu ehrlicher Erkenntnis auseinandersetzen, werden wir nichts Neues schaffen können, was von Bestand sein wird. Denn es ist ja nicht nur ein politisches oder wirtschaftliches, sondern ein im tiefsten metaphysisches Phänomen, das wir zu ergründen versuchen müssen. In diesem Bemühen werden wir auch immer wieder die Überzeugung gewinnen, daß wir uns im Jahre 1945 auf den richtigen Weg begeben haben und daß wir eine einmalige, historische Aufgabe und eine sittliche Verpflichtung leugnen würden, wenn wir nicht entschlossen wären, auf dem damals beschrittenen Wege fortzufahren.

Unser Freund Ministerpräsident Arnold hat sich in seinem Referat schon mit der Frage auseinandergesetzt und hat mit Recht darauf hingewiesen, daß eine Partei, die in diesen schweren Jahren die entscheidende Verant-

wortung trug, einer Zerreißprobe ausgesetzt sein muß. Es wäre falsch und es wäre lrlich, sich diesen Erkenntnissen zu verschließen, und wir wären unehrlich gegen uns selbst, wenn wir nicht zugeben wllten, daß Teile unserer Anhänger und Wähler sich von uns entfernt haben oder zu entfernen drohen. Aber wenn wir uns darüber Rechnschaft geben, dann dürfen wir es nicht tun mit dem Gefühl einer müden Resignation. Wir müssen uns vielmehr Klarheit darüber verschaffen, daß die ungeheure seelische und existentielle Not, die heute noch Millionen von Menschen belastet, der beste Nährboden für eine Opposition sein muß, die aus der Verzweiflung ein politisches Geschäft machen will und die die Friedlosigkeit der Menschen mißbraucht, die im neuen politischen und staatlichen Geschehen noch keinen Standort gefunden haben und die noch nicht frei sind von den Ansteckungskeimen einer in sich kranken Epoche. Das Bewußtsein, meine Damen und Herren, soll uns aber nicht entmutigen. Es ist und bleibt unsere Aufgabe als Christlich Demokratische Union, unermüdlich den Kampf um den einzelnen Menschen zu führen, nicht, in dem wir ihn mit verlgerten Parolen betören, sondern in dem wir ihn auf die gemeinsame Verantwortung ansprechen. Nichts wäre gefährlicher, als wenn wir glaubten, die Parolen anderer Gruppen und Parteien aufzunehmen und in einem sinnlosen Wettlauf schlechter Propagandamethoden eintreten zu können. Wir müssen vielmehr solchen Methoden, die von politischer Verantwortungslosigkeit zeugen, Widerstand entgegensetzen, und wir müssen uns erst Recht auf uns selbst und auf die Kraft unserer Idee besinnen, die uns zusammengeführt hat und die — davon bin ich überzeugt — uns auch zusammenhalten wird. (Beifall)

Haben wir es denn eigentlich nötig, wenn wir die gemeinsame Arbeit der letzten schweren Jahre in die Erinnerung zurückrufen, unser Licht unter den Scheffel zu stellen und in einer Massendefensive das Volk davon zu überzeugen, daß wir nicht versagt haben? Haben wir es wirklich nötig, in die Trompete eines verstaubten und atavistisch anmutenden Nationalismus zu stoßen? Haben wir es nötig, sozialistische Schlagworte aufzugreifen und Ordnungsbegriffe zu diskutieren, die mit unserem Denken und Fühlen unvereinbar sind, weil sie ja doch nur der Ausdruck eines vom primitivsten und desten Materialismus gezeichneten Weltbildes sind? Ich glaube, daß wir solchen Vorstellungen eine Ideenwelt entgegenstellen können, die stärker und kräftiger ist. Aber das bedeutet, daß wir uns wieder auf uns selbst besinnen und daß wir uns darüber klar werden müssen, daß jede Anlehnung unserer Christlich Demokratischen Union nach rechts oder links uns der Eigenständigkeit berauben oder uns in Gewissenskonflikte führen würde, denen wir mit Entschlossenheit ausweichen müssen. (Beifall)

In einem beständigen und unablässigen Ringen und in einer unaufhörlichen, von echtem Vertrauen und Verantwortungsgefühl getragenen Diskussion in unseren eigenen Reihen müssen wir unseren eigenen Weg finden und unbeirrbar gehen, dann werden wir uns auch die Glaubwürdigkeit bewahren, die allein die zustimmende Entscheidung des deutschen Volkes zu unserem politischen Wollen begründen wird. Die besondere soziologische und weltanschauliche Struktur unserer Partei stellt uns vor Aufgaben und Entscheidungen, die anderen Gruppen und Parteien erspart bleiben. Auf der einen Seite steht die Sozialdemokratische Partei, die noch immer glaubt, mit Klassenkampftheorien arbeiten zu müssen und die noch gar nicht begriffen hat, daß diese Klassen, von denen sie spricht, in Wahrheit nicht mehr bestehen, die nicht begreifen will, daß eine neue staatliche Ordnung nicht geschaffen werden kann, indem man die Menschen gegeneinander

führt, und die nicht verstehen will und vielleicht auch nicht verstehen kann, daß es keine Entscheidungen gibt und geben darf, die einem Teil des deutschen Volkes nützen und einem anderen Teil schaden. Aber ebenso wenig werden wir denen folgen können, die in der Vorstellungswelt eines verstaubten Liberalismus leben und die nicht verstehen wollen, daß die Freiheit die Gefahr des Mißbrauchs in sich birgt, wenn sie nicht begrenzt ist durch die sittliche Verpflichtung gegenüber dem Nächsten und gegenüber der Gemeinschaft. (Beifall) Wenn solche Ideen und Vorstellungen das Gesicht des neuen Deutschlands prägen würden, dann würde ich, weiß Gott, an der Zukunft unseres Volkes verzweifeln.

Lassen Sie mich nach diesen einleitenden Bemerkungen zum eigentlichen Thema übergehen und Ihnen einen Überblick über die politischen Entscheidungen geben, an denen die Bundestagsfraktion der CDU/CSU entscheidend mitgewirkt hat und von denen keine einzige denkbar wäre ohne die aktive Mitarbeit dieser Fraktion. Erlauben Sie mir dabei, daß ich an die Spitze eine Erklärung stelle. Ich glaube, daß wir Grund und Anlaß haben, auf die geleistete Arbeit mit berechtigtem Stolz und mit innerer Befriedigung zurückzublicken. Wir sollten alle von diesem Parteitag nach Hause gehen, um mit dem deutschen Volke, mit unseren Wählern und mit unseren Gegnern, nicht nur darüber zu diskutieren, was noch nicht geschehen ist oder noch nicht geschehen könnte, sondern über das, was wir erreicht haben und was auch eine Opposition, die sich ausschließlich in der Negation und Destruktion bewegt, gar nicht wird leugnen können, wenn wir es in der richtigen Weise an unser Volk herantragen.

Aus dem, was ich über die Reihenfolge der Arbeit in Bonn berichte, bitte ich nicht zu entnehmen, daß ich darin eine Bewertung nach Prioritäten der einzelnen Materien erblicke. Lassen Sie mich vielmehr im wesentlichen der Regierungserklärung unseres Bundeskanzlers vom September 1949 folgen, als er sein schweres und verantwortungsvolles Amt antrat. Entsprechend der Ankündigung des Bundeskanzlers in seiner Regierungserklärung hat sich der Bundestag mit der Förderung des Wohnungsbaues beschäftigt. Ich möchte mich, nachdem in den vorangegangenen Referaten schon darüber gesprochen wurde, auf wenige kurze Erklärungen und Zahlen beschränken. Das erste Wohnungsbaugesetz, das unter entscheidender Beteiligung meiner Freunde am 31. Januar 1950 beschlossen wurde, hat dahin geführt, daß aus dem Kapitalmarkt etwa 1,7 Milliarden, aus öffentlichen Mitteln 1,6 Milliarden und aus anderen Quellen über 400 Millionen DM mit dem Ergebnis zur Verfügung gestellt wurden, daß eine Gesamtinvestition von rund 3,8 Milliarden DM im Jahre 1950 den Bau von 350 000 Wohnungen und im Jahre 1951 ebenfalls von 350 000 Wohnungen ermöglicht hat. Vergleichen wir damit die Höchstzahl aus der Zeit zwischen den Jahren 1918 und 1932, eine Zeit, in der Deutschland noch in anderen wirtschaftlichen Verhältnissen lebte als heute, so stellen wir fest, daß diese Höchstzahl, die dieses damalige reiche Deutschland sich im Jahre leisten konnte, 200 000 Wohnungen betrug. Es ist hier schon gesagt worden, daß bei der Durchführung des Wohnungsbauprogramms ein besonderes Anliegen unserer Partei und Fraktion, nämlich die Schaffung von Eigenheimen, Siedlungsbauten und familiengerechten Wohnungen, noch nicht in dem Maß verwirklicht werden konnte, wie es nötig wäre. Ich möchte aber nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß auf Grund der Initiative von Freunden aus unserer Fraktion der Bundestag am 26. — ich glaube, August, ich weiß es nicht mehr genau — das Gesetz über das Wohnungseigentum beschlossen hat — ein Gesetz, mit dem wir auch in die bisher bekannten und erprobten Rechtsformen etwas Neues hineingetragen haben; denn es geht uns

darum, den Menschen zum Eigentum zu führen, ihn herauszunehmen aus den Kasernen, in denen er als anonymer Mieter lebt, wobei auch die Tatsache, daß solche Wohnblocks irgendwelchen gemeinnützigen Genossenschaften oder Gesellschaften gehören, an der Lage des Mieters keinen Unterschied machen.

Wir haben weiter im September das Gesetz zur Förderung des Bergarbeiterwohnbaus beschlossen. Auch hierfür sind 200 Millionen DM bereitgestellt. Wir wollen für die rund 92 000 Bergarbeiterfamilien menschenwürdige Unterkünfte schaffen. Wir wollen sie an ihre Arbeitsstätte binden. Wir hoffen, daß damit auch der Ertrag im Kohlenbergbau erheblich gesteigert wird, da zur Zeit — nicht zuletzt auf Grund der unerträglichen Wohnungsverhältnisse, die zum Teil noch herrschen — über 50 000 Arbeiter in einem ständigen Fluktuationsprozeß von der Zeche abwandern und in andere Betriebe überwechseln.

Wir haben dann weiter die ungeheure Aufgabe vorgefunden, den Millionen und aber Millionen von Menschen zu helfen, die nach dem Zusammenbruch, nicht zuletzt durch die einsetzende Völkerwanderung, durch das unheilvolle Ergebnis unheilvoller Beschlüsse ihre Existenz, ihre Wohnung und ihr Einkommen verloren haben. Zunächst mußten wir an die 3,5 Millionen Kriegsverehrten und Angehörigen von Kriegssopfern denken. Die Sozialversicherungsanstalten, auf die wir in Deutschland mit Recht so stolz waren, konnten ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen, da sie ihrer Existenz beraubt waren. Diesen besonders vordringlichen sozialen Aufgaben haben die Bundesregierung und der Bundestag besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Ich glaube, daß man es immer wieder betonen sollte, was auf diesem Gebiet geschehen ist.

Der Herr Bundeskanzler hat schon einzelne Zahlen genannt, die ich ergänzen möchte. In diesem Haushalt ist ein Betrag von über 9¼ Milliarden DM ausschließlich für solche soziale Aufgaben und Verpflichtungen enthalten. Wenn wir die Beträge hinzurechnen, die aus dem Etat der Länder und der Kommunen aufgewandt werden, dann kommen wir im laufenden Haushaltsjahr auf einen Betrag von über 19 Milliarden DM für solche Verpflichtungen. 19 Milliarden DM sind mehr als 22 % des gesamten deutschen Volkseinkommens. Kann man wirklich angesichts solcher Zahlen sagen, daß wir die soziale Not nicht erkannt und nicht das Letzte versucht hätten, um ihr zu steuern? Selbstverständlich weiß ich wohl, daß noch viele Wünsche offenbleiben. Ich weiß, daß noch vieles zu tun wäre, was wir tun würden, wenn wir könnten.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf das Ergebnis unserer Wirtschaftspolitik eingehen, dieser Wirtschaftspolitik, die pausenlosen Angriffen ausgesetzt ist; die sich allenfalls mit vereinzelt beklagens- und verdammenswerten Erscheinungsformen des Mißbrauchs auseinandersetzen, die aber zu leugnen suchen, welche Erfolge tatsächlich eingetreten sind. Ich schicke voraus, daß wir alle — und darin weiß ich mich auch mit unserem Freund Erhard vollkommen einig — der Überzeugung sind; daß gewisse Erscheinungsformen im Leben heute berechtigten Unwillen wecken und daß es Menschen gibt, die noch nicht erkannt haben; daß unsere soziale Marktwirtschaft nichts mit einer freien Wirtschaft gemeinsam hat, die jeden Mißbrauch duldet und toleriert. Wir sind auch entschlossen, diesen Leuten, die von der Freiheit einen falschen Gebrauch machen, das Handwerk zu legen. Aber, wir sollten auch nicht verkennen, daß dort, wo viel Licht ist, auch schwarze Schatten sind. Wir sollten nicht in den typisch deutschen Fehler verfallen, zu generalisieren. Es ist falsch und verwerflich. Es ist ebenso verwerflich, etwa den Unternehmer schlecht-

hin anzugreifen, der in seiner Initiative und in seiner Leistung ungeheure Beiträge zu dieser Entwicklung gegeben hat, wie es verwerflich und schlecht wäre, andere Personenklassen und Stände in dieser Form schlechthin als Verräter am Volk zu bezeichnen.

Es hat wirklich einer ungeheuren Kraftanstrengung des gesamten deutschen Volkes bedurft — das betone ich, denn die Menschen auf allen Ebenen, auf denen sie standen, haben dazu beigetragen —, überhaupt die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß wir die Aufgaben, die vor uns lagen, lösen konnten.

Im zweiten Halbjahr 1948, betrug die Produktion rund 33 Milliarden DM; im zweiten Halbjahr 1950 stieg sie auf 47 Milliarden DM, und bis zur Stunde geht diese Entwicklung weiter. Der Index für die gesamte Industrie, verglichen mit dem Jahre 1936, stieg von 51 im Jahre 1948 auf 125 im August 1951. Wie ich gestern von unserem Wirtschaftsminister hörte, hat diese Steigerung im September, ungeachtet aller Ankündigungen der Gegenseite und der Opposition, angehalten, und der Index ist weiter um nahezu 4 % gestiegen, und das alles in einem Gebiet, das durch den Krieg zerstört, durch Demontagen ausgeplündert, durch die soziale und wirtschaftliche Not in seiner Leistungsfähigkeit in entscheidender Weise beeinträchtigt war. In der gleichen Zeit seit 1948 nahm die Zahl der Beschäftigten um über 1,3 Millionen zu. Es ist darüber hinaus gelungen, eine weitere Million von Menschen, die durch die Rationalisierung auf vielen Gebieten und durch Abbau von Behörden herrenlos geworden waren, in die Wirtschaft einzugliedern; aber — und auf diese Feststellung lege ich besonderen Wert — an dieser Entwicklung hat auch der Reallohn teil, der im Jahre 1948 75 %, gemessen an der Vergleichszahl des Jahres 1938, betrug und der im Juni 1951 auf 109 % stieg. Diese Zahlen stehen jeder kritischen Betrachtung und Überprüfung offen; aber es genügt nicht, sie zu bestreiten. Wenn man sie bestreitet, dann verlange ich, daß man sie widerlegt — und das ist bis zur Stunde noch nicht einmal versucht worden! (Sehr starker Beifall)

In der gleichen Weise hat sich das Verhältnis von Export und Import gestaltet. Wir sind wie kein anderes Land auf eine Intensivierung unseres Exports angewiesen; denn rund 50% unseres Lebensmittelbedarfs müssen wir importieren. Der Mangel an Rohstoffen verstärkt diesen Importbedarf, und unsere Überbevölkerung zwingt uns dazu, insbesondere die arbeitsintensive Produktion zu fördern, um dadurch die Arbeitskraft des deutschen Menschen als veredeltes Produkt wieder auszuführen. Unsere Ausfuhr, die im ersten Halbjahr 1949 im Monatsdurchschnitt noch nicht 400 Millionen DM erreichte, ist seit Juni dieses Jahres nicht mehr unter 1,3 Milliarden DM gesunken. Auch diese Kurve hat weiterhin angehalten, ungeachtet aller weltwirtschaftlicher Krisen, die sich in anderen Ländern — die sich planwirtschaftlicher Politik verschrieben haben — erheblich bemerkbar gemacht haben. Unsere Devisenbilanz ist so — das hat gestern auch unser Parteivorsitzender ausgeführt —, daß wir vom Devisenschuldner zum Devisen gläubiger geworden sind, eine Entwicklung, die noch vor 2 Jahren kein Mensch in Deutschland für möglich gehalten haben würde. Gerade angesichts der pausenlosen Angriffe liegt es mir daran, daß die Fraktion hier vor Ihnen allen erklärt, daß wir unserem Wirtschaftsminister Erhard für seine Arbeit dankbar sind. (Anhaltender starker Beifall) Er wäre ein schlechter Minister, wenn wir in allen Punkten mit ihm einig wären. Das gilt von anderen Ministern auch. Aber ich halte es für meine Pflicht, Ihnen hier zu sagen, daß wir ihn auch weiterhin unterstützen wollen und unterstützen werden zum Wohle und Segen unseres Volkes. (Erneuter starker Beifall)

Ohne eine gesunde Finanzpolitik wäre eine solche Entwicklung schlechthin unmöglich gewesen. Die Regierungserklärung hat seiner Zeit darauf hingewiesen, daß die Förderung der Kapitalbildung, sowohl die Bildung von Spar- als auch von Betriebskapital das vordringlichste Ziel unserer Politik sein muß. Auch hier sprechen die Zahlen eindeutig, so daß wir mit Befriedigung sagen können, daß wir dem Regierungsprogramm nach gelebt haben. Beinahe 2 Milliarden DM wurden seit der Währungsreform als Spargelder angelegt. Weitere 2,3 Milliarden DM sind durch Übernahme von Schuldverschreibungen oder Papieren der Wirtschaft zur Verfügung gestellt worden. Aus öffentlichen Haushaltsmitteln, aus Mitteln des Kapitalmarktes und aus den Bankkrediten wurden im Verlaufe von rund 1½ Jahren über 26 Milliarden DM investiert. Dieser Betrag erhöht sich um präjudizierte Abschreibungen, Vorratsveränderungen und ähnliches, so daß sich die Gesamtinvestitionen auf rund 50 Milliarden DM belaufen. Es war eine ungeheure Leistung, die da vollbracht worden ist. Wir glauben, daß die Steuerpolitik des Bundesfinanzministers hier entscheidend beteiligt war.

„Kampf um den einzelnen Menschen“

Es ist und bleibt unsere Aufgabe, als christlich-demokratische Union unermüdlich den Kampf um den einzelnen Menschen zu führen, nicht indem wir ihn mit verlogenen Parolen betören, sondern indem wir ihn auf die gemeinsame Verantwortung ansprechen.

Dr. Heinrich von Brentano

Als wir die Einkommenssteuernovelle beschlossen, wurden wir von der Opposition aufs heftigste angegriffen, und ein unerträglicher Steuerrückgang wurde uns angekündigt. Die Entwicklung hat uns recht gegeben. Die Steuerkraft ist nicht zurückgegangen, aber die freigesetzten Mittel für Investitionen haben ihre Aufgaben erfüllt und dazu beigetragen, Arbeitsplätze zu schaffen. Gerade weil wir keinen sozialistischen Wohlfahrtsstaat wollen, weil wir uns leidenschaftlich dagegen wehren, daß der Staatsbürger immer stärker in die Abhängigkeit des Staates kommt, weil wir einen allmächtigen Staat als einen gefährlichen Moloch ansehen, haben wir uns zu einer Wirtschaftspolitik bekannt, die die echte freie und verantwortungsbewußte Initiative betont und stützt und die in sich die Voraussetzungen dafür schafft, daß der Mensch nicht vom Staate lebt und von ihm abhängig ist. Wir wollen im Staate selbst eine hochentwickelte, krisenbeständige Wirtschaft, in der die Menschen Arbeit finden, anstatt von einem Arbeitsamt oder Fürsorgeamt verplant oder versorgt zu werden.

Aber wir haben uns auch nicht geschämt, in dem Augenblick, in dem ein vorläufiges Ziel erreicht war und in dem — auch das soll offen ausgesprochen werden — wir feststellen mußten, daß von der Möglichkeit der Investitionen vielleicht nicht immer mit der nötigen Sorgfalt und mit dem nötigen Verantwortungsgefühl Gebrauch gemacht wurde, dann die Steuergesetzgebung wieder abzuändern; denn wir sind der Meinung, daß es eine legitime Aufgabe des Staates ist, durch seine Finanzpolitik auch Art und Ausmaß der Investitionen zu kontrollieren. Wir werden auch weiterhin dieser Auffassung treu bleiben.

Ein Wort nun zu dem, was mir persönlich am Herzen liegt. Auf einem Landesparteitag einer Koalitionspartei wurde neulich die „unverantwortliche Finanzpolitik“ unseres Freundes Schäffer angegriffen. Ich sage hier mit allem Nachdruck und spreche für die Gesamtfraktion der CDU/CSU: wir wünschten, daß alle Kabinettsmitglieder ein so tiefes Verantwortungsgefühl zeigen würden wie unser Bundesfinanzminister Schäffer. (Starker Beifall) Auch er gehört zu denen, von denen ich offen sage, daß wir nicht immer seiner Meinung sind, aber das ändert nichts daran, daß wir ihm ein volles Vertrauen entgegenbringen und daß wir wünschen, daß er mit demselben echten Verantwortungsgefühl, mit demselben Fleiß und derselben Gewissenhaftigkeit wie seither darüber wachen möge, daß der Haushalt — das Rückgrat des Staates — geschützt bleibt.

Meine beiden Vorredner haben in so vortrefflichen und klaren Ausführungen zu der Notwendigkeit und dem Inhalt einer neuen Sozialordnung gesprochen, daß ich nur sagen kann, daß ich mich weitgehend auf diese Ausführungen, die voll und ganz auch mit den Wünschen und Vorstellungen der Fraktion übereinstimmen, beziehen kann. Lassen Sie mich aber ein Wort grundsätzlicher Art sagen. Ohne jeden Vorbehalt erkennen wir an, daß die Gewerkschaften als Interessenvertretung von Millionen arbeitender Menschen legitime Aufgaben zu erfüllen haben. Ohne jeden Vorbehalt wollen wir mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund vertrauensvoll und freundschaftlich zusammenarbeiten. Wir wissen, daß Millionen unserer besten Wähler, die ihre politische Heimat bei uns gefunden haben, in der Gewerkschaft mit vollem Recht ihre Standesvertretung sehen. Das setzt allerdings voraus — und hier unterstreiche ich den Wunsch, den meine beiden Vorredner geäußert haben —, daß die Gewerkschaften in der Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben ihre parteipolitische Unabhängigkeit bewahren mögen. Wir begrüßen die Gespräche, die der Herr Bundeskanzler mit den Gewerkschaften führt, weil wir glauben, daß eine vertrauensvolle Zusammenarbeit dieser machtvollen Organisation mit der politischen Führung unseres Volkes nicht nur den Mitgliedern dieser Organisation, sondern auch dem gesamten deutschen Volke zum Segen gereichen wird. In unseren politischen Entscheidungen — auch das muß ich hier sagen, und das mögen alle Organisationen verstehen, mit denen wir zusammenarbeiten wollen — sind wir aber dem gesamten deutschen Volk verantwortlich. Wir werden immer mit der größten Aufmerksamkeit und mit wachem Interesse anhören, was die Gewerkschaften uns zu sagen haben, aber die Gewerkschaften sollten auch verstehen, daß wir nicht immer die gleichen Wege gehen und die gleichen Entscheidungen fällen können, die ihnen richtig zu sein scheinen. (Beifall)

Es ist hier gesagt worden, daß wir auf dem Wege zur sozialen Neuordnung bereits einige Etappen zurückgelegt haben. Es ist zum Gesetz über die Mitbestimmung von Stahl, Kohle und Eisen gesprochen worden. Auch ich lege Wert auf eine Feststellung. Dieses Gesetz ist vom Deutschen Bundestag beschlossen. Wir schädigen unsere rechtsstaatliche Ordnung, wenn wir nicht alle anerkennen — auch diejenigen, die seiner Zeit diesem Gesetz ihre Zustimmung verweigerten —, daß es sich hier um eine staatliche Norm handelt, die nach der Beschlußfassung der Kritik entzogen sein soll. Ich glaube — auch hier unterstreiche ich, was gesagt worden ist —, es kommt ja nicht auf den Inhalt solcher Gesetze an, es kommt auf den Geist an, in dem sie verwirklicht und angewendet werden. Ich habe die feste Überzeugung, wenn beide Partner, so wie das auch bisher zu spüren ist, den Willen haben, im gleichen Geist der freundschaftlichen und ver-

söhnlichen Auseinandersetzung dieses Gesetz zu verwirklichen, dann wird auch dieses Gesetz zum Segen unseres Volkes und zum Nutzen unserer Wirtschaft werden.

Eine weitere außerordentlich wichtige Aufgabe, die uns zu lösen aufgegeben war, war die Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 fallenden Personenkreise. Mein Freund Arnold hat bereits in diesem Zusammenhang davon gesprochen, ich möchte das auch hier feststellen, daß wir uns unserer sittlichen und politischen Verpflichtung auch gegenüber den Millionen von Soldaten jeden Dienstgrades bewußt sind. Millionen von Menschen haben in der deutschen Wehrmacht ihren Dienst getan, haben dort ihre Pflicht erfüllt, haben sich nichts zuschulden kommen lassen, und wir haben sie nicht zu verteidigen, sondern wir haben sie nur anzuerkennen. (Sehr starker Beifall) Wir distanzieren uns nicht und zu keiner Stunde und haben es auch nicht früher getan von den pflichtbewußten Soldaten, Offizieren, Generalen oder Feldmarschällen, wir distanzieren uns aber mit Entschiedenheit von jedem, welchen Grad er auch haben möge, der sich heute neben den neuen Staat stellt.

In Erfüllung dieser Aufgabe haben wir auch den heimatlosen Beamten, die durch die Kriegsverhältnisse und durch die Vertreibung ihren Dienstherren verloren haben, helfen müssen. Auch hier möchte ich an das erinnern, was mein Freund Holzappel sagte: wir waren es, die mit Leidenschaft dafür gekämpft haben, daß im Grundgesetz die institutionelle Garantie des Berufsbeamtentums verankert wurde. Wir glauben an die Notwendigkeit eines guten, eines zuverlässigen, eines einwandfreien und sauberen Berufsbeamtentums. Das Berufsbeamtentum möge wissen, daß es in uns jeder Zeit einen Freund und Befürworter haben wird.

Eines möchte ich aber in diesem Zusammenhange sagen. Wir werden noch auf lange Zeit hinaus auch den Mut zur Unpopularität haben müssen. Diejenigen, die fordern, auch wenn sie berechtigt fordern, müssen wir ansprechen und ihnen sagen, daß der Erfüllung ihrer Wünsche dort eine Grenze gezogen ist, wo die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes aufhört. Denjenigen, die leisten müssen, müssen wir klar machen, daß es nicht nur eine staatspolitische Notwendigkeit, sondern darüber hinaus eine sittliche Verpflichtung ist, der sie sich nicht entziehen können und entziehen dürfen, wenn sie nicht ihre eigene Zukunft gefährden wollen. Im Gefühl dieser gegenseitigen Verantwortung in der Schicksalsgemeinschaft, in die sie wieder hineingestellt sind, müssen beide Gruppen von Menschen zusammenstehen und zu Opfern bereit sein. Diese Opfer bringen sie nicht dem Staat, sie bringen sie auch nicht dem andern, dem es schlechter geht, mit diesen Opfern erkaufen sie alle und wir alle eine gemeinsame bessere Zukunft und die Sicherheit unserer Existenz.

Auch der Landwirtschaft, die ebenfalls hier angesprochen wird, galt unsere besondere Fürsorge. Ich freue mich, feststellen zu können, daß es gelungen ist, den Produktionsindex der Landwirtschaft, wieder gemessen am Jahre 1938, so zu heben, daß er weit über 100, auf einzelnen Gebieten bei 140, liegt. Es ist eine beispiellose Leistung, wenn man weiß, wie stark der Nachholbedarf bei der Landwirtschaft und wie groß die Kapitalknappheit waren, die jeder Rationalisierung entgegenstanden. Deswegen waren gewisse Preiserhöhungen, denen ja die Lohnentwicklung folgte, unvermeidlich. Preisentwicklungen — und da nehme ich auch auf, was gestern der Bundeskanzler sagte —, wie sie sich in den letzten Tagen und Wochen auf einzelnen Gebieten zeigen, können wir allerdings nicht hinnehmen. Wir wissen uns in dieser Kritik und Beurteilung vollkommen einig auch mit den großen Bundesverbänden, die uns volle Unterstützung zugesagt haben. Im

übrigen sollte auch hier einmal gesagt werden, daß ein Grund für irgendeine Besorgnis gar nicht vorhanden ist und eine etwas größere Disziplin auch unserer Käufer falsche Entwicklungen aufhalten kann. Die Mindestmenge an Kartoffeln, die in diesem Jahre, wo wir keine Rekordernte haben, mit Bestimmtheit zu erwarten ist, beträgt 23,5 Millionen Tonnen. Der ganze Bedarf an Speisekartoffeln beträgt allerhöchstens 5 Millionen Tonnen, also rund 20% des tatsächlichen Ertrages. Es ist nicht nötig, unter solchen Umständen etwa Sorge zu haben, daß der Einkellerungsbedarf nicht gedeckt werden könne.

Besondere Bedeutung haben wir auch dem Aufbau der inneren Ordnung geschenkt. Auch hier kann ich an das anknüpfen, was ausgesprochen wurde. Wir haben das Strafrechtsänderungsgesetz geschaffen und den Bundesverfassungsgerichtshof entstehen lassen. Wir haben damit der Exekutive alle Mittel in die Hand gegeben, um auch die innere Ordnung unseres Staates zu schützen und zu sichern. Ich wiederhole nur mit wenigen Worten folgendes: unser aller Wunsch von meiner Fraktion aus ist es, daß die Bundesregierung unnachsichtlich, ich betone unnachsichtlich, und ohne falsche Toleranz vorgehen möge gegen diejenigen, die schon wieder im Begriffe sind, den neuen Staat auszuhöhlen. (Anhaltender sehr starker Beifall) Wir wollen eine Toleranz im Gebaren gegenüber den anderen Menschen zeigen; aber eine Toleranz der Gesinnung, die gibt es nicht; wer sie hat, beginnt mit dem Weg der Selbstaufgabe.

Wir haben in diesem Jahre vieles getan. Wir haben allerdings — das ist ein Anliegen meiner Fraktion — noch eines zu kritisieren, wenn wir hier zusammen sind. Die Entwicklung unserer Partei seit dem ersten Parteitag in Goslar hat nicht die Fortschritte gemacht, die wir gewünscht und gehofft hatten. Glauben Sie mir, eine politische Fraktion, die nicht eine geschlossene Partei hinter sich hat, lebt irgendwo im luftleeren Raum. Wir brauchen einen lebendigen Organismus in der Partei, der sich mit den Tages- und Gegenwartsfragen beschäftigt. In diesem Organismus muß sich die politische Willensbildung unserer politischen Freunde und Wähler vollziehen. Diese Willensbildung muß dann an uns herangetragen werden, damit wir sie im Wege der Gesetzgebung auch verwirklichen. Ich hoffe, daß dieser Parteitag auch dazu beitragen wird, das Tempo in dem Aufbau der Organisation unserer Partei zu beschleunigen. Alles, was wir von der Fraktion aus dazu beitragen können, werden wir gerne und willig tun.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen, die ich mir nicht ersparen kann, über das Verhältnis unserer Arbeit und unserer Partei zur Opposition. Ich bedauere, daß ich mich damit auseinandersetzen muß, aber gerade die Zeitung, die mir heute morgen auf den Tisch gelegt wurde, zwingt mich, das unter allen Umständen zu tun. Unsere Arbeit wurde tatsächlich von einer Opposition begleitet, deren sachlicher Beitrag leider nur in seltenen Fällen zu sehen war, und die in zunehmendem Maße ihre Aufgabe darin zu erblicken scheint, im Kampf um die Macht jedes Mittel der politischen Lüge und der politischen Verleumdung anzuwenden. Ich möchte dieser Opposition oder — richtiger gesagt — ihrem Stimmführer, dem Herrn Dr. Schumacher, eine Bemerkung ins Stammbuch schreiben, die ich neulich in einer Rundfunkrede brachte oder — sagen wir richtiger — bringen wollte; denn sie wurde nachher, ohne mich zu fragen, herausgestrichen. Ich habe mich damals mit einem besonders perfiden Angriff der sozialdemokratischen Presse beschäftigt, der sich gegen den Herrn Bundeskanzler richtete im Zusammenhang mit seiner Berliner Rede, in der er darauf hinwies, daß wir in dem Bemühen und Bestreben, die deutsche Einheit wieder-

herzustellen, die Provinzen östlich der Oder-Neiße-Linie nie vergessen dürfen. Der Sozialdemokratische Pressedienst hat das zum Anlaß genommen, den Bundeskanzler anzugreifen und ihm vorzuwerfen; er habe diese Anspielung nur gebraucht, um die gesamtdeutsche Einigung zu erschweren, (Lebhafte Pfuirufe) und schloß mit dem Worte: „Es bleibt ein böser Zweifel an der Aufrichtigkeit der politischen Haltung des Bundeskanzlers.“ Dieser Artikel erschien am 9. Oktober im Sozialdemokratischen Pressedienst Nr. 59, und am 9. Oktober hat Herr Dr. Schumacher in Hamburg — offenbar war der SPD-Pressedienst noch nicht nach Hamburg gekommen — in einer Rede erklärt — ich zitiere wörtlich, und zwar deswegen wörtlich, weil Herr Dr. Schumacher in der Parlamentssitzung sogar seine eigenen Worte abzustreiten versuchte —: „Der Herr Bundeskanzler hat am 9. Oktober in Berlin als ein Ziel der deutschen Einheit die Einbeziehung der Gebiete östlich der Oder-Neiße genannt. Die Sozialdemokratie als die Partei, die schon 1945 den unverzichtbaren Anspruch auf die Wiedervereinigung mit diesen Gebieten erhoben hat, begrüßt es, daß die amtliche deutsche Außenpolitik sich zu diesem Ziel bekennt.“ Wenn Sie heute die Presse aufschlagen, finden Sie ein Interview von Herrn Dr. Schumacher, in dem er plötzlich diesen Vorwurf wieder aufnimmt und sagt in bezug auf die Politik der Bundesregierung: Man dürfe nicht von Ostpreußen sprechen, um darüber Sachsen zu verraten. (Erneute Pfui-Rufe) Ich kann nur sagen, daß solche Methoden unerträglich sind. (Stürmischer Beifall)

Ich habe der Opposition damals eine Bemerkung ins Stambuch geschrieben, die ich hier vielleicht wiederholen darf, weil der Rundfunk es offenbar nicht für zweckmäßig hielt, es weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Ich sagte damals: Was soll man von solchen Methoden halten, noch dazu in einer Auseinandersetzung, in der es wirklich um Lebensfragen des ganzen deutschen Volkes geht. Es ist bekannt, daß der Stier das rote Tuch nicht mag und blindwütig darauf losgeht, wenn er es sieht. Man muß sich mit einer solchen Veranlagung abfinden, auch wenn man sie nicht für sehr sinnvoll hält, aber nirgends steht geschrieben, daß ein Stier etwa jedes Tuch für rot halten müßte. (Starker Beifall und Heiterkeit) Ich habe hinzugefügt: farbenblinde Stiere sind unberechenbar und darum gefährlich. Die Besorgnis liegt nahe, daß auch farbenblinde Politiker unberechenbar und gefährlich sind. Ich würde gern noch einiges sagen, aber ich halte es nicht für meine Aufgabe, hier zu polemisieren, noch dazu mich vielleicht auf eine Ebene zu begeben, die dieses Parteitages nicht würdig ist.

Es wäre aber mein Referat unvollständig, wenn ich nicht eins anfügen wollte: bei der Beurteilung unseres Handelns im Bundestag dürfen wir niemals vergessen, daß wir in einer Koalition stehen, in einer Koalition, die es uns zur Aufgabe macht, auch Konzessionen und Kompromisse einzugehen. Nach den Bremer Wahlen ist nun eine Außerung gefallen, die ich für bedenklich und gefährlich halte und die nicht unwidersprochen bleiben darf. Ein Sprecher einer Koalitionspartei bezeichnete den Wahlerfolg seiner Partei in Bremen als das Ergebnis der Opposition und der Koalition. Ich möchte mit allem Ernst, aber auch mit allem Nachdruck unmißverständlich erklären, daß ich solche programmatische Äußerungen nicht zu akzeptieren gewillt bin. Wir können und wir wollen niemand zur Liebe zwingen; eine Koalition ist keine Ehe, sie ist ein Bündnis auf Zeit, aber eine solche Zusammenarbeit verpflichtet alle Beteiligten zur unbedingten Loyalität. Wir haben eine gemeinsame Verantwortung übernommen, wohl wissend, daß wir nicht in allen Punkten in der politischen Betrachtung und politischen

Überzeugung übereinstimmen, aber das gibt keinem der Partner das Recht, sich etwa der gemeinsamen Verantwortung zu entziehen. Wir sind auch nicht gewillt, irgend jemand aus der gemeinsamen Verantwortung für das Gelingen zu entlassen. Wir könnten nicht mehr von Koalition und gemeinsamer Verantwortung reden, wenn der einzelne Partner wirklich gegen diesen Grundsatz verstieße. Am wenigsten aber geht es an — das sage ich auch mit Rücksicht auf gewisse Erklärungen in der Vergangenheit —, die sichtbaren Erfolge der gemeinsamen Arbeit dem eigenen Konto gutzuschreiben und das Konto des Partners mit dem zu belasten, was man selbst nicht zu tragen gewillt ist. (Beifall) Über die weitere Zusammenarbeit, zu der wir grundsätzlich bereit und entschlossen sind, werden wir noch manches klärende Gespräch führen müssen. Ich hoffe und glaube auch, daß es gelingen wird, eine Atmosphäre des Vertrauens wiederherzustellen.

Gestern hat der Bundeskanzler auch über die außenpolitische Lage und über das Verhältnis der Bundesrepublik zu den östlichen Teilen Deutschlands gesprochen. Ich möchte nichts wiederholen, sondern nur eines sagen: die Politik des Bundeskanzlers genießt ohne jede Einschränkung und aus voller innerer Überzeugung die Unterstützung der gesamten Fraktion der CDU und CSU. (Starker Beifall) Wir danken dem Bundeskanzler für diese Politik, die er mit einer Vorleistung eingeleitet hat, die ihm zur Ehre und unserem deutschen Volk zum Nutzen gereichte, nämlich mit dem Vertrauen, der Ehrlichkeit und der Offenheit, mit denen er den Gesprächspartnern gegenübertrat und mit denen er erreicht hat, daß das deutsche Volk trotz der Ereignisse der Vergangenheit wieder Vertrauen in der Welt genießt. Wir haben uns in voller Übereinstimmung mit Ihrer Politik, Herr Bundeskanzler, zur Zusammenarbeit mit den freien Völkern der westlichen Welt entschlossen. Unser Bekenntnis zur freien Welt bedeutet gleichzeitig den Ausdruck der Entschlossenheit, uns gegen jeden Versuch zu wehren, uns dieser Freiheit wieder zu berauben. Aber unsere Entscheidung ist oft getragen von dem heißen Wunsch nach Frieden.

Kein Land der Welt hat das Grauen eines Krieges so gespürt wie Deutschland, und niemand — kein Volk der Welt — hat eine lange friedliche Epoche notwendiger denn je, um die Wunden auszuheilen, die den deutschen Menschen in der Vergangenheit geschlagen worden sind. Aber weil wir es als unsere oberste Aufgabe betrachten, in dieser Freiheit das ganze deutsche Volk zusammenzuführen — gleichgültig, wo die deutschen Menschen leben oder wo sie zur Zeit zu leben gezwungen sind —, gerade darum wünschen wir die Integration Deutschlands in Europa und Europas in der freien Welt. Wir sind zutiefst überzeugt, daß wir auf diesem Weg den Männern und Frauen, die heute noch in der sowjetisch besetzten Zone in Not und Unfreiheit leben, die Freiheit wiedergeben können. Darum auch unsere Entscheidung vom 27. September als Antwort auf den Appell der sogenannten Volkskammer, dieses traurigen Vereins sowjetischer Funktionäre; darum auch unsere Antwort an die Herren Pieck und Grotewohl und Genossen. Es bedarf zwischen den Menschen im Westen und Osten gar keines gesamtdeutschen Gesprächs; man schaffe eines; man nehme die Vorschläge an, die wir gemacht haben, man schaffe die Voraussetzungen, daß die Menschen im Osten sich frei entscheiden und für ihre freie Entscheidung auch nach der Entscheidung eintreten können. Dann werden wir an diesem Tag der Wahl ein gesamtdeutsches Gespräch zwischen 48 Millionen Menschen des Westens und 18 Millionen des Ostens führen, das den Herren Pieck und Grotewohl allerdings sehr unangenehm in den Ohren klingen wird.

Ich habe zum Schluß auch für meine Fraktion das Anliegen, das auch meine Vorredner zum Ausdruck gebracht haben. Wir wollen in der gemeinsamen Arbeit nicht erlahmen, wir wollen wieder etwas mehr Selbstsicherheit und Kühnheit zeigen, wir wollen uns wieder auf uns selbst besinnen; wir wollen uns auch durch die Opposition — komme sie, woher sie kommen mag — nicht in eine Defensive treiben lassen, die manchen von uns ja schon, nun sagen wir: ein wenig in seinem Tätigkeitsdrang lähmt. Wir wollen nicht vergessen, unter welchen Voraussetzungen wir die Arbeit begonnen haben. Wir wollen mit Stolz über das reden, was wir inzwischen getan und geleistet, und wir wollen mit innerer Überzeugung von dem reden, was wir noch zu leisten haben. Wenn mein Freund Holzapfel von seiner Zusammenarbeit mit unserem Ersten Vorsitzenden sprach, dann möchte ich für die Fraktion sagen, daß ich immer wieder stolz und glücklich war, daß es in allen Fragen grundsätzlicher Art — ich betone, in allen Fragen grundsätzlicher Art — möglich war, das gemeinsame Fundament für die Entscheidung zu finden, wenn wir uns auf die Substanz besonnen haben, an die wir glauben. Diese Zusammenarbeit, die sich in der Praxis bewährt hat, soll auch nicht von irgendwelchen Theoretikern draußen gestört werden.

Es ist bei uns nicht üblich und soll auch nicht üblich sein, uns gegenseitig anlässlich solcher Tage besondere Ovationen zu bringen, ich halte es aber für nötig, gerade in unserer heutigen Lage auch vor Ihnen auszusprechen, was ich vorhin schon sagte: Sie, Herr Bundeskanzler, sollen wissen, daß bei Ihrer Arbeit die geschlossene Fraktion der CDU/CSU hinter Ihnen steht, weil wir glauben, daß Ihre Arbeit wie keine andere geeignet ist, dem deutschen Volke zum Nutzen und zum Segen zu gereichen. Ich wünsche, daß diese Arbeit innerhalb der Legislaturperiode, die wir noch vor uns haben, auch die sichtbaren Erfolge zeitigen möge. Ich glaube, der Weg, den wir gegangen sind, auch wenn wir manchmal abzuweichen schienen, war der richtige. Bewahren wir uns diese Zusammenarbeit zum Segen unseres Volkes! Das walle Gott! (Sehr starker, langanhaltender Beifall.)

Aussprache

Präsident Simpfendorfer dankte dem Redner und betonte, daß die Partei gegenüber der Fraktion und ihrer Führung volles Vertrauen hat. Er eröffnete dann die Diskussion und erteilte das Wort

Bundesminister Professor Dr. Erhard:

Ich sage es nicht mir zum Lobe, sondern zum Ruhm der CDU und zur Ehre des ganzen Volkes, wenn ich in kurzen Zügen vor Ihnen Bilanz und Rechenschaft ablege über die Erfolge unserer Wirtschaftspolitik, die in der modernen Wirtschaftsgeschichte ohne Beispiel sind. Sie wissen, ich habe mich nie irremachen lassen, daß wir auf dem rechten Wege sind, am wenigsten von unseren Widersachern, die uns nicht an den schwachen, sondern an den starken Stellen angreifen. Sie greifen unsere Außenpolitik und unsere Wirtschaftspolitik an, weil gerade auf diesen beiden Gebieten Erfolge erzielt worden sind oder heranreifen, die sie mit Recht befürchten lassen, daß ihnen die Felle davonschwimmen.

Es sind viele Zahlen genannt worden, aber ich möchte jetzt vor der materiellen Bilanz doch noch etwas sagen, was in unserer schnelllebigen

Zeit allzuleicht vergessen wird. Durch unsere Wirtschaftspolitik haben wir das deutsche Volk befreit; wir haben aus Untertanen wieder freie Staatsbürger werden lassen, aus Normalverbraucher Konsumenten mit freier Konsumwahl, und wir haben das deutsche Volk aus der Hörigkeit einer blindwütigen Planungsbürokratie erlöst. (Starker Beifall) Ich nenne nur wenige Zahlen. Die deutsche Produktion ist in den drei Jahren, durch die wir unsere Wirtschaftspolitik verfolgten, von 58% auf 131,5% gestiegen; allein von August bis September dieses Jahres noch einmal um rund 5%. Ich kann Ihnen heute dazu sagen, daß der Wohnungsbauindex auch von August bis September um 6,9% gestiegen ist und im gleichen Prozentsatz die Verbrauchsgütererzeugung. Was nun, um den sozialen Hintergrund zu beleuchten, gleichzeitig aber auch die Einkommensentwicklung — und zwar insbesondere für die breiten Schichten unseres Volkes — für die gewerbliche Arbeiterschaft anlangt, so kann ich darauf verweisen, daß die Löhne — wieder in Indices ausgedrückt — in jenen 3 Jahren von 122% auf 186% gestiegen sind, während die Lebenshaltungskosten von 159 im Juni 1948 zuerst auf 148 abgesunken sind, unter den weltpolitischen Störungen sich dann auf 166% erhöht haben. Diese Entwicklung zeitigte das Resultat, daß der deutsche gewerbliche Arbeiter heute den Friedenslebensstandard in seiner Lebenshaltung bereits überschreiten konnte.

Das kann und soll uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß andere Schichten unseres Volkes nicht eine gleiche Gunst für sich erfahren haben, und daß diejenigen Volksgruppen, die über ein starres Einkommen verfügen — wie Beamte, Angestellte, Fürsorgeempfänger und Sozialrentner —, mit jeder Verdünnung unserer Kaufkraft, das heißt mit jeder Preiserhöhung, in ihren Lebensmöglichkeiten geschmälert werden und eine Senkung ihres Realeinkommens hinnehmen müssen. Mit jedem weiteren wirtschaftlichen Fortschritt muß das Bemühen darauf gerichtet sein, diesen Schichten einen gerechten Ausgleich zu bieten und damit im ganzen wieder zu einem gesünderen Sozialgefüge in unserem Volk zu gelangen.

Ich kann nur stichwortartig auf den Außenhandel zu sprechen kommen. Der Außenhandel hat Mitte 1948 220 Millionen DM im Monat betragen; er bestand vornehmlich aus Zwangsexporten von Kohle, Holz und anderen Grundstoffen. Heute — und zwar schon mehrere Monate — haben wir eine Ausfuhr von über 1,3 Milliarden DM; im September betrug sie sogar 1,364 Milliarden, und sie trägt mit einem Fertigwarenanteil von über 75% wieder friedenswirtschaftliche Struktur. Dabei waren wir von der Gunst der äußeren Verhältnisse ganz bestimmt nicht gesegnet. Wir mußten unseren Außenhandel auf Schutt und Trümmern neu aufbauen. Unsere Positionen in der Welt waren verlorengegangen und von Wettbewerbern besetzt. Wir verfügten nicht mehr über Patent-, Marken- und Schutzrechte; wir hatten keine kreditwirtschaftlichen Verbindungen und keine Stützpunkte weder diplomatischer noch konsularischer Art. Wir bewegten uns im Niemandsland, und trotzdem war es uns möglich, so stolze Erfolge zu erzielen. Ich möchte sagen: sowohl in der Binnenwirtschaft wie in der Außenwirtschaft sind die Erfolge auf die Befreiung des Menschen zurückzuführen durch das Prinzip, den freien Leistungswettbewerb mit allen Mitteln zu entfachen, um Pfründer- und Rentner-Dasein wirtschaftlicher Art unmöglich zu machen und durch den Wettbewerb dafür zu sorgen, daß die beste Leistung zu den billigsten Preisen an den Konsumenten gelangt.

Daß im Laufe dieser drei Jahre durch manche Spannungen sich auch Verschiebungen und Umkehrungen ergeben haben, daß wir von dem bereits

erreichten Käufermarkt durch die weltpolitischen Störungen zeitweise und periodisch wieder in die Phase eines Verkäufermarktes mit allen schädlichen Folgen hineingekommen sind, sei nicht bestritten, aber es ist auch bereits jetzt wieder erkennbar, daß wir auf dem guten Wege sind, daß sich der Wettbewerb, insbesondere im ganzen Konsumgüterbereich, belebt, und daß wir vor allen Dingen auch mit dem gleichen Prinzip — das unter dem terminus technicus „Liberalisierung“ bekanntgeworden ist — auch im Außenhandel die Segnungen der internationalen Arbeitsteilung zur Entfaltung kommen ließen. Mit der Befreiung der zwischenstaatlichen Beziehungen haben wir erreicht, den Autarkiewahn, den Protektionismus und den nationalen Egoismus mehr und mehr zu überwinden und die Märkte auszuweiten. Schon damit haben wir unsere europäische Gesinnung bekundet und einen sehr wesentlichen Beitrag zur europäischen Neuordnung geleistet. (Beifall)

Ich kann nicht in kurzer Zeit alle die kritischen Einwände würdigen, die sonst noch vorgebracht wurden, aber es ist selbstverständlich berechtigt und notwendig, auf die Engpässe bei Eisen, Kohle und Stahl hinzuweisen, nur kann man dafür nicht die Marktwirtschaft verantwortlich machen, nein, es ist geradezu grotesk; denn das sind gerade die Bereiche, in denen ein Wettbewerb und die Funktionen eines freien Preises sich nicht auswirken konnten. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß hier durch Demontage, durch Verbote und Beschränkungen, durch mangelnde deutsche Zuständigkeiten, durch unklare Rechtsverhältnisse und Verantwortungen die Energien gelähmt sind. Ich glaube, es besteht eine gute Chance, mit der sich vollziehenden Neuordnung auch hier gesündere und rationellere Methoden zur Anwendung zu bringen. Wir werden nach wie vor bestrebt sein, durch eine Erleichterung im Kohleexport sowie für die nächste Zeit durch eine verstärkte Hereinnahme amerikanischer Kohle einen Ausgleich zu schaffen, aber die Lösung kann selbstverständlich nur in der Fördersteigerung liegen. Ich hoffe sehr, daß das von der Bundesregierung angeregte gemeinsame Gespräch mit der Gewerkschaftsführung, dem IG Bergbau und der Deutschen Bergbauleitung zustandekommt; denn das deutsche Volk hätte, glaube ich, wenig Verständnis dafür, wenn bei einem Problem, das von so weittragender sozialer Bedeutung ist, aus einem äußeren und völlig anderen Anlaß die Gewerkschaften sich einem Gespräch entziehen wollen, wenn die gemeinsame Verantwortung und Verpflichtung so offenkundig sind. (Starker Beifall) Bei Eisen und Stahl stehen wir unmittelbar vor einer Neuregelung, die die bis jetzt durchgeführten Koks-Kohlengeschäfte, das heißt die Kompensation amerikanischer Kohle gegen deutsche Walzwerkserzeugnisse, durch ein Verfahren ablöst, daß die dadurch eingesparten 60 000 t Walzwerkserzeugnisse der deutschen verarbeitenden Industrie zugutekommen und durch eine weitere Exportsteigerung dieser Industrien die Devisen zur Bezahlung dieser Kohlen gewinnen läßt.

Die geplanten Eingriffe auf dem Gebiete Eisen und Stahl bezwecken insbesondere die Berücksichtigung und Begünstigung vieler Abnehmer kleinerer Unternehmungsformen und deren Rohstoffsicherung in einer Zeit starker Spannungen und Störungen in diesem Markt. Auch hier liegt die Lösung zuletzt in der Anhebung der Produktion und im organischen Ausgleich von Bedarf und Deckung.

Besondere Kritik haben noch erfahren die Investitionen, die in der deutschen Volkswirtschaft durchgeführt worden sind. Es ist zuzugeben, daß die Sachkapitalbildung — und zwar ein durchaus positives Zeichen der Entwicklung — sich jährlich mit 18 bis 23 Milliarden DM auf der Höhe fortschrittlicher Industriestaaten bewegt; aber das waren nicht nur etwa die

Privatinvestitionen, sondern es gehören dazu die öffentlichen Investitionen aller Art, die Bereitstellung der Mittel für den Wohnungsbau und schließlich auch der Fonds, der uns aus Marshallplanmitteln zur Verfügung stand. Die von sozialistischer Seite vorgebrachte Idee, alle Kapitalbeträge, aus welchen Quellen sie auch stammen, einschließlich der Abschreibungen in einen gemeinsamen Topf zu werfen und dann durch eine Bürokratie verwalten zu lassen, ist geradezu absurd und würde zu Fehlleistungen grandioser Art führen, denen gegenüber diese oder jene Fehlinvestition der letzten Jahre geradezu eine Bagatelle darstellt. Aber noch nie war ja die Kritik so heftig wie gerade in dem abgelaufenen Jahr, das mit Korea begonnen hat und das zweifellos so wie in Deutschland in aller anderen Welt auch die nationalen Volkswirtschaften erschüttert. Ich habe deshalb in einer Art Notwehr Untersuchungen anstellen lassen, die ich neulich im Bundestag im Ergebnis verkündete und die ich hier wiederholen möchte.

Ein Vergleich zwischen den bedeutendsten europäischen Ländern zeigt, daß wir zusammen mit der Schweiz die geringsten Preissteigerungen hinnehmen mußten; aber das würde doch keine Wertung unter sozialen Aspekten zulassen. Wir haben deshalb zum Vergleich hier die Bruttostunden- und Wochenlöhne der gewerblichen Arbeiter herangezogen. Dann wird die Sache etwas illustrativ; denn es zeigt sich dann nämlich, daß in einer Reihe von Ländern die Lohnentwicklung hinter der Preisentwicklung und den Lebenshaltungskosten zurückgeblieben ist, das heißt hier eine Verschlechterung der Realkaufkraft breiter Volksschichten eintrat. In diesen anderen Ländern ergibt sich eine völlige Parallelität von Löhnen und Preisen. In nur wenigen Ländern haben sich die Löhne günstiger entwickelt als die Preise, in keinem Land Europas so günstig wie in Deutschland. Das wird in einem Schaubild noch sehr viel deutlicher und zeigt uns, daß sich bei uns die Löhne um 12% über die Preise erhoben haben, d. h. also, daß in diesem Zeitraum der deutsche Arbeiter eine Erhöhung seiner Realkaufkraft erfahren hat. (Beifall) Ich sage das mit Freude, weil es uns möglich war, trotz der Bedrängung und der Beengung zu solch positiven Ergebnissen zu gelangen.

In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, daß gerade in diesem letzten Koreajahre sich die deutsche Ausfuhr von 650 Millionen DM auf über 1,3 Milliarden mehr als verdoppelt hat. Dabei waren wir besonders benachteiligt als typisch rohstoffarmes Land, das auch hinsichtlich der Ernährung fremder Zufuhren bedarf; denn die industriellen Rohstoffe haben im letzten Jahre im Schnitt eine Preiserhöhung von 67% erfahren, Nahrungs- und Genußmittel um ungefähr 40%, während wir für unsere deutsche Ausfuhr — im Charakter nach Fertigwaren — nur höhere Preise in der Größenordnung von 17% realisieren konnten. Wenn Sie diese Mehrbelastung auf der Importseite auf ein Import- und Exportvolumen von je 15 Milliarden DM beziehen, dann kommen Sie zu Ziffern, die so groß sind, daß sie die uns noch zuteil gewordene aus Marshallhilfe überschreiten.

Sie wissen, daß wir zu Beginn dieses Jahres dann in bezug auf den Ausgleich unserer Zahlungsbilanz im europäischen Raum in eine gewisse Bedrängnis gerieten. Ich höre noch den sozialdemokratischen Sprecher von der Tribüne des Bundestages, der da verkündet hat, unsere Handelspolitik habe Bankrott gemacht, unsere Zahlungsbilanz sei zusammengebrochen, wir seien hoffnungslos verschuldet und hätten wahrscheinlich gar keine Chance mehr, unsere Verbindungen zum Weltmarkt zu halten. Wie lagen die Dinge? Die eingeräumte Kreditlinie von 320 Millionen Dollar war zu knapp geworden bei der starken Ausweitung unseres Außenhandels. Wir konnten nach dem Eintritt der Korea-krise nicht darauf verzichten, die

Rohstoffdeckung und Rohstoffsicherung und auch die Ernährung für unser deutsches Volk zu gewährleisten; denn jeder Verzicht auf ausreichende Zuführen hätte sich in einer Schrumpfung der Produktion, in steigenden Arbeitslosenziffern und in der sozialen Not ausgewirkt. Wir konnten nicht wie ein subalterner Buchhalter auf unsere Devisenbilanz starren, wenn solche Gefahr im Anzuge war, sondern wir mußten in Erkenntnis der Gefahr es schon wagen, mit anderen Mitteln unsere Devisenbilanz zum Ausgleich zu bringen, wir mußten die soziale Not von unserem Volk fernhalten. Wir haben dann eine Ausweitung unseres Kredites eingeräumt erhalten. Wir haben vor allen Dingen aber dann, in völligem Einvernehmen mit den übrigen europäischen Ländern Regelungen getroffen, die dahin führten, daß wir im Monat Mai, als wir mit der Rückzahlung dieses Zusatzkredites ratenweise beginnen sollten, schon den ganzen Kredit abgezahlt hatten. Wir haben inzwischen weiter — wie schon einer meiner Vorredner sagte — in der EPU soweit die deutsche Situation zum Besseren gestaltet, daß wir in eine Gläubigerposition hineingeraten sind. Die Devisenbestände bei der Bank deutscher Länder haben sich beträchtlich und sehr erfreulich angereichert. Wir haben für hereingenommene Importe nicht einen Cent Devisenverpflichtungen; wir haben aber auf der anderen Seite für bereits geleistete Ausfuhren Guthaben von über 550 Millionen Dollar.

Das ist alles sehr kurz dargestellt und läßt die Problematik nicht erkennen, die in dem volkswirtschaftlichen Prozeß selbstverständlich auch heute noch steckt. Aber ich möchte zum Schluß etwas mit großer Sorge und mit großem Ernst vortragen, weil ich glaube, daß wir vor einer Wegegabelung stehen, die möglicherweise schicksalhaft sein kann für die weitere deutsche Entwicklung. Auch wir werden neben den hohen Lasten, die fiskalisch zu tragen sind, noch einen Verteidigungsbeitrag aufbringen müssen. Ich will nicht über die Größenordnung und nicht über die Steuerpolitik sprechen, aber ich möchte etwas sagen: nicht nur in Deutschland, sondern auch im übrigen Europa begegnen wir in solchem Zusammenhang einer resignierenden Stimmung, die am besten mit *Austerity-Denken* gekennzeichnet ist. Ich glaube, es ist eine völlig falsche Reaktion, wenn wir auf notwendig erkannte Opfer so reagieren, wie es sehr viele Menschen und auch manche ganze Nationen tun, daß wir sagen: was bedeutet es an neuen Opfern, was bedeutet es an neuen Einschränkungen und Verzichten, an Verkürzungen unserer Lebensmöglichkeiten und unseres Lebensstandards. Wenn wir so denken, dann können wir meiner Ansicht nach ohne schwere soziale Gefahren die Aufgaben nicht lösen und bewältigen, die vor uns stehen. Es besteht auch meiner Ansicht nach zu solcher Resignation keine Veranlassung.

Wenn wir die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft in den letzten drei Jahren uns noch einmal vor Augen führen, dann ist die viel zwingendere und berechtigtere Fragestellung die: können wir denn nicht noch einmal aus unserer deutschen Volkswirtschaft mehr und bessere Leistungen herausholen? Können wir nicht die Produktivität und die Produktion so weit steigern, daß es aus dem vergrößerten Sozialprodukt — und das bedeutet analog auch vermehrtes Volkseinkommen — möglich sein könnte, diese zusätzlichen Lasten aufzubringen? Wenn wir einen Verteidigungsbeitrag auch in Milliarden DM beziffern, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß volkswirtschaftlich ein Verteidigungsbeitrag nichts anderes bedeutet als eine Abzweigung von Teilen unserer gesellschaftlichen Arbeit und Teilen unseres Sozialprodukts für nicht unmittelbar ökonomische und vor allen Dingen nicht für unmittelbar konsumptive Zwecke. Aber wenn es uns gelingt, auf dem Wege der Leistungssteigerung und der Produktionssteige-

rung der Ausweitung unseres Sozialprodukts, Vermehrung unseres Volkseinkommens dieser zusätzlichen Belastung wirksam zu begegnen, dann, glaube ich, ist das Problem auch lösbar. Ich möchte hier keine Prophezeiung wagen, inwieweit und in welchem Umfange ein Verteidigungsbeitrag durchschlagen wird auf die Lebenshaltung unseres Volkes, aber ich weiß eines ganz bestimmt, daß wir den entschlossenen Willen haben müssen, diese zusätzliche Last durch vermehrte und verbesserte Arbeit zu tragen. (Beifall) Dem haben auch unsere wirtschaftspolitischen Mittel zu entsprechen. Die Wirtschaftspolitik ist gut, die gerade jetzt unter der Bedrängnis dafür sorgt, daß sich die Leistung weiter erhöht, und die Wirtschaftspolitik ist schlecht, die in einem sozialen Mißverständnis glaubt, man müsse darangehen, jetzt zu Einschränkungen zu gelangen. Das soziale Ressentiment und der soziale Neid sind schlechte wirtschaftspolitische Ratgeber. Ich habe volles Verständnis dafür, wenn die Frau Huber sich darüber ärgert, daß die Frau Meyer sich etwas leistet, wozu ihr Geldbeutel noch nicht ausreicht, aber unsere soziale Not rührt nicht davon her, daß so viele Menschen sich einen gehobenen Bedarf leisten können, sondern umgekehrt ist es, daß es zu wenig sind, die das tun können. (Beifall)

Unsere Wirtschaftspolitik muß darauf gerichtet sein, die Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes zu verbessern. Wenn ein Gegenstand eines etwas gehobenen Bedarfs nicht produziert wird, dann heißt das auch, daß kein Einkommen produziert worden ist; denn alles Einkommen, in welcher Gestalt es auch auftritt, hat seine Grundlage und seine Quelle erst in der volkswirtschaftlichen Werteschöpfung, d. h. in der Güterproduktion. Deshalb ist es so ungeheuer bedeutsam, und wenn ich jetzt gar keine andere Funktion hätte als nur die, die motorische und dynamische Kraft abzugeben, um das deutsche Volk durchzureißen aus dem Verzagenwollen hin zu vermehrter Leistung, dann hätte ich das Gefühl, eine gute Arbeit geleistet zu haben.

Wir alle können wohl bestehen vor dem deutschen Volk. Wir haben nicht um Entschuldigung zu bitten wegen unserer Wirtschaftspolitik, sondern wir können frei und frank vor das deutsche Volk in dem Bewußtsein hintreten, das Beste gegeben und geleistet zu haben, um das deutsche Volk zu befreien und wieder freier atmen lassen zu können. Wer an unserer Wirtschaftspolitik Kritik übt, der soll und muß das Ganze sehen. Bei einem so spannungsvollen Prozeß, wie er sich notwendigerweise in den letzten drei Jahren vollziehen mußte — belastet durch die weltpolitischen Störungen —, ist es selbstverständlich, daß da und dort sehr viele Schönheitsfehler im einzelnen auftreten. Aber es ist unwahrhaftig, wenn die Kritik immer nur einen Punkt herausgreift und sich an ihm festbeißt; daraus spricht eine Schabigkeit der Gesinnung, die wahrer Demokratie unwürdig ist. (Beifall) Ich habe wohl Verständnis für die Haltung meiner Widersacher aus dem anderen Lager. Ich sagte neulich einmal: sie stehen jetzt schon so lange zur Macht an, daß ihnen nicht nur die Füße eingeschlafen sind, sondern anscheinend auch die Köpfe; denn besonders geistreich kann diese Kritik nun wirklich nicht genannt werden. Es soll uns aber eine Mahnung sein. Wir dürfen nicht verkennen, daß die Stimmung im ganzen Volk wegen dieses oder jenes Punktes auch kritisch ist. Wenn wir nicht alle lodern wie die Fackeln, dann haben wir unsere Pflicht versäumt!

Was uns auch bedroht und was uns auch bedrängt, des einen bin ich gewiß: das deutsche Volk kann, wenn wir uns selbst treu bleiben, die Zuversicht hegen, daß es nur an unserem Willen und an unserer Kraft liegt, das deutsche Schicksal zu meistern und zum Besseren zu wenden. (Starker anhaltender Beifall)

Zur Abgabe einer Erklärung nahm das Wort

Ministerpräsident Arnold:

Nur ganz wenige Bemerkungen. Als ich meine Ausführungen beendet hatte, hatten wir auch die Ehre, besonders ehrenwerte Persönlichkeiten der **Wehrmacht** unter uns zu haben.

Die Herren haben meine Ausführungen nur aus dem der Presse zur Verfügung gestellten Manuskript entnehmen können. Ich habe festgestellt, daß im nächtlichen Umbruch einige sinnetstellende Sätze dort wiedergegeben sind. Ich darf deshalb nochmals ganz kurz wiederholen, was ich in einem Satz gesagt habe. Ich habe ausgeführt, und zwar wörtlich:

„Auch finde ich es in diesem Sinne falsch, wenn mit jenen, ich betone ausdrücklich mit jenen, die nach ihren eigenen Äußerungen noch immer nicht von nazistischer Gesinnung frei sind und aus diesem Grunde abgewirtschaftet haben, über einen europäischen Wehrbeitrag Deutschlands gesprochen wird.“

Ich stelle also fest, daß

1. keine Verallgemeinerung ausgesprochen worden ist, und ich stelle

2. fest, daß die Hochachtung, die ich, glaube ich, in ziemlich feierlicher Form zum Ausdruck gebracht habe, ganz selbstverständlich sich auf alle Wehrmachtangehörigen, einschließlich der Generale bezieht, die in reiner Gesinnung und in Verbundenheit mit dem Volk dem Vaterland gedient haben. (Beifall)

Soweit meine Stellung zu den **Soldatenbünden** in Betracht kommt, kann ich mich ganz kurz fassen: Ich schließe mich der Auffassung an, die gestern abend der Herr Bundeskanzler zum Ausdruck gebracht hat. Mit besonderer Freude darf ich feststellen, daß die Delegation mir erklärt hat, daß sie sich geschlossen distanziert von jener Literatur, die ich in meinen Ausführungen angeführt habe.

Ich fühle mich verpflichtet, vor dem Gremium des Parteitages diese Feststellung zu treffen. (Beifall)

Als zweiter Diskussionsredner sprach

Bundestagsabg. Dr. Kather:

Wir haben gestern in den Tageszeitungen die Antwort gelesen, die der amerikanische Präsident der Königin von Holland auf einen an ihn gerichteten Brief gegeben hat. Die Königin hatte in diesem Brief auf die große Bedeutung und auch auf die großen Gefahren hingewiesen, die das Problem der Vertriebenen in sich schließt, und den Präsidenten gebeten, daß Amerika noch mehr als bisher für die Abwendung dieser Gefahren und für die Lösung dieses Problems tun sollte. Ich freue mich, daß die Bundesregierung der Königin von Holland ihren Dank für diesen Schritt im Interesse aller, auch der deutschen Vertriebenen, ausgesprochen hat. (Beifall) Truman schreibt in seiner Antwort: Der Anteil der Flüchtlinge in Deutschland an der Gesamtbevölkerung ist so groß, daß konstruktive Maßnahmen zu ihren Gunsten nicht von den Bestrebungen zur Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage des ganzen Volkes zu isolieren seien. Damit ist in letzter Klarheit ausgedrückt, daß, wenn wir über den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands sprechen, auch diesem Teil, der Eingliederung der Vertriebenen, eine entscheidende Bedeutung zukommt.

Ich habe am Nachmittag noch die Aufgabe und Gelegenheit, die großen Sorgen, Nöte und Anliegen der Vertriebenen vorzutragen. Ich möchte die jetzige Stunde dazu benutzen, um einmal einen Rückblick auf das Vergangene zu werfen und hinzuweisen auf das, was bisher geleistet worden ist. Wenn früher einmal das Wort gebräuchlich war: „Es geschieht nichts“, „es ist in 6 Jahren nichts geschehen“, so gehört das für jeden verantwortungsbewußten Mann aus dem Lager der Vertriebenen endgültig zur Vergangenheit. Ich will nicht im einzelnen eingehen auf die großen Leistungen, die private Nächstenliebe, die die Wohlfahrtsverbände und nicht zuletzt das Ausland gegenüber der ersten und größten Not aufgebracht haben. Ich will auch nicht sprechen von den Leistungen der Länder, Kreise und Gemeinden. Ich möchte hier nur ein Wort sagen zu dem, was von der größten Ebene aus bewirkt worden ist, nachdem wir überzonal Gelegenheit zum Wirken hatten.

Da muß ich ein Wort zu den Erfolgen und Leistungen des Soforthilfegesetzes sagen. Die Einzelzahlen will ich mir mit Rücksicht auf die knappe Zeit schenken. Ich kann sagen, daß seit 2 Jahren einschließlich der Umstellungsgrundschulden insgesamt 4,325 Milliarden DM aufgebracht worden sind. Dazu kommen noch die Beträge aus der französischen Zone, die mir im Augenblick nicht gegenwärtig sind. Das ist eine Leistung, die sich absolut sehen lassen kann, und die fraglos großen Segen gestiftet hat. Ich muß eine Einschränkung machen. Der größte Betrag, nämlich 1,8 Milliarden DM, ist für den Wohnungsbau verwandt worden und ist da vielfach in Kanäle geflossen, in die er nicht hineingehört hat. Ich kann nur sagen, daß der Herr Bundeskanzler und auch die Referenten heute vormittag keiner Gruppe hier so aus dem Herzen gesprochen haben, als betont wurde, daß wir in Zukunft verstärktes Gewicht auf den Eigenheimbau und auf Bildung des Eigentums mit diesen Mitteln Wert legen müssen. Das ist genau das, was wir verlangen. Im Hinblick auf den Lastenausgleich möchte ich sagen, daß die dort vorgesehene Wohnraumhilfe für uns nur tragbar ist, wenn sie Entschädigungscharakter bekommt und wenn sie auch dient zur Bildung von Eigentum bei den Geschädigten. (Beifall) Ich möchte hier nicht unerwähnt lassen, daß für diese Leistung letzten Endes auch neben den Kräften des Hauptamts maßgeblich war der Kontrollausschuß beim Hauptamt für Soforthilfe. Es ist vielleicht nicht bekannt, daß die CDU von ihren 4 Abgeordneten, die sie in dieses Gremium geschickt hat, 3 Vertriebene und einen Bombengeschädigten gewählt hat. Es ist vielleicht auch nicht bekannt, daß in allen Entscheidungen, die dort zu treffen waren, die Vertreter der CDU immer auf der Seite der Geschädigten gestanden haben. Ich darf an dieser Stelle einfügen, wenn wir hier für die Vertriebenen sprechen: wir bilden eine Einheitsfront auch mit den Bombengeschädigten, wir haben keine widerstreitenden Interessen, und deshalb spreche ich immer von Geschädigten. Ich will nur ein Beispiel herausgreifen: als wir die 90 Millionen bewilligten für die Beschaffung von Arbeitsplätzen, haben wir in der letzten Sitzung mit 9 gegen 9 Stimmen einen Antrag zu Fall gebracht, daß diese Beträge auch wieder in nichtgeschädigte Hände gehen sollten, und es waren alle CDU-Stimmen auf seiten der Geschädigten.

Ich will ein kurzes Wort zur Vertriebenenbank noch sagen: Die Vertriebenenbank hat bisher ausgeben können 50 Millionen Investitionshilfe, 50 Millionen Betriebsmittelkredite, es stehen zur Verfügung weitere je 25 Millionen für die landwirtschaftliche Siedlung und für Investitionskredite aus der dritten Tranche. Sie haben in der Presse gelesen, welche Pläne hinsichtlich der Erweiterung dieses Instituts bei der Bundesregierung

bestehen: sie soll die Bank für den Lastenausgleich werden. Es eröffnen sich große Aspekte, und ich sehe auch da die Möglichkeit eines segensreichen Wirkens für die Gruppe, die gerade unserem Schutz befohlen ist.

Herr von Brentano hat kurz gestreift die Gesetzgebung zum Artikel 131, den größten Erfolg, den wir bisher auf der Bundesebene erzielt haben. Es sind aber Pannen passiert. Es ist Tatsache, und ich freue mich, daß ich heute so viele Landesminister vor mir habe, daß der Durchschnitt der Betroffenen, obwohl das Gesetz im Mai verabschiedet worden ist, bis heute noch keinen Pfennig von den Segnungen dieses Gesetzes gesehen hat. Das muß anders werden. Es ist die weitere Panne im Bundestag passiert, die auch ausgebügelt werden muß, daß man bei der Besoldungsreform die Ruhestandsbeamten des Artikels 131 ausgeschlossen hat. Das widerspricht dem Rechtsgedanken, den wir doch gerade vertreten, und wenn wir auch einsehen, daß man nicht alle Wünsche befriedigen kann, dann soll man sie gleichmäßig befriedigen oder gleichmäßig unbefriedigt lassen.

Die Gegenleistung seitens der Vertriebenen ist nicht ausgeblieben. Ich glaube, ich kann hier mit gutem Grund sagen, daß sie sich als ein wertvoller und belebender Faktor in der westdeutschen Wirtschaft erwiesen haben. (Beifall) Es ist bei den Beratungen unseres Ausschusses hervorgehoben worden, daß z. B. die Landwirtschaft hier ohne die Kräfte, die aus dem Osten gekommen sind, wohl in eine sehr schwierige Situation kommen würde. Ich darf auch sagen, daß unsere Betriebe zum Teil schon die Darlehen, die sie bekommen haben, durch die Exporte, die sie hereingebracht oder ausgeführt haben, wieder ausgeglichen haben.

Es ist noch vieles, vieles zu tun. Denken wir an unsere Alten und Kranken, denken wir an unsere 290 000 aus dem Osten gekommenen Bauernfamilien, die heute zu 8 % erst wieder in ihren früheren Beruf eingegliedert worden sind, denken wir an die Arbeitslosigkeit, die in unseren Reihen, bei unseren Leuten, prozentual viel zu hoch ist, denken wir auch an Handwerk, freie Berufe und die anderen. Denken wir auch an die Hunderttausende, die noch in Lagern sitzen. Die Krönung des Erfolges, den wir erzielen müssen, kann nur der gerechte Lastenausgleich bringen. Ich freue mich, daß der Herr Bundeskanzler, aber auch andere Herren im Laufe dieses Tages auf die Notwendigkeit einer schnelleren Verabschiedung hingewiesen haben.

Der künftige Wiederaufbau wird in weitem Umfange unter Einschaltung der Vertriebenenorganisationen und der Geschädigtenverbände überhaupt erfolgen müssen. Ich darf ein Wort als der Vorsitzende des „Zentralverbandes“ sagen. Die Einigung der Vertriebenenorganisation steht bevor. Es sind Angriffe gegen mich und andere gerichtet worden, als ob wir den ganzen Laden in die CDU einbringen wollten, obwohl ich vielleicht in diesem Kreise weniger unter diesem Verdacht stehe. Aber wenn die Mitglieder der CDU auf der Orts-, Kreis- und Bundesebene sich in den Organisationen in gewissem Umfange durchgesetzt haben, dann ist das nicht von ungefähr. Die CDU ist die erste und auf lange Zeit einzige Partei gewesen, die sich immer und uneingeschränkt für das volle Koalitionsrecht der Vertriebenen eingesetzt hat. (Starker Beifall) Ich erinnere daran, daß wir im Zonenbeirat — ich glaube es war Ende 1946 — einen Antrag in dieser Hinsicht eingebracht haben, der von mir formuliert war und als erste Unterschrift die des heutigen Bundeskanzlers trug.

Die Organisationen haben eine große Aufgabe gemeistert in der Betreuung und Abschirmung radikaler Strömungen, und eine größere Auf-

gabe steht ihnen bevor. Ich habe den Wunsch, daß gerade unsere Partei ihrer alten Haltung treu bleiben, Verständnis für die Organisationen aufbringen und ihnen auch die Erfüllung ihrer Aufgaben ermöglichen sollte. Wir machen die Erfahrung, daß bei allen wertvollen Maßnahmen der Robuste und Geschäftstüchtige zuerst zum Zuge kommt und immer wieder zum Zuge kommt, und der Kleine bleibt am Wege stehen. Es wird unsere Aufgabe sein, uns dieser Leute anzunehmen und Dinge in Angriff zu nehmen, die die Kraft des einzelnen übersteigen. Ich will mich mit diesen wenigen Andeutungen im Hinblick auf die knappe Zeit begnügen. Ich will nur sagen, daß alle diese unsere Pläne und Erwägungen genau in der Richtung gehen, die heute von Herrn Ministerpräsident Arnold mit dem Begriff der sozialen Partnerschaft und mit dem Ahlener Programm, an dem ich ja selbst mitwirken durfte, angesprochen wurden. Unser Bestreben wird sein, nicht kollektive Maßnahmen zu treffen, sondern dem kleinen Mann wieder zu einer wirtschaftlichen Selbständigkeit zu verhelfen; denn darin liegt ja gerade die Kraft für eine Gesundung unseres Volkes.

Die Gefahren, die in dieser Situation liegen, sind heute schon zutreffend geschildert worden. Herr Ministerpräsident Arnold hat von dem Wort der Zeitbombe gesprochen. Es ist noch nicht zu spät, um diese Gefahren zu meistern. Die Entscheidung ist noch nicht gefallen, sie fällt aber in den nächsten Monaten und Jahren. Wir müssen uns bei den Aufgaben, die uns bevorstehen, besinnen auf unseren christlichen Ausgangspunkt. Wir müssen uns bewußt sein unserer Verpflichtung als soziale Massenpartei, um mit Arnold zu reden, daß wir in eine Schicksalsgemeinschaft gestellt sind, wie auch von Brentano sich heute vormittag ausgedrückt hat. Wenn wir das beherzigen, dann werden wir den sozialen Frieden gewinnen für uns, für ganz Deutschland und für Europa. (Starker Beifall)

Als nächster Diskussionsredner sprach

Minister Lübke:

Man könnte diesen Tag eigentlich den Familientag der CDU nennen; denn wie Sie gehört haben, haben der Herr Bundeskanzler, der Herr Ministerpräsident Arnold, der zweite Vorsitzende Dr. Holzapfel und verschiedene andere dieses Thema mit ganz besonderem Nachdruck erörtert. Ich hatte selbst auch die Absicht, einige Worte dazu zu sagen, aber alles Grundsätzliche bleibt weg.

Die Forderungen, die ich zu stellen habe, sind folgende: wir brauchen eine gewisse Neuordnung unserer Sozialpolitik. Wir haben als Auswirkung unserer Sozialpolitik Vermassungserscheinungen, die ganz ungewöhnlich stark das Gesamtgefüge der deutschen Familie angreifen. Wir haben, Gott sei Dank — ich darf hier an den Bundesminister Storch meine Worte richten — den Anfang mit der Familienausgleichskasse gemacht. Das ist sehr zu begrüßen. Ich höre, daß auch weiteres geschieht. Wir hoffen, daß wir auf unserem nächsten Parteitag einiges davon sehen werden.

Ich erinnere daran, daß im Jahre 1950 von 22,5 Millionen Einkommensbezieher im ganzen 6,14 Millionen waren, die unter 100 DM im Monat lagen. Sie wissen, daß derartige Einkommensverhältnisse zu Gruppenbildungen und familienähnlichen Zusammenschlüssen führen, die moralisch und wirtschaftlich unser Gefüge untergraben. Es ist daher notwendig, daß in der Sozialpolitik eine gewisse Änderung bei verschiedenen Gesetzen erfolgt, und zwar mit dem Ziele, in erster Linie der Vermassung entgegen-

zuwirken. Unsere Menschen, die im Schatten wohnen, können sich praktisch nur an den Staat wenden, aber wenn der Staat helfen will, kann er dem einzelnen nur so viel geben, daß er gerade am Rande des Existenzminimums vegetiert. Aber das ist kein Mensch mehr, der etwas unternehmen kann, um aus diesem tiefen Tal des wirtschaftlichen Elends herauszukommen. Wenn Sie es von seiten der Bundeswirtschafts- und Finanzpolitik fertig bekämen, daß demjenigen, der für die Sicherung seines Alters selber sorgen will, durch Spargroschen die Wertbeständigkeit seiner Spargelder erhalten wird, dann wäre das die größte soziale Tat, die die Bundesregierung überhaupt fertigbringen könnte. Wenn zum Beispiel im Jahre 1950 bei mehr als 19 Milliarden Investitionsmitteln die Sparer nur 2,6 Milliarden beigetragen haben, so zeigt Ihnen das schon, daß sich diese Dinge auch wirtschaftlich nicht weiter ertragen lassen. Wie soll zum Beispiel die Landwirtschaft die großen Investitionsmittel bekommen, die sie zur Förderung der Erzeugungssteigerung braucht, die ja weiter betrieben werden muß? Dieses billige Geld ist nur zu bekommen aus Sparmitteln, die wertbeständig bleiben sollen, dafür aber eine mäßige Verzinsung haben. Es wird auf diesem Gebiet manches versucht, aber ich glaube, hier müßte die Bundesregierung die Führung in die Hand nehmen und eine Trennung vornehmen zwischen den normalen Sparmitteln, die sehr bald wieder in Anspruch genommen werden sollen, und den sehr langfristig angelegten Sparmitteln, die für die Alterssicherung dienen sollen. Wenn der einzelne Mann nicht mehr den Glauben hat, daß er sich selber durch das helfen kann, was er aus seinen eigenen Existenzmitteln beiseitelegen kann, dann wehe unserem Staat! Dann wird das eintreten, was Ministerpräsident Arnold sagte, dann werden uns auch die großen außenpolitischen Erfolge gegenüber den Vermassungerscheinungen im Innern nicht mehr helfen.

Ein kurzes Wort zur Frage der Vertriebenen. Der Herr Abgeordnete Kather hat zu diesem Punkt das Wort ergriffen. Ich bedauere, daß ein großer Teil der führenden Kräfte im Zentralverband der Vertriebenen sich um das, was an positiver Arbeit geschieht, nicht genügend bekümmert. Denn es ist für die Vertriebenen allerlei geschehen, gerade auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Siedlung. Es sind bis jetzt von etwa 250 000 vertriebenen Bauern neu angesetzt 20 000. Das ist im Verhältnis nicht sehr viel, aber wenn Sie bedenken, daß wir erst 1½ bis 2 Jahre arbeiten, ist es doch eine ganze Menge.

Der landwirtschaftliche Ausschuß der Bundes-CDU hat hier gestern beschlossen, nicht nur dem Herrgott für die gute Ernte zu danken, sondern auch gleichzeitig die Bemühungen des Bundestages, bzw. der Bundestagsfraktion der CDU/CSU und der Bundesregierung anzuerkennen, die darauf abzielen, eine bessere Bewertung der Produkte zu ermöglichen. Die Landwirtschaft hat damit, wie es vielleicht nicht allzu häufig vorkommt — weil die Forderungen in der Regel im Wege stehen —, der Bundesregierung und der Bundestagsfraktion für ihre Bemühungen gedankt. Das ist eine Aktion, die auch nach außen getragen wird. Die Bundestagsfraktion der CDU ist in weiten Kreisen des Bauerntums dahingehend verlästert worden, daß sie für die Bestrebungen des Bauerntums und für die Hilfsmaßnahmen für das Bauerntum zu wenig Verständnis habe. Aus der heute nachmittag vorzutragenden Entscheidung des Ausschusses für Landwirtschaft wird man aber ersehen, daß die Haltung der in der CDU organisierten Landwirtschaft eine andere ist. Diese Entschließung schließt etwa mit folgendem Wortlaut: Die Landwirtschaft verlangt keine Sonderbehandlung, sie verlangt nur gleichberechtigte Berücksichtigung im Rahmen des Ganzen, aber auch keine Be-

nachteiligung. Wenn sich die Landwirtschaft in dieser Form gewissermaßen eingliedert in das CDU-Programm, indem sie nichts beansprucht, was über den Rahmen und die Möglichkeiten des Ganzen hinausgeht, dann wird sie damit auch wohl Anerkennung finden müssen hier bei dem Parteitag; denn wenn sich sämtliche Gruppen darauf zurückzögen, nicht mehr berücksichtigt werden zu wollen als das, was ihrem Rahmen entspricht, dann würden wir in der CDU zu unserem alten Programm in klarer Form zurückkehren können: nämlich keinerlei Interessentenpolitik, zu treiben.

Alle Stände und Berufsschichten haben Anspruch auf Hilfe und Förderung der CDU, besonders aber diejenigen, die im Schatten wohnen. Wenn wir diese Haltung für die Zukunft durch die Praxis und durch die Propaganda — die vielleicht stärker werden müßte — weiter zeigen, dann brauchen wir uns vor den kommenden Kämpfen nicht zu fürchten. (Beifall)

In der Diskussion sprach als nächster Redner

Bundesfinanzminister Dr. Schäffer:

Als letzter in diesen Reihen spricht der Finanzminister, weil man doch immer am liebsten zuerst das Angenehme und dann am Schluß das Unangenehme hören will. Schließlich ist ja der Finanzminister, der von Pflichten sprechen muß, immer derjenige, der nicht gerade am angenehmsten gehört wird. Sie finden heute in der Kongreß-Rundschau, die Sie vor sich liegen haben, einen Artikel von mir über die deutsche Finanzpolitik. Ich brauche in folgedessen nicht über den Inhalt dieses Artikels zu reden, sondern ich spreche jetzt einmal über etwas anderes: über die historische Aufgabe des ersten Finanzministers der Deutschen Bundesrepublik.

Jedes Ressort im Kabinett hat eine spezielle historische Aufgabe in der Zeit, in der wir einen neuen Staat und ein neues Heim für das deutsche Volk aufbauen wollen. Auch der Finanzminister hat seine historische Aufgabe. Er begann seine Aufgabe in einer Stunde, als die deutsche Währung kaum geschaffen war, — eine Währung, hinter der kein Gold, kein Vermögen, kein Kapital, hinter der nur die Arbeitskraft und die Schaffenskraft des deutschen Volkes und das Vertrauen des Volkes der ganzen Welt in diese Arbeits- und Schaffenskraft stand. Eine Währung lebt und stirbt mit der Ordnung der Finanzen der öffentlichen Haushalte. Für keine Währung in der Welt gilt dieser Satz so sehr wie für die Deutsche Mark. Der deutsche Finanzminister muß in allem, was er tut, in erster Linie an den Schutz der Währung und an die Kaufkraft des Geldes denken und das Vertrauen — was auch mein Vorredner, Herr Minister Lübke, als die höchste soziale Aufgabe der deutschen Bundesregierung bezeichnet hat — in die Wertbeständigkeit des deutschen Sparguthabens.

Wenn ich zurückschaue, so glaube ich, für die deutsche Finanzpolitik in Anspruch nehmen zu können, daß sie dieser Aufgabe gedient hat. Und es ist ihr nicht leicht gemacht worden, — nicht leicht im Kabinett, nicht leicht im Bundestag, nicht leicht im Bundesrat; denn um das Ziel zu erreichen, ist es gerade die Hauptaufgabe der Gegenwart — ich bitte Sie, sich den Abschnitt 2 über die deutsche Finanzpolitik vorzustellen —, in dieser besonderen Zeit die an uns gestellten Forderungen doch zu erfüllen. Die besondere Zeit seit Korea ist der Kalte Krieg. Stalin braucht die demokratischen Länder nicht dadurch zu erobern, daß er einen militärischen Krieg führt; er kann sie dadurch unterhöheln, daß er Kriegsangst in der Welt hervorrufft, daß er damit die Welt in ein Rüstungsfieber hineintreibt und damit erreicht, daß die ganze Produktivkraft, die bisher der Frie-

densarbeit und der Erzeugung von Friedensgütern gedient hat, diesem Ziel nicht mehr ausschließlich dienen kann, sondern zu einem großen Teil der Erzeugung von Atombomben, zur Herstellung von Flugplätzen usw. dienen muß. Er erreicht gleichzeitig damit, daß in derselben Stunde Milliarden um Milliardenwerte in allen Ländern der Erde an Geld in Umlauf gesetzt werden, um die Rüstungsmaterialien herzustellen, wobei die Gefahr besteht, daß sich das Verhältnis von Geld und Friedensgütern ändert, und zwar so, daß das Geld immer mehr und die Friedensgüter immer weniger werden. Es geht heute nicht um Austerität oder Nicht-Austerität, es geht heute darum, dieses Gleichgewicht von Geld und Gütern — und damit das Gleichgewicht in den öffentlichen Haushalten — aufrechtzuerhalten. Es geht um den großen Gedanken, dieses Gleichgewicht und das Verhältnis von Geld und Gütern aufrechtzuerhalten. Im Kalten Krieg ist sowohl die Aufrechterhaltung der Wirtschafts- wie der Geldordnung alles ein Gesetz. Wie es zur inneren Stärkung der demokratischen Länder gehört, daß diese in einer solchen Zeit die Wirtschaftsordnung aufrechterhalten und nachweisen, daß sie ihrer Bevölkerung einen höheren und besseren Lebensstandard gewährleisten können als es die totalen Staaten tun, so gehört es auch dazu, den sozialen Frieden im Lande zu erhalten und soziale Leistungen zu ermöglichen. In einer Zeit, in der wir im Kalten Krieg stehen, haben wir diese Aufgaben erfüllt!

Im Jahre 1949 haben die sozialen Leistungen des deutschen Volkes im heutigen Bundesgebiet in den Dingen, die heute der Bundeshaushalt leistet, 4,2 Milliarden jährlich betragen; im Jahre 1951 sind es 7,6 Milliarden; und ohne gesetzliche Änderung — allein auf Grund der natürlichen Entwicklung — werden sie im nächsten Jahr 8,5 Milliarden betragen. Wenn ich die Gesamtleistungen des deutschen Volkes auf sozialem Gebiet zusammennehme, dann haben wir im Jahr 1951 in Bund, Ländern und Gemeinden eine Summe von 17,8 Milliarden DM, und zwar bei einem Aufkommen an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen von insgesamt rund 34,4 Milliarden DM. Also knapp etwas mehr als die Hälfte der gesamten Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge wird für soziale Leistungen verwandt. Und das sollte unser Stolz sein! Ich darf an dieser Stelle auch sagen: wenn eine zielbewußte deutsche Finanzpolitik getrieben werden soll und überhaupt getrieben werden kann, dann muß allmählich jeder deutsche Finanzminister wissen, wie die Größenordnungen auf der Ausgabenseite sind. Er muß allmählich einen Überblick gewinnen, welchen Umfang für die Dauer die Sozialausgaben auf der einen Seite und die Kriegsfolgelasten in Form von Besatzungskosten oder Verteidigungsbeitrag auf der anderen Seite erfahren: 48 % des deutschen Bundeshaushalts — das hat der Bundeskanzler gestern erwähnt — werden für soziale Leistungen ausgegeben, 40 % des deutschen Bundeshaushalts für Besatzungskosten, — bleibt ein Rest von 12 %.

Die früheren Finanzminister haben mit dem Rest, der die gesamte Staatsverwaltung und die gesamten staatlichen Investitionen umfaßt, ihre Aufgabe erfüllt gesehen. Dem deutschen Bundesfinanzminister und der deutschen Bundesfinanzpolitik bleibt nur noch ein Rest von 12 % zur Verfügung, um das zu leisten, dem früher 100 % der Staatseinnahmen gedient haben. Das ist die Situation der deutschen Finanzpolitik. Und sie hat es bis heute gemeistert! Ich hoffe, daß der Posten „Sozialausgaben“ allmählich einen festen Umfang erreicht. Wir müssen damit und darum ringen, daß auch der zweite Posten „Besatzungskosten“ oder „Verteidigungsbeitrag“ eine feste Größe wird.

Und nun bitte ich, den deutschen Finanzminister zu verstehen. Der deutsche Finanzminister muß bei seinen Steuervorschlägen daran denken, wie das Echo dieser Vorschläge im In- und Ausland ist. Der deutsche Finanzminister wünscht sich, daß er in der Stunde, in der er in die Verhandlungen über den Verteidigungsbeitrag eintritt, sich nicht auf statistische Spielereien über Brutto- und Netto-Sozialprodukte in den einzelnen Ländern — über die man jahrelang streiten kann — einlassen muß, sondern daß wir vernünftig davon ausgehen: erstens das deutsche Volk hat den guten Willen, und zweitens das deutsche Volk kann beim besten Willen nicht mehr leisten, als seine Steuerkraft tragen kann, wenn es dabei den sozialen Frieden und seine sozialen Ausgaben weiter durchführen will. Das ist die Plattform, von der aus wir in die Verhandlungen eintreten müssen. Dazu müssen wir den Beweis erbringen, daß wir die Steuerquellen, die in anderen Ländern mit ausgeschöpft sind, bei uns auch ausgeschöpft haben, daß wir aber mit der Ausschöpfung dieser Steuerquellen nunmehr (Schluß des Haushaltsjahres 1951) am Ende unserer Steuerkraft angelangt sind. Das ist die Beweisführung, mit der wir die Achtung vor dem deutschen guten Willen und die Anerkennung für die Grenze der deutschen Steuerkraft werden erringen können.

Die schwersten Aufgaben, die kritischsten Stunden kommen immer „hundert Meter vor dem Ziel“. Ich würde ein Ziel darin sehen, wenn wir das Gleichgewicht des Haushalts in diesem Jahr noch erreichen könnten. Der Finanzminister hat schwere Sorgen gehabt. Vor einem Monat noch hat bei seinem 20-Milliarden-Etat die ganze Kreditmöglichkeit, die er noch gehabt hat gegenüber diesen 20 000 Millionen, ganze 86 Millionen DM betragen. Es ist bisher der Arbeit meines Hauses gelungen, nicht nur die kurzfristige Verschuldung im Monat September um etwa 230 Millionen DM zu mindern und den Spielraum dadurch zu erweitern, es ist auch gelungen, auf dem freien Kapitalmarkt Vertrauen für die deutsche Finanzpolitik zu gewinnen und deswegen die kurzfristige Verschuldung umlagern zu können auf Gebiete, die außerhalb des sogenannten gesetzlichen Kreditplafonds liegen, so daß der gesetzliche Kreditplafond erweitert worden ist und der Finanzminister heute sagen kann: nach menschlicher Voraussicht sind die Kassenschwierigkeiten, vor denen er vor einem Monat stand, für den ganzen Rest des Haushaltsjahres überwunden — aber die Kassenschwierigkeiten, nicht die Haushaltsschwierigkeiten! Wir können es wagen, in das nächste Jahr mit einer bestimmten kurzfristigen Verschuldung einzutreten. Wir müssen aber diese kurzfristige Verschuldung so gering wie möglich halten und an die verfassungsmäßige Pflicht, den ordentlichen Haushalt abgeglichen — nicht bloß vorzulegen — sondern auch durchzuführen, bei allen Körperschaften erinnern, die durch die Gesetzgebung zur Mitwirkung bei dieser Haushaltsaufstellung berufen sind; das sind Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag. Nur dann wird es gelingen. Ich darf sagen, ich hoffe, daß es gelingen wird, ohne eine Gefährdung des Preis- und Lohngefüges in der deutschen Wirtschaft. Gerade weil ich dieses Ziel anstrebe, habe ich früher ausgesprochen: ich halte die heutige Besteuerung des allgemeinen Verbrauchs, der Einkommen und Gewinne für die höchstmögliche und nicht mehr überschreitbar. Wir haben im Mai dieses Jahres auf den Haushalt in Form von Subventionen für Konsumbrot und dergleichen schwere Lasten übernommen. Der Bundesfinanzminister hat diese Last bewußt übernommen, weil er die Hoffnung daran knüpfte, daß es gelingen würde, wenigstens für die nächsten Monate das Gleichgewicht in Preisen und Löhnen genau so aufrechtzuerhalten, wie das Gleichgewicht im Haushalt aufrechterhalten werden muß.

Wir können auf die letzten Monate nach der Richtung beruhigt und mit Stolz zurückblicken, wenn wir die deutsche Entwicklung mit der Entwicklung in unseren Nachbarländern vergleichen. Die deutsche Preis- und Lohnbewegung ist ruhiger geblieben als in allen unseren Nachbarländern. Die Arbeit der deutschen Finanzpolitik hat sich bisher gelohnt. Ich bin der Überzeugung, daß, wenn die deutsche Finanzpolitik die Politik aller demokratischen Länder ist — und alle Finanzminister müssen das gleiche Ziel in ihren Ländern verfolgen —, die demokratische Welt verhindern kann, daß Stalin sein Ziel erreicht, nämlich die Wirtschaft der demokratischen Welt zu erschüttern, indem er die Geldordnung der demokratischen Länder erschüttert.

Es geht heute ein Zittern durch die Welt. Als ich vorgestern und gestern noch in Hamburg gewesen bin und mich dort unterhalten habe, wie die Export- und Import- und auch Termin-Geschäfte abgeschlossen werden, könnte ich feststellen, es gibt große europäische Währungen, die heute mit Disagio gehandelt werden. Es gibt eine Währung, an die alle glauben, selbst die deutschen Kaufleute und die deutschen Importeure und Exporteure, und das ist die deutsche Mark! (Beifall) Die deutsche Mark hat das Wunder vollbracht, von der Stunde an, wo die Deutsche Bundesrepublik ins Leben trat, wo der erste Stoß der englischen Pfundabwertung in die junge Währung kam, von einem Disagio, das sie in der Schweiz damals mit 87 % gehabt hat, heute hinaufzusteigen bis zu einem relativ geringen Disagio von 14 %. Sie können heute im freien Handel, im freien Laden in der Schweiz erleben, daß Ihnen die DM gleich dem Schweizer Franken abgenommen wird. Das ist der Beweis dafür, daß die deutsche Finanzpolitik, die Tätigkeit der deutschen Bundesregierung, so hart und so undankbar sie ist, die richtige ist.

Ich glaube, daß wir einmal sagen können: die deutsche Bundesregierung, getragen von dem Pflichtbewußtsein aus der christlichen Weltanschauung der CDU heraus, von dem aus die Arbeit geleistet worden ist, hat auf diesem Gebiet ihre Arbeit erfüllt. Ich wußte von Anfang an, die Voraussetzung hierfür ist eine ethische Voraussetzung. Wir können die Arbeit nur leisten, wenn wir die Gesamtheit über das privatwirtschaftliche gewinn-süchtige Streben einzelner Interessen stellen. Das ist der Grundgedanke einer Partei, die — getragen von dem hohen Gut der christlichen Staatsidee — eine Volkspartei, eine Partei aller Stände, eine Partei des Gemeinwohls gegenüber dem Interessentenstandpunkt des einzelnen sein will. Bleibt die CDU dieser Linie treu und setzt sie allen Anstürmen gegenüber auf dieser Linie durch, dann werden es ihr die Wähler im Jahre 1954 danken, und die Deutsche Bundesrepublik wird dann ihre Lebenskraft in den ersten vier Jahren bewiesen haben. (Starker, anhaltender Beifall)

Bundesminister Jakob Kaiser machte darauf aufmerksam, daß ihm eine Notiz überreicht wurde, der zufolge die SPD in Karlsruhe ein Plakat mit folgendem Inhalt angeschlagen hat: „In der Ostzone regieren Kommunisten, CDU und FDP gemeinsam. Nur die SPD ist verboten. Warum wohl?“

Minister Kaiser wies darauf hin, daß er im Verlaufe seiner Rede am nächsten Tage darauf eingehen werde und wünsche, daß die Herren der SPD, die es gewagt haben, ein solches Plakat anzuschlagen, am nächsten Tage dabei sein möchten.

Präsident Simpfendorfer gab als Diskussionsredner das Wort.

Bundesinnenminister Dr. Lehr:

In der gestrigen Rede unseres Bundeskanzlers ist mit aller Schärfe zum Ausdruck gekommen, daß die Bundesregierung gewillt ist, schonungslos gegen alle inneren Staatsfeinde vorzugehen. Ebenfalls ist in den heutigen Reden, sowohl von Herrn Ministerpräsident Arnold als auch in den folgenden, immer wieder die Notwendigkeit betont worden, gegen die inneren Staatsfeinde, wo immer sie auch auftauchen, mit der größten Schärfe vorzugehen. Das wichtigste Organ unserer Verfassung im Kampf gegen den inneren Feind ist das Bundesverfassungsgericht. Es ist spät gekommen, aber es ist schließlich gekommen. Deshalb ist auch jetzt der Augenblick für den Innenminister gekommen, an das Bundesverfassungsgericht heranzutreten, um sowohl gegen links wie gegen rechts gleichzeitig die Anklage vor dem Bundesverfassungsgericht zu erheben. (Starker Beifall) Sorgfältig vorbereitetes Material hat bereits dem Kabinett vorgelegen. Der Entwurf ist von mir in Übereinstimmung mit dem Kabinett nochmals zurückgezogen worden, weil allerjüngste Ereignisse und wertvolle Aufschlüsse eine Ergänzung nötig machten. In ganz kurzer Zeit wird diese Ergänzung erneut im Kabinett vorgelegt und nach Billigung durch das Kabinett dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt werden.

Ich erwähnte zwei Entwürfe gegen rechts und gegen links. Lassen Sie sich bitte durch das Geschrei von der Rechten nicht in dem Werturteil über die Gefahren von links beeinträchtigen. Die Gefahren von links sind wegen der hinter ihnen stehenden Kräfte und der Ausdehnung der illegalen Umtriebe weitaus größer. Deshalb hält es das Kabinett für nicht vereinbar, etwa nur gegen rechts jetzt vorzugehen. Es ist auch für uns schlechterdings nicht mehr tragbar, daß unser Bundestag als eine Plattform benutzt wird, um kommunistische und SED-Politik von dort aus propagandistisch zu vertreten.

Außer dem Artikel über das Bundesverfassungsgericht, das zuständig ist für die Beurteilung der Frage, ob eine politische Partei verfassungswidrig ist oder nicht, gibt es noch einen zweiten Artikel — das ist Artikel 9 —, der sagt, daß Vereinigungen, die nicht politische Parteien sind, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung wenden und dagegen verstoßen, verboten sind. In allen Fällen, in welchen wir von der Bundesregierung aus haben feststellen können, daß solche Vereinigungen bestehen und gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstoßen haben, haben wir im Benehmen mit den Ländern, die polizeilich zuständig sind, das Erforderliche veranlaßt. Ich muß hier meinem Bedauern Ausdruck geben, daß in solch wohlbegründeten Fällen, denen die Länder ausnahmslos bereitwilligst entsprochen haben, einzelne untergeordnete Gerichte es an dem nötigen Verständnis für den Artikel 9 unserer Verfassung haben fehlen lassen. Die Justiz möge sich erinnern an vergangene Zeiten, in denen zu große Toleranz gegen den inneren Feind zur Auflösung geführt hat.

Noch ein letztes Wort. Wir haben durch eine Novelle zum Strafrecht eine neue scharfe Waffe in die Hände bekommen gegen Tatbestände, wie sie sich neuerdings entwickelt haben und die bisher nicht faßbar waren. Seien Sie versichert, daß die Bundesregierung diese Waffe mit allem Nachdruck und mit aller Schärfe gebrauchen wird. Ich möchte diesen Parteitag nicht vorbeigehen lassen, ohne vor Ihnen die Versicherung abzugeben, daß wir Zustände, wie sie in der Vergangenheit gewesen sind, nicht wieder dulden werden. Wenn es auch jetzt manchmal in der äußersten radikalen Rechten still geworden ist, manchmal, weil allzu vorlaute Maul-

helden empfindliche Gefängnisstrafen bekommen haben, aber im übrigen, weil man wieder mit den alten Mären kommt, man wolle nur auf verfassungsmäßigem Wege zur Macht gelangen, so haben wir das alles schon einmal gehört! An ihren Taten sollt ihr sie erkennen! Ich habe vor kurzem in Niedersachsen einmal an Ort und Stelle zu, den Leuten gesprochen und ihnen gesagt: Hütet euch vor den falschen Propheten, die in Schafskleidern zu euch kommen, inwendig aber reißende Wölfe sind! Die Schafskleider wollen wir all den neuen Milläufern überlassen, die auf die neuen Flöten-töne hören, die passen zu ihnen, aber den führenden reißenden Wölfen wollen wir die Giftzähne ausbrechen! (Lebhafter Beifall).

Präsident Simpfendorfer schloß um 14 Uhr die Vormittagssitzung.

Nachmittagssitzung

Präsident Dichtel eröffnete um 15.10 Uhr die Nachmittagssitzung und setzte für die Aussprache eine einheitliche Redezeit von 10 Minuten fest. Er erteilte das Wort

Dr. Gradl:

Dr. Gradl: Der Herr Bundeskanzler hat im letzten Teil seiner Rede sehr ausführlich und sehr eindringlich die außenpolitische Situation unseres Landes geschildert und in sie eingebettet die Frage, die uns am dringendsten am Herzen liegen muß, die Frage der deutschen Wiedervereinigung. Er hat beides so dargestellt, wie er eben beides sieht. Das Bild, das er uns gezeichnet hat, war ein sehr ernstes Bild. So glaube ich, ist es auch zu verstehen, und es ist zugleich bedeutsam, daß der Parteitag in tiefer Stille und mit letzter Aufmerksamkeit diesen Teil der Rede des Herrn Bundeskanzlers aufgenommen hat. Denn im Grunde geht es dabei wirklich um eine Frage, nämlich um die des deutschen Schicksals. Dieses unser Schicksal ist überschattet von dem abgrundtiefen Gegensatz der beiden Weltmächte, oder — wie der Herr Bundeskanzler es sagte — der beiden Weltblöcke. Unsere besondere deutsche Tragik ist dabei, daß die vordersten Linien dieser beiden Weltblöcke mitten durch unser Land gehen, und weiter, daß die Entscheidungen beiderseitig von sehr vielen Gesichtspunkten bestimmt werden, keineswegs nur von den unsrigen. Das aber, meine ich, berechtigt uns Deutsche nicht nur, sondern es verpflichtet uns, daß wir uns sehr sorgsam vor Einseitigkeiten und Überspitzungen hüten. Dabei ist unsere Grundhaltung völlig klar.

Zum ersten: Wir gehören weltanschaulich und politisch auf die Seite der Freiheit. Wir gehören nicht nur dahin, sondern wir stehen dort. Wir lehnen deshalb mit aller Entschiedenheit jenes östliche System, des Kommunismus ab, das uns auferlegt werden soll. Niemand kann es leidenschaftlicher ablehnen als die Menschen in der Sowjetzone und die, die aus der Sowjetzone gekommen sind; denn beide haben dieses System am eigenen Leibe zutiefst erleben müssen. Das andere, was unsere Grundhaltung in dieser schicksalhaften Situation bestimmt, ist unser Verlangen und unsere Forderung, daß die Freiheit, die wir ersehnen, unserem ganzen Volk gegeben wird, und daß diese Wiedervereinigung so durchgeführt

wird, daß unser ganzes Volk — auch die 18 Millionen drüben — endlich in Freiheit wieder leben können. Ich habe es neulich auf unserem Exilparteitag in Bonn so gesagt: wir werden für die deutsche Wiedervereinigung schwere Opfer bringen müssen. Wir werden das alles tun, wir werden nur einen Preis nicht bezahlen, das ist der Preis der Freiheit. (Beifall) Innerhalb dieser Grenze liegt eigentlich erst die politische Aufgabe der deutschen Wiedervereinigung. Diese Frage ist zur Zeit in Bewegung geraten, nicht deshalb, weil Herr Grotewohl es gewollt hat. Wir wissen ganz genau, daß diese Aktion Grotewohl veranlaßt ist durch die Weltmacht oder den Weltblock, der hinter ihm steht, letzten Endes also die Interessen Moskaus haben diese Aktion veranlaßt. Nun geht diese versteckt vor sich, sie geht in den Hauptstädten der Alliierten vor sich und sie wird in naher Zeit eine ernste Rolle vor den Vereinten Nationen spielen.

Wir sind nicht leichtfertig in unseren Erwartungen. Wir wissen durchaus, daß äußerste Vorsicht am Platze ist. Schließlich haben wir in der Nachkriegszeit nicht nur im eigenen Lande, sondern rund um uns herum einiges an Verschlagenheit der kommunistischen Politik allzudeutlich erlebt. Wir brauchen uns nur an das Schicksal von Prag zu erinnern. Aber es geht in diesem Augenblick um die Frage, ob es überhaupt eine Möglichkeit gibt, die Sowjets friedlich zur Freigabe der Sowjetzone zu bewegen. Da meinen wir — und wir glauben, daß darin unser ganzes Volk einig ist —, daß man diesen Andeutungen von Möglichkeiten nachgehen muß mit positivem Willen und mit größter Behutsamkeit. So will ich mich in bezug auf diesen Teil der Rede des Herrn Bundeskanzlers auf diese Andeutungen beschränken. Es wird Gelegenheit zu geben sein, daß man in den engeren Führungsgremien der Partei darüber eine gründliche Aussprache hat.

Aber, die deutsche Wiedervereinigung ist nicht nur eine Angelegenheit der deutschen Außenpolitik, sie ist genau so eine Angelegenheit der deutschen Innenpolitik. Jeder von Ihnen wird in letzter Zeit beobachtet haben, wie es politische Gruppen in Deutschland gibt, die für sich in Anspruch nehmen, daß sie allein die Gralhüter der deutschen Einheit sind. Wir wissen, daß sie es zumindest nicht allein sind. Aber ich meine, man muß von der Christlich Demokratischen Union verlangen, daß sie sich von niemanden in ihrem gesamtdeutschen Willen übertreffen läßt. Wir müssen politische Handlungen setzen, die zeigen, daß es uns mit unserem Willen zur deutschen Einheit bis zum äußersten ernst ist.

Ich kann in der Kürze der Zeit mich nur auf zwei Andeutungen beschränken. Die deutsche Bundesregierung ist stellvertretend für das ganze deutsche Volk, und dasselbe gilt für alle Organe der deutschen Bundesrepublik. So halten wir es für notwendig, daß insbesondere auch im Bundestag zum Ausdruck gebracht wird, daß der Bundestag der Repräsentant des ganzen deutschen Volkes ist. Aus diesem Grunde haben wir auf unserem Exilparteitag beantragt und nachher beschlossen, daß in den Bundestag, genau so wie für Berlin, auch Vertreter der Sowjetzone hineingenommen werden. (Beifall) Wir stellen den Antrag, daß die Bundestagsfraktion sich dieses Vorschlages annehme, daß in den Bundestag auch Repräsentanten der Sowjetzone aufgenommen werden. Es kann gemacht werden wie für Berlin, indem man sie mit Sitz, aber ohne Stimme aufnimmt. Und das zweite. Es kommt darauf an, daß wir durch unsere politischen Handlungen die Position Berlins mehr noch nutzen als gesamtdeutsche Angriffsstellung nach Osten hin, als es bisher geschehen ist, nicht einfach nur Berlins wegen, sondern weil dieses Berlin mitten in der Zone liegt und weil dorthin sich zuerst die Blicke dieser gequälten 18 Millionen richten. Diese 18 Millionen sind

kein Satellitenvolk. Sie haben oft und immer in diesen Jahren bewiesen, daß sie stärksten Widerstand zu leisten bereit sind und daß sie ihn leisten. Ich brauche nur auf die wunderbaren Geschehnisse beim Evangelischen Kirchentag und bei den kommunistischen Weltjugendspielen in Berlin hinzuweisen. Dabei sind die Handlungen, die wir leisten können, sehr bescheiden. Aber diese bescheidenen Handlungen, das stärkere Auftreten der Bundesregierung, des Bundestages und des Bundesrates in Berlin, das uns schon wiederholt versprochen worden ist, das muß nun endlich zur Wirklichkeit werden. Dasselbe gilt für die Art und Weise, in der die materielle Hilfe für Berlin geleistet wird. Wir wissen, daß unsere Landsleute im Westen und Süden große Opfer für Berlin bringen. Wir erkennen das mit größter Dankbarkeit an. Aber wir bitten nun auch, daß über diese Hilfe, die ja doch immer mit einem großen Schwung gegeben wird, nicht erst lange Auseinandersetzungen geführt werden müssen.

Und ein Letztes. Es ist heute schon gesagt worden: die politische Zerrissenheit hier im Westen sehen wir mit größter Besorgnis. Diese parteipolitische Zerrissenheit, insbesondere in dieser Gift- und Gallensprache, die von der Opposition gegen die Regierung gesprochen wird, ist für unsere Menschen in der Sowjetzone ein äußerst betrübendes Erlebnis. Denn wie sollen diese Menschen in der Sowjetzone, die ja nur die Hoffnung auf Wiedereingliederung haben, die Zuversicht bekommen, daß wir uns zusammenfinden in dieser wesentlichsten Aufgabe, die uns gestellt ist, wenn man sich in den Alltäglichkeiten so auseinanderredet, wie es tatsächlich der Fall ist. Dasselbe gilt für die soziale Auseinandersetzung. Ich kann nur sagen, manch einer, der hier mit letztem Anteil die Auseinandersetzungen führt um irgendeine Steuerfrage, um irgendeine Lohnerhöhung oder um irgend etwas anderes, der mag doch darüber nicht vergessen, daß es ungleich viel Wichtigeres gibt. Wenn wir einmal abtreten müssen und unsere Arbeit zu Ende ist, dann werden wir Rechenschaft abzulegen haben vor der Geschichte. Sie wird uns nicht danach fragen, ob es in diesem Augenblick gelungen ist, diesen oder jenen materjellen Vorteil für die eine oder andere Gruppe herauszuholen, sondern sie wird uns ausschließlich danach bewerten, ob wir es fertigbekommen haben, uns völlig zusammenzuschließen, um diese größte deutsche Aufgabe, das Zurückholen der 18 Millionen, zu lösen. (Starker Beifall)

Präsident Dichtel begrüßte als Vertreter der bayrischen CSU den Landtagspräsidenten **Dr. Hundhammer** und erteilte im Verlauf der weiteren Aussprache das Wort

Herrn Wagner von der Exil-CDU, der als politischer Flüchtling sprach. Er forderte eine aktive Politik des Westens von der Bundestagsfraktion bis zur kleinsten Ortsgruppe. Die politischen Flüchtlinge sind nicht nur die Stimme der Ostzone von 18 Millionen Menschen sondern das Gewissen der Gesamtpartei. Wer sich für seine Idee, für Deutschland geopfert hat, darf nicht als politisches Übel betrachtet werden. Wer den Mut hat, sich in der Sowjetzone zur Regierung Adenauers zu bekennen, muß die Heimat verlassen. Die Bevölkerung der Ostzone würde eine Regierung Adenauer nicht nur billigen, sondern sie auf Händen tragen, wenn sie sie bekommen könnte. Die politischen Arbeiter der Partei draußen müssen der Unterstützung der Parteiinstanzen im Westen sicher sein. Es ist nötig, daß sie in Westdeutschland größeres Verständnis finden. Auch der Arbeiter im Betriebe der Sowjetzone muß die Überzeugung gewinnen, daß seine Interessen von der CDU vertreten werden.

Als nächste Redner sprachen:

Dr. Ludwig Schneider (Hessen). Er wies darauf hin, daß zweifellos für jeden einsichtigen und verständnisvollen Politiker das Übergewicht der Außenpolitik eine anerkannte Tatsache sei, daß aber für die breiten Massen häufig ganz andere Fragen des täglichen Lebens, der wirtschaftlichen Not und der Preisentwicklung voranstünden. Er forderte eine verstärkte Aufklärung und stärkere Aktivität hinsichtlich der Preisgestaltung. Der Wunsch nach übergroßen Gewinnen führe häufig zu Preistreibereien, gegen die vorgegangen werden müsse. Der Redner ging dann auch auf andere Fragen ein, die den kleinen Mann bewegen, die Förderung der Spartätigkeit und die Notwendigkeit, durch Sparen wieder ein Eigenheim zu erhalten.

Dr. Günther Grzimek (Württemberg-Hohenzollern) machte darauf aufmerksam, daß der Kanzler in seiner Politik nachholen müsse, was in Europa seit Jahrhunderten hätte geschehen sollen. Er forderte auf, auch in der Welt draußen und gegenüber nichtchristlichen Völkern das Beispiel christlicher Politik zu verwirklichen. Die Vereinigten Staaten von Europa und die Beteiligung Deutschlands an der Weltregierung müßten so schnell wie möglich verwirklicht werden, und zwar aus christlichen Grundsätzen heraus. Mit uns und nicht mit den anderen Parteien geht die neue Zeit.

Herr Schmelzer (Westfalen) nahm zum Lastenausgleich vom Standpunkte der im Westen Ausgebombten Stellung. Die Ausgebombten stellen die Mindestforderung, daß sie wie die Vertriebenen einen gewissen Anspruch auf Entschädigung haben. Den vertriebenen Bauern muß soweit als möglich auch eine Siedlerstelle gegeben werden, wenn das auch nicht, wie in Finnland, über den Lastenausgleich geschehen kann. Der Ausgebombte der sich aus eigener Kraft wieder in die Höhe arbeitet, muß steuerlich entlastet werden. Steuern sollen diejenigen bezahlen, die keine Vermögensverluste erlitten haben.

Präsident Dichtel erteilte das Wort an

Bundestagsabgeordneten Kunze:

Ich habe nicht die Absicht, eine Rede über den Lastenausgleich zu halten, obwohl es verlockend wäre, vor einem so sachverständigen Kreis über das Thema zu sprechen. Ich habe jetzt mit Zustimmung des Fraktionsvorstandes am letzten Mittwoch ein Soforthilfepanpassungsgesetz eingebracht, welches zunächst die Zustimmung der Deutschen Partei, des Zentrums und der Bayern-Partei fand und nach den Zusagen, die man mir gegeben hat — auch die Zustimmung der freien Demokraten und der SPD finden wird. Es gibt zwei Dinge — da das Gesetz über den allgemeinen Lastenausgleich am 1. Oktober, also mit Wirkung vom 1. Oktober, in Kraft treten soll —, die zu ordnen notwendig sind. Das eine ist die Frage der Unterhaltsbeihilfe, die infolge des Gesetzesvorschlages eine Erhöhung um 15 v.H. für den Mann und die Frau und 25 v.H. für das Kind erfährt. Damit geben wir weitere 120 Millionen DM für diesen Aufgabenbereich aus. Aber auf der anderen Seite sehen wir die Not der kleinen Leute und insonderheit die Not der Landwirtschaft, von der jeder, der die Dinge studiert, weiß, daß 80 v.H. der Landwirtschaft kleine Besitzer sind, und daß wir die Absicht haben, die Werte oder Belastungssätze der Landwirtschaft generell auf 4 v.H. herabzusetzen. Nachdem in der 2. Lesung der Ausschuß diese Sache praktisch einstimmig akzeptiert hat, setzen wir, weil wir nach dem Soforthilfegesetz nicht anders können, den Satz durch Stundung eines Drittels der Abgabe fest, so daß wir am 1. Oktober von der Landwirtschaft

nur das hätten, was sie nach dem kommenden Gesetz zu zahlen verpflichtet ist. Das geschieht aus einem materiellen und politischen Grunde, materiell deswegen, weil die am 20. November zu leistende Ratenzahlung von $\frac{1}{3}$ zu hoch ist. Wir wollen ihr als ehrliche Leute am 20. November nur das abnehmen, was sie zu zahlen verpflichtet ist.

Wir haben auch in der 2. Lesung des Ausschusses einstimmig beschlossen, Sonderfreigrenzen, die nach meinem Vorschlag von allen Fraktionen angenommen worden sind, mit Rücksicht auf die Familie zu bringen. Diese Grenzen werden ebenfalls durch das Initiativgesetz bis zu einem gewissen Grade berücksichtigt. Wir können sie nicht genau durchziehen, weil wir dann gezwungen wären, sie feststehend zu machen. Denn dann würde das Ziel, auf dem einfachen Wege die Sache durchzuhaufen, von vornherein zerstört werden. Ich hoffe, daß das Feststellungsgesetz im November durch das Plenum angenommen und nicht auf den Widerstand des Bundesrates stoßen wird.

Dann kommt als nächstes der Plan der Aufwertung der Sparguthaben der Ostvertriebenen einschließlich der Evakuierten, denen ihr Sparguthaben in der Heimat wegfiel bei der Währungsreform. Die bekommen auch ihre 6,5 v.H. Wir hoffen, bis Weihnachten, spätestens aber Anfang des neuen Jahres, den Schlußstein unter diese Gesetzgebung zu setzen. Ich bin mir bewußt, daß keiner von uns Dank, Ehre oder Anerkennung für die Arbeit bekommen wird. Darauf kommt es aber auch nicht an. Wir wollen aber eine Lösung finden, wo wir sagen können, wir betrachten sie mit gutem Gewissen als eine gute. Wir können dann ruhig warten, bis die Zeiten reif sind, bis wir ein weiteres Problem innerhalb des Lastenausgleichs — ich denke an das Problem der Ostzone — einer Lösung entgegenbringen. Ich glaube, Ihnen diese wenigen Sätze zu schulden, damit Sie eine Aufklärung haben und wissen, wie die Arbeit in Bonn verläuft. (Beifall)

Danach sprach

Bundesarbeitsminister Storch:

Ich habe mich über die grundsätzlichen Referate, die heute morgen gehalten worden sind, sehr gefreut. Es ist so mancher Nebel im letzten Jahre wieder verschwunden. Wir müssen hier wieder einmal in aller Klarheit dem deutschen Volke und vor allen Dingen den breiten Schichten der Arbeitnehmer zum Bewußtsein bringen, daß sie in der CDU eine wirklich soziale Partei vor sich haben. Wenn wir das tun wollen, müssen wir den berechtigten Forderungen breiter Schichten nachgeben, die nach sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit drängen. Dieser Zug des Drängens nach Sicherheit geht nicht allein durch das deutsche Volk, er geht genau so durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Wer im letzten Jahre die dortigen Streiks aufmerksam beobachtet hat, weiß, daß dort nicht gekämpft wurde um erhöhte Löhne oder um die Kürzung der Arbeitszeit, sondern darum, daß man für den Rest seines Lebens eine Sicherung haben wollte. Dieses Verlangen ist berechtigt. Wir haben in unserer Generation zweimal erleben müssen, daß die Sicherungen, die für die breiten Volksschichten in der Sozialversicherung geschaffen waren, mehr oder weniger durch die Kriegsfolgen vernichtet worden sind. Wir haben zweimal neu aufbauen müssen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß unsere breiten Volksschichten, die dieses deutsche Wunder der Leistungssteigerung durch ihre Arbeit herbeigeführt haben, das Bewußtsein bekommen, daß nicht ein drittes Mal ihre Lebensgrundlage und ihre Altersversicherung zerschlagen wird. Wir können zwar sagen, daß wir in der Nachkriegszeit an altes anknüpfend, die Sozialversicherung über die Zeit gebracht haben. Aber es zeigen sich immer

mehr die Anzeichen dafür, daß unser heutiger Stand der Gesetzgebung in der Sozialversicherung nicht genügend fundamntiert ist.

Morgen fahre ich zu dem Verbändtag der Ortskrankenkassenverbände. Dort wird mir wahrscheinlich in aller Deutlichkeit gesagt, woran es bei unserer Krankenversicherung krankt, die in der heutigen Zeit in der seitherigen Form kaum in der Lage ist, ihre Verpflichtung voll zu erfüllen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir mehr als in der Vergangenheit dahin streben müssen, daß auch der Arbeitnehmer in die Lage versetzt wird, daß er selbst mit dahin strebt und wirkt, eine Altersversorgung zu sichern. Eines möchte ich hier ganz klar zum Ausdruck bringen. Sie dürfen nicht die Leistungen der Sozialversicherung mit den Leistungen der Fürsorge auf eine Stufe stellen; sie dürfen auf keinen Fall diese Dinge miteinander verquicken. Wenn jemand jahre- und jahrzehntelang seine Beiträge in die Rentenversicherungen gezahlt hat, hat er genau so gut das Recht darauf wie derjenige, der in der freien Wirtschaft stehend, seine Beiträge für eine Lebensversicherung bezahlt hat. Das sind Rechtsansprüche, die gegeben sind. Man darf hier nicht sagen: wir müssen in der Sozialversicherung nach sozialen, nach Bedürftigkeitsprüfungen handeln. Wer das tut, verwässert das Selbstbewußtsein der Arbeitnehmer in diesen Versicherungseinrichtungen, denn ihre eigene Beitragszahlung ist genau wie die Beitragszahlung ihrer Arbeitgeber ein Äquivalent für die geleistete Arbeit. Wenn wir uns darüber klar sind, kommen wir auch über manche Schwierigkeiten der letzten Jahre hinweg, wo man immer wieder sagte: die Sozialleistungen sind bei uns zu sehr gestiegen. Wir haben vom Arbeits- und Finanzministerium immer wieder darauf hingedrängt, daß der Staat unserer Rentenversicherungsanstalt ein Äquivalent für die Kapitalien geben soll, die durch die beiden Kriege vernichtet worden sind. Mehr ist nicht gefordert worden. Wenn wir im letzten Rentenzulagengesetz ein starkes Gewicht darauf gelegt haben, daß die Rentenerhöhungen in dem Verhältnis zur Beitragsleistung gesteigert werden sollen, dann haben wir es aus den Gesichtspunkten des Rechts heraus getan. Es geht nicht, daß man einem Kreis des deutschen Volkes, nämlich demjenigen, der versicherungspflichtig ist, Lasten auferlegt, die letzten Endes ihre Abdeckung in den früher vorhandenen Kapitalsubstanzen gehabt haben. Sie sind durch die Kriegsfolgen vernichtet worden. Man darf hier nicht sagen, die Rentenlast solle aus der früheren Beitragszahlung der Versicherungspflichtigen aufgebracht werden, ohne daß der Staat hier helfend eingreift. Wir haben uns im Kabinett sehr oft über die Dinge unterhalten. Es hat manche Kontroverse mit meinem Kollegen Schäfer gegeben, der grundsätzlich immer wieder anerkennt, was ich gesagt habe, der aber darauf hinwies, daß es ihm unmöglich sei, aus seinem Haushalt nochmals 800 Millionen DM für 10 Monate herauszustellen. Er hat es nachher getan. Ich bin ihm herzlich dafür dankbar, daß er die Verpflichtung aus innerer Überzeugung heraus übernommen hat.

In unserem früheren Haushalt hatten wir einen Betrag von 650 Millionen DM zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Sozialversicherungsträger angesetzt. Im nächsten Jahre sind es bereits 1,6 Milliarden DM. Wir haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß unsere ganze Sozialversicherung auf eine feste Basis gestellt wird, damit jeder heute arbeitende Mensch die Gewißheit hat, daß ihm nach jahrelanger Arbeitsleistung aus der Sozialversicherung ein Rechtsanspruch zusteht, der seine Lebenshaltung in etwa garantiert. Wenn wir mit diesen Zuschüssen des Bundes aus den Steuermitteln nicht auskommen, dann muß die Frage ernstlich geprüft werden, inwieweit die Wirtschaft, die letzten Endes die Arbeitsleistung des einzelnen annimmt, verpflichtet ist, durch eine größere Bereitstellung aus

dem Sozialprodukt heraus die Rentenleistung so zu steigern, daß der einzelne dann davon leben kann. Wir als christliche Demokraten sollten es dem Volke selbst sagen und nicht durch andere sagen lassen, daß sich die Verhältnisse in der Sozialversicherung grundsätzlich geändert haben.

In den letzten 60 Jahren haben sich in der wirtschaftlichen Struktur immer mehr Groß- und Mittelbetriebe entwickelt. Auf Grund der technischen Entwicklung kann sich die menschliche Arbeitskraft nur in den seltensten Fällen ohne eine Verbindung mit den Maschinen rentabel gestalten. Infolge dieser technischen Entwicklung können heute über 60% der Menschen in den arbeitsfähigen Jahrgängen nicht mehr wirtschaftlich selbständig sein. Dieser Prozentsatz betrug im Jahre 1891, als die Invalidenversicherung geschaffen wurde, zwischen 18 und 20%. Die unselbständigen Menschen in unserem Wirtschaftsleben haben sich also verdreifacht. Daraus ergeben sich die Schwierigkeiten unserer Zeit, vor allem die Fragen des Mitbestimmungsrechtes. Es wäre verkehrt, wenn wir auf diesem Gebiete nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten handeln würden. Es handelt sich darum, daß diese Menschen, die nicht wirtschaftlich selbständig sein können, ihrer Menschenwürde nicht enthoben werden, daß sie nicht als Kalkulationsfaktoren im Wirtschaftsleben stehen, sondern als Menschen, als christliche Menschen. Das ist das Entscheidende, das wir sehen müssen. Gott sei Dank wissen auch die Arbeitgeber — das habe ich bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern jetzt immer wieder festgestellt —, daß wir auf diesem Gebiete in eine neue Zeit hineingewachsen sind. Ich bin der Überzeugung, wenn wir uns bei der Neugestaltung dieser Dinge immer wieder von den christlichen Grundsätzen der Bewertung des einzelnen Menschen leiten lassen, dann werden wir auch Wege finden, die uns nicht in den Kollektivismus hineingleiten lassen.

Vorhin war einer unserer Freunde bei mir, der mir sagte, es sei zweckmäßig, einmal darauf hinzuweisen, wie sich auf diesem Gebiete die Dinge in der Ostzone entwickelt haben. Dort habe man den Menschen als Einzelindividuum ausgeschaltet. Man hat ihn zur Masse gemacht. Man zwingt ihn, nach Gesichtspunkten, die der Staat aufstellt, sein Leben zu gestalten. Er ist ein moderner Sklave geworden. Gerade wir sollten, wenn wir an die Zukunft denken, uns immer wieder von den christlichen Grundsätzen in der Bewertung der menschlichen Arbeitsleistung leiten lassen.

Lassen Sie mich kurz noch ein Wort zum Arbeitslosenproblem sagen. Gestern hat uns der Herr Bundeskanzler gewisse Ziffern in der Beschäftigung unserer Menschen genannt. Er hat Ihnen gesagt, daß die Zahl der in Arbeit stehenden in unserem Wirtschaftsgebiet um ungefähr 1,7 Millionen gestiegen ist. Wenn wir dieselben Zahlen aus dem Jahre 1938 nehmen, dann finden Sie eine Steigerung der Beschäftigtenziffer um 2,4 Millionen, in einer Zeit, wo wir vielleicht die größte Krise durchzumachen hatten, eine Krise, die sich daraus ergab, daß wir einmal die furchtbaren Verwüstungen an unseren Industrieanlagen hatten, und wo man uns durch die Demontagen 200 000 wertvollste Arbeitsplätze vernichtet hat, in einer Zeit, wo man uns wirtschaftlich geknebelt hat. In dem Gebiete der Bundesrepublik wurden vor dem Jahre 1933, als wir keine Kriegsindustrie hatten, 16 Millionen t Eisen und Stahl erzeugt. Da hat man uns als Pflicht auferlegt, diese Zahl für die deutsche Weiterverarbeitung auf keinen Fall über 11,1 Millionen t wachsen zu lassen. Das in einer Zeit, wo wir verpflichtet waren, zu den 36 Millionen Einwohnern unseres Gebietes 12 Millionen Menschen neu aufzunehmen. Wir sollten es jeden Tag unserem Volke und der Welt gegenüber zum Ausdruck bringen: das Problem der Arbeitslosigkeit kann bei uns nicht gelöst werden, wenn wir nicht eine Ausweitungsmöglichkeit

für unsere wirtschaftliche Betätigung bekommen. Wir müssen wirtschaftlich frei werden, damit wir die Intelligenz und Arbeitsfreude unseres Volkes voll auswirken lassen können.

Ich war in den vergangenen Tagen auf der Tagung der Internationalen Arbeitsbehörde in Genf. Dort hat mir der amerikanische Arbeitsminister gesagt: Herr Kollege, wie habt ihr das in Deutschland überhaupt fertiggebracht? Warum haben Sie das nicht dauernd in die Welt geschrien, was Sie heute hier vor dieser internationalen Behörde gesagt haben? Er hat mir dann ganz offen gestanden, daß die wahrheitsmäßigen Berichte der Hohen Kommissare nicht bis zur Heimatregierung in den Vereinigten Staaten gelangt sind. Ich habe ihm alle die Unterlagen mitgegeben. Vor 14 Tagen schrieb er mir, daß er Gelegenheit gehabt hätte, mit Präsident Truman über diese Dinge zu reden. Truman habe gesagt, Deutschland müsse frei werden, damit es entsprechend seiner Intelligenz wieder die Stellung in Europa einnehme, die einzig und allein dazu angetan sei, Deutschland und damit auch Europa wieder zu einem Wirtschaftsfaktor werden zu lassen, der die Gesundung der Welt garantieren könne. (Beifall)

Herr Stara forderte danach als Oberschlesier eine Verwirklichung der Selbstbestimmung der Völker auch jenseits der Oder-Neiße-Linie. Er dankte dem Bundeskanzler für das Verständnis, das er den Wünschen der Deutschen jenseits der Oder und Neiße entgegenbringt. Im besonderen werden die Schlesier und Oberschlesier sich immer einsetzen für ein glückliches Deutschland und ein einiges Europa als Grundlage für den Weltfrieden.

Herr Brück gab als Beamter einer Betriebsverwaltung seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die CDU sich zum echten *Berufsbearbeitentum* bekannt habe. Er dankte im besonderen Männern wie Dr. Würmeling, Dr. Kleindienst und Finanzminister Dr. Weitz aus Nordrhein-Westfalen für ihre jahrelange, verständnisvolle Arbeit zugunsten des Beamtenums. Bei der Auswahl der maßgebenden Beamten sei größte Vorsicht nötig. Nicht nur Fachwissen sondern auch der innere Wert des Beamten müsse berücksichtigt werden. Kraft, Mut und den richtigen Geist kann nur das Bewußtsein geben, als Christ seine Pflicht getan zu haben.

Grüßworte der Auslandsgäste

Präsident Dichtel gab einen Überblick über die weitere Gestaltung des Parteitagprogrammes und bezeichnete es als Kardinalfrage, daß von diesem Parteitag eine zweckentsprechende Aufklärung in das Bundesgebiet ausgehe. Hierbei sei besonders die verständnisvolle Mitarbeit der Presse nötig.

Er fuhr dann fort: „Gestern hatten wir die Freude, eine größere Anzahl von Freunden aus dem Ausland bei uns begrüßen zu dürfen. So wurden insbesondere begrüßt der ehemalige Minister Dr. Sassen von der Katholischen Partei Hollands, Dr. Schmal von der Christlich-Historischen Partei Hollands und Dr. Bruinsslot von der Antirevolutionären Partei Hollands. Ich möchte noch eine abschließende Feststellung treffen. Wenn wir die politische Karte von Europa ansehen, dann stellen wir fest, daß in vielen Ländern die christlichen Demokraten heute dem Wunsche Ausdruck geben, daß sich alle Freunde der christlich-demokratischen Idee in Europa zu einer gemeinsamen Arbeit für das Wohl der Völker zusammenfinden.“ (Starker Beifall)

Das Wort erhielten, mit warmem Beifall begrüßt,

Minister Dr. Sassen, Holland:

Kaum brauche ich auszudrücken, daß es mir eine Ehre und ein Vergnügen ist, Ihren Parteitag, zu grüßen im Namen der Katholischen Volkspartei der Niederlande. Eben an diesen Tagen hat auch meine Partei, und zwar in Utrecht ihren Parteitag. Deshalb konnte unsere Delegation in Karlsruhe nur beschränkt sein. Trotzdem kann ich aber Ihnen die Versicherung geben, daß wir mit großer Sympathie mit Ihrer Arbeit und Ihren Sorgen mitleben sowie mit Ihrer Verantwortlichkeit und Ihren Ereignissen. Es sind zweifellos Arbeiten, Sorgen, Ereignisse und Verantwortlichkeiten europäischer Art und Umfangs. Als Niederländer, als christlicher Demokrat und Europäer, freue ich mich aufrichtig über die Ursachen Ihrer Freuden. Ich fühle mit Ihnen tief die Härten Ihrer Sorgen und Verantwortlichkeit. In dieser Zeit großer Verwirrung und Drohung können nur kluge und ruhige Kräfte, Männer und Frauen, tiefer ethischer und religiöser Prinzipien und Überzeugung einen festen Weg finden und richtig folgen. Man braucht dazu auch ein warmes, mitfühlendes Herz, nicht bloß von menschlichen Sentimenten berührt, von der lebendigen Überzeugung, daß das Urgesetz des Christentums das Gesetz der Gerechtigkeit und der Liebe ist. (Beifall)

Als ich hierher kam, meine Damen und Herren, da wußte ich schon, daß ich hier solche Köpfe, solche Herzen, solche Männer und Frauen finden würde. Aber als ich heute Herrn Ministerpräsident Arnold, Dr. Holzappel, meine Freunde von Brentano und Schäffer und Herrn Bundesminister Erhard gehört habe, war es mir klar, daß unsere Erwartungen noch übertroffen worden sind. Sehr dankbar bin ich auch für die höflichen und liebenswürdigen Worte, die unserer geliebten Königin gewidmet worden sind und für den Beifall, den Sie diesen Worten gegeben haben. Amtspflichten haben es mir leider nicht möglich gemacht, schon gestern abend in Ihrer Mitte zu sein. Aber das herzliche Willkommen, das mir auch heute, Herr Präsident, Ihrerseits zuteil geworden ist, hat einen besonderen Eindruck auf mich gemacht. Mit größter Aufmerksamkeit habe ich heute morgen den Wortlaut studiert der wichtigen Rede, die der Herr Bundeskanzler hier gestern abend ausgesprochen hat. Das Motto dieses Tages: „Deutschland und Europa“ ist für die heutigen Umstände schon deshalb das richtige Motto, weil Ihr Herr Bundeskanzler ein Staatsmann, wirklich ein Staatsmann europäischen Formats ist. Ich gratuliere herzlichst nicht nur Deutschland, sondern Europa für den Besitz eines solchen Staatsmannes. (Starker Beifall)

Das Vertrauen, das Protestanten und Katholiken, Arbeiter und Unternehmer, also die gesamte CDU so unzweideutig in ihm hat, ist eine der besten Garantien dafür, daß nicht — wie Dr. Adenauer es gestern selbst sagte — Schwanken und Zaudern, Unentschlossenheit und Mangel an Folgerichtigkeit Europa und die Welt in den Krieg stürzen werden. Unter Gottes Segen, so möchte ich beten, werde Freiheit und Frieden Ihrer- und unsererseits sein und bleiben. (Starker Beifall)

Dr. Schmaal, Holland:

In aller Kürze nur ein paar Worte meinerseits. Als Vertreter der Christlich-Historischen Union der Niederlande möchte ich an erster Stelle der CDU meinen herzlichen Dank aussprechen für die freundliche Einladung zu diesem Parteitag. Selbstverständlich ist in den Nachbarländern Deutschlands nach wie vor ein lebhaftes Interesse vorhanden für Politik und Geistes-

leben in Mitteleuropa. Wir wissen, mit welchen ungeheuren Schwierigkeiten heute diejenigen, die nunmehr das deutsche Volk zu führen berufen sind, kämpfen müssen. Unsere christlich historische Geistesrichtung, die seit mehr als einem Jahrhundert den Standpunkt vertreten hat, daß auch im politischen Leben christliche Prinzipien uns maßgebend sein sollen, freut sich darüber, daß auch in Deutschland auf diesem Gebiete Christen katholischer und evangelischer Konfession sich zusammengefunden haben zu dem Zwecke, gemeinsam an die Lösung der diesbezüglichen Fragen heranzugehen.

Wir evangelischen Christen in Holland haben in diesem Jahre den Todestag unseres großen politischen Bannerträgers, Groen van Prinsterer, der vor 75 Jahren im Haag starb, feierlich begangen. Groen van Prinsterer selbst hat es mehrere Male öffentlich ausgesprochen, daß er dem deutschen Politiker und Gelehrten Friedrich Julius Stahl außerordentlich viel verdanke. Es wäre vielleicht deutscherseits im Jahre 1952 Grund dafür, sich des Andenkens dieses hochverdienten deutschen Mannes zu erinnern. Es hat ihn ja nicht umsonst ein sozialistischer Gelehrter den letzten in der Reihe der großen deutschen Rechtsphilosophen genannt. Es ist dies eine Frage, die ich selbstverständlich gerne meinen Glaubensgenossen im Kreise der CDU überlasse. Mir ist es eine aufrichtige Freude, auf diese langjährige Verbindung zwischen christlich-politischen Denkern in unseren Ländern hinzuweisen. Es gibt ja ein Gedankengut, das uns nach wie vor auch für die heutige politische Praxis durchaus wertvoll bleibt. Nur von der hohen Warte christlicher Lebensanschauung aus wird es uns mit Gottes Segen gelingen, für die beängstigenden Probleme, die sich im Augenblick nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa und in aller Welt auf-tun, eine Lösung zu finden. Mehr als je gilt es jetzt: arbeiten, arbeiten und nicht verzweifeln. (Starker Beifall)

Dr. Bruninsslot, Holland:

Es freut mich sehr, mit meinem Freund Rip im Auftrag der Antirevolutionären Partei, eine der zwei evangelischen Parteien aus den Niederlanden, Sie hier begrüßen zu können. Wir in Holland beobachten Ihre Partei in Ihrem Kampf um die Seele des deutschen Volkes mit größter Sympathie. Wir verstehen es, daß dieser Kampf ein schwerer Kampf ist. Es ist doch außerordentlich schwierig für eine christliche Partei, in einer Zeit und in historischen Verhältnissen, wo die Demagogie der Extremisten von links und äußerst rechts große Erfolge hat, ein Volk zu gewinnen für die Ideale der christlichen Kultur, für Gerechtigkeit in nationaler, internationaler und sozialer Hinsicht. Wir wissen, daß eine gute Zukunft Europas im engsten Zusammenhang steht mit einer guten Zukunft Deutschlands. Wir wissen auch, insoweit ein Mensch das wissen kann, daß eine gute Entwicklung in Deutschland zusammenhängt mit einer erfolgreichen Entwicklung der CDU. Wir stehen mit Ihnen auf demselben Boden des christlichen Glaubens, in demselben Kampf für die christlichen Ideale im politischen Leben. Deshalb hat es uns erfreut, Ihrer freundlichen Einladung, hierher zu kommen, Folge leisten zu können. Ich möchte Ihnen Gottes Segen wünschen für Ihre Arbeit. (Starker Beifall)

Nationalrat Dr. Maleta, Osterreich:

Es ist für mich eine ehrenvolle Aufgabe und eine große Freude, vor Ihrem Bundesparteitag die Grüße aus Osterreich übermitteln zu können. Es sind nicht nur Grüße unseres Kanzlers, unserer Minister und unseres Bundesparteiobermannes, es sind auch Grüße jener Partei, die so wie Sie

hier in Westdeutschland die Last der Verantwortung durch 6 Jahre lang getragen hat und unter deren Führung ein Wiederaufbau geleistet wurde, der sich sehen lassen kann. (Beifall)

Lassen Sie mich sagen, liebe Gesinnungsfreunde, die Werturteile über unsere beiden Parteien werden nicht gefällt werden von Kleingläubigen, von den Zaghaften und nicht von Ihren und unseren Kritikern, die Werturteile über die Arbeit unserer Parteien werden einst die Geschichtsschreiber in die Annalen der Geschichte einschreiben, wenn bewiesen ist, daß durch unsere Arbeit die Grundlagen für die Freiheit und für die bessere Zukunft Europas gelegt wurden.

Sie halten Ihren Parteitag in einem historischen Augenblick ab, in einem Augenblick, in dem über die künftige Stellung und über das Schicksal Deutschlands gewürfelt wird. Aber wir alle haben die Überzeugung, daß diese künftige Stellung Deutschlands untrennbar verknüpft ist mit dem Schicksal der gesamten freien Welt. Ein Teil dieser Entscheidung fällt in den Herzen und in der Seele des deutschen Volkes. Sie als verantwortungsbewußte Partei haben die Aufgabe, die Deutschen aufzurufen und aufzuklären. Diese Aufgabe kann niemals erfüllt werden durch irgendeine Mittelstandspartei, einen Mieterbund oder Soldatenverein, sondern nur von einer Gesinnungsgemeinschaft christlicher Männer, wie sie in unseren Parteien zusammengeschlossen sind. Die große Verantwortung tragen jene Mächte, die uns — Ihnen in Deutschland und uns in Österreich — einen Frieden der Gerechtigkeit gewähren müssen. Ohne einen solchen Frieden der Gerechtigkeit können wir nicht dieses künftige neue Europa bauen. Ich spreche die Hoffnung aus, daß von Ihrem Parteitag aus eine neue Kraft und Zuversicht ausstrahlen möge, damit Ihre Arbeit gesegnet und von Erfolg gekrönt sein wird. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen vollen Erfolg. (Beifall)

Prof. Scherer, Frankreich

(zugleich für die Delegierten aus Belgien,

Übersetzer Prof. Ott, Frankreich):

Mein erstes Wort ist ein Wort des Dankes für die herzliche Aufnahme, die uns, meinem Freund Professor Ott und mir, als Vertreter der MRP in Frankreich von diesem zweiten Parteitag der CDU in Karlsruhe zuteil geworden ist. Indem wir Ihnen den herzlichen Gruß der MRP-Bewegung überbringen, die ja auch — wie Ihnen bekannt ist — für das Ideal einer christlich humanen Auffassung des Lebens und die Erhaltung der abendländischen Kultur kämpft, welche wir nicht den dunklen Mächten der neuen Barbarei preisgeben wollen, so ist es für uns doch eine angenehme Aufgabe, Ihnen zu versichern, daß alles, was wir bei Ihnen gehört haben, uns auch neue Gründe gegeben hat, an die Freundschaft zwischen den Völkern, an Europa und einen gerechten Frieden zu glauben. (Starker Beifall). Wir sind davon überzeugt — in dieser Überzeugung sind wir jetzt bekräftigt worden —: wenn ein Gedankenaustausch zwischen unseren beiden Völkern im Interesse einer besseren Verständigung und des Friedens vollzogen werden soll, dann soll dies ohne Hintergedanken mit echt christlicher Aufrichtigkeit geschehen. Der Geist, der unsere beiden Parteien beseelt, legt uns die bindende Pflicht auf, die vergänglichen Schwierigkeiten zu überwinden, um den ewigen Idealen zu dienen, nach denen wir gemeinsam streben, d. h. einem Frieden, den uns der Herrgott erhalten möge! (Starker Beifall)

Weil wir uns der Größe der geschichtlichen Aufgabe, die über unsere Zeitlichkeit weit hinausgeht, voll bewußt sind, wollen wir unter allen Um-

ständen in stände sein, Auge in Auge miteinander zu sprechen, als ob wir gemeinsam an demselben Werk arbeiteten — tatsächlich arbeiten wir auch an demselben Werk —, als ob wir gemeinsam vor Gott als Kämpfer für die gleiche Kultur, Freiheit und Frieden verantwortlich wären. In diesem Sinne dürfen wir Franzosen heute behaupten, daß die beiden letzten Tage Ihrer Parteitagung, denen wir beigewohnt haben, uns in der Überzeugung bekräftigten, daß die CDU nicht nur für Deutschland — natürlich für ganz Deutschland —, sondern auch für Europa, das heute für den Frieden unentbehrlich ist, eintritt.

Zwischen unseren beiden Völkern bestehen bekanntlich gewisse tragische und schmerzvolle Erinnerungen, deren Spuren nicht so leicht abzuwischen sind. Eine ernste Sorge des französischen Volkes besteht noch heutzutage darin, daß unter den Gefahren, die das Leben, die Freiheit und die Lebensfreude der Menschen bedrohen, wieder einmal eine deutsche Gefahr durch die Wiedererweckung des Militarismus und Nationalismus auftauchen könnte. So lassen Sie uns also die Freude ausdrücken, daß wir in diesem Saale gehört haben, wie die Mitglieder der CDU die Greuel des Nationalsozialismus und den Geist des Militarismus ausdrücklich verurteilt haben. Mit Enttäuschung und sogar mit Entrüstung hat man in Frankreich in gewissen Zeitungen gelesen, die ehemaligen SS-Führer hätten mit einem deutschen Politiker die Mittel studiert, um die Rehabilitation ihrer Kriegsverbrechen zu erlangen; wir haben auch davon gehört, daß gewisse Verbände ehemaliger deutscher Soldaten danach trachteten, einen politischen Einfluß auf die deutsche Nation auszuüben. Diesem unheimlichen Aufbruch wurde hier in diesem Saale mit einem entschiedenen „Nein“ geantwortet.

Mit Génugtung haben wir auch von einem Redner gehört, der Militarismus sei eine Krankheit der Seele. Möge dieser Spruch als ein Mahnwort für alle Deutschen auch jenseits der Oder-Neiße gelten. (Beifall) Wir haben besonders die höchsten Instanzen der CDU und die höchste Instanz der Bundesrepublik, den verehrten Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, mit ganz besonderer Freude gehört, als er feierlich erklärte, die Bundesregierung werde nicht zulassen, daß sich die Vorgänge des Jahres 1933 wiederholen. Es wird nicht geduldet werden, daß die Feinde der Demokratie unter Mißbrauch der demokratischen Freiheiten die Demokratie töten.

Andere Gründe der Unruhe hatten sich auch bei den Westmächten und besonders in Frankreich geäußert. Ist es so sicher, behaupteten gewisse Leute, daß die Bundesrepublik Westdeutschland gegen den lockenden Ruf des Ostens so taub sei? Ist man so sicher, daß Westdeutschland die demokratischen Freiheiten nicht aufopfern wird, wenn das der Preis für den Wiederaufbau der deutschen Einheit sein soll? Diese so beängstigenden Fragen hat der Herr Bundeskanzler selbst deutlich und klar beantwortet, als er mit großer Kraft behauptete, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Wahl schon lange getroffen hat, daß sie das freie Europa gewählt hat und daß die Einheit nur innerhalb eines freien Deutschlands und nur durch ein freies Deutschland wiederhergestellt werden könnte. Dadurch haben Sie, Herr Bundeskanzler, der Demagogie und der Propagandatüfte die Stirn geboten. Dadurch hat Westdeutschland betont, daß es nichts auf dem Wege nach dem Vereinten Europa aufzuhalten vermag. Dadurch haben Sie klar verkündigt, daß Sie zuerst nach dem ersten Gut, d. h. nach Freiheit streben. Das übrige, d. h. die Einheit, wird einmal als ein schönes Geschenk und als Folge der Freiheit kommen.

Eines ist sicher: zuerst muß das Europa der freien Vaterlande und der demokratischen Nationen aufgebaut werden. Nur durch Europa werden unsere Länder, das Ihrige und das unsrige, gehalten werden; keine Aufgabe soll vor jener Aufgabe unternommen werden, keine Hindernisse dürfen jener großen Aufgabe im Wege stehen. Wir danken Ihnen dafür, daß Sie zu so wichtigen Punkten klar und fest Stellung genommen haben. Da Ihre Ziele, Ihre Wünsche so gut dem Ideal entsprechen, wonach alle Franzosen wie auch alle freien Menschen streben, möge der Allmächtige Sie in Ihrer schweren politischen Arbeit, in dem ungeheuren Unternehmen, in einem freien Europa ein freies demokratisches und einheitliches Deutschland wieder zu schaffen, segnen und unterstützen. Wir werden unsererseits alles tun, was uns möglich ist, Ihre schwere Arbeit zu fördern und zu erleichtern. (Starker Beifall)

Bundeskanzler Dr. Adenauer gibt Prof. Ott und Prof. Scherer die Hand. (Stürmische Ovationen)

Außerdem wurde unter starkem Beifall eine Botschaft der „Democrazia Christiana Italia“ verlesen:

„Mit besonderer Genugtuung richte ich in meiner Eigenschaft als Generalsekretär der Democrazia Christiana Italiens an Euch, meine lieben deutschen Freunde von der Christlich Demokratischen Union, meine herzlichsten und aufrichtigsten Wünsche aus Anlaß des Jahreskongresses Eurer Partei. Ich habe noch immer in lebhafter Erinnerung, welch warmer und freundschaftlicher Empfang mir im Vorjahre in Goslar anläßlich des damaligen Kongresses bereitet wurde, und werde mit Interesse auch die diesjährige Zusammenkunft verfolgen, welche in Anwesenheit des Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden Dr. Konrad Adenauer stattfinden wird.

Italien hat die hohe Ehre gehabt, den Bundeskanzler Adenauer im letzten Juni als willkommenen Gast in Rom begrüßen zu dürfen. Bei dieser Gelegenheit durfte ich ihn und vor allen Dingen seine außergewöhnlichen Charaktereigenschaften kennen und schätzen lernen; seine hervorragenden staatsmännischen Fähigkeiten, sein überzeugtes Christentum und seine menschliche Weisheit und Güte.

Ich habe immer die mühevollen Anstrengungen Dr. Adenauers verfolgt, welche darauf abzielen, das ungeheure Werk der Wiederherstellung der deutschen Einheit und damit auch der Eingliederung eines endgültig geeinten Deutschlands in ein neues friedfertiges Europa zum Erfolge zu führen. Auch in Zukunft werde ich Dr. Adenauer auf seinem Wege zur Erreichung dieses Zieles im Geiste begleiten.

Möge Euer diesjähriger Kongreß von neuem die gedankliche und tätige Einheit aller Teilnehmer nicht nur bestätigen, sondern auch noch verstärken! Eine gesunde Kritik mag immer notwendig sein und häufig auch als fruchtbarer Ansporn dienen, aber nur ein einheitliches gemeinsames Ziel gewährleistet die Errichtung eines wirklich festen Aufbaus und ermöglicht immer von neuem nutzbringende Zusammenarbeit. Nur auf diesem Wege wird Deutschland von seinen christlich-nationalen Kräften auf politischem und sozialem Gebiet in weitestem Ausmaße einen lebenswichtigen Beitrag zur Verteidigung der Demokratie und der Freiheit gegen die totalitäre Welle des Kommunismus erhalten.

Es sei mir erlaubt, auch Ihnen als Teilnehmer des Kongresses der CDU/CSU vor Augen zu halten, was ich dieser Tage in Rom meinen Freunden und Mitarbeitern beim Nationalrat der Democrazia Christiana vorgetragen habe: daß es sich nicht nur darum handelt, eine Demokratie mit Schutz-

und Überwachungssystemen zu begründen, sondern eine Demokratie, welche ihren Selbstschutz im Gesetze findet, welche also nicht nur Freiheit bedeutet, sondern auch Autorität allen jenen gegenüber, die mit der Freiheit Mißbrauch treiben.

Wir sind in Wirklichkeit gegen jede totalitäre Richtung, komme sie von links oder von rechts, weil auch häufig die Rechte — sowohl im Parlament wie im Lande selbst — unser Bemühen stört, um die weniger bemittelten Klassen aus ihren wirtschaftlichen Sorgen und Schwierigkeiten herauszuführen. Gerade dieser Programmpunkt bleibt im übrigen auch in Zukunft eine der wesentlichsten Aufgaben der Democrazia Christiana.

Im Hinblick auf den internationalen Lebensraum spreche ich die Hoffnung aus, daß unsere Parteien mit christlich-demokratischer Einstellung sich immer mehr in Europa befestigen und damit auch — trotz der natürlichen Verschiedenheit der Programme in den einzelnen Ländern — das gemeinsame Verständnis für eine vertiefte und ertragreiche Zusammenarbeit zur Erhaltung des Friedens in Europa und in der Welt erreichen mögen.

Guido Gonella

Generalsekretär der Democrazia Christiana Italia"

(Starker Beifall)

Präsident Dr. Gurk: „Um die vergänglichen Schwierigkeiten zu überwinden und dem Ewigen zu dienen“, diese Worte aus den Ausführungen unserer französischen Freunde möchte ich herausgreifen. Die vergänglichen Schwierigkeiten zu überwinden, um dem Ewigen zu dienen, das muß gehen und das wird gehen mit Europa. Ich danke aus ganzem Herzen unseren Freunden von der MRP, unseren belgischen, österreichischen und holländischen Freunden und auch den Italienern. Es war ohne Zweifel diese kurze Zeitspanne, in der sie zu uns sprachen, ein Höhepunkt in unserer Tagung.“ (Beifall)

Berichte der Ausschußvorsitzenden

Präsident Frau Dr. Gröwel gab zunächst ein Telegramm bekannt, das der Bundeskanzler im Namen des Parteitages an den Bundespräsidenten Heuss gerichtet hat. Der Wortlaut ist folgender:

Bundespräsident Theodor Heuss

Zu ernster Arbeit für den Aufbau eines sozial gesicherten Staates und eines geeinten Europa auf dem Zweiten Parteitag der CDU in Karlsruhe versammelt, grüßen 1500 Delegierte Sie, Herr Bundespräsident, als das Staatsoberhaupt des freien Deutschland.

Frau Dr. Gröwel gab sodann den Ausschußvorsitzenden nach alphabetischer Reihenfolge ihrer Namen das Wort zur Berichterstattung. Zunächst nahm das Wort zur Abgabe einer Erklärung

Dr. Holzapfel:

Die Hauptarbeit bei dem Parteitag liegt in den einzelnen Ausschüssen. Sie haben die Möglichkeit und die Aufgabe, sich mit den Fachfragen eingehend auseinanderzusetzen. Die Arbeit der Ausschüsse muß selbstverständlich vom Parteivorstand und Parteiausschuß aufeinander abgestimmt werden, denn der Parteiausschuß ist neben dem Parteitage das für die politische Arbeit maßgebende politische Organ. Es ist aber notwendig, dem Parteitag

eine möglichst umfassende Übersicht der Arbeit der einzelnen Ausschüsse zu geben. Daher hat jeder Ausschuß die Aufgabe, dem Parteitag einen Bericht über seine Arbeit zu erstatten.

Die Arbeiten der Ausschüsse haben zum Teil in Entschliefungen ihren Niederschlag gefunden. Diese Entschliefungen der einzelnen Fachausschüsse werden dem Parteiausschuß — dem politischen Gremium der Partei — zugeleitet werden. Wenn wir diese Entschliefungen in durchaus demokratischer Form öffentlich vorlegen und vortragen lassen, so müssen wir doch darauf hinweisen, daß es sich hierbei noch nicht um eine offizielle Meinung der Gesamtpartei handelt, sondern gleichsam um Anträge der Ausschüsse, die dem Parteiausschuß für die von ihm aufzustellenden Richtlinien der Politik überwiesen werden und die er zu bearbeiten hat.

Präsident Frau Dr. Gröwel bittet, daß jeder Berichterstatter doch die Zeit von 10 Minuten nicht überschreiten möchte.

Als erster hat das Wort

Bundestagsabg. Albers / Sozialausschüsse:

Als wir gestern unseren „Vorparteitag“ in unseren Sozialausschüssen veranstalteten, haben wir uns mit all den Problemen befaßt, die jene hunderttausende Menschen, die sich zur Christlich Demokratischen Union bekennen, die in den Betrieben stehen, die irgendwo in den Gewerkschaften mitarbeiten, beschäftigen. Wir haben versucht, deren Auffassung und Meinungen auch Ihnen heute vorzutragen. Was ich für die Sozialausschüsse Ihnen zu sagen habe, ist etwas anderes, als was der Herr Kollege Lünen-donk für den „Bundesausschuß für Sozialpolitik“, der am Donnerstag tagte, vorzutragen hat.

Womit haben wir uns beschäftigt? Erstens einmal mit der Frage des Wohnungsbaues. Ich würde Sie bitten, mit meinem Vorschlag einverstanden zu sein, daß der verehrte Herr Kollege Lücke, der ja auch Vorsitzender des Bundesausschusses für Wohnungspolitik in Bonn ist, das Entsprechende vorträgt. Wir haben uns beschäftigt mit der Frage des Bundeswirtschaftsrates, mit der Frage der weiteren Demokratisierung der Wirtschaft in der mittleren Ebene. Nach den Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers am gestrigen Abend ist eine Stellungnahme unsererseits überholt. Was wir wünschten, hat der Herr Bundeskanzler gestern klar und eindeutig zum Ausdruck gebracht.

Dabei ist freilich auch eine Frage in den Erörterungen am gestrigen Tage von Bedeutung gewesen, die heute morgen in den Referaten meines Kameraden und Freundes Karl Arnold sowie von Herrn Dr. Holzapfel vorgetragen wurde, die Frage: Wie stehen wir zum Ahlener Programm! Karl Arnold hat heute früh nochmals klar und eindeutig umrissen, was unsere Aufgabe ist. Draußen hat eine uns nicht gutwollende Presse in den letzten Tagen geunkelt, daß in dieser Frage auch wohl der Parteitag in seinen Entscheidungen nicht klar wäre. Ich darf all denen, die mit der Meinung von außen uns kritisch betrachten, sagen: in dieser Frage ist heute morgen durch die Referate das Entsprechende gesagt worden. Was noch zu bereinigen war in den verschiedensten Dingen und Auffassungen zwischen meinem Kameraden Etzel vom Wirtschaftsausschuß und Vertretern der Sozialausschüsse, das haben wir gestern abend festgelegt in einer Entschliefung, die ich Ihnen jetzt vortragen möchte.

Wir haben in einigen wenigen Sätzen das gesagt, was heute früh bei den Referaten mehr oder weniger klar zum Ausdruck kam, nämlich folgendes:

Die Erfüllung der Forderungen des Ahlener Programms, die Neuordnung der Grundstoffindustrien unter Berücksichtigung der Tatsache des

inzwischen geschaffenen Mitbestimmungsrechtes bei Kohle und Eisen, muß schleunigst zum Abschluß gebracht werden. Dabei ist die im Schuman-Plan vorgesehene europäische Montanordnung ebenfalls in Betracht zu ziehen.

Ich möchte wünschen, daß der Parteitag diesem Entschließungsentwurf einmütige Zustimmung gibt, weil wir damit dokumentieren wollen, daß das, was wir uns 1947 vorgenommen haben, auch von uns politisch realisiert werden soll (Beifall). Danach sprach

Ministerialrat a. D. Egbring / Presse, Rundfunk, Film:

Der Ausschuß ist bei seinen Beratungen von dem Zustande ausgegangen, den wir heute in unserer Politik haben. Dieser Zustand ist der, daß Leistung und Anerkennung im umgekehrten Verhältnis stehen, daß den großen Fortschritten auf allen Gebieten der Politik und Wirtschaft das Erkennen des Fortschritts nicht folgt, daß die Unfruchtbarkeit der oppositionellen Verneinung sich marktschreierisch anbietet und die öffentliche Meinung verwirrt, welche durch die Fülle der Probleme, der gelösten und unge lösten, nicht durchfindet. Wenn aber diese oppositionelle Propaganda sich bis dahin steigert, daß selbst der ständige und hauptamtliche außenpolitische Sprecher der größten Oppositionspartei nicht mehr weiß, was seine Partei eigentlich in der Kardinalfrage unserer Politik will, wenn er dem zähe und mit letzter Hingabe um Deutschlands Souveränität kämpfenden Kanzler in den Rücken fällt mit der Aussage, daß seine Partei die Souveränität gar nicht für notwendig halte, sondern daß eine Autonomie für uns genüge, dann erhebt sich doch die Frage, ob der großen und erfolgreichen Politik des Kanzlers und unseres Parteivorsitzenden wohl eine entsprechende Unterrichtung der Öffentlichkeit ergänzend und stützend folgt. Es entsteht die Pflicht zu der Gewissensfrage, ob wir alle, ob die Partei und ihre Instanzen und diejenigen Stellen, welchen die Ansprache und Unterrichtung des Volkes zufällt, auch alles tun, was zu tun ebenso sehr Nötwendigkeit wie Pflicht ist. (Bravorufe)

Daß hier Mängel und Lücken bestehen, ist allgemeine Auffassung. Die Regierung wird das ihrige tun müssen. Sie wird sich klar sein müssen, daß sie mit provisorischen Lösungen nicht auskommt in einer Zeit, in der sie im übrigen ihre ganze Kraft den entscheidenden Fragen für Deutschland und seine Zukunft widmet. Sie wird sich klar sein müssen, daß sie für ihre gute Politik auch das Erkennen und Begreifen der Bevölkerung benötigt und herbeiführen muß. Das Parlament muß hierfür die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Es sind Ausgaben für eine un gemein wichtige nationale Aufgabe. Was auf diesem Gebiet anderswo getan und geleistet wird, das geht weit über das hinaus, was bei uns geschieht und was mit den mageren Mitteln bei uns auch nicht getan werden kann. Wer die Propaganda kennt, die etwa in der Ostzone getrieben wird, wer das Material kennt, das dort verbreitet wird und auch in reichlicher Fülle sich in die Westzone ergießt, oder wer die Filme kennt, die dort verbreitet werden, der weiß, mit welchen Mitteln dort gearbeitet wird und welchen Gegnern wir gegenüberstehen.

Wir haben gestern dem Ausschuß für Presse, Film und Rundfunk Ausschnitte aus einem Film vorführen lassen, der in der Ostzone über die kommunistischen sogenannten Weltjugendspiele in Berlin gedreht worden ist. Alle, die ihn gesehen haben, haben erkannt, daß hier eine Propaganda getrieben wird, die selbst die Propagandafilme der nationalsozialistischen Propaganda in den Schatten stellt. Wer das gesehen hat, der kennt die

Kampfmittel der Ostzone, die gegen uns stehen. Ergänzen Sie das durch die Lieder, die über Adenauer — natürlich gegen Adenauer — dort gesungen und verbreitet werden und vieles andere, dann haben Sie ein Bild von einer wilden und leidenschaftlichen Organisation und Propaganda, der wir bisher nicht einmal eine ausreichende Information gegenüberstellen. Man braucht ganz gewiß diese Dinge nicht zu kopieren, man soll es nicht einmal. Man braucht keine Propaganda zu treiben, sondern was geschehen muß, was die Regierung tun muß, was sie herbeiführen muß, das ist eine möglichst sorgfältige und ausreichende Unterrichtung aller Kreise der Bevölkerung, um ihre Mitarbeit in Liebe und innerer Beteiligung an der demokratischen Politik zu gewinnen.

Das entbindet uns keineswegs von der Pflicht, auch unsererseits alles zu tun, was der Aufklärung der Bevölkerung dient. Die Partei kann nicht einfach in den Fehler verfallen, wie alle Welt, bloß nach der Regierung und ihrer Hilfe zu rufen. Sie kann auch nicht einfach auf die ihr nahestehende Presse verweisen, fordernd, klagend oder anklagend. Die Presse kann ihre Aufgabe, der Partei und ihren Zielen zu dienen, nur dann erfüllen, wenn sie eine wirkliche Publizität, d. h. eine große Verbreitung hat. Die erhält sie nur, wenn sie nicht nur das politische, sondern auch das allgemeine Lesebedürfnis der Bevölkerung erfüllt. Daß ihr diese Aufgabe schwer gemacht wird durch mancherlei wirtschaftliche Nöte, insbesondere durch die enorme Steigerung der Papierpreise zum Beispiel, darauf muß man doch nachdrücklichst verweisen. Freilich, auch die Presse weist Mängel und Lücken auf. Auch ihr Wiederaufbau hat seine Schwierigkeiten und ist in den wenigen Jahren, seit sie sich der Freiheit wieder erfreut, nach vollständiger Knebelung und vielfacher Zerstörung, noch keineswegs vollendet. Aber wir werden von der Partei aus uns auch fragen müssen, was wir für diese Presse tun können, nicht bloß für eine Propaganda, sondern vor allem auch durch eine Information. Wenn wir in Zukunft ein enges Zusammenarbeiten des Ausschusses für Presse, Rundfunk und Film mit dem Verein „Union presse“ und mit den Presseausschüssen der einzelnen Länder herbeiführen wollen, und damit auch eine enge Verbindung mit den einzelnen Leuten der Presse in der Provinz, mit den Parteistellen und den Parteirednern, dann müssen auch die besten Kräfte der Fraktion und der Regierung zur Verfügung stehen, trotz aller Belastung, trotz aller sonstigen Inanspruchnahmen. Die Partei und ihre Anhänger müssen sich aber auch darüber klar sein, daß Zeitungen, die ohne gesinnungsmäßige Grundhaltung der Masse dienstbar sind, letztlich auch der demokratischen Gesinnungsarbeit und damit der Demokratie gefährlich, ja lebensgefährlich werden können, weil sie in der entscheidenden Stunde versagen.

Die Presse ist nun keineswegs das einzige Mittel der Propaganda. Sie ist es weit weniger als in einer Zeit, die nur einige Jahrzehnte zurückliegt. Rundfunk und Film sind längst auf das stärkste eingeschaltet, und zwar in einem Maße und in einer Weise, die keineswegs immer als erfreulich angesehen werden kann. Über die Wirkung des Films und seine Anwendung in der Propaganda anderer Länder habe ich bereits einige Worte gesprochen. Wie leicht das andere junge Mittel der Meinungsbildung, der Rundfunk, mißbraucht werden kann, das haben wir bereits in der nationalsozialistischen Zeit erfahren. Es ist daher verständlich, daß die Demokratie von vornherein in den Landesverfassungen und in den Artikeln des Grundgesetzes, die Freiheit und Unabhängigkeit des Rundfunks sichert. Da aber die Rundfunkhoheit uns noch nicht zurückgegeben worden ist und die gegenwärtige Organisation noch zu guten Teilen in der Form besteht, in der sie uns von den Besatzungsmächten gegeben ist, und da dadurch

mancherlei Schwierigkeiten entstehen, erheben wir die Forderung der Rundfunkhoheit für den Bund und auf baldige Schaffung eines Bundes-Rundfunkgesetzes. Dieses Rundfunkgesetz des Bundes darf nicht durch Ländergesetze präjudiziert werden, weder durch Ländergesetze, die bestehen, noch durch solche, die noch entstehen werden. (Beifall)

Bis dahin müssen wir über die den Sendern auch in den Landtagsgesetzen und in den Verordnungen der Alliierten zur Pflicht gemachte Überparteilichkeit wachen, wobei es für uns selbstverständlich ist, daß der Regierung zu ihren Erklärungen und Informationen der Rundfunk zur Verfügung steht und den Parteien in Rede und Gegenrede in einer funktisch möglichen aber parteipolitisch ausgeglichenen Form freizugeben ist. Es ist unmöglich, anzuerkennen, daß eine Oppositionspartei hier der Regierung gleichgestellt ist. (Beifall) Die Opposition, die sich aus mehreren Parteien zusammensetzt, steht der Koalition und ihrer Zusammensetzung aus verschiedenen Parteien gegenüber. Die SPD ist eine solche Partei, wenn auch die größte der Opposition. Sie kann nicht beanspruchen, der Regierung gleichgestellt zu werden. (Beifall) Sie ist eine Partei, so wie auch andere große Parteien. Daß ferner der Rundfunk keine Zensurstelle ist, das sagen zu müssen, sollte überflüssig sein, ist es aber leider nicht. Die Überparteilichkeit ist eine Grundforderung, auf deren Erfüllung wir nicht bloß drängen müssen, sondern die wir auch ständig überwachen müssen. Wir als Partei haben die Pflicht, uns mit allen Erscheinungen und Vorgängen auf dem neuen und in schneller Entwicklung begriffenen Gebiet des Rundfunks in Föhlung zu halten. Wir würden es darum für richtig halten und empfehlen der Partei, bei der Bundesgeschäftsstelle unverzüglich ein selbständiges, hinreichend ausgestattetes Referat „Rundfunk“ einzurichten. Den Mitgliedern der Partei legen wir nahe, den Rundfunk selbst zu überwachen und sich zu beschweren, sobald sie eine Bevorzugung einer Partei erkennen.

Zum Schluß möchte ich Ihnen noch sagen, daß wir es auch für notwendig halten, daß der staatspolitischen Unterrichtung in den Schulen ein größerer Raum zugebilligt wird. Er ist notwendig, weil nur auf diese Weise die Jugend von der Notwendigkeit einer lebendigen Mitarbeit im Staate erzogen werden kann. (Beifall)

Bundestagsabg. Etzel / Ausschuß für Wirtschaftspolitik:

Heute morgen hat hier an dieser Stelle der Herr Vorsitzende der Bundestagsfraktion der CDU, Herr Dr. von Brentano, ausgesprochen, daß die Fraktion nicht im luftleeren Raum arbeiten dürfe. Und der Herr Kollege Simpfendörfer hat später gesagt, die Fraktion habe das Vertrauen der Partei. Ich darf, so sehr uns eine solche Erklärung freut, vielleicht doch in Zweifel ziehen, ob die Fraktion, der auch ich angehöre, wirklich in allen Dingen das Vertrauen der Partei hat. Aber ich meine, und hier komme ich zur Ausschubarbeit, es ist notwendig, daß die Partei arbeitsfähige Ausschüsse besitzt, welche diese Isolierung der Bundestagsfraktion aufheben und aus einer echten Herausarbeitung des Willens der Partei der Bundestagsfraktion und auch den Fraktionen der Länderparlamente Richtung und Inhalt ihres politischen Handelns weitgehend geben, wenn letzten Endes der Abgeordnete in seiner Entscheidung frei sein muß. Wir brauchen also solche Ausschüsse. Sie haben die Funktion, die notwendige Verbindung herzustellen, sie haben aber auch auf der anderen Seite die Aufgabe, in einem sachverständigen Kreis eine Meinung der Partei zu erarbeiten.

Hiervon ausgehend hat der Ausschuß für Wirtschaftspolitik zwar gern die Delegierten der Landesverbände in seinen Reihen auf-

genommen — das ist als Verbindung notwendig —, aber darüber hinaus hat er es aus sachlichen Gründen für richtig gehalten, in einem weiten Ausmaß sachverständige Menschen aus allen Zweigen der Wirtschaft zu kooptieren, um auf diese Art und Weise ein arbeitsfähiges Instrument für unsere Arbeit zu bekommen. Wir haben darüber hinaus zu unserer Arbeit einige namhafte Vertreter der deutschen Wirtschaftswissenschaften hinzugezogen, weil wir der Auffassung sind, daß man in der Hast der Tagespolitik diese Politiker in einer wissenschaftlichen Beratung nicht entbehren kann. Schließlich haben wir auch einige Herren der Wirtschaftspresse aufgenommen. Die Gründung des Ausschusses erfolgte frühzeitig. Neben dem Vorsitzenden wurden zwei stellvertretende Vorsitzende, ein geschäftsführender Vorsitzender und ein geschäftsführender Vorstand bestellt. Auch einige Unterausschüsse wurden gebildet, die als Aufgabe haben, diejenigen Arbeitsgebiete, die in unserer Parteiarbeit noch sehr brach liegen, laufend zu bearbeiten. Ich nenne die Unterausschüsse für Verkehrswesen, zur Neuordnung der Grundstoffindustrien, ein Unterausschuß Finanzen, Steuern, Geld und Kredit und ein Unterausschuß Handwerk und Handel.

Die Aufgabe des Ausschusses für Wirtschaftspolitik ist vielgestaltig. Wir haben uns mit der allgemeinen Wirtschaftsordnung befaßt, mit den Fragen eines verstärkten Produktionsvolumens, mit den Grenzen des Sozialaufwandes, einer richtigen Außenhandelspolitik und der Abstimmung der Ernährungswirtschaft zur gewerblichen Wirtschaft. Wir müssen uns befassen mit den Fragen Geld und Kredit einer echten Finanzpolitik. Wir haben schon gehört, daß wir uns befassen müssen mit der Neuordnung der Grundstoffindustrie. Wir müssen uns auch kümmern um volkswirtschaftliche Aufklärung, Ost-West-Handel, Nothilfe Berlin, Grenzlandfragen, Notfragen. Einige wenige Arbeiten, die wir geleistet und zu denen wir Stellung genommen haben, will ich andeuten.

Durch eine genaue statistische Erfassung haben wir uns bemüht, festzustellen, auf welchen Status unsere Wirtschaftspolitik gekommen ist und inwieweit sie geeignet war, dem Wohle unseres Volkes zu dienen. Alles, was wir im Volke zu verteilen haben — gleichgültig ob Staatsbedarf, Sozial- oder Normalbedarf — muß ja zunächst in der Wirtschaft erarbeitet werden. Wir haben heute morgen hier eine ganze Parade stolzer Erfolge gehört, aber es ist auch notwendig, diese Dinge nach draußen bekanntzugeben. Dabei stoßen wir auf den bereits mehrfach erwähnten Mangel an Publizistik. Wir haben in weiten Kreisen unserer Partei gewissermaßen Angst vor unseren eigenen Erfolgen. Wenn wir den Mut zum Bekenntnis dieser Erfolge hätten und demzufolge unsere Mitglieder davon wüßten, dann könnten wir in einem ganz anderen Maße als bisher vor der Öffentlichkeit den politischen Kampf bestehen. Wir haben daher in einer Arbeitstagung vor 14 Tagen in Unkel beschlossen, von der Partei zu verlangen, daß auf Parteiebene ein Organ geschaffen wird, welches sich mit nichts anderem als mit der Publizistik befaßt. (Beifall) Da solche Forderungen laufend gestellt wurden und werden, bisher aber nicht erfüllt worden sind, haben wir — ich darf das in aller Deutlichkeit aussprechen — gesagt: Wenn die Voraussetzungen dafür bis zum 31. 12. 1951 nicht geschaffen sind, sehen wir uns zu unserem Bedauern gezwungen, unsere Mitarbeit einzustellen. Ich glaube, man muß so etwas sagen, damit wir endlich einmal die entsprechenden Unterlagen bekommen.

Wir müssen uns in unserer Arbeit besonders mit den Menschen befassen, die im Schatten leben, wie es Herr Minister Lübke heute morgen

gesagt hat. Wir haben bisher mit unserer Arbeit vielen selbständigen Berufen und den industriellen Arbeitern geholfen; aber eine breite Schicht von Menschen, die man als die sogenannten Kleinbürgerlichen bezeichnet, nämlich Beamte, Angestellte, Sozialrentner usw., die uns auch ihr Vertrauen gegeben haben, sind ganz entschieden zurückgeblieben. Wir haben daher die Forderung aufgestellt, daß die von der Volkswirtschaft hervorgebrachten zusätzlichen Leistungen in erster Linie dieser Schicht zugute kommen müssen. (Beifall) Wir müssen uns auch mit der Mittelstandspolitik befassen; denn wir sind der Meinung, daß gerade der Mittelstand ein Bollwerk gegen den Kollektivismus ist. (Beifall) Wir sind eine Partei, der die Kreise des Mittelstandes ihr Vertrauen gegeben haben. Wir haben aber den Eindruck, daß wir hier den notwendigen Belangen nicht immer Genüge getan haben. Ich denke dabei an den Haus- und Grundbesitz, aber auch an den Handel und das Handwerk. Hier der Regierung laufend Vorschläge zu unterbreiten, erscheint uns als eine wichtige und notwendige Aufgabe.

Wir haben auch etwas sehr Entscheidendes über die Weiterentwicklung der Wirtschaftspolitik in unserem Ausschuß gesagt. Wir wollen nämlich Schluß machen mit der leider in der letzten Zeit entstandenen Drosselung der Ausweitung des Sozialproduktes. Es ist nicht gleichgültig, ob wir von einer Basis von 100 Milliarden oder von 120 Milliarden aus unsere Aufgaben vornehmen. Ich denke hier an die Engpässe in den Grundstoffindustrien, an die notwendigen Kreditrestriktionen und auch an die Steuerlasten. Diese Dinge müssen in Richtung auf einen Durchbruch zu einer neuen Expansion überwunden werden. In dieser Richtung haben wir bereits sehr konkrete Vorstellungen über den weiteren Weg der Wirtschaftspolitik erarbeitet.

Ein Wort zum Verhältnis Wirtschaft und Finanzen. Es ist in der deutschen Öffentlichkeit sehr oft die Rede von dem Gegensatz Erhard — Schäffer gewesen. Wir haben heute morgen mit Recht beiden Herren großen Beifall gewidmet. Es sind beide markante Persönlichkeiten. Ich bin der Meinung, daß es unbedingt notwendig ist, zwischen beiden Herren — deren Gegensätzlichkeiten nach meiner Auffassung darin bestehen, daß der eine mehr volkswirtschaftlich und der andere mehr fiskalisch denken muß — eine Koordinierung in beiderseitigem Sinne zu finden, auf der einen Seite Ausgleicheung des Haushaltes, auf der anderen Seite Ausdehnung des Sozialproduktes.

Abschließend möchte ich ein Wort zur Mitbestimmung sagen; denn auch das ist sehr wichtig. Wir haben in unserem Ausschuß uns über die Frage der Mitbestimmung und der Ordnung in den Grundstoffindustrien unterhalten und dann Stellung zu den programmatischen Erklärungen der Partei genommen. Ich nenne hier ausdrücklich das Ahlener Programm und die Düsseldorfer Leitsätze. Hier müssen wir sagen, daß ein Teil der damaligen Forderungen erfüllt und ein anderer Teil unerfüllt ist. Wir können aber nicht anerkennen, daß mit dem Mitbestimmungsrecht das Ahlener Programm erledigt sein soll. Das haben wir ausdrücklich festgestellt: Es sind Wege gegangen worden, an die damals nicht gedacht wurde. Es waren aber die beiden Tage, die wir hier zur Verfügung hatten, nicht ausreichend, die ganze Problematik nach allen Seiten hin zu klären. Wir sind aber der Meinung, daß aus unserer gemeinsamen christlichen Verpflichtung heraus wir in die Lage versetzt werden, diese schwierigen Dinge einer praktischen Lösung zuzuführen. In diesem Sinne haben wir uns zu der

Erklärung bekannt, die der Herr Kollege Albers heute morgen vorgetragen hat. Ich bitte nun die Landesverbände, ihrerseits Landeswirtschaftsausschüsse aufzustellen, damit diese unsere Arbeit hinaus ins Land tragen. (Lebhafter Beifall).

Herr Karsch / Kriegsoffer-Ausschuß:

Das Kriegsofferproblem war nach dem Zusammenbruch zu einem der schwierigsten sozialpolitischen Probleme geworden. Vier Millionen Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene mit ihren Familien warteten jahrelang auf die Schaffung eines Gesetzes, das ihrer Not und Sorge ein Ende bereiten sollte. Mit großer Befriedigung stellten die Kriegsoffer fest, daß die Bundesregierung dem Kriegsofferproblem die Priorität eingeräumt hatte. Gemeinsam mit Partei, Bundesregierung und Bundestagsfraktion arbeiteten verantwortungsbewußte Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene unserer Partei an der Lösung der ihnen gestellten schweren Aufgabe.

Zu unserem Bedauern gelang es mit der Schaffung des Bundesversorgungsgesetzes noch nicht, alle Mängel und Härten zu beseitigen. Das BVG wurde vom Bundestag geschaffen und verabschiedet. Die Verwaltungsvorschriften zu diesem Gesetz erließ der Bundesrat. Durchführung von Gesetz und Verwaltungsvorschriften sind Angelegenheit der Länder. Diese dreifache Unterteilung der Aufgaben hatte zur Folge, daß der Wille des Gesetzgebers nicht immer verwirklicht wurde. In den einzelnen Ländern des Bundesgebietes wird das Gesetz verschieden ausgelegt. Hierdurch hervorgerufene Mängel und Ungerechtigkeiten führten zu starker, berechtigter Unzufriedenheit. Diese Tatsache veranlaßte den Bundeskriegsofferausschuß, die Schaffung einer Hauptabteilung im Bundesministerium für Arbeit zu fordern, der das Weisungsrecht an die Länderverwaltungen zusteht. Schon im vergangenen Jahre wurde mit der Ausarbeitung eines Verfahrensgesetzes sowie eines Gesetzes über die Versorgungsgerechtigbarkeit begonnen. Leider liegt bis heute dem Bundestag keines von beiden zur Beratung vor.

Auf weitere Mängel und Härten, deren schnellste Beseitigung erforderlich ist, gestatten wir uns, den Bundesparteitag in einer entsprechenden Entschließung hinzuweisen. Das Rentenzulagegesetz sowie die Teuerungszuschläge zu Löhnen und Gehältern in Industrie und Wirtschaft machen die Erhöhung der Einkommensgrenze des BVG zu einer dringenden Notwendigkeit. Es ist für die Kriegsoffer unverständlich, daß die den Arbeitnehmern gewährten Teuerungszuschläge bei ihnen zu einer Herabsetzung der Ausgleichsrente führen und somit für sie illusorisch werden. Die Herabsetzung der Ausgleichsrenten führt zu einer starken Entlastung des Haushaltsetats der Kriegsofferversorgung. Der Nutzen der Teuerungszuschläge, die eine Anpassung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten bedeuten, fließt somit bei den Kriegsoffern dem Staate zu.

Neben der Versorgung der Kriegsoffer steht die Beschaffung von Arbeitsplätzen im Vordergrund. Nur eine geeignete Arbeit kann ihnen Zufriedenheit und das Bewußtsein, ein nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu sein, geben. Das nach dem Ersten Weltkrieg geschaffene Beschäftigungsgesetz für Schwerbeschädigte ist überaltert und muß durch ein neues, den heutigen Verhältnissen angepaßtes, ersetzt werden. Auf diese Regelung warten die Kriegsoffer schon seit Kriegsende. Kompetenzstreitigkeiten innerhalb der Behörden verhinderten bis heute die Herausgabe des Gesetzes.

Die Entschließung wird unter starkem Beifall verlesen. (Siehe Seite 173)

Bundestagsabg. Dr. Kather / Vertriebenen-Ausschuß:

Zunächst habe ich als Vorsitzender des Vertriebenenausschusses, aber noch mehr als Vorsitzender des Landesverbandes der Gebiete jenseits der Oder-Neiße, eine Herzenspflicht zu erfüllen und dem Herrn Bundeskanzler dafür zu danken, daß er neulich in Berlin und auch gestern mit letzter Klarheit zum Ausdruck gebracht hat, daß unsere Heimat immer noch zu Deutschland gehört. (Starker Beifall) Ich habe etwas hinzuzufügen und glaube auch da in Übereinstimmung mit dem Herrn Bundeskanzler zu sein. Wir sind sicherlich alle davon überzeugt, daß unsere sudetendeutschen Schicksalsgefährten einen unbestreitbaren Anspruch darauf haben, ihre Heimat, die seit tausend Jahren deutsch war, wieder in Frieden und Freiheit zu bewohnen. (Starker Beifall)

Der Ausschuß der Vertriebenen hat eine Entscheidung in sechs Punkten in knapper Kürze einstimmig gefaßt, die ich Ihnen jetzt vortragen werde.

1. Die sofortige Erhöhung der Unterhaltshilfssätze um 25 % ist vorzüglich. (Beifall)

Wir halten die vom Finanzministerium vorgesehenen Sätze nicht für ausreichend im Hinblick auf die eingetretene Teuerung, im Hinblick auf die vorgenommenen anderen Erhöhungen und im Hinblick auf die politische Gefahr, daß im Bundestag doch die unzureichenden Sätze zum Ziele kommen und dann der Nutzeffekt unseres Vorgehens verlorengeht.

Die Entnahme der erforderlichen Mittel aus dem Soforthilfefonds für das laufende Etatjahr darf nur darlehnsweise erfolgen.

Es besteht Übereinstimmung, daß hier eine Aufgabe des allgemeinen Etats zu erfüllen ist. Die Mittel sind nicht da, und wir sind damit einverstanden, daß sie vorübergehend aus dem Soforthilfefonds genommen werden. Aber principiis obsta, und deshalb dieser Vorschlag.

Eine generelle Stundung der Soforthilfeabgabe ohne Rücksicht auf die Höhe des Vermögens ist abzulehnen.

Das heißt, daß wir mit einer Stundung bei kleineren Vermögen einverstanden sind. Darüber hinaus halten wir sie nicht für politisch vertretbar.

2. Bei der bevorstehenden endgültigen Gestaltung des Schadensfeststellungsgesetzes ist die notwendige Mitwirkung der Geschädigtenverbände durch Bereitstellung der erforderlichen Mittel sicherzustellen. Die Begründung habe ich am Vormittag gegeben.

3. Die beschleunigte Verabschiedung des Lastenausgleichsgesetzes ist eine politische Notwendigkeit ersten Ranges. (Beifall) Der Lastenausgleich muß im Grundsätzlichen gerichtet sein auf Wiederherstellung des zerstörten oder verlorengegangenen Eigentums im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen. Der überaus große Geldbedarf für die dringenden Aufgaben der ersten Jahre muß auf jedem möglichen Wege und durch alle erdenkbaren Maßnahmen sichergestellt werden.

Es ist nicht die einzige konkrete Forderung, die wir zum Lastenausgleich erhoben haben. Wir haben schon heute vormittag von der großen Zahl unserer Bauern gehört und den anderen Gruppen, für die wir etwas tun müssen. Wenn wir bei den bisherigen Vorschlägen bleiben, behalten wir für diese Aufgaben nicht die notwendigen Mittel, und das ganze Unternehmen muß zu einem Fehlschlag werden.

4. Die vom Bundestag soeben verabschiedete Besoldungsreform schließt die Ruhestandsbeamten, die unter das Gesetz zum Art. 131 GG fallen, von der beschlossenen Ruhegehaltserhöhung aus. Darin liegt ein Verstoß gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit und die Grundlagen des Berufs-

beamtentums. Diese Regelung ist auch unvereinbar mit dem Grundgesetz und kann daher nicht bestehen bleiben. (Beifall)

5. Bei der bevorstehenden Bildung des Bundeswirtschaftsrates muß eine angemessene Vertretung der Vertriebenen eingebaut werden.

6. Die Ausschaltung der Sowjetzonen-Flüchtlinge bei der Soforthilfe und in der bisherigen Vertriebenen-Gesetzgebung hat in vielen Fällen zu unbilligen Härten geführt. Bei der künftigen Gesetzgebung muß diese Gruppe Berücksichtigung finden und in der Betreuung den Vertriebenen gleichgestellt werden. (Beifall)

Zum Vertriebenengesetz haben wir keine Entschliebung gemacht, weil dieses in den von mir geleiteten Ausschuß kommt und es meine Sorge sein wird, es so schnell wie möglich zu verabschieden.

Diese Entschliebung ist nicht nur einstimmig gefaßt worden, sondern in Übereinstimmung mit dem Herrn Bundesminister für Vertriebene aufgestellt worden. Ich darf dann weiter sagen, daß sie auch als Manifestation übereinstimmenden Willens aller geschädigten Organisationen angesehen werden kann. Das sollte von allen zuständigen Stellen mit großem Nachdruck und Ernst geprüft und gewürdigt werden. Wir haben keine einseitige Interessentenpolitik getrieben und sind uns der Verantwortung gegenüber dem Ganzen durchaus bewußt geblieben. Daß diese Forderungen erfüllt werden, sind wir nicht nur unseren grundsätzlichen Einstellungen schuldig, das ist auch ein Gebot der Selbsterhaltung. Jeder politisch Einsichtige weiß, daß bei den kommenden Entscheidungen die Stimmen der Vertriebenen und Geschädigten ausschlaggebend ins Gewicht fallen werden.

Ich hatte Gelegenheit, mit anderen zusammen in Finnland den dortigen Lastenausgleich zu studieren. Gewiß kann man die Verhältnisse nicht einfach übertragen, das sehen wir ein. Aber immerhin Dinge wie Entschlossenheit, Opferbereitschaft, unbürokratisches Zupacken und Ausnutzung der letzten wirtschaftlichen Möglichkeiten, das sollte auch hier möglich sein. Wir sollten uns bemühen, denselben Erfolg herbeizuführen, den das finnische Volk gehabt hat, indem es durch diese Maßnahmen sich den sozialen Frieden erhalten und gesichert hat. (Beifall)

General a. D. Krüger / Ausschuß ehemaliger Berufssoldaten:

Der Ausschuß für ehemalige Berufssoldaten ist als neue Gruppe zu den anderen Ausschüssen hinzugetreten. Unsere Beratungen in diesen Tagen hier in Karlsruhe waren angesichts der lebhaften Anteilnahme, auch aus den Kreisen der ehemaligen Berufssoldaten, ein überzeugender Beweis dafür, daß gewisse Parteien sich zu Unrecht als besondere Anwälte der ehemaligen Soldaten feiern lassen. Es sei nebenbei bemerkt, daß in unserem CDU-Ausschuß ehemaliger Berufssoldaten alle Rangstufen vertreten sind, und daß ihm auch mehrere von den jetzt so oft und vielbesprochenen Generalen angehören. (Bravorufe) Wir hatten es auch nicht nötig, nachträglich einige Gefreite oder Unteroffiziere als Konzessionsschulzen hinzuzubitten. Sie waren von Anfang an da. (Beifall)

Wir haben in diesen Tagen aus allen Teilen des Bundesgebietes ergreifende Berichte darüber erhalten, in welcher schwierigen Lage sich noch der Hauptteil der Angehörigen unseres alten Berufsstandes, besonders die Witwen und Waisen, befindet, des Berufsstandes, der befohlen diffamiert und darüber hinaus bewußt verfemt wurde.

In den hinter uns liegenden Beratungen haben wir einerseits untersucht, welche Vorschläge wir machen dürfen, sollen und müssen, um die soziale Lage dieses Berufsstandes zu bessern, andererseits erwogen, wie wir aus unserem alten Berufsethos die besten Werte hinüber-

retten können zu dem für unsere Jugend notwendigen Idealismus. Wir wollen mit beitragen zur Klärung der Begriffe und Formen, zum Beispiel Militarismus, Soldatenbünde, 20. Juli. Daraufhin unsere kurze Erklärung:

Soldaten und soldatische Haltung sind mit Militarismus nicht zu verwechseln. (Starker Beifall) Militarismus ist eine krankhafte Geisteshaltung, (Erneut starker Beifall) die ihre Ziele im Leben mit rücksichtsloser Gewalt durchzusetzen versucht durch Unterdrückung der Mitmenschen und unter Anwendung brutaler Formen. Der Militarist kann in allen Berufsständen vertreten sein. (Sehr gut)

Wir begrüßen den Verband deutscher Soldaten (VDS) wohl-gemerkt als Zusammenschluß zur Pflege der Kameradschaft, der Tradition und zum Schutz der Ehre des deutschen Soldaten. Und wenn die letzten Zeitungsmeldungen, die ich eben bekommen habe, stimmen, muß ich ausdrücklich betont nuanciert hinzufügen: nur derjenigen Soldaten, die bestrebt sind, dem deutschen Volk und seiner demokratischen Verfassung zu dienen. (Starker Beifall)

Wir bekennen uns zu einem deutschen Verteidigungsbeitrag zur Sicherung des Friedens in Europa in dem von dem Herrn Bundeskanzler gestern vertretenen Sinne.

Wir treten ein für die berechtigten Forderungen der ehemaligen Berufssoldaten und ihrer Hinterbliebenen. Es wird anerkannt, daß unsere Regierung mit der Schaffung des 131er Gesetzes den wesentlichen Schritt zur Regelung der staatlichen Verpflichtung gegenüber diesem Berufsstand gemacht hat. Wir sind bereit und willens, an der Ausmerzung der im Gesetz noch bestehenden Härten mitzuarbeiten und auch insbesondere für die gleichartige Durchführung dieses Gesetzes in Westberlin einzutreten. (Beifall)

Herr Lünendonk / Ausschuß für Sozialpolitik:

Zum Unterschied der Sozialausschüsse, die die Organisation zur Wahrnehmung berechtigter Interessen der christlich demokratischen Arbeitnehmerschaft darstellt, ist der Sozialpolitische Ausschuß nicht nur zusammengesetzt aus Arbeitnehmern, sondern aus Vertretern aller Berufsgruppen und Stände. Der Sozialpolitische Ausschuß hat infolgedessen besondere Aufgaben zu erfüllen.

Sozialpolitik hat die Aufgabe, die in der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung auftretenden Spannungen und Unebenheiten zu beseitigen oder zu mildern oder in weitergehendem Maße, wenn notwendig, an der Neugestaltung der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung mitzuwirken und damit auch sozialreformerisch tätig zu werden und soziale Gerechtigkeit zu üben, um so zur Harmonisierung aller Stände und Berufe im Interesse des Gemeinwohls beizutragen. Wir müssen das Ganze sehen. Das Ganze muß fürsorglich und verantwortlich in der Wechselbezogenheit zu seinen Gliedern stehen und die Glieder zum Ganzen. Der Sozialpolitische Ausschuß der CDU hat entscheidend für eine Politik des Ausgleichs, nicht in der Form eines schwächlichen Kompromisses, sondern in der Form einer echten substantiellen Politik der Mitte einzutreten. (Beifall) Überzeitliche Grundsätze und Prinzipien müssen als verpflichtende Norm auch in der praktischen Sozialpolitik gelten. In Fragen der Zweckmäßigkeit, der Nützlichkeit und der Organisation aber sollen wir keine Prinzipien doktrinär vertreten, sondern solche Fragen mit Sachverstand behandeln. Eine Sache ist vielfach das, was man aus ihr macht. Organisationsfragen werden heute vielfach überbetont vertreten nicht immer um der Sache willen, sondern es werden zu viele Organisationen geschaffen, um zu den entsprechenden Positionen zu kommen. (Beifall) Für meine Person vertrete ich die Über-

zeugung, daß an erster Stelle die Sache als solche stehen muß. Organisationsfragen sind Fragen sekundärer Ordnung.

Der Sozialpolitische Ausschuß anerkennt die seit 1949 von der CDU auf Bundesebene eingeleitete und durch die Bundestagsfraktion im wesentlichen bestimmte und in der Gesetzgebung verankerte Sozialpolitik. Sie ist im Interesse der sozialen Befriedung unseres Volkes mit Nachdruck fortzusetzen. Die durch die Not in unserem Volke notwendigen Sozialaufwendungen sind im Verhältnis zum Sozialprodukt zu einer schweren, fast unerträglichen Belastung geworden. Die durch den verlorenen Krieg zwangsläufig anfallenden Lasten können auf die Dauer nur getragen werden, wenn a) Deutschland baldigst die volle wirtschaftliche Freiheit gewährt wird, damit seine Produktion erhöht und ausgeweitet und dadurch die Zahl der Arbeitsplätze vermehrt und die Arbeitslosigkeit beseitigt werden kann;

b) die Sozialpolitik die Aufgabe löst, den wahrhaft notleidenden und schicksalhaft bedingt Erwerbs- und Arbeitsunfähigen, den Waisen und Alten eine wirksame und fühlbare Hilfe zu geben. Vornehmstes Ziel der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik ist, den Menschen einen Arbeitsplatz und sie für die Wechselfälle des Lebens durch eine gut fundierte und ausgebaute Sozialversicherung zu sichern.

Wir müssen wieder dazu kommen, daß die von Arbeit durchfurchten, zum Gebet gefalteten und damit veredelten Hände geehrt und geachtet werden, und der Mensch, der ein Leben lang seine Pflicht getan hat, einen Rechtsanspruch auf einen gesicherten Lebensabend erhält. (Beifall)

Von Bundesregierung und Fraktion erwartet der Parteitag, daß die Beratungen über die Schaffung eines Betriebsverfassungsgesetzes ernsthaft vorangetrieben werden, da die gesamte deutsche Öffentlichkeit eine baldige gesetzliche Regelung des Mitbestimmungsrechtes auf betrieblicher wie auch auf überbetrieblicher Ebene im Interesse der Wirtschaft für dringend erforderlich hält. Zum Inhalt dieses Gesetzes vertritt der Ausschuß für Sozialpolitik die Auffassung, daß das Mitbestimmungsrecht je nach der Größe der einzelnen Betriebe Differenzierungen aufweisen muß. Den Minderheiten in den Betrieben ist eine entsprechende Vertretung im Betriebsrat gesetzlich einzuräumen und durch ein entsprechendes Wahlsystem zu ermöglichen. (Beifall) Das Mitbestimmungsrecht — das möchte ich als Auffassung des Sozialpolitischen Ausschusses ganz besonders herausstellen — auf der betrieblichen Ebene ist in erster Linie von Betriebsangehörigen wahrzunehmen. (Beifall) Das Problem der überbetrieblichen Mitbestimmung muß ebenfalls schon im Hinblick darauf, daß endlich die bestehenden Spannungen in unserem Volke weitgehend beseitigt werden, einer baldigen Lösung zugeführt werden.

Förderung und Schutz des Handwerks, der Landwirtschaft und der freien Berufe müssen ebenso wie die berechtigten Belange der Arbeitnehmerschaft unter Berücksichtigung des Gemeinwohles erstes Anliegen der CDU sein. (Beifall)

Der Parteitag bejaht die Notwendigkeit der Einführung von Kinderbeihilfen. Bei der Bejahung für die Kinderbeihilfen steht im Vordergrund die Sorge um die Erhöhung des Lebensniveaus, d. h. die Sicherung eines menschenwürdigen Daseins für die Kinder und für die kinderreiche Familie. Die Familie ist als Ursprungszelle des Volkes und der menschlichen Gesellschaft nicht nur in ihrem Bestand zu schützen, sondern zu fördern. Echte eigene Verantwortung und eigene Leistung der Eltern sollen nicht geschwächt, sondern gestärkt werden. Für die kinderreiche Familie bedarf der Leistungslohn aber einer Ergänzung. Einen Weg zur Befriedigung der

notwendigen Bedürfnisse kinderreicher Familien bietet die Schaffung von Familienausgleichskassen.

Mit Sorge beobachtet der Bundesausschuß für Sozialpolitik der CDU die Entwicklung der Preise des lebensnotwendigen Güterbedarfs. Von Bundesregierung und Bundestagsfraktion, insbesondere aber von den verantwortlichen Länderregierungen wird erwartet, daß entsprechende Maßnahmen getroffen werden, um endlich ein weiteres unberechtigtes Ansteigen der Preise zu verhindern. Der Sozialpolitische Ausschuß bringt der Bundesregierung das ernste Anliegen nahe, für eine ausreichende Kohlenversorgung für den Winter zu sorgen.

Ich möchte sagen, daß wir uns bei allen Überlegungen auf dem Boden der Wirklichkeit halten müssen. Zwischen dem Ideal und der Wirklichkeit, zwischen dem Ziel und den Möglichkeiten muß der Politiker, insbesondere der Sozialpolitiker, sich mühsam einen Weg bahnen. Diesen Weg können wir nur gehen in minutiöser Kleinarbeit, indem wir mit Mut die Probleme konkret anpacken.

Bundestagsabg. Lücke / Ausschuß Wohnungsbau:

Es ist nicht erforderlich, die Aufgaben des Wohnungsbaues noch einzeln zu begründen. Das ist vom Herrn Bundeskanzler und unserem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Dr. von Brentano, ausreichend geschehen. Ich habe hier lediglich die Ehre, Ihnen Richtlinien bekanntzugeben, die von den Sozialausschüssen und anderen Arbeitsausschüssen dieses Bundesparteitages erarbeitet wurden und deren Beschlußfassung ich Ihnen empfehlen möchte.

Fünf Millionen Wohnungen müssen noch erstellt werden, um den dringendsten Wohnungsbedarf in Deutschland zu decken. Der Bundesparteitag der CDU stellt mit Sorge fest, daß der soziale Wohnungsbau infolge der steigenden Belastungen des Bundeshaushaltes, der sich versteifenden Situation auf dem Kapitalmarkt und der Preisentwicklung im Bausektor in Gefahr steht, im kommenden Jahre gegenüber den Zielsetzungen des Ersten Wohnungsbaugesetzes zurückzubleiben.

Der Bundesparteitag sieht sich daher veranlaßt, mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß der soziale Wohnungsbau nach wie vor Volksaufgabe Nr. 1 ist, die auch im kommenden Jahre den Vorrang vor anderen dringlichen Aufgaben zu beanspruchen hat. Dabei ist von größter Bedeutung, wie gebaut wird.

Der Bundesparteitag legt hierzu Richtlinien fest (siehe Seite 169).

Es wird darauf ankommen, das, was im Wohnungsbau so ausgezeichnet begonnen und in den letzten beiden Jahren zu einem guten Erfolg geführt werden konnte, in den kommenden Jahren ebenso fortzuführen. Es muß erreicht werden, daß der Wohnungsbau in seiner besonderen Bedeutung auch in den kommenden Jahren gesehen wird. Dabei sollten wir als christliche Demokraten in besonderer Weise den Grundsatz beachten, daß Deutschland wieder zu einem Land der Heimstätten wird, daß wir von der Mietwohnung in steigendem Maße zu einem persönlichen Eigentum für die entwurzelten Schichten unseres Volkes kommen.

Herr Bitter / Kommunalpolitische Vereinigung:

Die Kommunalpolitische Vereinigung schätzt sich in der glücklichen Lage, in den Tagen ihres Hierseins das ausgezeichnete Grundsatzreferat des Vorsitzenden des Bundesausschusses für den Wiederaufbau und Wohnungswesen, des Herrn Abgeordneten Lücke, zur Wohnungsbaufrage gehört zu haben. Die von uns erarbeitete EntschlieÙung, zu denen speziell die kommunalpolitischen Körperschaften besonders berufen und ermächtigt sein dürften, hat in dankenswerter Weise auch die Zustimmung des Sozialausschusses

gefunden. Wir beglückwünschen unseren Parteifreund Lücke, daß es ihm gelungen ist, in seiner starken Initiative in der Wohnungsbaufrage in allen Parteigremien stärksten Widerhall zu finden. Wir sind vor allem erfreut, daß der Herr Bundeskanzler in seinem gestrigen Referat der Wohnungsbaufrage den ihr gebührenden Raum schenkte und damit der grundsätzlichen Forderung nach Errichtung familiengerechter Heime, des Eigenheims und der Siedlung, allen Nachdruck verliehen hat. Daß die Herren Ministerpräsident Arnold, Dr. Holzappel als stellvertretender Vorsitzender der Partei und der Fraktionsvorsitzende unserer Bundestagsfraktion, Dr. von Brentano, mit der gleichen Wärme zur selben Problematik sich zustimmend äußerten, läßt uns hoffen, daß der von der Bundesregierung auch für das kommende Jahr vorgesehene Betrag von 500 Millionen DM für den Wohnungsbau verfügbar bleibt.

Der Eigentumsgedanke unseres Volkes bleibt auf das stärkste gefährdet, wenn es uns nicht gelingt, dem Hausbesitz als wertvollen Staatserhaltungsfaktor gerecht zu werden, besonders hinsichtlich der Rentabilität der Altwohnungen. Wir sind insbesondere der Meinung, daß eine gewisse Anpassung der Altmieten bei dem heutigen Preisstand unausweichlich ist. Die Steigerung der Wirtschaftlichkeit des Hausbesitzes heißt praktisch neue Mittel für den Wohnungsbau freimachen und neue Wohnungen schaffen. Dabei muß selbstverständlich der gesetzliche Einbau ausreichender Schutzbestimmungen zugunsten der sozial schwachen Schichten berücksichtigt werden. In Ergänzung der Entschließung des Herrn Abgeordneten Lücke bitten wir deshalb, für einen weiteren Punkt dieser Entschließung Verständnis haben zu wollen. Wir führen aus: Die Frage einer gewissen Anpassung der Altmieten an den heutigen Preisstand sollte unter gleichzeitigem Einbau ausreichender Schutzbestimmungen zugunsten der sozial schwachen Schichten einer Lösung nahegebracht werden, durch welche die Wirtschaftlichkeit des Hausbesitzes gesteigert und neue Mittel für den Wohnungsbau freigemacht werden. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang insbesondere auch die Ausführungen, die der Herr Bundeskanzler zur Mittelstandspolitik im allgemeinen gemacht hat. Der Hausbesitz zählt innerhalb des Mittelstandes zu den Kräften, die im stärksten Maße im wohlverstandenen Sinne des Wortes als konservativ und daher staatserhaltend anzusprechen sind.

Die Kommunalpolitische Vereinigung nahm mit Befriedigung Kenntnis von grundsätzlichen Darlegungen der Frau Bundestagsabgeordneten Dr. Steinbiß zur Frage der Wohlfahrtspflege in unseren kommunalen Kollegien. Diese Ausführungen erfuhren durch die lebenswarmen Darlegungen des Herrn Bundestagsabgeordneten Kunze eine starke programmatische Vertiefung. Wir sind einmütig in der Ablehnung der Bildung von kommunalen Sozialämtern nach der Konzeption der SPD. Hier zeigt sich klar und eindeutig die Absicht, die Säkularisierung der Wohlfahrtspflege auf dem Wege eines kommunalen Zentralismus durchzusetzen. Wir bejahen demgegenüber mit heißem Herzen die segensreiche Arbeit der freien Liebestätigkeit, wie wir sie verkörpert sehen in den heroischen Leistungen des Caritasverbandes und der Inneren Mission. Wir warnen unsere Freunde in Stadt und Land nachdrücklichst vor den Menschen, die darauf abzielen, die Wohlfahrts-, Jugend- und Gesundheitsämter der Rathäuser zu parteipolitischen Zwecken mißbrauchen zu lassen. (Beifall) Wenn irgendwo, dann gilt bei der Familien- bzw. Bezirksfürsorge der Jugendarbeit und der Gesundheitspflege der Subsidiaritätsgedanke, d. h. daß alles das, was die Bürgerschaft aus eigener Initiative, aus eigener Kraft und aus christlicher Verantwortung in freier Liebestätigkeit selbst schaffen kann,

nicht Aufgabe der Gemeinden und des Staates ist. Es sollte neben der klaren Sicht auf das Grundsätzliche auch die nüchterne Überlegung der finanziellen Auswirkungen dieser tausend Sozialisierungs- und Kollektivierungstendenzen im Wohlfahrtswesen Maßstab und Richtung sein. Die kommunalpolitische Vereinigung fordert demgegenüber, daß überall in Stadt und Land die Verbände der freien Liebestätigkeit planmäßig in die praktische Fürsorge der Gemeinden miteinbezogen und durch angemessene Beihilfen seitens der Gemeinden gefördert werden. (Beifall)

Wir dürfen mit großer Freude und Genugtuung feststellen, daß in vierjähriger Bautätigkeit fast in allen Landesverbänden der Bundesrepublik kommunalpolitische Vereinigungen in zunehmender Belebung entstanden sind. Der Zusammenschluß auf Länderbasis hat sich als durchaus segensreich erwiesen. Die geistige Heranführung der Mandatsträger an ihr verantwortungsvolles Amt als Träger bürgerschaftlicher Selbstverwaltung machte sehr bald die Schaffung eines eigenen Organs zweckmäßig und notwendig. Wir sind stolz darauf, dem Parteitag heute sagen zu dürfen, daß in den von uns aus eigener Kraft geschaffenen „Kommunalpolitischen Blättern“ das kommunalpolitische Organ entstanden ist, dem keine andere Partei im Bundesgebiet ähnliches zur Seite stellen kann. (Beifall)

Für die Herausarbeitung von Leitsätzen über die praktische Kommunalarbeit ebenso wie für die kämpferische Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner bestimmt, haben sie inzwischen ihre dritte Auflage in vielen tausend Exemplaren erhalten und sind damit in die Hände der Kommunalvertreter im ganzen Bundesgebiet gekommen. Unsere Rundbriefe erfreuen sich in zunehmendem Maße der Wertschätzung der in der praktischen Agitation stehenden Mitarbeiter, insbesondere unserer Kreisgeschäftsführer. Ich nehme Gelegenheit, unsere Freunde in Baden und Württemberg zu bitten, besorgt zu sein, daß wir nicht von Karlsruhe gehen, ohne daß auch der Landesverband der kommunalpolitischen Vereinigung Baden-Württemberg entstanden ist. (Beifall)

Bundestagsabg. Majonika für die Junge Union:

Wenn ich mich hier im Namen der Ausschlußberichte zum Wort melde, tue ich das in dem Bewußtsein, einerseits eine besondere Gruppierung innerhalb der CDU zu repräsentieren, andererseits aber auch mit der notwendigen Erklärung, daß die Junge Union kein Spezialausschuß ist, sondern in sich die ganze Fülle und Spannweite der politischen Probleme trägt, die eben hier zur Sprache gekommen sind. Die Ergebnisse unserer Arbeit des Deutschland-Tages der Jungen Union beweisen dies. Ich darf dem Bundeskanzler ganz besonders herzlich dafür danken, daß er mit so überaus freundlichen Worten dies anerkannt hat.

Unsere Erklärungen zum Ahlener Programm, zur Staatspolitik, zur Verteidigungsfrage, zur Frage der Wahlbündnisse oder zur Wiedervereinigung Deutschlands, die wir nur im Rahmen eines vereinten und starken Europas für möglich halten, scheinen die Meinung dieser Versammlung zu sein. Deshalb brauche ich nicht mehr darauf einzugehen. Teilweise sind wir damals mißverstanden worden. Die Öffentlichkeit versteht eben oft nicht, daß wir eine Partei der geistigen Freiheit sind, die selbständige Gliederungen kennt. In unserem „Offenen Brief“ an den innenpolitischen Redakteur der „Süddeutschen Zeitung“ haben wir erklärt, daß sich die CDU und die Junge Union als eine große politische Familie fühlt, in der eine echte Auseinandersetzung deshalb gerade möglich ist, weil die Grundlagen unseres Zusammenhaltens über aller Tagesdiskussion stehen. Als Weltanschauungspartei hat die CDU ihre Wurzeln weit im vorparlamentarischen

Raum. Das steht in Verbindung mit Strömungen und Kräften in unserem Volke, die heute noch nicht ihre Form gefunden haben. Diese zur Entfaltung zu bringen, ist nicht zuletzt gerade die Aufgabe der Freunde in der Jungen Union. Man täusche sich nicht, wenn auch die meisten bekannten Persönlichkeiten unserer Partei einer anderen Altersstufe angehören. Gerade im letzten Jahr hat sich in entscheidendem Maße das Herculawachsen jüngerer Kräfte in Partei und Staat intensiviert. (Beifall)

Während sich unsere in der Verantwortung stehenden Persönlichkeiten in aufreibender Arbeit um die Liquidation der Folgen des größten Zusammenbruches in der deutschen Geschichte bemühen, um den Weg freizumachen für eine neue Entwicklung des deutschen Volkes, betrachten wir uns im besonderen Maße als Träger der deutschen Revolution. Auf uns, den heute jungen, wird morgen die Verantwortung lasten, dem heute Begonnenen bleibende Gestalt zu geben. Mit wacher und gespannter Haltung gehen wir dieser Zukunft entgegen. Darum berufen gerade wir uns auf den Glauben an einen im Christentum begründeten Sinn der Geschichte. Aus diesen Gedanken heraus glauben wir auch wieder an Deutschland. (Beifall) Trotz aller Rückschläge werden wir keinen Augenblick unsicher in dem uns beherrschenden Willen, dieses so oft irreführte Volk mit wahren Ethos zu erfüllen. Hier haben wir ein Anliegen an die Partei. Heute herrscht noch der Gruppenegoismus, die Staatsverdrossenheit in unserem Volk. Es gilt, echte christliche Persönlichkeit herauszustellen. Es geht uns nicht, wie man oft von uns sagt, um eine oberflächliche, quantitative Beteiligung in den Parteiorganen. Die Qualifikation der Parteiführung auf allen Stufen ist unser Anliegen. Das Verhältnis zwischen Jugend und Parteiführung muß sich in einer inneren Dynamik ausdrücken. Ich brauche nur auf unseren verehrten Bundeskanzler Dr. Adenauer, auf Bundestagspräsident Dr. Ehlers, auf Ministerpräsident Karl Arnold oder auf Namen wie von Brentano, Kiesinger, Würmeling, Tillmanns, Gerstenmayer und Wohleb hinzuweisen, um Sie zu überzeugen, daß es ein Generationsproblem im althergebrachten Sinne in der CDU gar nicht zu geben braucht. (Beifall) Nicht nur die hier genannten Männer, sondern viele andere auch sind Persönlichkeiten, die das Zusammenbringen aller Altersstufen in unserer Partei zustandebringen.

Wir haben allerdings Veranlassung zu der Aufforderung, daß man sich überall im Lande nach dieser Linie der grundsätzlichen Entwicklung in der Union richten möge. Ueberhaupt möchten wir, daß die echten Entwicklungsmöglichkeiten der Partei sich in organischer Form allen Parteistufen mitteilen. Die Voraussetzung hierfür ist eine geschmeidige Organisation. Hier liegt noch vieles im argen. Wir fordern deshalb: Die Parteiorganisation der CDU muß endlich die äußere Ausdrucksform ihres inneren Anliegens werden. (Starker Beifall) Darum betone ich mit besonderem Nachdruck und möchte es zum Antrag erheben: Das Plenum des Parteitages möge dem Bundesparteiausschuß den Auftrag erteilen, noch auf diesem Parteitag die Frage der aktiven politischen Führung zu entscheiden. (Starker Beifall) Unsere Erfahrungen haben uns bewiesen, daß solche Fragen nicht vertagt werden dürfen. Wir sind uns doch alle darüber klar, Goslar war ein Anfang, Karlsruhe muß eine Entscheidung bringen. (Beifall)

Präsident Frau Dr. Gröwel:

Ich kann Ihnen gleich darauf antworten, daß wahrscheinlich wirklich Karlsruhe noch eine Entscheidung werden wird. Ich habe eben die Mitteilung bekommen, daß im Anschluß an diese Sitzung heute abend eine Vorstandssitzung ist und eine halbe Stunde später Bundesparteiausschuß.

Thema: Vorstandswahl; Vorbesprechung für die Bundestagswahl und für die morgige Tagesordnung beide Punkte zur Vorbesprechung. Ich erteile jetzt Herrn Scharnberg das Wort zum Partei- und Wahlgesetz.

Bundestagsabg. Scharnberg / Ausschuß Parteien- und Wahlgesetz:

Der Ausschuß für das Wahlgesetz und das Parteiengesetz hat das Problem des Wahlrechts und alle damit in Zusammenhang stehenden Fragen erörtert. Einen Beschluß hat der Ausschuß noch nicht gefaßt, dazu ist das Problem zu komplex. Der Ausschuß betrachtet es nicht als seine Aufgabe, ein Gutachten zu erarbeiten, welches Wahlrecht ihm als das beste erscheint. Der Ausschuß hat sich vielmehr zum Ziel gesetzt, die Wahlrechtsfragen zu lösen, d. h. ein Wahlrecht zu empfehlen, das eine Mehrheit im Bundestag findet, und zwar möglichst eine große Mehrheit. Denn die Wahlrechtsfrage muß zur Ruhe kommen. Es geht nicht, daß alle vier Jahre das Wahlrecht geändert wird, wie es bei einigen Ländern geschieht, wobei nicht immer sachliche Gründe, sondern vielleicht auch unausgesprochene Zielsetzung besteht, für die jeweilige Regierung die Wahlchancen zu verbessern. Das ist ein Mißbrauch des Wahlrechts, der das Ansehen der demokratischen Idee untergräbt. Wünschenswert erscheint es, daß die Wahlrechte in Bund und Ländern angeglichen und die Wahltermine und Legislaturperioden möglichst in Einklang gebracht werden. Dies ist auch der Grund, weswegen es nötig ist, daß ein Ausschuß der Bundespartei und nicht etwa die Bundestagsfraktion die Initiative ergreift. Denn es ist nötig, daß von einer Stelle auf die Fraktionen des Bundestags und der Länderparlamente eingewirkt wird. Das Wahlrecht muß einfach und klar sein. Wahlrecht ist das demokratische Grundrecht des Bürgers. Jeder Bürger muß sein Wahlrecht und sein Wahlgesetz verstehen. Leider erfüllen die bestehenden Länderwahlrechte diese Voraussetzungen nicht, denn von ihnen kann man durchweg sagen, daß nur wenige diese Wahlgesetze verstehen.

Eine besonders wichtige Frage ist, wie die Kandidatenaufstellung erfolgt. Desswegen werden die Bestimmungen der Wahlgesetze mit den Bestimmungen des Parteiengesetzes in Einklang gebracht werden müssen. Noch eine Reihe anderer Fragen ist zu behandeln, wie z. B. die Fragen der Nachwahlen, der Wählbarkeit der Beamten und des Übertritts von Abgeordneten in das Beamtenverhältnis. Kurz gesagt: das Problem ist verwickelt, so daß der Ausschuß gestern und vorgestern das zweite Problem, nämlich das Parteiengesetz, nur am Rande behandeln konnte.

Die Sache ist aber eilig, denn wir müssen spätestens im Laufe des nächsten Jahres zur Lösung der Wahlrechtsfragen kommen. Der Ausschuß wird daher am 14. und 15. Dezember 1951 erneut zusammentreten. Bis dahin werden gewisse Formulierungen für Wahlrechte, die vielleicht in Betracht kommen könnten, angefertigt. Auch werden unverbindliche Fühlungnahmen mit anderen Parteien erfolgen. Im Januar wäre dann eine Zusammenkunft des Ausschusses mit den sachverständigen Vertretern der Fraktionen des Bundestages und der Länderparlamente nötig, um die Fragen, die mit der Koordinierung von Wahlrechten, Wahlterminen und Legislaturperioden zwischen Bund und Ländern zusammenhängen, zu erörtern.

Meine Bitte an die Landesverbände geht dahin, dafür zu sorgen, daß aus allen Ländern, soweit das nicht schon geschehen ist, sachverständige Vertreter für den Ausschuß benannt werden, die auch unter allen Umständen zu den Beratungen kommen. Die Arbeit des Ausschusses hat bei den ersten Tagungen, Mitte September und jetzt, darunter gelitten, daß eine Reihe von Ländern nicht vertreten war und daß beim zweitenmal bis

auf zwei Ausnahmen andere Herren kamen als das erstmal. Wahlrecht und Parteiengesetz sind Fundamente unserer politischen Parteien und damit der Demokratie. Die Aufgaben der beiden Gesetze bestehen, richtig verstanden, darin, die richtigen Männer an die richtigen Plätze im politischen Raum zu bringen. Es ist durchaus richtig, wenn die Wählergesellschaft kürzlich bei einer Tagung in Bonn den Satz prägte: Das Wahlrecht ist die Schicksalsfrage der politischen Parteien. (Beifall)

Prof. Dr. Stier / Kulturpolitischer Ausschuß:

Der Kulturpolitische Ausschuß der CDU Deutschlands konstituierte sich am 2. August dieses Jahres in Königswinter. Entsprechend seinem Beschlusse, für den Karlsruher Parteitag sich auf vier bedeutsame kulturpolitische Problemkreise zu beschränken, wurden die vier vorgesehenen Referate gehalten:

1. über das Elternrecht in allen seinen Verzweigungen: von Herrn Oberstudiendirektor Dr. Lauffs in Düsseldorf;
2. über die Erwachsenenbildung in ihrer zentralen Funktion für unsere Demokratie: von Herrn Bernhard Kaes, Leiter der Volkshochschule Duisburg; die Zusammenfassung dieses Referats ist vervielfältigt worden und wird Ihnen zugänglich gemacht;
3. über die Lage der anerkannten Privatschulen in der Bundesrepublik. Darüber hat Herr Dr. Westhoff vom Erzbischöflichen Ordinariat in Köln referiert. Und
4. über gesamtdeutsche Fragen auf Länderebene. Die beiden Referate sind referiert worden von Frau Kultusminister Teusch, Düsseldorf, und Herrn Dr. von Hansemann, Berlin.

Aus der lebhaften Aussprache kann ich jetzt unter dem Zwang der Zeit nur wenig sagen. Ich möchte erwähnen, daß man besonders hervorhob: die Bedeutung des Kulturpolitischen Ausschusses, der in Wirklichkeit so etwas wie das Gewissen unserer Partei zu sein habe. Im Unterschied zu anderen Parteien sind wir mit der Kulturpolitik aufs engste verbunden. Die Junge Union hat durch ihren Vertreter sogar angeregt, es sollten auch Beschlüsse anderer Ausschüsse, wie des Wirtschaftsausschusses und ähnlicher, dem Kulturpolitischen Ausschuß zugänglich gemacht werden mit der Frage, ob sie für ihre Forderungen auch die ideologische Deckung von der christlichen Sicht her haben, und nicht nur immer das Problem so gestellt werde, ob unsere kulturpolitischen Anliegen auch finanzielle Deckung haben.

Ich muß mich nun damit begnügen, Ihnen die **Zusammenfassung** zur Kenntnis zu bringen, in der der Ausschuß die Resultate seiner Beratungen niedergelegt hat. Da heißt es:

Für die CDU ist und bleibt Kulturpolitik niemals ein politischer Bereich neben anderen, sondern der wirkende Mittelpunkt, von dem erst alle anderen Bereiche in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat ihre Gestaltung gewinnen. Die geistige Kraft des christlichen Glaubens muß alle Lebensgebiete durchdringen.

Alle Kulturarbeit muß der personalen Würde und der individuellen Geistigkeit des einzelnen Menschen entsprechen. Sie darf nicht wie in den Methoden des totalitären und zentralistischen Staates durch Zwang von oben diktiert werden. Der uniformierten Weltanschauung des dialektischen Materialismus muß die aktive und lebensbejahende, auf christlicher Verantwortung festgegründete abendländische Geistes-

haltung entgegengestellt werden. Als Träger und Gestalter europäischer Gemeinschaft fordern wir von aller Bildungs- und Erziehungsarbeit die Verwirklichung und die Verlebendigung dieses christlich-abendländischen Kulturerbes.

Das gesamtdeutsche Anliegen der Kulturpflege, der Jugend-erziehung und der Volksbildung muß bei der politischen und parlamen-tarischen Behandlung von Kulturfragen im Vordergrund stehen. In der Pflege und Vermittlung von Kultur gilt es, die hohen Werte aller deut-schen Landschaften, insbesondere auch des deutschen Ostens, in ihrer geschichtlich gewordenen Einheit lebendig zu erhalten.

Den naturhaften Gegebenheiten von Familie, Landschaft und Volk, den soziologischen und weltanschaulichen Gliederungen ist freie Entfaltung zu geben. Auf dem Boden der gegenwärtigen Rechts-lage sollen Länder und Bund in organischer, kultur-politischer Zusammenarbeit, wie sie von unten her mit Erfolg entwickelt wurde, eine gesunde Synthese und Koordinierung in Schul-, Hochschul- und Kunstfragen ständig weiter fördern.

Eine Schulreform muß von der inneren Gestaltung und einer wahrhaft geistigen Erfassung des Bildungsgutes her gesehen werden und darf sich nicht in rein konstruktiven Plänen erschöpfen. Nur was vom Wesenhaften und Geistigen her an Kulturwerten erkannt und be-kannt wird, kann geschätzt und verteidigt werden und die Demokratie vor unduldsamem Gewissenszwang und totalitären Methoden bewahren.

Die verantwortliche Mitwirkung der Eltern an der Gestal-tung des Schulwesens muß über das Recht der Entscheidung über die Schulform und die Mitarbeit in Klassenelternschaften und Schulpfleg-schaften hinaus in organischer Entwicklung auf allen Ebenen des schu-lischen Lebens zu einer angemessenen Mitbestimmung fortschreiten. Inhalt und Form dieser Mitwirkung sind rechtlich klar zu ent-wickeln. Der Aufruf zu umfassender Wahrnehmung wirksamer Eltern-verantwortung in allen Lebensbereichen hat über das eigentliche Er-ziehungsanliegen hinaus eine grundlegende Bedeutung für die Erneue-rung unseres öffentlichen Lebens von der Verantwortung eines jeden einzelnen her.

Der Parteitag fordert, daß die im Bonner Grundgesetz verpflichtend ausgesprochene Unterrichtsfreiheit in allen Ländern praktisch durchgeführt wird. Er lehnt ein Schulmonopol der öffentlichen Hand ab und erkennt an, daß das Privatschulwesen ein wesentlicher und unentbehrlicher Teil des allgemeinen Bildungswesens ist. Entspre-chend der gemeinnützigen Leistung der anerkannten Privatschulen muß ihnen von Staat und Kommunen finanzielle Hilfe gewährt werden, damit sie ihre im öffentlichen Interesse liegenden Aufgaben erfüllen, ihre Lehrkräfte ausreichend besolden und für Alter und Krankheit ver-sorgen können. In einem Freistellenwerk des deutschen Volkes müssen alle Privatschulen entsprechend ihrer öffentlichen Bedeutung voll berücksichtigt werden.

Im gesamten Schulwesen ist Sorge zu tragen, daß die Lehrer aus wirtschaftlicher Sicherheit heraus wirken. Der Parteitag begrüßt die bereits zu diesem Zwecke eingeleiteten Schritte und erwartet von Bund und Ländern, daß diese Initiative kraftvoll weitergeführt wird.

Demokratie als Lebensform fordert freie Volksbildung, die die menschliche Persönlichkeit in Zuordnung auf die lebendigen Kräfte der Gemeinschaft erweckt und dadurch der drohenden Vermas-

sung entgegenwirkt. Insbesondere gilt dies von einer Volksbildung, die die lebendigen Kräfte des Christseins fruchtbar zu machen sucht. Der Ausschuß erwartet, daß die Bundespartei in Stadt und Land fördernde Unterstützung den gemeindlichen wie den freien Volkswerkwerken und Volksbüchereien gewährt, die den ethischen und menschlichen Forderungen eines echten Bildungsanliegens entsprechen.

Auch der freischaffende Künstler steht im Dienste der Gemeinschaft und hat ein Recht auf Förderung. Diese ihm zu gebende Förderung muß alle die Organe mit erfassen, die für ihn Sorge tragen.

Der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands muß auch die Kulturpolitik der CDU dienen. In Berlin reiben sich heute am schärfsten die kulturellen Ansprüche des Westens und des Ostens. Von hier aus strahlen die kulturellen Leistungen des freien Deutschland in die sowjetisch besetzten Teile Deutschlands hinüber. Deshalb ist die besondere Stellung Berlins durch Spitzenleistungen auf allen kulturellen Gebieten im Interesse Gesamtdeutschlands zu pflegen und zu erhalten. Der geistige Zusammenhalt des deutschen Volkes und der Bundesrepublik und in den sowjetischen Gebieten ist überall zu fördern und zu festigen.

Zur Fortentwicklung der europäischen Gemeinschaft ist der Jugend- und Studentenaustausch zur Bildungs- und Berufsförderung zu unterstützen und dazu der Jugendpaß zu schaffen.

Das gegenseitige Kennenlernen der europäischen Kulturwerte muß alle Bildungsarbeit durchdringen.

Meine verehrten Damen und Herren! In Goslar habe ich mir erlaubt, unsere Partei mit einer schmucken Fregatte zu vergleichen. Ich sehe keinen Grund, etwas an dieser Formulierung zu ändern, um so weniger, wenn ich Sie, meine lieben Parteifreunde, vor mir sehe. Aber seien wir uns bewußt, der Fahrwind für diese Fregatte kommt von unserer Kulturpolitik her; denn es ist noch immer die moralische Kraft und nicht die Gewalt der Waffen — und seien es die besten —, die schließlich die Siege erricht. (Beifall)

Bundestagsabg. Frau Dr. Weber / Frauenausschuß:

Wir sind ein Ausschuß, der sich nicht verteilt in Interessengruppen und verschiedene andere Gruppierungen. Wir setzen uns zusammen aus allen Frauen, ob Hausfrauen, Mütter oder berufstätige Frauen. Wir sind dem Herrn Bundeskanzler sehr dankbar, daß er gestern den Finger auf die Wunde gelegt hat. Das ist die Wunde, die sehr schmerzlich ist für die ganze Partei und für die großen Entscheidungen; die uns in den nächsten Jahren noch bevorstehen. Die Frauen haben innerhalb der CDU nicht die Würdigung und die Stellung, die sie eigentlich haben müßten. Das sagen wir Frauen nicht unserretwegen. Wir sind nicht in Gruppierungen geteilt. Wir sagen es wegen der Partei und ihrer Entscheidungen. Sie mögen über die einzelnen Fragen denken, wie Sie wollen, wenn aber die großen Wahlen stattfinden werden, dann müssen die Frauen zu einem großen Teil die Entscheidung bringen. Deshalb müssen die Frauen innerhalb der Partei mehr gewürdigt und geachtet werden. (Beifall) Ich hoffe, daß Ihr Klatschen beweisen soll, daß das in Zukunft geschehen wird.

Wir möchten in allen Ländern die Frauenfragen eine Referentin haben. Wir möchten zweitens eine stärkere finanzielle Unterstützung haben und drittens in den Ausschüssen und allen Parteinstanzen stärker berücksichtigt werden. Wir haben uns insbesondere mit dem Bewahrungs-

gesetz beschäftigt, das vor einiger Zeit vom Bundestag in erster Lesung sehr schlecht behandelt worden ist. Wenn es sich um Kulturfragen handelt — wie z. B. bei dem Bewahrungsgesetz —, dann stehen wir in der CDU fast ganz allein. Deshalb haben wir uns erlaubt, eine Resolution einzubringen, mit der wir uns an den Bundestag wenden und verlangen, daß dieses Bewahrungsgesetz für jene Frauen und Jugendlichen, die in ihrem Verstand und Willen geschwächt sind und eine große Gefahr für sich und andere bedeuten, bald verabschiedet wird. Wir haben uns ebenfalls mit dem Gesetz über die Familienausgleichskassen beschäftigt. Da hierüber von dem Vertreter des Sozialpolitischen Ausschusses schon gesprochen worden ist, brauche ich nur zu sagen, daß wir mit der Resolution des Sozialpolitischen Ausschusses einverstanden sind. Wir haben drittens erklärt, daß wir alle die Einheit Deutschlands wollen. Sie muß geistig so vorbereitet werden, wie es uns in einem Referat von jemand, der die Ostzone gut kennt, erklärt worden ist. Wir alle müssen die Zustände in der Ostzone viel besser kennenlernen. Es herrscht nämlich über diese Zustände unter den Männern, Frauen, Jugendlichen und Kindern eine Unwissenheit in solchem Umfange, daß wir uns dieserhalb an alle Kreise gewandt haben. Wir haben uns insbesondere an die Konferenz der Kultusminister gewandt. Wenn wir auch keinen neuen Stundenlehrplan wollen — wir wissen genau, daß er ausgefüllt ist —, so möchten wir doch innerhalb des Lehrplanes auf irgendeine Weise die Zustände und die geistige Lage in der Ostzone behandelt wissen. Das ist bei unseren Beratungen einer der wichtigsten Punkte gewesen, nämlich die geistige Vorbereitung und die moralische Erstarkung für die Einheit, die wir alle wünschen. Wir haben uns weiter mit dem Arbeitsschutz für Frauen und Jugendliche beschäftigt. Wir wollten eine Vorbereitung für spätere Gesetze schaffen.

Lassen Sie mich noch einmal sagen: Würdigt die Frauen! Stellt sie an die Verantwortung, damit sie der Partei auch nützen können. In allen Arbeiten, zuletzt aber im Wahlkampf, werden Sie spüren, daß die Frauen die treuesten Mitarbeiter sind. (Starker Beifall)

Bundestagsabg. Dr. Wuermeling / Ausschuß Öffentliche Dienste:

Die öffentlichen Bediensteten stehen wie so oft an letzter Stelle; so auch heute in der Reihenfolge, aber nicht aus einer unfreundlichen Absicht, sondern nur nach dem Alphabet. Es paßt sehr gut, weil die öffentlichen Bediensteten berufen sind, Dienst zu leisten an alledem, was von allen vorangegangenen Ausschüssen hier vorgetragen worden ist. In diesem Sinne darf ich ganz kurz das Ergebnis der Beratungen im Ausschuß „Öffentliche Dienste“ hier vortragen:

Erster Grundsatz: Die CDU bekennt sich uneingeschränkt zu den von dem Herrn Bundeskanzler wiederholt proklamierten und im Grundgesetz gesicherten bewährten Grundsätzen eines volksnahen demokratisch gefestigten **Berufsbeamtentums**. (Beifall) Dazu gehört als Leitidee der selbstlose Dienst an allen, vor allem am kleinen Mann und hilfsbedürftigen Mitbürger. Nach der negativen Seite hin gibt es für einen Berufsbeamten keine Diskussion über das Thema Streikrecht. (Beifall) Und weiter nach der leistungsmäßigen Seite mit einem sehr deutlichen Blick nach links: Das Parteibuch kann niemals Ersatz sein für persönliche und sachliche Qualifikation. (Beifall)

Zweiter Gedanke: die notwendige gerechte und unterschiedslose Durchführung der **Wiedergutmachung** des an den demokratischen Beamten in der Zeit von 1933 bis heute begangenen Unrechts ist die unerläß-

liche Voraussetzung für eine Befriedung des Berufsbeamtentums. Darunter fallen drei Bereiche:

1. die Wiedergutmachung an den naziverfolgten Beamten,
2. die Wiederinordnungbringung der Rechtsverhältnisse bei den demokratisch gesinnten entnazifizierten Beamten, die auch nach den Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers eingeordnet werden müssen in die Gemeinschaft des Berufsbeamtentums. (Beifall)
3. Das ist schon angeklungen in dem Referat unseres Freundes Dr. Kather —: Auch das, was jetzt durch Gesetzgebung der letzten Wochen an dem Personenkreis des Artikels 131 mit einem Teil Pensionsempfänger leider unter dem Zwang der Verhältnisse an Unrecht geschehen mußte, muß in absehbarer Zeit in Ordnung gebracht werden. (Beifall)

Dritter Gedanke: Nach den schweren Opfern, die den öffentlichen Bediensteten infolge der Notlage des Staates aufgezwungen wurden und zur Zeit noch werden, muß diesem in schwerster Zeit bewährten Personenkreis, der mit seinen Bezügen weit hinter allen vergleichbaren Berufsschichten zurücksteht, nunmehr auch sein Recht werden. Treue um Treue, so wird mit einem Wort der Gedanke zum Ausdruck gebracht. Aber wenn diese Forderungen erhoben werden, dann müssen wir einmal einen Blick innerhalb unserer Koalition um uns tun und herausstellen, daß es unmöglich ist, draußen agitatorisch immer nur Forderungen zu stellen und sich den nötigen Entschlüssen zu versagen, wenn es um die Deckungsmittel geht. (Beifall)

Und ein vierter und letzter Gedanke: Die CDU fordert den Abbau aller staatsfremden Aufgabengebiete und die Ausschaltung ungeeigneter Kräfte. Es ist ja nicht das Berufsbeamtentum, das dafür verantwortlich ist, daß sich der Beamtenapparat aufgebläht hat, sondern verantwortlich dafür ist die Tatsache, daß man den Behörden durch die Parlamente — zum Teil notgedrungen — ein Ausmaß von Aufgabengebieten aufgehalst hat, daß dieser Apparat eben vergrößert werden mußte. Wir wünschen einen baldmöglichsten Abbau der Aufgaben, und dann kann der Abbau und die Verminderung des Personalstandes der Verwaltung auch erfolgen. Man soll aber nicht die Beamten oder die öffentlichen Angestellten, die ihre Pflicht tun, für diese Situation verantwortlich machen, sondern man soll die Konsequenz ziehen, wie gesagt, die Aufgaben abzubauen, damit die Behörden abgebaut werden können.

Was die Frage ungeeigneter Kräfte angeht, so habe ich das Nötige schon gesagt bezüglich der fachlichen Qualifikation. Es wäre nur sehr erwünscht, wenn jeder sozialdemokratische Oberbürgermeister auch nach diesen Grundsätzen handeln würde, dann würden wir an vielen Behörden statt drei Leuten einen hinsetzen können, dann würden wir viel billiger und besser wegkommen. (Beifall)

Dann noch ein Anliegen, das in unserem Ausschuß besonders nachdrücklich zum Ausdruck gekommen ist, wenn es auch nicht zu unserem unmittelbaren Bereich gehört. Der Kardinalfehler unserer politischen Arbeit in den letzten zwei Jahren war, daß wir versäumt haben, die nötige Aufklärung im Volk über den Ausgangspunkt unserer Arbeit und über unsere Erfolge zu schaffen. Hier muß nun endlich eine Wandlung eintreten, damit das Volk weiß, was los ist, und einsieht, was geleistet ist. (Beifall)

Herr Wehking / Ausschuß Landwirtschaft:

Wenn ich als letzter Berichterstatter den Ausschußbericht für den Landwirtschaftsausschuß gebe, so liegt dieses nicht daran, daß die Landwirtschaft in der CDU die letzte Rangstufe einnimmt, sondern daran, daß dieser Ausschuß sich erst während des Parteitages konstituieren konnte. Zwar

waren schon in Goslar die ersten Ansätze dazu gemacht, aber erst nachdem die Landesverbände die Vertreter für diesen Ausschuß gemeldet hatten, konnte jetzt die Konstituierung erfolgen. Der Ausschuß wählte zu seinem Vorsitzenden den Landtagsabg. Heinrich Wehking, Wegholm, Kreis Minden, Landesverband Westfalen, zu seinen Vertretern den Bundestagsabgeordneten Hilbert, Untereggingen b. Lörach (Südbaden) und den Bundestagsabgeordneten Bauknecht, Landesverband Württemberg-Hohenzollern. Als Schriftführer wurde Herr Friedrich Karl Storm, Holstein, (Landesverband Oder-Neiße) gewählt und damit zum Ausdruck gebracht, daß auch unsere Bauern aus dem Osten den gebührenden Platz in unserer Mitte haben. (Beifall)

Die kurze Zeit, die dem Ausschuß dann noch zur Verfügung stand, hat er für Beratungen benutzt, die ihren Niederschlag in einer Entschlie-
b u n g fand. (Siehe Seite 173)

Der Eifer, mit dem die Mitglieder des Ausschusses sich an den Beratungen beteiligten, berechtigt zu der Hoffnung, daß der Ausschuß während des nächsten Jahres sich der Verantwortung bewußt ist, die er für die CDU hat, aber auch der Verantwortung, die die Landwirtschaft innerhalb des gesamten Volkes hat.

Präsident Frau Dr. Gröwel:

Ich danke von ganzem Herzen allen Berichterstattern. Wenn wir im Laufe des heutigen Tages vielfach Kritik gehört haben über den Weg, den wir von Goslar nach Karlsruhe zurückgelegt haben, dann bitte ich Sie doch einmal, nur ganz kurz, heute abend die summarische Resolution von Goslar zu vergleichen mit den Berichten, die wir heute aus den verschiedensten Ausschüssen gehört haben. Sie werden daraus selbst erkennen, daß wir doch ein gutes Stück Weg weitergekommen sind von Goslar nach Karlsruhe.

Ich darf Ihnen allen danken für Ihre aufmerksame und fleißige Mitarbeit. Ich möchte am Ende dieses Tages aber nicht unterlassen, auch unserem hochverehrten Bundeskanzler von ganzem Herzen zu danken, daß er den ganzen Tag treu mit uns die Tagesordnung tatsächlich erarbeitet hat. (Starker Beifall)

Ich habe nun noch am Ende Ihnen eine Einladung zu präsentieren, meine Herren und Damen. Zu diesem Parteitag sind von Schleswig-Holstein über 30 Teilnehmer gekommen, von Hamburg über 25. Der Weg vom Norden bis zum Süden ist also überwindbar. Darum habe ich heute abend die große Ehre, im Namen meines Landesverbandes Ihnen zu sagen, ob sie gewillt sind, zum nächsten Parteitag zu uns zum Norden, nach Hamburg zu kommen. (Beifall) Ich sehe das Schild Bremen. Ich hoffe, daß Schleswig-Holstein, Bremen und Niedersachsen partizipierenden Anteil haben, wenn der Parteitag in Hamburg stattfindet.

Ich danke Ihnen, daß Sie mir durch Ihren Beifall gezeigt haben, daß Sie diese Einladung gewillt sind anzunehmen und schließe die Tagesordnung.

Ende der Sitzung 19.25 Uhr.

Dritter Tag: Sonntag, 21. Oktober 1951

Am Sonntag, 8 Uhr, fanden die Gottesdienste für die Tagungsteilnehmer statt, in der katholischen Stadtkirche St. Stephan und in der Christuskirche.

Die Sitzung in der Stadthalle begann 9.40 Uhr. Das Thema hieß:

Standort und Aufgabe der CDU

Präsident Dr. Gurk: „Diese Tagung ist bis jetzt außerordentlich tiefgründig verlaufen; sie ließ erkennen, daß in der Partei starke, vorwärtsdrängende Impulse vorhanden sind. In einer hiesigen Zeitung — wahrscheinlich auch in auswärtigen oppositionellen Zeitungen — wurde über den Parteitag mit der Überschrift berichtet: „Eine müde Partei!“ Ich glaube, der Verlauf des Parteitages hat bewiesen, daß nichts irriger wäre, als zu glauben, daß die Christlich Demokratische Union unter den Sterbenden läge. Das ist nicht der Fall. Das kann auch nicht der Fall sein, weil die Christlich Demokratische Union eine zeitgeschichtliche Aufgabe gegenüber den Mächten der Zukunft hat. In Parallelität des Wirkens zwischen Kirche und Staat muß sie die Gegenwart gestalten. Sie ist nicht reaktionär, nicht rückständig und nicht revolutionär; sie verbindet in sich die gesunden Elemente und Wahrheiten der Vergangenheit mit dem vorwärtstreibenden Geist der Jugend, der in die Zukunft weist.

Der erste Tag hat den politischen Rahmen gegeben, der zweite den wirtschaftlichen und sozialen Rahmen für den Mann auf der Straße. Der heutige Vormittag soll Ihnen nun das Tiefste geben, was wir brauchen: die Begründung unseres Wirkens von den geheimen und wahren Quellen unserer Kraft her, nämlich vom Weltanschaulichen. Einleitend möchte ich sagen: Der Parteitag darf nicht nur in theoretischen Erwägungen und geistesgeschichtlichen Darlegungen ausklingen, sondern er soll enden mit konkreten Anträgen, Forderungen und Wünschen, die heute nachmittags zur Erledigung kommen. Dabei ist wohl die wesentlichste Forderung diejenige nach Aktivierung der Partei von oben nach unten und von unten nach oben. Wenn es uns nicht erlaubt ist, müde zu sein — und es ist uns nicht erlaubt —, dann müssen wir auch einen aktiven selbständigen Parteiapparat haben für die Zeitaufgaben, die uns gestellt sind. Es ist auch an unsere Mandatsträger die Forderung nach Aktivität des Auftretens zu stellen. Müde Fraktionen sind nicht erlaubt. Disziplin und Selbstbeherrschung müssen vorhanden sein von oben nach unten und von unten nach oben. Wo Querverbindungen bestehen, dürfen sie nicht über das Menschliche hinaus im politischen Raum wirksam werden. Wir fordern Aktivität des gesamten Apparates und aller Mandatsträger, nicht aus Machthunger, sondern im Bewußtsein der zeitgeschichtlich wesentlichen Aufgabe, die uns gestellt ist.“

Präsident Dr. Gurk hat dann die Hauptredner, ihre Zeit auf 45 Minuten, die Diskussionsredner auf 10 Minuten zu beschränken. Es sprach

Bundestagsabg. Dr. Tillmanns:

Die Christlich Demokratische Union ist nach 1945 als neue Kraft in das politische Leben Deutschlands getreten. Sicherlich bestehen zwischen ihren politischen Bewegungen in den Jahren vor 1933 deutliche geistige Verbindungslinien, aber in der gegenwärtigen inneren und äußeren Gestalt ist sie keineswegs deren einfache Fortsetzung. Sie verdankt ihren Ursprung echter politischer Neubesinnung, geboren im Schmelztiegel der Katastrophe von 1945. Das, meine Freunde, unterscheidet sie wesentlich von allen anderen heutigen politischen Parteien. Wir haben uns damals aus den verschiedenen früheren Parteien kommend — darunter auch viele, die früher der Politik fernstanden — in der CDU zusammengeschlossen, weil wir den tiefsten Grund des Irrweges des Nationalsozialismus vor allem in der autonomen Selbstherrlichkeit des NS-Staates sahen; eben der Anspruch seiner Machthaber, daß sie letzte Instanz mit totalem Herrschaftsanspruch seien, daß sie und der von ihnen geführte Staat über die körperliche und geistige Existenz der Menschen zu bestimmen hatten, das hat uns zusammengeführt. Der Anspruch des nationalsozialistischen Staates, daß er allein schrankenlos bestimme, was Recht und Unrecht, was gut und böse, was Wahrheit und Lüge ist, wußte sich keiner sittlichen Norm unterworfen. Er verlangte immer nur nach dem Gesichtspunkt zu entscheiden, was ihm nütze.

Uns hat demgegenüber die Grundüberzeugung zusammengeführt, daß menschliches Zusammenleben auf dieser Erde nicht möglich ist, ohne gemeinsame Bindung an letzte Normen, an göttliche Gebote, wissend, daß diese allein das Absolute unserer Existenz sind. Es gibt eben eine letzte Wahrheit, die über dem Staat steht. Es gibt Recht und Gerechtigkeit, denen auch der Staat unterworfen ist. Was Gut und Böse ist, entscheidet letzten Endes nicht er. Es gibt eine Würde der menschlichen Person als Geschöpf Gottes, die auch vom Staat zu achten ist und die ihm die Pflicht sozialer Gerechtigkeit auferlegt. Der Mensch ist nie Objekt der Staatswillkür, nicht Werkzeug überpersönlicher Mächte in Staat und Wirtschaft, sondern mittragendes Subjekt. Sein Adel ist das in Gott gebundene Gewissen. Dieses ruft ihn zur Verantwortung für seine Mitmenschen und zur Brüderlichkeit. Das ist vielleicht in ganz kurzen Sätzen zusammengefaßt, so scheint mir, die Grundhaltung, aus der wir uns zum Neubau unserer politischen und sozialen Ordnung zusammengefunden haben. Uns eint zunächst — wenn ich es nach Ausführungen von Pater Gundlach aus einem jüngsten Vortrag in Essen formulieren darf — der Wille, einen neuen geistigen Wurzelgrund unseres gesellschaftlichen Lebens und seines Ordnungsgefüges zu finden. Damit, scheint mir, treten wir das Erbe des Widerstandes an, daß gerade die Christen und die Kirche in der Hitlerzeit gegenüber dem totalen Staat geleistet haben. Wir verwalten damit auch das Erbe der Männer des 20. Juli 1944, die ja doch aus christlicher Gewissenspflicht, durch die dämonischen Mächte des Staates in einen furchtbaren Konflikt getrieben, gehandelt haben. Diese Männer, damals aus den Gefängnissen Hitlers entlassen, waren die ersten Gründer der Christlich Demokratischen Union in Berlin. Damals in der inneren und äußeren Erschütterung unmittelbar nach der Katastrophe, als Millionen an den Rand ihrer Existenz geworfen waren, als die Mächte des Bösen greifbar unser Leben bedrohten, sind weite Kreise unseres Volkes unserem Rufe gefolgt, nicht nur diejenigen, in denen noch echt christliche Substanz lebendig war, sondern auch unzählige andere, die ihre diesseitigen Sicherheiten und Auto-

ritäten dahinsinken sahen und die sich suchend bereitfanden, ihre Gemüter neuen Wahrheiten zu erschließen.

Die Union wurde damit überraschend schnell ein bestimmender Faktor in der deutschen Politik, und sie konnte die Hauptverantwortung für die Bewältigung der großen Aufgaben des politischen Neubaus übernehmen. Seitdem sind sechs Jahre vergangen. Im Neuaufbau von Staat und Wirtschaft sind große Erfolge erzielt worden. Wir haben in den letzten Tagen davon gehört. Wenn auch noch viele in Not und Unsicherheit leben, so sind doch für die große Mehrheit des Volkes die äußeren Lebensbedingungen geordnet, und viele sind zu neuem Wohlstand gekommen. Steigende äußere Interessen drängen wieder mächtig in den Vordergrund. Die gemeinsame Verantwortung füreinander wird merklich schwächer. Gegensätze der Gruppen, Klassen und Stände der Parteien, ja sogar Unterschiede der Konfessionen, kurz alles Trennende gewinnt zunehmend politische Macht. In ganz besonderem Maße wird das große Gemeinsame, das Wohl des Ganzen, die Verpflichtung für das Ganze, schwächer empfunden, — man kann beinahe sagen: je besser es uns äußerlich geht. Mit dieser Besserung der äußeren Verhältnisse kehrt auch ein gewisses Gefühl der Sicherheit wieder. Die Erschütterung von 1945 ist vergessen und mit ihr weithin die Bereitschaft zu einer neuen Gesinnung. Es scheint so, daß der große Sammlungsruf zur christlichen Verantwortung in der Politik viele nicht mehr recht erreicht. Ich stelle die Frage — und das scheint mir entscheidend zu sein für die Feststellung unseres Standortes —, was ist oder war hier, wenn wir 1945 mit heute vergleichen, Täuschung und was ist echt? War vielleicht die innere Aufrüttelung in der Katastrophe von 1945 nur eine Art nervöser Reaktion und ist die scheinbare Sicherheit von heute echt oder ist es umgekehrt? War unser Erschrecken vor einigen Jahren das wirklich echte und tiefe Erfassen der Realität und ist damit unsere heutige Beruhigung Selbsttäuschung? Für den, der hinter den äußeren Schein der Dinge sieht, ist die Antwort klar. Die Sicherheit von heute ist die große Täuschung. Das geht schon daraus hervor, daß sie gar nicht echt ist; denn hinter ihr lauert die Angst. Da aber die Menschen ständige Angst nicht vertragen, flüchten sie sich in die Gleichgültigkeit. Sie treiben seelisches Verstecken, sei es in der Arbeit, im Sport, im Vergnügen oder sonstwo. Wie unwirklich unser geistiges und politisches Klima ist, das empfinden am stärksten diejenigen, die heute als politische Flüchtlinge aus der Sowjetzone nach Westdeutschland kommen. Sie fühlen sich mit einem Wort fremd. Was ihnen wichtig scheint, versteht man hier kaum und umgekehrt. Die geistige Luft in Westdeutschland ist ihr großer Kummer; sie hatten doch gehofft, sie würden hier Stärkung finden. Sie, die Deutschen in der Sowjetzone, wissen nämlich, daß der große Kampf um die Rettung des Menschen vor den totalitären Gewalten, die die seelisch entwurzelte Menschheit von heute bedrohen, noch nicht zu Ende ist, daß er vielleicht in voller Schärfe überhaupt erst jetzt entbrannt ist. (Beifall)

Die Gefährdung, in der die Menschheit heute steht, ist die gleiche, ja vielleicht noch größere als in der Zeit des Nationalsozialismus. Das Gefühl wirklicher Geborgenheit, das in Westeuropa noch oder wieder verbreitet ist, ist eine grandiose Selbsttäuschung. Die große Auseinandersetzung zwischen dem totalitären Bolschewismus und der freien westlichen Welt ist das Grundthema aller gegenwärtigen Politik, zumal für die Deutschen, die die unmittelbaren Objekte dieser Auseinandersetzung sind und deren Land sich zum Teil in der Gewalt des Bolschewismus befindet. Die Grenze, die heute bei Helmstedt und Eisenach mitten durch Deutschland geht, ist die schärfste und tiefste Grenze, die es in der Welt gibt. Eines

ist sicher, sie wird nicht bleiben! Entweder wird sie nach Osten zurückgedrängt oder sie wird sich, wenn das nicht gelingt, nach Westen verschieben. Diese Tatsache ist der bestimmende Faktor aller deutschen Politik. Alle politischen Einzelfragen können im Blick auf diese Kardinalfrage unserer Existenz richtig behandelt werden. Das gilt auch für die Frage nach der Aufgabe der Christlich Demokratischen Union.

Unser Volk hat sich in dieser Weltspannung eindeutig für die freie demokratische Ordnung entschieden. In der Gemeinschaft der freien Völker Europas und des Westens wollen wir unser Volk vor dem Bolschewismus bewahren und seine Einheit in Frieden wiederherstellen. Das ist die Politik der Bundesregierung, die uns der Kanzler vorgestern so eindringlich dargelegt hat. Sie findet die Zustimmung fast des ganzen Volkes, vor allem der 18 Millionen in der Sowjetzone, die von uns die Rettung erwarten, die sich sehnen nach jenem Zeichen der Kraft und der inneren Geschlossenheit des freien Westens. Nur wenn wir unsere demokratische Ordnung auf feste, tragende Fundamente stellen, wenn wir den Staat in den Seelen verankern, werden wir den Kalten Krieg bestehen. Das bekannte Wort, daß die Stärke des Ostens in erster Linie in der Schwäche des Westens besteht, sollte für uns alle eine ständige Mahnung sein. (Beifall)

Was ist das tragende Fundament unserer Demokratie? Oder, anders ausgedrückt — wenn wir die kommunistische Diktatur ablehnen — was haben wir ihr entgegenzusetzen? Der Kommunismus geht aus vom materialistischen Menschenbild des Marxismus. Er sieht den Menschen allein als Produkt der Produktionsverhältnisse seiner ökonomischen Gegebenheiten. Er glaubte folgerichtig, die Freiheit des Menschen nur dadurch wahren zu können, daß alle Produktionsmittel vergesellschaftet werden, daß alles Wirtschaften in die Hände des allmächtigen Staates gelegt wird. Wir haben erfahren, daß das zwangsläufig zur völligen Kollektivierung des Lebens, zur totalen Allmacht des Staates, zur Vernichtung aller menschlichen Freiheiten und damit der Demokratie führt.

Die klassische Demokratie des 18. Jahrhunderts geht demgegenüber von der rationalistischen Auffassung aus, wonach der auf sich selbst gestellte Mensch aus eigener Vernunft das Richtige tut und sich aus der vernunftgemäßen Entscheidung der Mehrheit von selbst der Wille des Staates ergibt. Auch das rationalistische Menschenbild, auf dem unsere Demokratie beruht, ist falsch. Der autonome Mensch ist eben nicht frei; er ist immer irgendwelchen Bindungen, dem eigenen Interesse, dem Interesse seiner Klasse oder seines Standes, vielleicht auch seinen Trieben oder doktrinären Vorstellungen unterworfen. Der Widerstreit der Interessen oder Doktrinen führt aber nie zum Staat, das heißt zum Willen, der die Ordnung bestimmt, sondern immer zum Gegenteil, zum Auseinanderfallen und letzten Endes zum Chaos, und das drohende Chaos gebiert die Diktatur. Wir haben das erlebt. Die Unfähigkeit der Weimarer Demokratie, die Autorität des Staates zu sichern, war der Wegbereiter für Hitler.

Nach christlicher Auffassung ist der Mensch weder an sich frei noch etwa das ausschließliche Produkt seiner ökonomischen Umwelt. Der Mensch ist als Geschöpf Gottes zur Freiheit, zur Personenhaftigkeit berufen; er steht aber ständig in der Gefahr, sich an irdische Bindungen zu verlieren. Der Mensch steht in der freien Entscheidung zwischen Gott und den Mächten in der Welt. Nur soweit der Mensch sein Leben im Gehorsam gegen Gott, gegen seine Gebote und seine uns offenbarte Wahrheit führt, ist er wirklich frei. Nur der Mensch, der sich Gott verantwortlich weiß, kann

selbstverantwortlich leben. Nur wenn wir uns durch Verantwortlichkeit für einander und für das Ganze verbunden wissen, kann eine freie, d. h. die Freiheit der Person wahrende staatliche Ordnung erhalten bleiben. Nur ein solcher Staat hat innere Kraft und äußeren Bestand. Wir christlichen Demokraten setzen gegen die freie Demokratie, die versagt hat und immer wieder versagen wird, die verantwortliche Demokratie, (Beifall) d. h. die Gemeinschaft von Menschen, die sich Gott und damit dem Nächsten und der Gesamtheit verantwortlich wissen. Wir werden unser Volk vor einer neuen Diktatur nur dann bewahren, wenn wir unseren Staat auf diesem Fundament aufbauen. Dafür zu arbeiten, das ist die erste und entscheidende Aufgabe der Christlich Demokratischen Union. Es kann nur gelingen, wenn wir eine Sozial- und Wirtschaftsordnung entwickeln, in der personenhaftes und verantwortliches Leben überhaupt möglich ist; denn das ist ja unsere große Not, daß sich durch Industrialisierung und Technisierung bereits eine so weitgehende Kollektivierung des gesellschaftlichen Lebens vollzogen hat, daß die Existenz der Person im christlichen Sinne zunehmend gefährdet ist. Der Krieg und seine Folgen, die Zerstörungen unserer Städte, das Hereinströmen von Millionen von Flüchtlingen haben diese Gefahr aufs höchste gesteigert. Das ist der wesentliche Unterschied, der uns vom marxistischen Sozialismus trennt: Er sieht in der Kollektivierung der Gesellschaft einen unausweichlichen, durch die Technik bedingten Prozeß, zu dem er ja sagt; wir sehen in ihm die schwerste Gefährdung unserer menschlichen Existenz, die wir um des Menschen willen mit allen Kräften abwehren müssen. Unsere große Aufgabe ist die Dezentralisierung, die gesunde Gliederung der Gesellschaft, der Aufbau überschaubarer Lebens-, Arbeits- und Wohnungsgemeinschaften, in denen verantwortliche Demokratie im täglichen Leben unmittelbar geübt und gelernt werden kann, durch die Förderung selbständiger wirtschaftlicher Existenzen in Gewerbe, Handel und Landwirtschaft, durch die Erhaltung und insbesondere durch die Erweiterung der sogenannten Mittelstandsschichten, vor allem aber dadurch, daß auch dem tüchtigen Lohnarbeiter die Gründung einer selbständigen Existenz ermöglicht wird.

Ich will hier keine Einzelheiten aufführen. Ich möchte nur eins bemerken. Wir sprechen so viel von der Erhaltung der Familie als der Kernzelle der Gesellschaft. Wieviel Hunderttausende leben heute unter Wohn- und Wirtschaftsbedingungen, in denen ein Familienleben überhaupt nicht möglich ist. Die Aufgabe heißt nicht Erhaltung, sondern Wiederherstellung der Familie, um zunächst die äußeren Voraussetzungen dafür zu schaffen. Das gilt vor allem für die im abhängigen Verhältnis stehenden Arbeiter und Angestellten, die nun einmal den weitaus größten Teil unseres Volkes ausmachen. Die freien Unternehmungsformen der Wirtschaft werden nur Bestand haben, wenn sich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein Verhältnis gegenseitiger füreinander verantwortlicher Partnerschaft entwickelt. Das Zeitalter der Trennung zwischen Bürger und Arbeiter ist vorbei. (Starker Beifall) Wir wollen, daß die Arbeiter mitverantwortliche, in ihrer wirtschaftlichen Existenz geschützte Bürger werden. Nur wenn das gelingt, können wir eine gesunde demokratische Ordnung aufbauen.

Die größte und wichtigste Aufgabe aber ist die Einordnung des Millionenheeres der Heimatvertriebenen, der Arbeitslosen, der Sozialrentner und der Arbeitsunfähigen. Sie sind die Deklassierten der heutigen Gesellschaft, und ihnen gilt deshalb unsere erste Sorge. Alle sozialen Theorien der Vergangenheit versagen vor dieser Aufgabe. Wir müssen den Mut zu neuen Formungen und Gestaltungen aufbringen, auch zu außer-

gewöhnlichen Maßnahmen, wenn wir ihnen wieder eine Lebensgrundlage und den Ansatz zur Entfaltung eigener Initiative geben wollen.

Die Christlich Demokratische Union ist keine Interessenpartei, weder für den einen noch für den anderen. Wir müssen es laut und deutlich sagen: Die Interessen der einzelnen Gruppen und Stände sind nur gewahrt, wenn das Ganze gedeiht und gesund wird. Das erfordert Einschränkung und Einordnung jeden Sonderinteresses. Wer glaubt, sein eigenes Interesse über das Gemeinwohl setzen zu können, der stört das Ganze und damit letzten Endes sich selbst. Wenn es ein sicheres Mittel gibt, die freien Wirtschaftsformen zu zerstören und dem Kommunismus den Weg zu bereiten, dann ist es die Überbetonung des Gruppeninteresses in der freien Wirtschaft. Dem Eigennutz, der heute so üppig wuchert, setzen wir die Kraft christlicher Solidarität entgegen. Wenn man uns fragt, wo denn unser Standort ist in dem Kampf der Klassen, — es gibt Klassenkampf als Realität und nicht nur als marxistische Theorie —, dann antworten wir: unser Standort ist in diesem Spalt, der immer wieder den sozialen Frieden zu stören droht, mitten drin. (Beifall) Uns ist es ernst um eine sozialgerechte Ordnung. Wenn es anders wäre, dann sollten wir lieber das Wort „christlich“ aus unserem Parteinamen streichen.

Wir wissen dabei, daß die volle Verwirklichung der Gerechtigkeit auf dieser Erde nicht möglich ist, aber trotzdem werden wir nicht aufhören, sie zu erstreben, weil wir eben einen Auftrag haben, der nicht von uns ist. Wir wissen aber auch, daß alle von Menschen erdachten Theorien noch viel weniger zu einigermaßen befriedigenden Lösungen führen; im Gegenteil, immer wenn in der Geschichte der Versuch gemacht worden ist, aus einem einzigen Prinzip heraus die Sozialordnung zu gestalten, war das Ergebnis größte Ungerechtigkeit. Das gilt sowohl für das liberale Prinzip der Freiheit wie auch für das sozialistische Prinzip der Bindung. Beide mögen theoretische Gegensätze sein, in Wirklichkeit ist keine gesellschaftliche Ordnung möglich, in der nicht sowohl das Element der Freiheit als auch das Element der Bindung zugleich wirksam wird. Wir wollen um der Verantwortlichkeit des Menschen willen so viel Freiheit wie möglich, damit überhaupt noch Verantwortung erreicht werden kann, aber wir bejahen Bindungen, lenkende und regulierende Eingriffe des Staates, soweit sie um der sozialen Gerechtigkeit willen erforderlich sind.

Wenn wir von sozialer Marktwirtschaft sprechen, erklären wir, daß die sozial gerechte Verteilung sich nicht aus der freien Marktwirtschaft von selbst ergibt, sondern daß sie bewußt gewollt werden muß; denn sonst hätte das Eigenschaftswort „sozial“ keinen Sinn. Wo Störungen in der Versorgung eintreten, bejahen wir die Pflicht des Staates, ordnende Maßnahmen zu ergreifen. Letzten Endes haben es die an der Wirtschaft Beteiligten selbst in der Hand, inwieweit ihnen der Staat Dispositionsfreiheit einräumen kann. Wenn sie selbstverantwortlich handeln, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Verantwortung füreinander und vor dem Ganzen gemeinsam Disziplin üben, kann der Staat Freiheit gewähren. Je weniger sie diese Verantwortung wirksam werden lassen, je mehr ist der Staat gezwungen, ihre Freiheit zu beschränken. Ein Unternehmertum, das sich seiner sozialen Verantwortung nicht von selber bewußt ist und danach handelt, zwingt den Staat, ihm diese Verantwortung aufzuerlegen. (Beifall)

In der vielumkämpften Frage, ob und inwieweit die Gesellschaft sich frei entwickeln kann oder vom Staat geleitet werden muß, ergibt sich für uns eine klare Antwort. Maßgebend bleiben die sozialgerechte Versorgung und Verteilung. Soweit Marktverhältnisse und sittliches Verhalten der Part-

ner die Erfüllung dieser Aufgabe gewährleisten, sollte der Staat Freiheit walten lassen. Soweit Störungen eintreten, sei es durch objektive Gegebenheiten des Weltmarktes oder sonst woher, und soweit die Sozialpartner nicht von sich aus Verantwortung üben, ist der Staat zum Eingreifen verpflichtet. Die Schlußfolgerung ist einfach und zwingend: ob wir Zwang und Diktatur in Staat und Wirtschaft vermeiden können, hängt nicht so sehr von unseren theoretischen und politischen Entscheidungen ab, sondern letzten Endes von unserem sittlichen Verhalten und dem Maß der Verantwortung, das wir in uns tragen. Die freie Welt, die wir verteidigen, steht und fällt mit dieser Kraft der Verantwortung füreinander. Wir wissen: diese Haltung — letzten Endes eine Frage der Gesinnung — läßt sich nicht irgendwie machen, am wenigsten durch eine Partei. Wir müssen es letzten Endes der Gnade Gottes anheimstellen, ob er unser Volk diesen Weg zu einer Neugesinnung führt. Wir Menschen aber sind seine Werkzeuge; wir alle, die wir uns Christen nennen, sind aufgerufen, uns zu einer großen Aktionsgemeinschaft zusammenzuschließen und alle um uns zu sammeln, die guten Willens sind. Mir scheint, unsere Gefolgschaft ist größer als wir glauben. Dr. von Thadden, der Präsident des Evangelischen Kirchentages, hat kürzlich gesagt, der Kirchentag in Berlin habe gezeigt, daß die Menschen am Rande der Kirche durchaus ansprechbar seien. Es istbarer Unsinn, anzunehmen, daß der moderne Mensch kein Verhältnis mehr zum Evangelium gewinnen könne. Was hier für die Verkündigung der Kirche gesagt ist, gilt vergleichbar auch für die politische Botschaft der Christlich Demokratischen Union. Viele, die heute noch in Verdrossenheit und Gleichgültigkeit beiseitestehen, werden zu uns kommen, wenn wir ihnen klar machen, um was es geht. Die Leute auf der Straße, die nur schimpfen und kritisieren, die nur vom Staat fordern und nur ihren Eigenutzen kennen, die sind doch nicht das deutsche Volk! (Lebhafte Zustimmung und stürmischer Beifall) Die Stillen im Lande, die unverdrossen ihre Pflicht tun, die Millionen fleißiger Arbeiter, Handwerker, Bauern, Familienväter und Mütter, die im Grunde das Wunder des deutschen Wiederaufbaues vollbracht haben, sie sind der wirkliche Kern. Mir scheint, es ist unsere Aufgabe, sie wirklich aufzurühren, anzusprechen und ihnen das große Ziel des Neubaues der Demokratie zu zeigen, das uns bewegt

Genau so verhält es sich mit der Jugend, die vielfach den Streit und den politischen Hader heute nicht mehr versteht und deswegen abseits steht. Sie wartet doch nur darauf, daß sie mit echten Parolen angesprochen wird. Wenn wir ihr nur ein Beispiel geben, das ihr Vertrauen gibt, wenn wir durch unser eigenes Verhalten und unser Tun bewähren, was wir in unseren Reden über christliche Verantwortung in der Politik sagen, dann werden wir die Jugend gewinnen! (Lebhafter Beifall)

Haben wir uns schon einmal überlegt, ob nicht manche Rückschläge der letzten Zeit einfach darin begründet sind, daß wir nicht fest genug als christliche Demokraten zusammengestanden haben? Wir umschließen Menschen aller Schichten, Berufe und Stände. Sind nicht aber doch die Sonderinteressen, an die jeder von uns in irgendeiner Weise gebunden ist, manchmal viel stärker auch in unserem politischen Handeln gewesen als das große gemeinsame Ziel?

Ist die gemeinsame christliche Verantwortung wirklich die starke integrierende Kraft unserer Gemeinschaft? Haben wir es immer fertiggebracht, persönliche und sachliche Verschiedenheiten der gemeinsamen Aufgabe unterzuordnen? Es genügt, diese Fragen zu stellen. Wir werden um unsere Gemeinsamkeit in unserer Gemeinschaft immer wieder aufs neue ringen müssen. Es ist nun einmal nicht leicht, aus christlicher Überzeugung immer

zu gemeinsamen politischen Entscheidungen zu kommen. In Einzelfragen der Politik, vielleicht der wirtschaftlichen oder sozialen Gestaltung, werden immer verschiedene Meinungen in unseren Reihen sein. Das kann unsere große Stärke sein, eben die Stärke, daß wir nicht irgendeinem festen Programm oder Interesse verhaftet sind. Aber es wird nur dann unsere Stärke sein, wenn uns die Bereitschaft, diese Verschiedenheiten zu überwinden und zu gemeinsamen Lösungen zu kommen — zumindest aufeinander zu hören und einander ernstzunehmen — erhalten bleibt und sich immer mehr stärkt.

Wir waren davon ausgegangen, daß die Christlich Demokratische Union eine neue Partei ist. Unsere Aufgabe ist die Überwindung der doktrinären Spaltung unseres politischen Lebens aus der christlichen Sicht der menschlichen Existenz. Wir haben in den vergangenen Jahren diese Aufgabe oft erfüllt. Manche großen Gesetze, die die Grundlagen unserer sozialen Neuordnung sind, wären ohne die konzentrierende und ausgleichende Kraft der Christlich Demokratischen Union nicht zustande gekommen. Die Christlich Demokratische Union ist als diese zusammenfassende und die Gegensätze überwölbende Mitte aus unserem politischen Leben einfach nicht mehr wegzudenken. (Lebhafter Beifall) Gerade deswegen werden wir von den alten Parteien im Grunde als störender Faktor empfunden. Wir passen nicht in ihre politische Vorstellungswelt und werden daher letzten Endes von allen bekämpft. Die Sozialisten stempeln uns zu Besitzbürgern, die Liberalen sehen in uns schwache Kompromißler; von beiden Seiten sucht man uns auseinanderzuziehen und ist dabei auf diesen wahrhaft reaktionären Einfall gekommen, sogar konfessionelle Unterschiede als Spaltpilze zu verwenden.

Es sind ja gar nicht die Kreise der Kirchen, die heute diese politischen Unterschiede betonen, sondern jene Parteien, die teils ihre geistigen Wurzeln im Rationalismus haben, teils die Religion bestenfalls tolerieren, tragen plötzlich diese Spaltungen in das Volk. Weil man glaubt, auf diese Weise die Christlich Demokratische Union schwächen zu können. Das ist der einzige Grund. Diese Versuche zielen vor allen Dingen auf die evangelischen Mitglieder der Christlich Demokratischen Union, die eben nicht diese alte und feste Tradition politischer Gemeinsamkeit aufzuweisen haben wie unsere katholischen Freunde. Aber mir scheint, daß gerade auch im evangelischen Lager heute weithin eine Neubesinnung über die politische Verantwortung der Christen sich vollzieht. Was in den evangelischen Akademien und in vielen sonstigen Kreisen der evangelischen kirchlichen Jugend- und Männerarbeit geleistet wird, dient doch alles dieser einen großen Aufgabe, die man heute erkannt hat. Ich kann sagen: fast alles, was ich an Wort und Schrift aus diesen Kreisen bisher als Antwort auf die Frage unserer politischen Verantwortung gehört habe, ist, einfach und schlicht gesagt, gutes Gedankengut der Christlich Demokratischen Union. Im Geiste gehören wir eben doch zusammen, und es ist nur unsere Aufgabe, diese Zusammengehörigkeit in der politischen Arbeit zu konkretisieren.

Wir werden diesen Kampf ausfechten müssen und werden ihn bestehen, wenn wir uns auf das Wesentliche konzentrieren, auf den Auftrag, den Menschen und damit die Kultur Europas zu retten vor den dämonischen Mächten, die unser Leben bedrohen. Es ist unsere Überzeugung, daß uns das nur gelingt, wenn wir uns auch im politischen Bereich den ewigen Wahrheiten unterordnen. Christen sind im Grunde nüchterne Realisten, nur schließen wir Gott als den Herrn der Geschichte und die letzte und größte Wirklichkeit in die Realität unseres Lebens ein. Das macht uns frei von

Angst. Unser Geschick liegt zuletzt eben nicht in den Händen der Mächtigen dieser Erde, es ruht im Willen Gottes. Wenn es uns gelänge, aus diesem Glauben heraus die Angst zu bannen und unser Volk stark zu machen in Mut und Vertrauen, dann, meine Freunde, wäre der Freiheit ein erster großer Dienst erwiesen. Es hat einmal jemand gesagt: Wer nicht an Wunder glaubt, der ist kein Realist. Lassen Sie uns als Realisten dieser Art aufs neue an unsere Arbeit gehen! (Starker, langanhaltender, brausender Beifall)

Präsident Dr. Gürk:

Der Beifall war verdient von der geistigen Leistung her. Der Oppositionspresse möchte ich den rauschenden Beifall in dieser Stunde als ein Beispiel für die „Müdigkeit“ unserer Partei vor Augen führen. Möge man erkennen, daß hier noch Kräfte lebendig sind, die nicht in die Defensive gehen, sondern die eine Sendung in sich spüren, offensiv zu werden, weil sie dazu einen Auftrag haben.

Lassen Sie mich noch kurz ein Telegramm des Herrn Bundespräsidenten verlesen. Es hat folgenden Wortlaut:

„Den freundlichen Gruß des Zweiten CDU-Parteitagess darf ich mit bestem Dank erwidern und gute Wünsche senden. Möge die Arbeit der Tagung mithelfen, das Vaterland dem gesicherten Frieden, der geschäftigen Freiheit und dem gerechten sozialen Ausgleich näherzuführen.“

Theodor Heuss.“

(Lebhafter Beifall) Wir danken dem Herrn Bundespräsidenten dafür.

Es spricht als zweiter Hauptredner des Vormittags

Prof. Dr. Alois Dempf:

Mehr oder weniger schwere gesellschaftliche Spannungen hat es zu allen Zeiten gegeben zwischen Aristokraten und Demokraten, Patriziern und Plebejern, zwischen Beharrung und Fortschritt; aber etwas ist neu seit dem vorigen Jahrhundert: daß einseitige Parteidoktrinen beanspruchen, die einzig richtige Gesellschaftslehre zu vertreten. Die richtige Gesellschaftslehre wollte immer für überparteilich gehalten werden. Wenn Konservative und Fortschrittliche auch ihren Standpunkt besonders betonten, taten sie es doch im Namen des Gemeinwohls und der Mitverantwortung für alle Gruppen, Stände und Berufe. Gar die philosophische Gesellschaftslehre trat grundsätzlich für das Ganze ein, sie dachte solidarisch, mitverantwortlich für alle. Weil aber dazu ein sittlicher Aufschwung gehört, blieb sie immer ohne größere Gefolgschaft. Der wahre Staatsmann, der neue Gesetzgeber, mußte mit seinen Räten allein für das ganze Volk sorgen. Die Erziehung zum Staatsethos, zur echten Staatsgesinnung, hielt man für überflüssig oder erwartete sie stillschweigend von der Religion, besonders von der christlichen Nächstenliebe, sobald man einmal die praktische Auswirkung der echten Glaubens- und Gesinnungsgemeinschaft erkannt hatte.

Das vorige Jahrhundert ist charakterisiert durch eine sich rasch verbreitende, angeblich wissenschaftliche Gesellschaftslehre, deren Hauptsorge und eindringlichste Überlegung seit der Französischen Revolution die Gewinnung einer Massengefolgschaft und die politische Ausnutzung der Demokratie für die eigene Gesellschaftsauffassung war. Das ist die gefährliche Entdeckung der Interessenspartei, die die unwiderstehliche Neigung hat, sich zu einer totalen Einheitspartei, ja zur Weltherrschaft auszuwachsen und sich noch dazu mit einer einseitigen Weltanschauung zu verbinden. Da sich diese Gruppen aber widersprechen, da nicht die liberale und die sozia-

listische Gesellschaftslehre gleichzeitig richtig sein kann, ist unter diesen besonderen Umständen das geschichtliche Paradox aufgetreten, daß endlich einmal die grundsätzlich überparteiliche Gesellschaftslehre eine eigene größere Gefolgschaft aus den verschiedenen Gruppen gewann. Paradox sind wir für die anderen, problematisch sind wir für uns. Und das ist meine Behauptung: wenn wir die Zerreißprobe der verschiedenen Gruppeninteressen in uns selbst nicht überwinden durch eine Glaubens- und Gesinnungsgemeinschaft, dann ist die Demokratie überall in Europa gefährdet. (Beifall)

Das richtige Gesellschaftsideal hat viele Gesichte und unterschiedliche Namen; es ist umfassender als der Staat, der viel zu leicht als die souveräne Spitzenorganisation aller Gruppen aufgefaßt wird und sich leidenschaftlich Kirche, Kultur- und Geistesleben unterordnet. Dieses Ideal heißt *res publica* — gemeinsame Sache aller Staatsbürger; es heißt Gemeinwohl, wie das englische Weltreich. Utopien nennen es bloß die Extremisten. Es ist das Interesse aller, das hier im Vordergrund steht. Eigentlich meint auch unser Staatsbegriff dieses Gesellschaftsideal als *status rei publicae*, als Gleichgewichtszustand der gemeinsamen Sache. Aber leider wird heute der Staat als Spannungszustand der Gruppen aufgefaßt und gerade diese Spannung gefördert. Wollen wir doch einmal Staat ins Deutsche übersetzen! Staat heißt Gleichgewichtszustand der öffentlichen Sache. Seitdem eine größere Gefolgschaft hinter der solidarischen Gesellschaftslehre steht, suchte man einen neuen Namen und nannte sich „die richtige Mitte“, weil man die anderen Gruppen, erst die Konservativen und Liberalen, dann die Liberalen und Sozialisten, als Extremisten betrachten mußte und selber im Parlament in der Mitte zwischen rechts und links Platz nahm.

Natürlich ironisierten und ironisieren die Extremisten und Alarmisten die richtige Mitte der Versöhner und Beschwichtiger, der Ausgleichsapostel und Illusionisten, der Schwächlichen und Unentschiedenen. Alle Vorwürfe gegen die Demokratie überhaupt, die man von den Demokratiefeinden der Nazizeit bei uns hören konnte, sind längst vor hundert Jahren der richtigen Mitte entgegengeschleudert worden, und der „Dritten Kraft“ geht es heute durch die Extremisten nicht anders. Freilich, ganz neu war die solidarische Gesellschaftslehre nicht; sie beruhte auf einer glorreichen, nur immer ohne größere Gefolgschaft gebliebenen Überlieferung. Die Frage ist nur, ob sie richtig ist, ob sie wirklich brauchbare Lösungen der Staatsspannung bringt und ein echtes Staatsziel und Staatsethos. Denn durch den Streit der Gesellschaftslehren war auf einmal die Staatsgesinnung überhaupt gefährdet. Wenn man das Klassenbewußtsein weckt, wenn man die Diktatur des Proletariats proklamiert, dann geht der Gedanke des Staates selber verloren, dann setzt sich die totale Partei an die Stelle des Staates. Natürlich, für den aufsteigenden Stand der Arbeiter konnte es wünschenswert sein, daß man die Staatsspannungen verschärfte, statt daß man sie milderte. Vielleicht wundern Sie sich, daß mit diesen Überlegungen der Gesellschaftslehre, die scheinbar bloß Theorie ist, eine so große praktische Rolle zugesprochen wird, aber es empfiehlt sich doch, das vorige Jahrhundert unter diesem Aspekt zu betrachten. Dann wird vieles klar, was verworren scheint, weil es tatsächlich sehr ungewöhnlich in der Geschichte ist, weil es sich um eine anomale Zeit handelt. Entscheidend ist die Frage, warum vor hundert Jahren die verschiedenen Nationalökonomien oder Sozialökonomien sich zu veritablen engstirnigen, beweisbar falschen Weltanschauungen ausgewachsen haben. Heute muß man von förmlichen Sozialreligionen, Ersatzreligionen des Glaubens an die alleinseligmachende Parteidoktrin reden. Es ist nicht nur eine deutsche Unsitte, weil sich bei uns auch andere Dinge zu Weltanschauungen aufblähen. In der Nazizeit konnte man die Anekdote

hören, daß italienische Faschisten Deutsche gefragt hätten, warum sie denn mit ihrem sonst so scheinbar realpolitischen Programm unbedingt eine Weltanschauung verbinden müßten. Sie haben dann freilich auch gelernt, *consenso* neben *forza* zu stellen, das neue Staatsethos der Disziplin neben die Gewalt.

Eine bedeutsame Ausnahme ist das angelsächsische Parteileben. Sie läßt sich begründen durch das Zweiparteiensystem, das noch in die Zeit vor den extremen Gesellschaftslehren zurückreicht. Durch die gegenseitige Kontrolle und die Gewißheit der gegenseitigen Ablösung kann man die Verbindung von Weltanschauung und Politik weitgehend vermeiden. Die Kämpfe um die Eingliederung eines neuen Standes in die bestehende Verfassung sind immer schwer gewesen. Selbst in England bedurfte es der glorreichen Revolution von 1689, um den Dritten Stand endgültig einzugliedern. Dort ist die allein von den Faschisten angefochtene Theorie der Gewaltenteilung bleibende Praxis des konstitutionellen Staatslebens geblieben.

Daß die Eingliederung der Arbeiterschaft besonders schwierig werden müßte, haben vor allem die solidarischen Gesellschaftslehrer vorausgesehen. Sie wollten ja nicht den Staat durch die Gesellschaft ersetzen und nicht die Staatsspannung durch die Diktatur des Proletariats endgültig sprengen. Wenn damals noch bei Liberalen und Sozialisten vom Absterben des Staates die Rede war, dann meinte man den bürgerlichen Rechtsstaat oder den konservativen. Wer nicht den hohen Gewinn der verfassungsmäßigen Regelung des *status rei publicae*, des Gleichgewichtszustandes des öffentlichen Lebens, verlorengeben will, muß auf die Minderung, nicht auf die Verschärfung der Spannungen hinarbeiten, gleichviel, welches Staatsethos er hat; denn hier geht es zunächst um das Recht, um die Legalität noch vor der Moralität.

Das Kapitel von den aufsteigenden Ständen und Gruppen ist ein sehr interessantes und ironisches der Gesellschaftslehre, weil sich nach der Eingliederung auf einmal vieles in der Theorie und Praxis ändert. Wir haben alle zu unserem Erstaunen erlebt, daß die Ideologen der aufsteigenden Arbeiterschaft international dachten und die ersten sozialistischen Staaten sehr bald national, ja nationalistisch wurden; — weil eben Planwirtschaft sich nur durch die Staatseinheit durchführen läßt. Damit ist schon das Ende der politischen Entwicklung dieser kämpfenden Gesellschaftslehren seit dem vorigen Jahrhundert vorweggenommen. Sie sind alle durch das Horoskop ihrer Geburtsstunde bestimmt, alle schon hundert Jahre veraltet, und wir müssen fragen, wie es überhaupt dazu kommen konnte, daß die wissenschaftliche Gesellschaftslehre Parteidoktrin werden konnte, daß das Gruppen- und Klasseninteresse das Staatsethos ersetzte und daß man glauben konnte, aus der eigenen Gesellschaftsauffassung eine extreme Weltanschauung machen zu müssen.

Gestatten Sie mir kurz zwei historische Überlegungen. In der Entwicklungsgeschichte des Sozialismus werden meistens die entscheidenden dreißig Jahre vor dem Marxismus übersehen. Marx selbst hat seine Vorgänger Utopisten genannt und den richtigen Kommunismus erst von sich ab datiert, aber seine großen Vorgänger waren eher als er wissenschaftliche Gesellschaftslehrer; sie haben ja den Namen Soziologie geprägt. Der Graf Saint-Simon hatte nach der Französischen Revolution und der napoleonischen Zeit sehr deutliche Begriffe von der eigenständigen Entwicklung der Gesellschaft neben der bloßen Staaten- und Machtgeschichte. Er sah insbesondere die außerordentliche Bedeutung der Wissenschaft und der Technik für die Gestaltung des neuen Gesellschaftslebens. Er wollte den produktiven Gruppen,

den Unternehmern, Technikern und Arbeitern zusammen die Gleichberechtigung neben den Kapitalbesitzern erkämpfen. Er sah auch die Bedeutung der Religion für die Gesellschaftsgestaltung und meinte, daß das dogmatische Christentum durch das neue praktische Christentum ersetzt werden müsse; das gemeinsame Staatsethos schien ihm unentbehrlich. Er wußte: nur Freiheit und Gleichheit der Produzenten schaffen die neue Gesellschaft. Vor allem dachten die frühen französischen und englischen Soziologen den Gesellschaftsprozeß nicht als unausweichlich automatische Notwendigkeit, sie wollten praktische Reformen: Genossenschaftskassen, Konsumvereine, Arbeiter- und Unfallversicherungen. Natürlich gab es auch hirnverbrannte Utopisten unter ihnen. Die Neuerung von Karl Marx war demgegenüber gerade die radikale Einseitigkeit seiner Gesellschaftslehre; die Wirtschaftsbewegung, die Produktionsgesetzlichkeit bestimme allein den ganzen gesellschaftlichen Prozeß. Das war eine Kampfansage gegen Hegel, bei dem allein der Staat die ganze Gesellschaftsentwicklung bestimmt. Marx machte die Macht, das Recht und den Geist von der Wirtschaft abhängig, — und das heißt historischer Materialismus, die allein wirtschaftlich bedingte Geschichtsentwicklung. So ist das ausschließliche Staatsethos Hegels durch ein Gesellschaftsethos ersetzt worden mit dem vollen Pathos für die unterdrückte Klasse, die um die Gleichberechtigung, um ihren vollen Arbeitsertrag betrogen wird, ja um ihre Menschenwürde.

Einen Augenblick lang schien es so, als ob der Staat ganz absterben sollte, um durch die klassenlose Zukunftsgesellschaft ersetzt zu werden. Obwohl dieses Klassenziel notwendig eintreten soll, muß doch das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu einer internationalen Vereinigung erst geweckt werden, um durch die Diktatur des Proletariats der veralteten bürgerlichen Gesellschaft den Gnadenstoß zu versetzen. Nun ist es leider kein bloßer Zufall, wenn Marx durch Engels auf Feuerbach und den sogenannten wissenschaftlichen Materialismus und Atheismus gestoßen wurde: die Ersetzung Gottes durch den Menschen als sittliche Aufgabe eines gottlosen Humanismus. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts trat nach dem Wegfall der Zensur offen und breit auch in der Wissenschaft selbst der Materialismus hervor. Mit der Beschränkung der ganzen Kultur und des ganzen Gesellschaftslebens auf die wirtschaftlichen Vorgänge wird das religiöse und das geistige Leben seiner Eigenbedeutung beraubt, und das entsprechende Weltbild sind rein materielle Bewegungsvorgänge mit ausschließlich mechanischer Gesetzlichkeit als Gegenstück der gesellschaftlichen Massenvorgänge. In unserem Jahrhundert ist zuerst dieser sogenannte wissenschaftliche Materialismus gründlich widerlegt worden von der Wissenschaft. Er ist durch ein neues vollständiges Weltbild ersetzt worden, das wieder Seele und Geist, ihr Eigenleben und die Verantwortung des Gewissens vor Gott anerkennt. Dann ist auch der historische Materialismus durch die reine Gesellschaftslehre überwunden worden. Die Geschichte der Menschheit wird nach unserer heutigen Meinung — der nüchternen Meinung aller Soziologen — nicht nur durch Wirtschafts- und Machtinteressen bestimmt, sondern ebenso durch Glaube und Geist. Glaube und reine Wissenschaft gehören genau so zum normalen Menschenleben wie Staat und Wirtschaft.

Das wird erst voll verständlich, wenn man auch die Entwicklung der liberalen Gesellschaftslehre statt ihrer Vergrößerung durch die sozialistische Kritik richtig sieht. Auch hier steht am Anfang, besonders in England, das Ideal der klassenlosen Gesellschaft, nur sind hier die Konservativen die Gegner und nicht der bürgerliche Rechtsstaat. Auch bei Herbert Spencer soll der konservative Machtstaat absterben und die freie Gesellschaft der Produzenten an seine Stelle treten. Leider hat auch der Liberalis-

mus mit der betonten Volkssouveränität die ausschließliche Staatsautorität über Kirchen und Schulen gefordert. Auch hier gab es eine automatische Gesellschaftsgesetzlichkeit, die heilsame Auslese der Tüchtigen und Starken aus den Schwachen, die dann in fataler Weise auf die Weltentwicklung im Darwinismus übertragen würde. Die Verschärfung des Klassenkampfes durch diese darwinistische Entwicklungslehre ist freilich nur Ideologie, werden Sie sagen, aber auch sie bricht das gemeinsame Staatsethos. Auch hier sollte der Monopolkapitalismus das eigene Ideal der freien Marktwirtschaft und der freien Konkurrenz durchbrechen, auch hier führte der Weg von der Freiheit über den Monopol- und Exportkapitalismus zum nationalen und nationalistischen Liberalismus, zum Weltherrschastsstreben.

Das ist der andere historische Materialismus, das ist die andere auch ausschließlich wirtschaftliche Geschichtsauffassung, auch ein Denken nur in Wirtschafts- und Machtpotentialen, in Gruppeninteressen und im eigenen Staatsinteresse. Zweifellos ist es dem altbewährten Zweiparteiensystem in der angelsächsischen Welt zu danken, daß dort der darwinistische Materialismus, die Verbindung der Parteidoktrin mit einer radikal diesseitigen Weltanschauung, nicht auch eine entscheidende Rolle gespielt hat. Der Beweis ist leider aus dem Gegenteil bei uns zu führen. Der Obrigkeitsstaat, der nicht Ernst machte mit der loyalen Gewaltenteilung, die Geschichtsschreibung, die nur noch Machtgeschichte kannte und die in der Rechtsgeschichte das sittliche Naturrecht verhöhnte, waren die Vorbereitung, daß bei uns der Rassendarwinismus, die Raubritterverherrlichung durch Nietzsche und die des Raubtiers durch Spengler zur staatlichen Weltanschauung gemacht werden konnte.

Nach den Erfahrungen mit dem Totalstaat muß man dem Liberalismus das Zugeständnis machen, daß er Abrechnung mit seinen eigenen Fehlern und Gefahren gehalten hat. Die Neoliberalen sind eine sehr ernstzunehmende Gruppe von Denkern, wie Röpke, Nayeck, Lippmann und Rüstow, die insbesondere die steigende Bürokratisierung auch in der westlichen Welt als Weg zur Knechtschaft erkennen. Die katholischen Engländer Chesterton und Hilaire Belloc sind ihnen allerdings schon um 40 Jahre zuvorgekommen; aber es ist doch beachtlich, daß die Neoliberalen nicht nur den Gegner, den Sozialismus und die Planwirtschaft belasten, sondern auch sich selber und ein freies Staatsethos sowie ein verpflichtendes Naturrecht fordern, ja die Warnungen der Kirche — die einst das rote Tuch für den Liberalismus waren — mit ihrer voraussehlenden Berechtigung anerkennen. Leider sind die Neosozialisten noch nicht so weit. Erlauben Sie mir, diesen Punkt zu übergehen. Es ist schon sehr viel, wenn man durch Schaden klug wird, aber noch mehr wäre es, wenn man vorher auf die Vernunft hörte. Es ist nicht die Schwäche der Vernunft, wenn erst die gebrannten Kinder das Feuer scheuen, sondern die Stärke der Leidenschaft!

Die schwierige Lage der christlichen Gesellschaftslehre und ihrer Schicksale in den letzten hundert Jahren werden zwar so voll verständlich. Wer nicht ernsthaft christlich denkt, müßte geradezu von einer tragischen Situation reden, daß sie immer erst gerufen wird, wenn das Unheil durch die anderen schon eingetreten ist; wenn die anderen den Schaden angerichtet haben, der dann zuerst mit Schultaufräumen beseitigt werden muß, so daß man lange Zeit nicht zur eigenen Gestaltung der Dinge kommt. Aber überlegen wir einen Augenblick, wo wir stünden, wenn nicht nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland, Italien und Frankreich christliche Kräfte bereitgestanden hätten, um nach dem völligen Zusammenbruch das Vernünftige und Notwendige zu tun. In der Schrecksekunde haben auch so nüchterne Soziologen, die uns völlig fern stehen, wie Karl Mannheim,

die Rettung nur im Appell der protestantischen und katholischen Prediger an die christliche Nächstenliebe erkannt. Hoffen wir, daß diese Schrecksekunde noch etwas länger vorhält und daß wir nun für diese entscheidenden Dinge der echten wissenschaftlichen Gesellschaftslehre weiterhin Gehör finden. Aber, ich glaube, wir müssen auch selber etwas tun, um das Volk aufzuklären; freilich kein Propagandaministerium, denn das heißt: wir lügen zwar, aber ihr müßt öffentlich tun, als ob ihr's glaubt! Denn letztlich kommt es ja wirklich auf die rein menschliche Güte und Hilfsbereitschaft an, die aus den tiefsten Kräften des Herzens und Glaubens gespeist werden muß.

Es sind auch hauptsächlich christliche Gesellschaftslehrer gewesen, die die erste wissenschaftliche Einsicht in das Ganze des Gesellschaftsleben vertreten haben, die zuerst die Heraufkunft des Arbeiterstandes als des bestimmenden Faktors des 19. und 20. Jahrhunderts erkannten: Baader und Görres, seine großen Schüler Ketteler und Kolping und auf protestantischer Seite Guizot und Jacob Burckhardt; sie haben nicht automatische Entwicklungsgesetzmäßigkeiten konstruiert, sondern die Gesetzmäßigkeit des Gesellschaftslebens in der unverbrüchlichen Geltung der Rechts- und Sittengesetze als die Normen für das Ganze gesehen. (Beifall) Sie haben gewarnt, sie

Die christliche Gesellschaftslehre

Die schwierige Lage der christlichen Gesellschaftslehre und ihr Schicksal in den letzten hundert Jahren wird voll verständlich. Wer nicht ernsthaft christlich denkt, müßte geradezu von einer tragischen Situation reden, daß sie immer erst gerufen wird, wenn das Unheil durch die anderen schon eingetreten ist; wenn die anderen den Schaden angerichtet haben, der dann zuerst mit Schuttaufräumen beseitigt werden muß, so daß man lange Zeit nicht zur eigenen Gestaltung der Dinge kommt.

Dr. Alois Dempf

mußten Unheilspropheten sein — und leider haben sie recht behalten. Sie haben auch im eigenen Lager es nicht leicht gehabt, weil man bei uns viel zu lange konservativ dachte und die Unvermeidlichkeit der Demokratie in der Industriegesellschaft so lange nicht begreifen wollte.

In den zwanziger Jahren hat man diese christliche Gesellschaftslehrer noch als Romantiker verspottet, als Ständestaatslehrer; in Wahrheit wollten sie doch nur das freie Zusammenspiel aller Berufe und Kräfte des gesellschaftlichen Lebens. Auch nach 1848 dauerte es trotz des Kulturkampfes noch lange genug, bis man die Bedeutung der christlichen Demokratie selbst bei uns erkannte. Erst Leo XIII. hat 1890 zugleich mit den normativen Richtlinien einer wirksamen Sozialpolitik Frankreich vergeblich das Ralliement,

die christliche Demokratie, empfohlen, — leider, wie wir es heute bitter erleben, vergeblich, und leider damals nicht auch schon für Italien.

Von da aus sieht man, was für ein Segen die richtige Gesellschaftslehre und entschlossene Sozialpolitik für Deutschland gewesen ist und was wir den Vorkämpfern dieser Gruppe der Mitte zu verdanken haben. Wir vergessen viel zu leicht, was diese Vorarbeit der christlichen Sozialpolitik für unsere heutige Zeit bedeutet, weil es uns selbstverständlich geworden ist. Aber wenn damals unsere Freunde aus Italien, Spanien und Frankreich sagten: Germania docet, dann meinten sie diese christlich demokratische Sozialpolitik, die die wichtigsten Sozialreformen vorweggenommen hat. Sie sagen es uns auch heute noch angesichts ihrer Versäumnisse.

Es gibt einen vieldeutigen Spruch: Moral und Anständigkeit verstehen sich von selbst. Das ist wahr, wenn die Güte da ist und ein unvoreingenommenes Gewissen. Heute muß man mit den nüchternen Soziologen sagen: Christlichkeit versteht sich von selbst, weil damit bloß die Nächstenliebe gemeint ist, wenn Europa gerettet werden soll. Die unselige Verbindung der einseitigen Gesellschaftslehre mit Klasseninteressen und extremen Weltanschauungen hat ja jene Massenverbreitung nichtchristlicher Lebensanschauungen gebracht, die das eigentliche Elend unserer Zeit ist. Das ist eine abnorme Leistung der Propaganda dieser Interessenparteien, daß sie für ihre Weltanschauungen solch eine Massenverbreitung finden konnten. Damit ist das Klasseninteresse, die christliche Nächstenliebe, die Versöhnlichkeit und den Versuch, ein wirkliches Staatsethos herzustellen, vernichtet zugunsten des Parteistaates. Das war ihre eigentliche Staatsräson. Es geht, ganz schlicht gesagt, noch einmal um die Güte, um die Anerkennung des anderen als Mitmenschen und Nächsten in seiner unsterblichen Person, um Glaube und Vertrauen. Diese wesentlichen Dinge verstehen sich auch nach der natürlichen und menschengemäßen Ethik von selbst. Aber leider gilt dies nicht von der praktischen Anwendung der Grundsätze in der konkreten Lage. Das ist Sache der Klugheit, das ist Sache eines wissenschaftlichen und politischen Sachverständes. Hierzu gehört vor allem das menschliche Verständnis: warum so vertrackte falsche Weltbilder und Halbmenschenbilder als verhängnisvolles Erbe des vorigen Jahrhunderts heute noch so viele Menschen zur Masse machen, zu verlorenen und verängstigten Einzelnen gegen scheinbar übermenschliche Gewalten der Technik, der Organisation und der Bürokratie. Inwiefern dieses Schicksal unserer Zeit eine unerwünschte Nebenfrucht der ruhmreichen Naturwissenschaft, der ruhmreichen Technik und Industrialisierung, der ruhmreichen Zivilisation ist, die sich in der ganzen Welt verbreitet hat, das wäre ein langes Kapitel. Jetzt, nachdem die Überorganisation der Gruppeninteressen die selbstmörderische Gefahr der Zivilisation geworden ist, haben Philosophie und Ethik, die Gesellschaftslehre und gerade auch die Naturwissenschaften ihre Einseitigkeit und Irrtümer erkannt. Es ist ein neues Welt- und Menschenbild geschaffen. Die Welt- und Lebensanschauungen des vorigen Jahrhunderts sind gründlich überholt und bestechen nur noch die durchschnittliche Intelligenz und die Massen, machen damit auch die Durchschnittsintelligenz zur Masse. Das Ueberleben Europas hängt davon ab, ob das neue theistische Welt- und Menschenbild ebenso rasch verbreitet wird, wie das atheistische verbreitet worden ist.

Ich kann hier nicht von dem neuen Weltbild reden, durch das gerade die schöpferischen Physiker selber den sogenannten wissenschaftlichen Materialismus überwunden haben, an dem ihre Vorgänger erheblich mitschuldig sind. Zunächst ist für alle Kundigen heute die Welt etwa vor

drei Milliarden Jahren geschaffen worden. Jeder, der sich informieren will, kann heute wissen, daß sie nicht ein Haufen ewiger Atome ist, der sich zufällig von selber zu immer komplizierteren Verbindungen, zu Lebewesen und schließlich zum Menschen gefügt hat, der dann den Schaden dieser sinnlosen Massenbewegungen verdutzt beschaut. Übereinstimmend erkennen die Astronomen, Kernphysiker und Astrophysiker, daß die Welt vor drei Milliarden Jahren entstanden ist. Und da aus nichts immer noch nichts wird, fordern sie den Schöpfer.

Vom Menschenbild muß nur gesagt werden, daß heute umgekehrt wie vor 100 Jahren der Mensch vom Tier abgehoben wird —, und zwar gerade von den Biologen —, und daß er wieder als das Geistwesen anerkannt wird, das auch in seiner ganzen Leiblichkeit menschengemäß und nicht tiergemäß besteht. Denn uns geht es hier vor allem um das Ernstnehmen der neuen Ethik. Ich genieße mich, „neu“ dazu zu sagen; denn es ist natürlich die alte Ethik, die uns nötiger ist als das tägliche Brot, damit wir wieder lernen, in freien Staaten zusammenzuleben, indem wir uns für unsere Mitmenschen verantwortlich fühlen.

Man muß von der Ethik wie von der Gesellschaftslehre der richtigen Mitte sagen, daß sie im Kern nichts Neues ist, weil sie zusammen mit dem wahren Staatsethos schon von Platon und Aristoteles gefunden wurde. Die Welt ist nicht ewig, aber die Sittengesetze sind ewig nach dem ewigen Gesetz Gottes. Neu ist aber doch an dieser Ethik, daß wir den Grundirrtum des vorigen Jahrhunderts verstehen. Die sittlichen Überzeugungen sind nicht relativ, weil sie nicht aus dem Gegeneinander feindlicher Gruppeninteressen entstanden sind. Die Parteidoktrinen haben sich unheimlich genau selber porträtiert mit dieser falschen Theorie, weil ihr eigenes Klassenbewußtsein und Gruppeninteresse aus dem Sicherungsstreben gegen die anderen entstanden ist. Die einseitigen Gruppeninteressen müssen durch das freie und gemeinsame Staatsethos innerhalb der ganzen Ethik des wesentlichen Menschen überwunden werden. Das ist die genaue Umkehrung der falschen Ethik des vorigen Jahrhunderts. Als Nietzsche die Umkehrung der Werte proklamierte, hat er die Herrschaft statt der Habsucht zu einer antiplebejischen Ethik erklärt, — das heißt dann „Wille zur Macht“, und die Habsucht heißt „berechtigtes Gruppeninteresse“. Man macht sich selten diesen abnormen Vorgang in seiner ganzen Tragweite klar, weil die Phrasen den wahren Tatbestand verdecken. Wieweit Habsucht und Herrschaft wirklich herrschen, darüber kann man sich heute, nachdem ihnen auch noch die Berechtigung zugesprochen worden ist, keine Illusionen machen. Außerdem ist es Lehre Christi, daß der Mammon und der Fürst dieser Welt eben in dieser Welt herrschen: die Götzen der Habsucht und der Herrschaft. Es entsprach der Erniedrigung des Menschen zum geist- und seelenlosen Atomkomplex und zum technischen Raubtier, daß man das unsterbliche Geist- und Seelenleben, die Heilssorge und das ganze Innenleben leugnete. Das ist der Verrat der Intelligenz, daß sie die Triebe und Süchte zum einzigen Leben machte. Erst seither gilt es als unanständig, von Moral zu reden, als Illusion, sittliche Forderungen zu erheben.

Die neue Ethik hat diese Umwertung entlarvt; sie kennt wieder die Tüchtigkeit und unveränderlichen Sittengesetze, die Rangordnung der Güter, die Rangordnung der Rechte und damit auch die Lebensmächte Glaube und Heil, Geistesleben und Humanität, Rechtsordnung und Staat, Leistung und Wirtschaft. Das ist ihr Bekenntnis zur menschengemäßen Sittlichkeit, zum Naturrecht und zu den Naturpflichten. Naturrechte und Naturpflichten sind nicht ein paar allgemeine Rechtsregeln, sondern die gesamte Wert- und

Güterordnung, besonders die klare Unterscheidung von Wirtschafts- und Staatsethik, Persönlichkeitsethik und Moralthologie; alle Vorzugsregeln der rechten Rangordnung kann man Naturrechte nennen, dann erst werden sie praktisch auf die einzelnen Fälle anwendbar. Über der Leistung steht das Recht, über dem Recht die Gerechtigkeit und Billigkeit, die Liebe und die Gnade schon im natürlichen Leben. Das Entsetzen vor der Verleugnung der Ewigkeit, der Sittengesetze und die schaurigen Folgen, die das gezeitigt hat, daß das Recht über dem Staat steht, das müßte uns aufwecken.

Die Wirtschaftsethik ist fast allein auf unserer Seite gründlich durchdacht; denn für die Interessensparteien gibt es keine Wirtschaftsethik. Solange man nur um Marktwirtschaft oder Planwirtschaft streitet, bleibt man auf der Ebene der Interessen; dann setzen die unerbittlichen Notwendigkeiten der Gesellschaftsentwicklung ein. Reine Planwirtschaft zieht notwendig den totalen Fünfständestaat nach sich, der Regierungsgruppe, der Partei, des Heeres, der Arbeiter und der Staatsklaven, weil dann die Parteidisziplin den ganzen Staat bestimmt. Die reine Marktwirtschaft führt auch nach den Neoliberalen über die Konkurrenz zum Monopol, zum Imperialismus. Es muß die soziale Gesinnung dazu kommen, der Leistungswille und die sinnvolle Bedarfsdeckung aller Werte über der bloßen Güter- und Anteilsverteilung. Die Anerkennung der Sittengesetze der christlichen Gebote über der Wirtschaft, das ist die entscheidende Frage. Das sage ich Ihnen gar nicht als Christ, das behaupte ich als Soziologe, und auch die ungläubigen Soziologen sagen es heute mit mir.

Hier geht es verdeckt bereits um einen Kampf der sittlichen Werte: Fortschritt oder Sicherheit, Einheit oder Freiheit. Wer nur einen Wert will, kommt notwendig zu einem Zwangssystem. Alle vier müssen in der richtigen Gesellschaftsordnung berücksichtigt werden. Wahre Sicherheit ist nur durch Fortschritte möglich, Einheit der Weltwirtschaft nur durch Freiheit. Bitte, lassen Sie in diesen Fragen der Wirtschaftsethik und der Wirtschaftspolitik die Sachverständigen mitreden; denn die Sachverständigkeit ist eine Naturpflicht in diesen Dingen. Genau so wie die Gebote Gottes das Eigentum schützen, so ist auch die Verpflichtung auf die Wahrheit und die Richtigkeit in diesen Dingen, die Sachverständigkeit eine sittliche Verpflichtung. Einzelentscheidungen sind hier so schwer, daß der wirklich sachverständige Wirtschaftstheoretiker und der wirklich sachverständige — durch den Wirtschaftstheoretiker — Wirtschaftsethiker ein Wort mitsprechen muß bei diesen Entscheidungen, wo es um das Leben Europas geht.

Auch im Staatsleben kämpfen wir ja wirklich nicht mehr so sehr um die Organisations- und Staatsformen als vielmehr um die eigensinnige Herausstellung eines Staatswertes: Einheit oder Freiheit, Fortschritt oder Wohlfahrtsgleichheit, Macht- oder Rechtsstaat, Partei- oder Wohlfahrtsstaat. Staatsethik ist die wissenschaftliche Fassung des Staatsethos, der rechten Staatsgesinnung. Die Vorzugsordnung der einzelnen Werte im Staatsleben — ob wir es Einheit oder Freiheit oder jetzt Einheit in Freiheit nennen — die Gleichheit oder die Rechtssicherheit —, das sind Dinge, die nicht jedem so einsichtig sind und die nicht jeder so klar sehen kann, wie das Heilige und die Gerechtigkeit noch über dem Recht und der Leistung stehen. Nicht der Staat ist heilig, aber die Rechtsordnung. Nach dem ungeheuerlichen Mißbrauch der Staatsallmacht müssen wir wieder die Heiligkeit des Rechts kennenlernen. Daß alle Rechte und alle Pflichten berücksichtigt werden müssen, das sieht jeder Leidenschaftslose ein. Die Ausscheidung der sittlichen Verpflichtung auf die Achtung aller Rechte, das ist ja der Trick des Geredes von Machtwillen und seiner Rechtfertigung. Durch die Verschärfung der Klassenspannungen wird das Machtpotential

tatsächlich die ultima ratio, die letzte Staatsräson; denn dann wird alles dem Machtpotential untergeordnet, die Wissenschaft und die Weltanschauung, die Technik und die Wirtschaft.

Hier liegt der tiefste Grund unseres Elends. Kant nannte es das radikal Böse, grundsätzlich Glück und Interesse über die Pflicht zu setzen. Die Herrschaft über das Recht, können wir heute sagen, das positive Recht über die Gerechtigkeit, die Billigkeit und die Gnade! Wir sind stumpf geworden, wir haben uns an die Umwertung der Werte gewöhnt. Das vorige Jahrhundert hat in seinem Organisationswahn das natürliche Rechtsempfinden vergiftet und das Naturrecht verhöhnt. Daß die Konsequenzen in zwei Weltkriegen sichtbar geworden sind, das sollte uns aufwecken. Der eigentliche Grund der Verhöhnung der Menschenrechte, der sittlichen Pflicht und der Staatsethik liegt aber in der Erniedrigung des Menschen zum Tier, dem man das Haupt und das Herz genommen und nur die Triebe und Süchte gelassen. Es liegt an dem verkehrten Menschenbild.

Die Menschenrechte und das Staatsethos gehören schon der Ethik des freien Geisteslebens an, der Persönlichkeitsethik im eigentlichen Sinne, der freien Sittlichkeit der Person des wesentlichen Menschen. Gerechtigkeit, Billigkeit und Nächstenliebe sind zwar soziale Tugenden, aber nur in ihnen vollendet sich die Persönlichkeit. Klugheit und Weisheit, die Pflicht der Selbsterkenntnis, der Selbstbestimmung und der Selbstvollendung sind erst wieder zeitgerecht, seitdem die Freiheit und Unsterblichkeit der Person vor Gott wieder anerkannt wird. Wird sie gelehnet, dann bestimmen freilich Habsucht und Herrschsucht diese Welt. Und nochmals: es ist der äußerste Verrat der Intelligenz an ihrer eigenen Sendung — nämlich das Geistesleben vorzuleben —, daß sie Geist und Seele überhaupt gelehnet hat. Damit stürzt man das ganze Geistesleben, und es gibt nur noch engagierte Literaten und Ideologen einer möglichst einseitigen Wirtschafts- und Staatspolitik.

Es ist die höchstpraktische Entscheidungsfrage unserer Überlegung, ob die Ethik des freien Geisteslebens von jedem einzelnen anerkannt und verwirklicht wird, weil sonst die ganze Rangordnung der Pflichten und Rechte zusammenstürzt und die Nivellierung, Vernassung und Zwangsgewalt unaufhaltsam sind. Es ist eine menschengemäße Ethik, scheinbar ohnmächtig vor den Mächten und Fürsten dieser Welt, aber weil sie Voraussetzung des Heils ist, gilt ihr die Verheißung, daß nur durch sie die Angst und die Not der Zeit überwunden werden kann. Die Gnade des wahren Herrn der Geschichte wird unserer Ohnmacht zur Hilfe kommen, wenn wir als wesentliche Menschen auf allen Gebieten unsere Pflicht tun. (Starker Beifall)

Präsident Dr. Gurk:

Es wäre vermessen, wollte ich an jenen gehörten Ausführungen von mir aus einen Kommentar hinzufügen. Was wir gehört haben in diesen beiden Referaten, das war die Zeitkritik, die wir suchten, und die Aufgabenstellung für die Zukunft. Ich danke den sehr verehrten Herren Referenten sehr herzlich. Wir werden die Referate durch die Ausführungen der Diskussionsredner ergänzt bekommen.

Zunächst nimmt das Wort

Bundestagsabg. Kiesinger:

Ich denke nicht daran, den Eindruck, den die beiden glänzenden Referate erweckt haben, durch Wiederholungen oder Variierungen abzuschwächen. Die Referate wurden gehalten von einem evangelischen und einem katholischen Christen. Die Spalter und diejenigen, die auf Spaltung hoffen, mögen

sich im Blick auf die glücklich-großartige Gemeinsamkeit der Gedankenführung selbst sagen, daß die Hoffnung auf eine geistige Spaltung in der CDU, etwa zwischen dem evangelischen und katholischen Teil, völlig vergeblich ist. (Beifall)

Prof. Dempf hat in einem eigentümlichen zufälligen Zusammentreffen den Namen eines Mannes genannt, den auch ich in die Diskussion werfen wollte. Es ist der Name des Grafen Saint-Simon, der vor mehr als 100 Jahren, 1825, ein berühmtes Buch geschrieben hat unter dem Titel „Le nouveau christianisme“ — „Das neue Christentum“. In diesem Buch hat der Graf Saint-Simon nichts weniger als den Anspruch erhoben, die Epoche des alten Christentums sei vorüber und es beginne die Epoche eines neuen Christentums. Dieses neue Christentum war für ihn der Sozialismus. So wie der Graf Saint-Simon dieses neue Christentum für den Sozialismus verkündete, haben auch viele seiner Zeitgenossen aus dem liberalistischen Lager die Überwindung oder eine säkularisierte Vollendung des Christentums angekündigt. Sie haben über 150 Jahre Zeit gehabt, diese Propheten eines neuen oder der Überwindung des alten Christentums, um ihren Glauben zu realisieren. Sie haben Europa, das Abendland, dahin gebracht, wo es heute steht.

Das ruft uns auf, mit den großen Wahrheiten des alten und ewig neuen Christentums in der Politik ernst zu machen. Ich frage mich, ob jemand in diesem Saale ist, der, nachdem er die beiden Referate gehört hat, noch einen Augenblick glaubt, daß es in Deutschland irgendeine politische Macht, Kraft, Bewegung oder Partei gebe, die einer ebenso großartigen Selbstinterpretation fähig wäre. (Beifall)

Wie armselig ist heute der klägliche Rest des 19. Jahrhunderts, dieses letzte dünne Substrat eines einmal zukunftsfrohen Glaubens, der uns noch vorgesetzt wird! Aber das zeigt uns auch unsere eigene große Verantwortung. Größe und Gefahr der CDU — worin beruht sie? Die Größe beruht darin, daß es ihr gelungen ist, nach der Katastrophe die außerordentliche Vielfalt der verschiedensten Stände und Gruppen unseres Volkes in einer politischen Partei zusammenzuführen, — ein in der Geschichte unseres Vaterlandes unerhörter Vorgang. Ihre Gefahr ist, daß dieses Zusammenführen und Zusammenbinden, dieses großartige Einigungswerk, nur Bestand haben kann, wenn es zusammengeklammert wird durch eine von allen leidenschaftlich geglaubte gemeinsame Überzeugung. (Beifall)

In den Kommentaren, mit denen die Presse diesen Parteitag begleitet hat, konnte man lesen: Nun ja, die CDU sei ein Zufallsprodukt der Katastrophe gewesen; während der Zeit der Parteilizenzen durch die Besatzungsmächte sei die CDU das riesige Sammelbecken für alle gewesen, die nicht SPD wählen wollten und nationalistisch noch nicht wählen konnten. Es mag ein kleines daran richtig sein, aber im Entscheidenden halte ich diese Analyse für falsch. Im Jahre 1945 sind die Leute nicht aus Verlegenheit zur CDU gekommen, sondern weil sie damals — Prof. Dempf nannte es die Schrecksekunde — unter dem Eindruck der Katastrophe wirklich spürten, um was es ging, und weil sie im Zeichen des Kreuzes eine Rettung sahen. (Beifall)

Daß manche heute wieder der Hafer sticht, die damals im wahrsten Sinne des Wortes „zu Kreuze krochen“, wissen wir auch, aber es ist wahr, was Dr. Tillmanns gesagt hat: Auch diese sind nicht das deutsche Volk. Unsere Aufgabe ist es, glaube ich — und dieser Parteitag scheint mir einen glücklichen Anfang gemacht zu haben —, in dieser Arbeit der Selbstdeutung,

der Sinnggebung, der Interpretation unseres eigenen Müehens nun nicht mehr nachzulassen, sondern immer weiter zu kämpfen auf diesem Wege und uns auch an alle jene zu wenden, von denen Prof. Dempf gesprochen hat. Daß in den Höhen der Wissenschaft, in den Höhen der abendländischen Philosophie all das, wovon die Nachfahren des Utopismus des 19. Jahrhunderts leben, längst überwunden ist, wissen wir. Wir wissen ebenso, daß in den Massen, die ja immer erst 30, 40 und 50 Jahre nachhinken, diese alten Irrtümer noch heute leben.

Da Politik Macht verlangt und eine politische Partei ohne Macht und Gefolgschaft nicht bestehen kann, müssen wir um die Menschen, die uns unterstützen sollen, kämpfen. Weil wir nicht zu den terribles simplificateurs gehören, zu den schrecklichen Vereinfachern, die mit ein paar billigen Parolen die niedrigsten Instinkte der Menschen ansprechen — wir sprechen zum Verstand, und zum Herzen in einer viel schwereren Weise als es unsere Gegner tun —, müssen wir eine Sprache finden, die auch den letzten Mann und die letzte Frau, die wir erfassen wollen, überzeugt. (Beifall)

Vor allen Dingen sollten wir — und das ist mein besonderes Anliegen in meinem Diskussionsbeitrag — die junge Generation überzeugen, bis in die vierziger Jahrgänge hinein, jene, die zurückgekommen sind aus dem Krieg, nicht in den Frieden, sondern in eine Zeit der Unsicherheit und der Gefährdung. Dr. Tillmanns sprach davon, daß sie auswichen und Versteck spielten vor der heutigen Situation. Ich glaube, meine Damen und Herren, in dieser jungen Generation ist genug Bereitschaft vorhanden, mitzutun, aber sie lebt aus einem Lebensgefühl, das grundverschieden ist, auch noch von dem, das meine eigene Generation nach dem Ersten Weltkriege hatte. Sie lebt aus einem Lebensgefühl der ständigen Gefahr, der ständigen Bedrohung von außen und innen, der Unsicherheit. Sie ist aber bereit, zu jener Kraft zu stoßen, von der sie das Gefühl hat, daß sie die Dinge nicht zerredet und zerschwächt, daß sie nicht nur ein Partikelchen in dem politischen Hader- und Schacherfeld darstellt, als das man leider von der Fassade her die Demokratie vielfach sieht. Sie wird sich denen verbünden, denen sie zutraut, daß sie die Gefahren bannen. Wenn sie diese Überzeugung von uns gewinnt, dann kommt die junge Generation zu uns.

Wir müssen das Vertrauen haben, daß die Menschen nicht nur gewonnen werden, wenn man an die billigsten Instinkte appelliert. Manche Leute glauben, nur so ginge es im 20. Jahrhundert. Ich bin der festen Meinung, daß eine echte Wahrheit, gut und klar gesagt und gut und klar vorgelebt, die Menschen überzeugt. (Starker Beifall) Zur Bekräftigung dieses Glaubens zitiere ich das Wort eines großen praktischen Christen unserer Tage, Albert Schweitzers, der einmal sagte: „Wie die Wasser der sichtbaren Ströme wenig sind im Vergleich mit denen, die unterirdisch dahinfluten, so auch der sichtbare Idealismus im Vergleich zu dem, den die Menschen unentbunden oder kaum entbunden in sich tragen. Das Unentbundene entbinden, die Wasser der Tiefe an die Oberfläche zu leiten, — die Menschheit harret derer, die solches vermögen!“ (Starker Beifall)

Als nächster Diskussionsredner spricht

Bundestagsabg. Massoth:

Eine Begegnung, die nicht stattfand, so bezeichnete vor einem Jahr nach Goslar eine angesehene deutsche Tageszeitung das Ergebnis der Bemühungen, ein wirkliches Gespräch zwischen Partei und Jugend zustande

zu bringen. In diesen Tagen können wir sagen: das Gespräch ist da! (Beifall) So darf ich für die Junge Union einige Gedanken zur grundsätzlichen Orientierung der CDU beitragen. Woher sind wir gekommen? Wir wollten keiner Klasse zum Durchbruch verhelfen, wir wollten keine Interessentengruppe bilden, wir wollten auch keine Herrschaftsansprüche sichern. Sagen wir es einfach: wir wollten jene dunklen Mächte überwinden, die unser Volk in den grauenvollen Zusammenbruch hineingetrieben haben.

14 Jahre sind es jetzt her, da stand auf den Stufen einer ehrwürdigen historischen Stätte deutscher Geschichte, am Frankfurter Römer, ein Mann, der sich der Jugendführer des Deutschen Reiches nannte, Baldur von Schirach. Vor ihm standen Tausende von jungen Menschen. Seine Rede gipfelte in dem Satz: „Ein Volk zu sein, ist die Religion unserer Tage.“ Ist es nicht unser aller Überzeugung als Christen, daß einem so furchtbaren Satz ein so furchtbarer Zusammenbruch folgen mußte!

Vielleicht ist es in der heutigen Gefahr wieder besonders angezeigt, daran zu erinnern, daß dieser Zusammenbruch aus innerer Notwendigkeit erfolgte. Die Männer und Frauen, die sich nach 1945 an allen Orten in deutschen Ländern zur Christlich Demokratischen Union zusammenfanden, taten es aus dem Willen heraus, sich einem dämonischen Zeitgeist entgegenzuwerfen. Die Siegerstaaten glaubten, Dämonen mit Spruchkammern und Entnazifizierung überwinden zu können, und viele Ältere von uns scheinen in der deutschen Katastrophe nur die Rechtfertigung ihres politischen Denkens vor 1933 erblicken zu dürfen. Heute aber erkennen wir alle, daß die dämonische Zersetzung des Zeitgeistes geblieben ist. Wir brauchen nur zum Osten hinüberzusehen, eine intensivere Konzeption dämonischer Mächte ist noch nie dagewesen.

Das Erschütterndste, was ich seit Hitler und meiner Soldatenzeit gesehen habe, waren anlässlich der sog. Weltjugendfestspiele in Berlin die Kolonnen deutscher Jugend des Ostens. Ich will nicht von der bolschewistischen Götzenbilderparade hier sprechen, von den Massenaufmärschen vor den Führern der SED, nein, ich möchte nur sprechen von den Gesichtern dieser jungen Menschen, die ich bei zahlreichen Gelegenheiten vor mir sah. Ich komme aus der Jugendbewegung und habe zwei Jahrzehnte lang christliche Jugend geführt. Ich habe mir die Gesichter der Ostjugend angesehen. Es ist das Erschütterndste, was man feststellen mußte: Sie können nicht das Alter dieser jungen Menschen feststellen. Sie müßten diese mißtrauischen Blicke, diese abgezehrten und ausgemergelten Gesichter, diesen mißtrauischen Ausdruck in den Augen sehen, diese Furcht vor Spionen und Spitzeln! Es ist erschütternd zu sehen, wie sich diese jungen Menschen durch die Straßen von Berlin bewegen und die Schaufenster des Westens betrachten. Es ist erschütternd zu hören, wenn sie vom Osten erzählen.

Ein Wort bleibt mir unvergeßlich in Erinnerung, das möchte ich heute hier aussprechen; denn es ist die Frage, die wir uns immer vorlegen müssen. Immer und immer wieder wurde gefragt, habt ihr da drüben im Westen, die ihr ja auch Sorgen und Nöte habt, uns nicht vergessen? Wir haben manchmal den Eindruck, daß ihr uns nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich abgeschrieben habt.

Es wird nicht geleugnet, daß hier bei uns im Westen noch vieles zu tun ist und vor allem noch soziale Notstände behoben werden müssen. Aber angesichts dieser Not, die unsere Brüder und Schwestern und unsere jungen Freunde im Osten erleiden müssen, mutet uns unsere Not als eine Baga-

telle an. Um dieser Jugend willen, dieser armen jungen Generation in der versklavten deutschen Heimat im Osten, flehe ich Sie an: arbeiten und wirken Sie, soviel Sie können, damit der Tag kommt, an dem diese Jugend wieder bei uns sein kann, in unserer gemeinsamen Heimat, unserem Volk und Land wieder vereinigt ist. (Beifall)

Bei uns im Westen ist das dämonische Zeitelement in vielfältigsten Formen eingesickert. Seien wir ehrlich! Trotz aller noch so erstaunlichen Erfolge in der äußeren Normalisierung unseres Lebens sind wir in unseren Grundanliegen noch nicht entscheidend weitergekommen. Hier möchte ich die Frage stellen, ob die Intensität unserer bisherigen Bemühungen ausgereicht hat. Die CDU ist mit Recht stolz darauf, daß in ihr zum erstenmal seit Jahrhunderten sich die beiden Konfessionen brüderlich zusammengefunden haben. In der vollen Erkenntnis der Unterschiede der Glaubensüberzeugungen haben sich in unseren Reihen evangelische und katholische Christen geeinigt zur Abwehr der alle religiösen Werte heute wie vor 1945 bedrohenden Gegner. Das Bewußtsein von der Gefährdung unserer geistigen und sittlichen Werte ist ein wesentliches Element für die Christlich Demokratische Union. Gerade aus der Verteidigung ihrer heiligen Güter heraus haben die Christen in allen Zeiten ihre stärkste Offensivkraft entwickelt. Wir betrachten die CDU als ein einmaliges Gefüge von **B i n d u n g** und **F r e i h e i t**. Darin liegt unsere große Stärke: Bindung, was unser geistiges Anliegen betrifft, Freiheit, was unsere politische Form anbelangt. Das sind Voraussetzungen ganz eigener Art für die organisatorische Gestaltung unserer Partei; denn dieses besondere Verhältnis von Inhalt und Form bedingt eine **O r d n u n g**, wie sie noch keine Partei in Deutschland zu schaffen hatte. Deshalb haben Sie Verständnis, wenn die jungen Kräfte zu einem neuen organisatorischen Weg drängen.

Auf der einen Seite scheint uns eine Straffung des organisatorischen Apparates zur energischen Durchführung der politischen Aufgaben notwendig zu sein, wir möchten aber auf der anderen Seite vor dem Irrtum warnen, das entscheidende Anliegen der CDU sei zu organisieren. Wir machen darauf aufmerksam, daß viele Nöte in unserer Partei in menschlicher Problematik bestehen. Die CDU darf keine „Massen“partei sein; sie lebt in besonderem Maße von dem charakterlichen und persönlichen Gefüge. Daraus resultiert auch der höhere Anspruch an ihre Mitglieder. Alle, die wir hier sind, müssen uns in unserem Wollen offen ins Auge sehen können. Das in unserem Namen inbegriffene „C“ ist eine Kraft, auf deren Wirksamkeit in den Herzen und Gewissen unserer Mitglieder wir vertrauen, ja vertrauen müssen. Ohne dieses Vertrauen wäre die Union tot. Nach diesem Vertrauen richtet sich unsere Haltung, aus der unser politischer Stil wachsen muß. Dieses allein jedoch genügt nicht.

Die CDU steht wahrhaftig in den großen Schwierigkeiten, die der stärksten Partei in Deutschland in dieser Zeit aufgebürdet sind. Mit Respekt sehen wir, mit welcher Ruhe und Sicherheit der Kanzler seinen Weg bei den jetzt begonnenen schicksalhaften Verhandlungen geht. So wollen auch wir nicht unsicher werden, wenn wir an die uns in Zukunft gestellten Aufgaben denken. Ich erinnere an das gestern hier von Herrn Majonika gesprochene Wort: Wir glauben an einen im Christentum begründeten Sinn der Geschichte. In diesem Glauben, meine Parteifreunde, begreifen wir das Merkmal unserer Zeit, das unheimliche Ringen zwischen den dämonischen Kräften und denen, die sich ihnen entgegenstellen. So glauben wir nach wie vor an die Sendung der Christlich Demokratischen Union. (Beifall)

Präsident Dr. Gurk: Das Wort hat nun

Minister Dr. Strickrodt:

Es ist die Aufgabe dieser Veranstaltung, zur Selbstbesinnung zu führen. So wurden vor uns aufgerichtet, um es mit einem Dichterwort zu sagen, der ewigen Bildwerke Tafel — in der Ordnung der Werte, die diese Welt regieren. Der Blick auf den geschichtlichen Weg jener Kraft, die wir heute als politische Gemeinschaft sein sollen. Der Blick auf unseren eigenen Ursprung hat uns bestärkt in unserer politischen Überzeugung, hat uns aber zugleich auch hingeführt bis in die Situation, in der wir heute stehen. So mag es erlaubt sein, an dieser Stelle — da wir auf einem Parteitag sind — nochmals die Frage zu stellen: Was tut denn der Mensch heute wirklich, was geschieht denn zur Aneignung der Werte, was geschieht denn zu ihrer Verwirklichung ganz persönlich vom einzelnen?

Ich glaube, wir hätten heute eine politische Menschenkunde sehr nötig, um diese Frage zu beantworten. Fragen wir uns zunächst, wie ist denn die Haltung der Menschen, wenn wir hineinsehen in das Volk? Und hier müssen wir nicht nur die Organisationen, sondern auch das Leben der einzelnen betrachten. Wie sind diese aus ihrem Wesen heraus, in ihrem Alltag? Wir müssen sagen: Bei aller noch so harten Kritik, die zu üben ist, es ist doch ein Wunder der inneren Ordnung des gelebten Lebens zu erfahren, wenn wir hineinschauen in das Leben vieler einzelner und der Familien. Es ist auch das Wunder der Tröstung sogar in der Verzweiflung. Es ist das Wunder des guten Willens, wenn wir bedenken, was an Erschütterungen über uns hinweggegangen ist und uns künftig bedroht. Wir müssen sagen: Es ist eine Rettung des Menschenbildes im gelebten Leben über alles Verdienst hinaus.

Aber nun fragen wir, wie steht es mit denen, die handeln, mit denen, die zum Handeln berufen sind. Wie steht es um die aktive Bewußtseins- und Willensbereitschaft? Dann müssen wir sagen: Es herrscht eine Empfindungslosigkeit für die Welt der Handelnden, eine Empfindungslosigkeit für die Last, die heute getragen wird und für die Tragik, in der die handelnden Menschen heute stehen. Es ist wie ein blinder Fleck im Auge der Menschen; eine moralische Blindheit ist um uns zu finden — und das alles bei einer leidlich guten privaten Moral derer, die so blind sind für das, was wirklich geschieht. Man möchte sich helfen und man hat sich geholfen mit einem Aufruf zur Pflicht. Aber das genügt nicht, und dies ist auch nicht verwunderlich, wenn wir hineinschauen in unser heutiges Geistesleben und die Selbstaussage gerade derer berücksichtigen, die dabei die Spitzenreiter sind. Wir haben ja sogar eine Theologie der Krise. Selbst wenn diese unter diesem Begriff allein nicht ganz zu verstehen ist, aber es ist eben doch eine Theologie der Krise. In der Philosophie ist es so: Man ist, wenn man sich selbst recht zu verstehen meint, an der Grenze oder so gerade jenseits der Grenze des Nihilismus. Wenn wir uns dieses vor Augen führen, können wir uns nicht wundern über die politisch-moralische Farbenblindheit.

Aber das hat nun alles dazu geführt — und das ist das Gute an dieser Krise —, daß das Jakobinerium in jeder Form, das eine sozusagen perfektionierte Gesellschaft anstrebt — als einen Fortschritt um jeden Preis —, praktisch nicht mehr geglaubt wird. Wir müssen weiter feststellen, daß auch die Restauration, sei es der Interessen oder der Standesordnung, nicht mehr echt vollzogen wird. Welches ist dann aber der Weg, um diese Blindheit derer, die sehen und handeln sollten, zu überwinden? Ich glaube, auch die neuen Naturerkenntnisse bezeichnen den Weg in die Welt des Geistig-Realen, den wir gehen müssen, um

den Menschen wieder zu gewinnen. Auch hier gilt ein Dichterwort, ein Wort Adalbert Stifters, das Wort vom sanften Gesetz: die Menschen hineinzuführen in die volle Wirklichkeit, in der wir ja sind, in diejenige Wirklichkeit, die wie ein geistiger Kosmos ganz um uns da ist. Darin aber haben wir, die wir auf dem politischen Feld wirken, etwas Einzigartiges zu erfahren: daß sich dem handelnden Menschen die Wirklichkeit in einer zuvor ungeahnten Tiefe aufschließt. Es ist schon etwas Rätselhaftes um den Staat, um die Politik. Die großen Staatsmänner haben das immer gesehen.

Und nun noch ein Wort an die Politiker, die wir alle sind und sein wollen: Wir haben in unserer Arbeit trotz aller Aktivität so etwas nötig wie einen Platz der vollendeten Ruhe im Sturm, der Ruhe jenseits aller Katastrophen und jeden Redens von den Katastrophen, einen Platz, wo wir uns auch begegnen können, in dem wir den Geist und seine Verwirklichung suchen. Dieser Platz ist dort, wo ein Wort Goethes gilt, das ja auch hindurchführte, in märchenhafter Form, durch die Katastrophen seiner Zeit. In Goethes Märchen, am Schlusse der Unterhaltungen deutscher Ausgewanderten, steht dann dieses Wort: „Was ist herrlicher als Gold? Das Licht. Was ist erquicklicher als Licht? Das Gespräch“. Für uns heißt das: das Gespräch im Kreise derer, die durch ihr Tun zur Wirklichkeit gelangen wollen. Diese Ruhe im Sturm ist ein ganz neuer Ansatz zu unserer Politik, das ist ein neuer Ursprung in der Politik durch uns, ein neuer Anfang der Politik in diesem Lande und, ich glaube, auch in dieser Zeit.

Wenn wir das vorleben, dann wird man schließlich doch auf uns schauen, dann wird man uns schließlich doch hören. Aber, meine Freunde, das ist es, was wir noch zu leisten haben. (Beifall)

Bundestagsabg. Kunze:

Über die beiden Referate und die völlige Synthese aus gemeinsamer Glaubenshaltung heraus braucht kein Wort mehr gesagt zu werden. Aber erlauben Sie mir einmal heute etwas zu tun, was ich sonst nicht zu tun pflege: insonderheit meine evangelischen Freunde anzusprechen. Wir sind ja als evangelische Parteifreunde in einer ganz anderen Situation als unsere katholischen Brüder und Schwestern. Wir haben — das ist gestern ausgeführt worden — nicht eine jahrzehntelange Erfahrung, die uns geschlossen zusammengeführt hat, sondern wir haben aus der evangelischen Freiheit — das sei Gott geklagt — manchen Mißbrauch getrieben und haben unsere Menschen laufen lassen. Auch heute noch ist es so, daß wir von unseren Kirchen aus — und ich spreche als ein Mann, der sein Leben lang im Dienste der Kirche steht — die Menschen laufen lassen und — wie Tillmanns gesagt hat — in den letzten Jahren erst langsam anfangen, die Menschen zu informieren, aber glauben, aus evangelischen Bindungen her nicht informieren zu dürfen.

Wir erlauben es, daß die Sozialdemokraten die Religion zur Privatsache erklären und je nach Ort und Gelegenheit sich vor den Wahlen ihr christliches Mäntelchen umhängen. Das erleben wir überall da, wo bewußte evangelische Kräfte noch stark sind. Ich erinnere an Ost-Westfalen. Wir erleben — das sei auch deutlich gesagt —, daß die Demokraten, die an diesem Punkt aus der gleichen weltanschaulichen Wurzel leben, jetzt hingehen und sich ein evangelisches Mäntelchen umhängen wollen. Ich habe das Glück zu erleben, wie das vor sich geht. Als ich in meinem Ausschuß über die Frage der Stellung der Kirchen zum Lastenausgleich sprach, erhielt ich eine einmütige Abstimmung, wobei ich glaubte, daß versehentlich der kommunistische Vertreter für die Wahrung der Belange der Kirche eintrat.

Die freien Demokraten lehnten das ab. Dann gingen sie hin, berichteten und bezogen aus rein parteitaktischen Gründen drei Tage später eine andere Position. Wir müssen in aller Deutlichkeit heraus ins Land und über die Dinge reden. Wir haben keine Zeit mehr, meine evangelischen Freunde, die Dinge so laufen zu lassen. Lassen Sie uns zum Angriff schreiten! (Beifall)

Das Wort hat

Pfarrer Siebrecht (Exil-CDU):

Ich will ein Wort der Erinnerung sagen. Jetzt könnten unter uns sitzen als Delegierte, als Mitarbeiter, eine große Anzahl unserer Freunde, eine große Anzahl unserer Frauen, Männer und Jugendlichen, die nunmehr in den Zellen von Bautzen, von Torgau, von Waldheim und von Brandenburg übereinander geschichtet sind. Sechs Mann in der Zweimannzelle, drei in der Einmannzelle. Die kalte Jahreszeit hat begonnen, die Ausgabe der zweiten Wolldecke hat nicht stattgefunden, Heizung, wenn überhaupt, wird es geben im Februar oder im Januar, das ist klar. Nur deswegen werden viele der Menschen, die mit uns zusammengearbeitet haben, die hierher gehören, in diesem Jahre sterben, wenn wir nichts tun. Während wir hier versammelt sind — es ist jetzt Mittagszeit —, da sind angetreten anderswo unsere Freunde zum Empfang von drei Salzkartoffeln und einem Stück Brot, 300 Gramm am Tag, unausgebacken. Sie werden verhungern in diesem Jahr, in diesem Winter; denn bis zum Knöchel stehen sie im Wasser im Uranbergbau, und dann wieder mit Kolbenstößen getrieben in die stachelumwehrten Zwangskombinate hinein, das halten nur wenige aus.

Es sind keine Fremden; wir könnten sogar Namen nennen. Was tun wir? Mögt Ihr sehen, was Ihr tut. Wer weiß, was lebendige Wirklichkeit ist, der wird alles daransetzen, um so schnell wie möglich an das Ostbüro der Exil-CDU in Berlin Mittel zu schicken. Wir sind imstande, diese Lebensmittel irgendwie hineinzuschmuggeln. Wenn es nicht an unsere Freunde selbst kommt, dann wird es anderen politischen Häftlingen vielleicht noch eine Zeitlang das Leben retten.

Das war ein Wort der Mahnung. Ein Wort der Distanzierung muß gesprochen werden, ein Wort der Distanzierung gegenüber jenen, die unseren Namen usurpiert haben, die dort in der Sowjetzone — reden Sie nicht von der Ostzone meine Freunde, wenn Sie die Sowjetzone meinen — unseren Namen schändeten und dort als Christlich Demokratische Union figurieren. Als Geistlicher muß ich das Wort der Distanzierung aussprechen hinsichtlich des Mißbrauches, der dort mit dem Namen „christlich“ getrieben wird. Wo steht denn in der „Neuen Zeit“, in dem „Demokrat“, in der „Union“ und wie die anderen Blättlein alle heißen, am Sonntag eine Evangeliumbetrachtung? Wo sind denn hier die Worte der „Hl. Schrift“ abgedruckt? Das ist dort alles Fassade und befohlene Propaganda! Ich gebe als Geistlicher zu: Es mag auch heute noch dort diesen und jenen geben, der aus einem guten Gewissen heraus glaubt, er stehe noch da, wo er stehen müsse, aber dann geschieht es aus einem irrefeleiteten Gewissen heraus. Irgendwo werden Kurzsichtigkeit und Schwäche zur Schuld; bei dem einen eher, bei dem anderen später. Das Wort der Distanzierung von dieser „CDU“ muß gesprochen sein, weil diese christliche Fassade nicht Verwirrung anrichten darf.

Ich weiß, daß die CDU im Westen mit ernster Besorgnis auf die Entwicklung hinschaut, die sich aus den Wahlen ablesen läßt, daß hier die Frage entsteht, wie werden wir diesem Ansturm dort aus dem Osten be-

gegenen. Nicht erst 14 Tage vor der Wahl, sondern das ganze Jahr vorher solltet Ihr Euch mit der Exil-CDU in Verbindung gesetzt und gesehen haben, ob es dort nicht Männer und Frauen gibt, die imstande sind — nicht in einer Wahlversammlung —, bei irgendeiner Gelegenheit die Rolle aufzuzeigen, die die SPD für die Sowjetisierung Deutschlands gespielt hat. Ich weiß, daß sofort gesagt wird: Das waren die Funktionäre. Richtig, es waren die Funktionäre, aber es waren alles Funktionäre, die irgendeinen Namen hatten. Diese Funktionäre haben ein halbes Jahr darauf in den Oktoberwahlen 1946 die ganze sozialdemokratische Wählerschaft mit hineingeführt in das kommunistische Lager. Damals ist niemand aus der westdeutschen Sozialdemokratie aufgestanden und hat eine Ansprache gehalten oder Flugblätter herausgegeben. Aber jetzt stehen sie vor der Zone und hoffen, daß ihnen dann, wenn die Gesamtentwicklung doch einmal den Tag der gesamtdeutschen Wahlen bringt, diese Massen zufallen. Hier, meine lieben Freunde, kommt nun der ganz konkrete Vorschlag, den ich machen will. Ich bin der letzte, der in einen nazistisch-kommunistischen Führerkult verfällt, aber es ist so, die SED hat keinen Namen, der in der Zone gilt, es sei denn, daß durch die SPD manche Namen jetzt populär gemacht werden. Aber wir haben einen Namen, der wahrscheinlich stark genug ist, um die Besudelung des Namens CDU dort in der Zone vor den Wählermassen auszugleichen, nämlich den Namen unseres Freundes Jakob Kaiser. (Sehr starker Beifall)

Es ist ein Gebot der politischen Klugheit, überall da, wo es sich um gesamtdeutsche Fragen und gesamtdeutsche Entscheidungen handelt, mit diesem Namen in aller Öffentlichkeit hier in Westdeutschland aufzutreten. Ich erinnere an das Wort, das Helene Weber gestern sagte: weitsichtige politische Aktivität schon heute. (Starker Beifall)

Präsident Dr. Gurk:

Wir danken unserem Vorredner dafür, daß er uns die Wirklichkeit des Alltags in der Sowjetzone vor Augen geführt hat. Wie verwirrt die Geister sind, können Sie daraus ersehen, daß mir nach dem Eröffnungstag ein Brief des Inhalts zugeht, man dürfe nicht an die Gefangenen erinnern, das gefährde den Völkerfrieden. (Ironische Heiterkeit) „So verwirrt sind die Geister. Um so notwendiger ist Klarheit. Ich bin dem Herrn Vorredner äußerst dankbar dafür, daß er diese Klarheit in unserem Kreis geschaffen hat, diese unmittelbare Verbindung zwischen der geistesgeschichtlichen Darstellung der Lage und der wahren Not sowie der Wechselwirkung zwischen beiden. Ich bitte Sie, die Ausführungen des Herrn Vorredners sehr nachdrücklich zu beherzigen.“

Als nächster Redner spricht

Herr Walter Otto:

Als einer der evangelischen Delegierten unseres Parteitages fühlte ich mich besonders durch das ausgezeichnete Referat unseres Berliner Freundes Dr. Tillmanns angesprochen. Beheimatet in der sowjetischen Besatzungszone, seit Jahren als einer der evangelischen Kreisgeschäftsführer im Rheinland tätig, möchte ich erklären, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und eine Reihe ernstzunehmender politischer Zeitschriften von unserem Parteitag ideologische und richtungsmäßige Auseinandersetzungen erwartet hatten. Die Wahlen in Schleswig-Holstein, in Niedersachsen und jüngstens in Bremen seien, so erklärten die Sozialdemokratie und ein Teil

ernstzunehmender politischer Zeitschriften, ein Symptom dafür, daß der evangelische Volksteil sich von der CDU distanzieren.

Ich habe mich mit unrem Freund Kunze nicht abgesprochen, möchte aber gerade sagen, daß das Schwergewicht unserer Arbeit von heute an auf die evangelischen Gebiete gelegt werden muß. Wir stellen fest, daß die Treue unserer katholischen Freunde bisher stärker war als die mancher evangelischen Menschen, die einer stärkeren Labilität unterworfen sind als die seit Jahrhunderten weltanschaulich viel stärker und straffer erzogenen katholischen Christen. Aber die Spekulanten sollen wissen: Wir kennen keinen katholischen Bundeskanzler Dr. Adenauer, wir kennen keinen katholischen Parteivorsitzenden Dr. Adenauer, sondern wir kennen nur den Kanzler der CDU und den Parteiführer der CDU. Sie alle, die auf eine Spaltung der CDU spekulieren, sollen wissen, daß der Begriff CDU unteilbar ist. (Sehr starker Beifall)

Als letzter Diskussionsredner spricht

Dr. Gradl (Exil-CDU):

Einer der Diskussionsredner sprach vorhin von dem dämonischen Zeitgeist, der uns in eine große Gefahr bringt. Er hat dabei nach dem Osten geblickt, und zwar mit Recht; denn dort werden die Menschen mit Gewalt zum Schweigen und zum Parieren gebracht. Dieser dämonische Zeitgeist hat zwei Erscheinungsformen, und zwar eine im Osten und eine im Westen. Das ist die heillose Verwirrung, die vielfach zu findende Grundsatzlosigkeit und Zersetzung. Die eigentliche Gefahr des dämonischen Zeitgeistes östlicher Erscheinung liegt darin, daß ihm auf der anderen Seite nicht dieselbe Geschlossenheit gegenübersteht. Dr. Tillmanns hat mit Recht gesagt: Das Trennende hat Gewalt über uns. Die Gemeinschaft von 1945 ist allmählich versunken. Wir, die wir aus der Ferne hierher kommen, haben wahrscheinlich ein genaueres Empfinden dafür als Sie, die Tag für Tag mitten darin stehen. Wir sehen hier ein Übermaß — sagen wir ruhig — an Meckerei und Schimpfen, wir sehen das Verlangen nach Opposition um jeden Preis. Dies alles zusammen wirkt wie eine politische Zersetzung.

Wir nehmen weiß Gott nicht für uns in Anspruch, daß wir politische Engel sind, aber das haben wir uns doch nicht geleistet und werden wir nie leisten, was uns von der Parteiführung der größten Oppositionspartei in den letzten beiden Jahren so oft geboten worden ist. Ich sage das jetzt gar nicht unter parteipolitischen Gesichtspunkten, sondern ich will zum Ausdruck bringen, daß daraus viel tiefere Gefahren für unser gesamtes politisches Leben resultieren. Herr Schumacher mag sich doch umsehen. Wer hat denn den Nutzen dieser hemmungslosen Kritik um jeden Preis? Aber es ist nicht nur in der Opposition so. Manches, was wir aus den Reihen der Koalitionsparteien hören, ist keineswegs besser. Mir scheint deshalb, daß wir gut daran täten, einmal zum Ausdruck zu bringen, daß wir keineswegs mit allen Einzelheiten dessen, was in den letzten zwei Jahren geschah, zufrieden sind. Auch wir haben Grund zur Kritik. Es ist selbstverständlich, denn was da getrieben wird, ist keine Koalitionspolitik. Wir lehnen die positive Kritik keineswegs ab. Die Kritik, die wir hier aber sehr oft feststellen im Westen und Süden, das ist eine Kritik, die nur rationiert. Das Ergebnis ist, man zerstört die Bereitschaft der Menschen, sich auch anderen Argumenten gegenüber aufgeschlossen zu zeigen, sie wenigstens ernsthaft anzuhören. Das Ergebnis davon ist, daß die politischen Fronten erstarren. Das zwingt — ein verhängnisvoller Zirkel — wiederum

diese Politiker dazu, erst recht eine grobe Sprache zu sprechen. So erleben wir diese Zersetzung unserer politischen Atmosphäre und die Vergröberung unseres politischen Lebens.

Im Volk wird das alles im Grunde nicht verstanden. Diejenigen, die glauben, daß sie eine solche Politik mit dieser Hemmungslosigkeit machen müßten, täuschen sich über den Beifall in ihren Versammlungen. Dr. Tillmanns hat heute mit Recht gesagt: Die Lautesten sind nicht das deutsche Volk. Die meisten Menschen werden von dieser Vergröberung des politischen Lebens abgestoßen; sie kehren sich von der Politik ab, sie werden müde gerade wegen dieses Gegeneinanders, das sie sehen. Gerade jetzt, wo die Existenzsorgen etwas geringer geworden sind und die Menschen an sich aufgeschlossener wären für ein politisches Gespräch, erleben wir dieses schlechte Beispiel. Wie die politische Führungsschicht sich gibt, so wird sie von der öffentlichen Meinung aufgenommen. Ihre Verantwortung ist deshalb so groß, weil draußen einer vor der Tür steht und auf ihr Versagen wartet.

Präsident Dr. Gurk:

Lassen Sie mich noch mit einem Satz das sehr bedeutsame Ergebnis dieser Vormittagssitzung zusammenfassen. Ich erinnere an das berühmte Thermometergesetz von Donoso Cortés, von dem er vor hundert Jahren in der spanischen Kammer gesprochen hat: Sinken die Werte der Religion, so wächst die Tyrannei, steigen die Werte der Religion, so sinkt die Tyrannei. Es ist unsere Aufgabe, zwischen These und Antithese gegen die Diktatur zu kämpfen und ein neues Zeitalter zu retten aus dem Glauben.

Der Vormittag war wertvoll; er möge nachwirken in uns und in der Welt.

Die Sitzung wurde 13.10 Uhr geschlossen.

Größe und Gefahr

Größe und Gefahr der CDU — worin beruht sie? Die Größe beruht darin, daß es ihr gelungen ist, nach der Katastrophe die außerordentliche Vielfalt der verschiedensten Stände und Gruppen unseres Volkes in einer politischen Partei zusammenzuführen, ein in der Geschichte unseres Vaterlandes unerhörter Vorgang. Ihre Gefahr ist, daß dieses Zusammenführen und Zusammenbinden, dieses großartige Einigungswerk, nur Bestand haben kann, wenn es zusammengeklammert wird durch eine von allen leidenschaftlich geglaubte gemeinsame Überzeugung.

Kurt-Georg Kiesinger

Nachmittagsitzung

Präsident Lemmer eröffnet um 15.30 Uhr die Nachmittagsitzung, die der Erledigung der Abstimmungen dient:

Wir haben zwei Kategorien von Entschliefungen, solche, die von den verschiedenen Ausschüssen der Partei kommen, die gestern schon behandelt worden sind. Ich würde vorschlagen, diese Entschliefungen summarisch an den Parteiausschuß und den Parteivorstand zur Behandlung zu überweisen. (Beifall) Wir haben eine zweite Kategorie von Entschliefungen, nämlich solche, die jetzt noch aus dem Parteitag heraus eingegangen sind. Diese Entschliefungen sollten je nach ihrem Charakter an die Ausschüsse der Partei überwiesen werden. Daneben hätten wir noch zu verabschieden die Entschliefung zur Änderung des Parteistatuts, die sich auf eine Neuordnung der Parteiführung bezieht, dann eine Hauptentschliefung, die das Bekenntnis des Parteitages zur politischen Lage enthält, und drittens einen Antrag, der nur durch die höchste Instanz der Partei — nämlich durch den Parteitag — erledigt werden kann und sich auf unsere künftige Nationalhymne bezieht.

Wenn der Parteitag einverstanden ist, gehen also die anfangs erwähnten beiden Kategorien an den Hauptausschuß bzw. an die Sonderausschüsse der Partei. Das bedeutet, daß das Gewissen des einzelnen erleichtert werden soll. In manchen Entschliefungen könnte man sich vielleicht besser ausdrücken, man hätte auch hier und da Einwendungen und Erhebungen zu machen. Alle diese Einwendungen sollen in dem kleineren Gremium des Parteiausschusses zum Ausdruck kommen, weil es ja nicht möglich ist, auf einem großen, vielhundertköpfigen Parteitag diese Unzahl von Entschliefungen im einzelnen verantwortungsvoll zu verabschieden. Ich bitte um Ihre Zustimmung, daß Sie mit dieser Behandlung einverstanden sind. (Zustimmung und Beifall)

Eine Gegenprobe erübrigt sich. Ich darf dann unseren Freund Dr. Holzappel bitten, zunächst die Entschliefung zur Abänderung des Parteistatuts bekanntzugeben und kurz zu begründen.

Dr. Holzappel: Es handelt sich nicht um eine Abänderung des Parteistatuts, denn das könnten wir nur dann vornehmen, wenn dieser Punkt auf der Tagesordnung stünde und vorher den einzelnen Landesverbänden und Delegierten der materielle Inhalt einer solchen Änderung mitgeteilt worden wäre. Auf der anderen Seite werden Sie verstehen, daß sich Parteivorstand und Parteiausschuß bei diesem Parteitag darüber Gedanken gemacht haben, was geschehen kann und muß, um zu einer erheblichen Aktivierung unserer CDU zu kommen. Diese Frage konnte in diesen Tagen nicht endgültig zum Abschluß gebracht werden, weil eine ganze Anzahl verschiedener Vorschläge zur Diskussion steht. Parteivorstand und Parteiausschuß werden aber innerhalb der nächsten vier Wochen zu einer eingehenden Sitzung zusammentreten, um ganz eingehend zu prüfen, was geschehen kann, um dieses Ziel der Aktivierung unserer Union zu erreichen und auch die Schlußfolgerungen daraus zu ziehen.

Damit nun aber unser derzeitiges Statut, das wir vor Jahresfrist in Goslar beschlossen haben, nicht in irgendeiner Form diesem Plan hinderlich im Wege steht, haben wir die Bitte an den Parteitag, folgende Interpretierung der Satzung vorzunehmen. In § 7 Ziffer b des Statuts heißt es: Der Parteiausschuß wählt ein geschäftsführendes Vorstandsmit-

glied... usw. Da Sie wissen — es ist darüber schon in der Presse etwas erklärt worden —, daß wir möglicherweise zu einer Arbeitsteilung kommen würden, bitten wir Sie, sich damit einverstanden zu erklären, daß an Stelle von einem nunmehr mehrere geschäftsführende Vorstandsmitglieder gewählt werden können. Wir dachten daran: ein geschäftsführendes Vorstandsmitglied für den Sektor Organisation, ein Mitglied für die Fragen der Politik, ein Mitglied für die Fragen der Propaganda zu wählen. Dem würde aber die bisherige Formulierung, der Satzung entgegenstehen, wonach nur ein geschäftsführendes Vorstandsmitglied gewählt werden kann. Daher unsere Bitte und unser Antrag des Parteivorstandes und des Parteiausschusses an den Parteitag, diesen § 7 b durch einen Beschluß dahingehend zu interpretieren, daß auch mehrere geschäftsführende Vorstandsmitglieder bestellt werden können.

In diesem Zusammenhang eine zweite Frage. Die Wahl der Vorsitzenden erfolgt jeweils durch den Parteitag, und zwar immer auf zwei Jahre, wie wir es in Goslar festgelegt haben. Nun könnte aber eines Tages etwa einer der drei Vorsitzenden ausscheiden. Um nun nicht ein ganzes Jahr lang ein solches Vakuum hinnehmen zu müssen, bitten wir, weiterhin zu beschließen, daß dann, wenn wider Erwarten im Laufe der Wahlperiode einer von den Vorsitzenden ausscheiden sollte, der Parteiausschuß interimistisch dieses Amt bis zum nächsten Parteitag besetzen kann, an dem dann die Neuwahl erfolgt. Es ist also — sagen wir einmal — lediglich eine Art Notventil, das wir einbauen wollen, um unter allen Umständen aktionsfähig zu sein.

Bei der Prüfung dieser beiden Fragen hat sich herausgestellt, daß in unserem Statut manche Bestimmung fehlt, insbesondere die über eine etwaige Änderung des Statuts. Daher bitten und beantragen Parteivorstand und Parteiausschuß, einen dritten Beschluß dahingehend anzunehmen, daß Parteivorstand und Parteiausschuß beauftragt werden, das gesamte Statut zu überarbeiten und dem nächsten Parteitag — zu dem uns Frau Dr. Gröwel nach Hamburg eingeladen hat — ein Statut vorzulegen, das allen diesen Anforderungen Rechnung trägt. Der Antrag des Parteivorstandes und des Parteiausschusses geht also dahin, ohne eine Änderung des Statuts — die wir nicht vornehmen können, weil es nicht auf der Tagesordnung steht —

zu beschließen, daß in Interpretation des § 7 b gegebenenfalls statt eines nunmehr mehrere geschäftsführende Vorstandsmitglieder bestellt werden können,

zweitens zu beschließen, daß dann, wenn wider Erwarten einer von den drei Vorsitzenden aus irgendwelchen unvorhergesehenen Gründen ausfallen sollte, der Parteiausschuß dieses Amt interimistisch bis zum nächsten Parteitag besetzen kann und

drittens der Auftrag an den Parteivorstand und Parteiausschuß, ein neues Statut auszuarbeiten bzw. dieses alte Statut von Goslar zu überprüfen und zu ergänzen und dann die Vorlage rechtzeitig vor dem nächsten Parteitag sämtlichen Landesverbänden und Delegierten zuzuleiten, damit es auf dem nächstjährigen Parteitag endgültig verabschiedet werden kann. Das sind die 3 Anträge, die ich zu stellen habe.

Präsident Lemmer: Beginnen wir mit dem einfachsten; das ist das letzte: nämlich der Auftrag, die Satzung zu überarbeiten. Mit der Überarbeitung von Satzungen pflegen Parteitage immer einverstanden zu sein (Heiterkeit, Zustimmung und starker Beifall)

— Bundeskanzler Dr. Adenauer erscheint und wird stürmisch begrüßt —

Ich darf den Kanzler, den Sie so herzlich begrüßt haben, davon in Kenntnis setzen, daß der eine Punkt, der sich auf die Neugestaltung der Satzung bezieht, bereits die Zustimmung gefunden hat; es handelt sich darum, die Satzung zu überarbeiten, und zwar durch den Vorstand.

Der zweite Punkt bezieht sich darauf, daß eine Lösung für den Fall getroffen werden soll, wenn einer der Vorsitzenden aus unvorhergesehenen Gründen ausfällt. Ich kann mir denken, daß diese Änderung gleichfalls zu keiner Diskussion Veranlassung gibt; denn sie enthält ja eine Selbstverständlichkeit. Eine umsichtige Parteiführung muß für jede Situation Vorsorge getroffen haben. Oder wird zu diesem Punkt das Wort gewünscht?

Dr. Gradl:

Wir haben Bedenken gegen den Vorschlag, daß beim Ausscheiden eines der drei Vorsitzenden die Ersatzwahl dem Bundesparteiausschuß übertragen werden soll. Wir sind der Ansicht, daß man so verfahren kann, wenn einer der beiden stellvertretenden Vorsitzenden ausscheidet. Nach unserer Meinung kann man so aber nicht verfahren, wenn — es fällt schwer das auszudrücken — uns das Unglück beschieden werden sollte, daß in absehbarer Zeit der Erste Vorsitzende ausfällt. Bei der Größe, bei dem Ansehen und bei der Geltung der Christlich Demokratischen Union darf die Bestimmung desjenigen, der der Erste Vorsitzende der Partei sein soll, nur dem Bundesparteitag als dem höchsten Parteigremium überlassen bleiben und nicht irgendeinem anderen Gremium der Partei übertragen werden. (Vereinzelter Beifall)

Bundeskanzler Dr. Adenauer:

Ich bitte Sie, dem Vorschlage, den der Vorstand und der Ausschuß einstimmig gefaßt haben, zuzustimmen. Es heißt ja ausdrücklich darin: bis zum nächsten Parteitag. Wenn der Vorstand oder der Parteiausschuß es für notwendig hält, kann ja binnen vier Wochen, wenn der Erste Vorsitzende wegfällt, der Parteitag einberufen werden. Aber ich glaube, man sollte diesem Vorschlage, der, wie gesagt, einstimmig gefaßt worden ist, doch auch von Ihnen zustimmen. (Lebhafter Beifall)

Präsident Lemmer:

Wir haben eine Meinung dafür und eine Meinung dagegen gehört. Wenn der Abänderungsantrag nicht zurückgezogen werden sollte, muß ich ihn zur Abstimmung stellen.

Dr. Gradl: Wird nicht zurückgezogen!

Der Abänderungsantrag Gradl wird mit starker Mehrheit abgelehnt.

Präsident Lemmer:

Wir kommen zur Abstimmung über die Vorlage des Vorstandes, wie sie von Dr. Holzapfel vorgetragen worden ist. Wer dafür ist, den bitte ich, das Handzeichen zu geben. — Ich bitte um die Gegenprobe. Der Vorschlag ist so gut wie einmütig angenommen!

Damit kämen wir zur letzten Frage, die sich darauf bezieht, daß die Geschäftsführung nicht von einem geschäftsführenden Vorstandsmitglied, sondern von mehreren geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern ausgeübt werden kann. Dieser Beschluß ist notwendig, damit der Parteiausschuß in seiner Sitzung im November die personelle Regelung treffen kann. Wird zu diesem Vorschlag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Erledigung weiterer Entschlüsse. Die wichtigste, die Hauptentschließung, liegt immer noch nicht vor.

Deutschlandlied, Ausschuß Deutsche Einheit, Tagungsort

Ich bitte nun um Aufmerksamkeit für einen Antrag, über dessen Bedeutung wir uns wohl alle in diesem Saale klar sind. Der Landesverband Berlin hat an den Parteitag folgenden Antrag gestellt:

„Der Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union wolle beschließen: Der Herr Bundespräsident wird gebeten, die dritte Strophe des Deutschlandliedes als deutsche Nationalhymne zu bestimmen.“ (Stürmischer Beifall)

Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Ich glaube, über die Bedeutung dieser Abstimmung brauche ich keine besonderen Worte zu sagen. Es ist wünschenswert, daß der Parteitag, wenn wir zu dieser Abstimmung schreiten, ein wahrhaft einmütiges Bekenntnis ablegt. Man kann das eine oder andere sicherlich dazu sagen, aber, meine lieben Parteifreunde, die Christlich Demokratische Union hat wohl das Empfinden, daß mit dem Trauerspiel bald ein Ende sein muß, daß z. B. nach feierlichen Reden — wie der des Bundeskanzlers kürzlich in Berlin — aus Verlegenheit wegen des Fehlens einer Nationalhymne irgendein Marschpotpourri gespielt werden muß. Das gleiche gilt auch für internationale Sportveranstaltungen, bei denen die englische, die französische und die italienische Nationalhymne gespielt wird, für uns Deutsche aber, je nach Takt, irgendein Schlager aus einem Repertoire von gestern oder vorgestern aushelfen muß.

Die Christlich Demokratische Union wünscht nicht, die Hymne zu einer Partei hymne werden zu lassen. Wir richten an unsere Nachbarparteien zur Linken und zur Rechten den ehrlichen Appell, auf der Basis unseres Antrages zusammenzukommen. Wir haben den Wunsch, daß hierdurch der Anfang gemacht wird für die baldigste Schaffung einer Nationalhymne. Wir denken, daß die von dem früheren Reichspräsidenten Friedrich Ebert in Kraft gesetzte Hymne der Deutschen „Einigkeit und Recht und Freiheit“, das zusammenfaßt, was uns in dieser schweren Übergangszeit alle miteinander bewegt. (Starker Beifall)

(Sämtliche Teilnehmer der Sitzung erheben sich von den Plätzen.)

Der Parteitag hat sich im vollen Bewußtsein seines Bekenntnisses, das er hiermit ablegt, geschlossen von seinen Plätzen erhoben, so daß sich ein Handzeichen erübrigt hat. (Stürmischer Beifall)

Es ist ein Antrag des Landesverbandes Bremen eingegangen:

„Der Bundesparteitag wolle beschließen: Es wird ein Bundesausschuß der Christlich Demokratischen Union gebildet, der sich mit allen Fragen im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit beschäftigt und der bereits jetzt die Vorbereitung gesamtdeutscher Wahlen in Angriff nimmt.“

Wird zur Begründung das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. (Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Da die Hauptentschließung immer noch nicht eingetroffen ist, müßte eigentlich eine Verhandlungspause eintreten. Um aber Gelegenheit zu einer Diskussion zu geben, schlage ich vor, daß wir uns jetzt über den Tagungsort des nächsten Parteitages unterhalten. Dazu ist vom Landesverband Hamburg der Antrag gestellt worden, den Deutschland-Parteitag 1952 nach Hamburg zu legen. Wird hierzu das Wort gewünscht?

Dr. Adenauer (mit Beifall begrüßt): Ich bin durchaus dafür, daß der nächste Parteitag nach Hamburg einberufen wird. Es wird davon ein starker Strom der Belebung — davon bin ich überzeugt — ausgehen nach Schleswig-Holstein, nach Niedersachsen und nach Bremen. Aber ich empfehle doch, diesen

Antrag dem Vorstand mit dem Zusatz zu übermitteln, daß dem Vorstand empfohlen wird, das zu tun. Man muß erst die Saalverhältnisse und alles, was drum und dranhängt, in Hamburg daraufhin untersuchen, ob es möglich ist. Wir haben es hier in Karlsruhe außergewöhnlich gut angetroffen. Ich glaube, Sie werden alle mit mir darin übereinstimmen, daß dieser ausgezeichnete Saal sehr wesentlich für den Besuch des Parteitages und für den Ablauf der Arbeiten gewesen ist. (Beifall) Ich hoffe, daß in Hamburg auch derartige Verhältnisse sind, aber wir wissen's nicht. Deswegen bitte, ich, den Antrag dem Vorstand mit der Empfehlung zu überweisen, den nächsten Parteitag nach Hamburg einzuberufen.

Präsident Lemmer: Sie haben den Vorschlag des Herrn Parteivorstehenden gehört, den Antrag als eine Empfehlung auszusprechen. Das bedeutet, daß also das letzte Wort, je nach den Verhältnissen, die wir heute noch gar nicht voraussehen können, der Parteivorstand haben wird.

Wird dazu das Wort gewünscht?

Herr Wille: Wir sind glücklich, daß es sich nur um eine Empfehlung handelt. Wir sagen das als Berliner. Wir glauben, daß der gleiche kraftvolle Strom, von dem eben der Herr Bundeskanzler sprach, der von Hamburg nach Niedersachsen, Bremen usw. geht, in der gleichen, ja vielleicht verstärkten Form von der Stadt ausgehen kann, die im ersten Ringen um die deutsche Einheit mit uns allen zusammensteht. Darum darf ich bitten, daß im Vorstand erwogen wird, endlich einmal Berlin zum Träger eines gesamtdeutschen Parteitages der Christlich Demokratischen Union in Gemeinschaft mit unseren Freunden der Christlich Sozialen Union Bayerns zu machen. Ich darf Sie als Berliner Sprecher herzlichst in unsere geliebte Stadt Berlin einladen. (Beifall)

Dr. von Brentano:

Ich nehme an, daß auch der Antrag unseres Freundes Wille als eine Empfehlung gedacht ist, aber ich möchte diese Empfehlung im eigenen Namen sehr warm unterstützen. (Beifall) Selbstverständlich werden wir bei der Wahl des Ortes des nächsten Parteitages zu prüfen haben, wie die Voraussetzungen und Verhältnisse sind. Ich möchte auch heute nicht etwa der Entscheidung des Parteivorstandes vorgreifen. Ich glaube, meine Freunde aus Hamburg werden mich auch nicht mißverstehen, wenn ich sage: wenn es die Umstände gestatten, daß wir den nächsten Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands in Berlin halten können, dann würden wir weit über das hinaus, was wir in Hamburg ausstrahlen, auf unser ganzes deutsches Volk ausstrahlen können. Ich glaube, das ist eine legitime Aufgabe und politische Verpflichtung unserer Partei. Deswegen kann ich für mich sagen, daß ich bereit und entschlossen bin, diese Empfehlung, die von Berlin gekommen ist, mit warmen Worten auch im Parteivorstand zu vertreten. (Beifall)

Präsident Lemmer:

Ich mache dem Parteitag den Vorschlag, von einer Abstimmung abzusehen. Es sind zwei Vorschläge gemacht worden, die beide ins Gewicht fallen: Hamburg und Berlin. Wir sollten uns damit einverstanden erklären, daß der Parteivorstand, wenn die Zeit gekommen ist, seine Entscheidung zwischen diesen beiden Städten trifft, und daß er sich dabei möglichst davon leiten lassen möge, wo sich dann der Schwerpunkt des Geschehens in dieser Epoche befinden wird. (Beifall)

Wenn Sie damit einverstanden sind, überweisen wir also ohne besondere Abstimmung die beiden Anträge an den Vorstand zur Entscheidung. (Zuruf:

Als Empfehlung!) — Als Empfehlung. Widerspruch erhebt sich nicht. — Es ist so beschlossen.

Da die Hauptentschließung immer noch nicht vorlag, wurde ein **Antrag** als Material für den Vorstand angenommen, der die Frage stellte:

„Ist es möglich, daß ich als Vorstandsmitglied des Bezirksverbandes der Flieger-, Währungsgeschädigten und Evakuierten, Münster, noch den Antrag stellen kann, einen Bundesausschuß für Flieger-, Währungsgeschädigte und Evakuierte zu gründen? Wir haben 16 Millionen Geschädigte, 52 fliegergeschädigte Abgeordnete.“

Bundestagsabg. Dr. von Brentano setzte sich für die Bildung dieses besonderen Ausschusses ein, „um auch diesen Millionen von Menschen unser lebendiges Interesse zu zeigen, die mandamental in der Behandlung ihrer eigenen Sorgen ein wenig zu kurz gekommen sind“. Er gab seinem Bedauern Ausdruck, daß er in seinem Referat, das abgekürzt werden mußte, nicht auch auf dieses Problem hätte eingehen können.

Präsident Lemmer sprach dann allen Helfern und Helferinnen den Dank des Parteitag aus, er dankte der Stadt Karlsruhe für ihre Gastfreundschaft, dem Lande Württemberg-Baden und der Landesregierung, dem Landesvorstand und Kreisvorstand der CDU in Karlsruhe. Als Berufskollege dankte er auch besonders den Männern und Frauen der Presse, des Rundfunks und des Films: „Sie haben uns durch ihre repräsentative und zahlreiche Teilnahme an diesem Parteitag ihre ganze Aufmerksamkeit geschenkt. Ich schließe in diesen Dank auch die Berufskollegen anderer Fakultäten in der Hoffnung ein, daß sie neben der Kritik auch irgendeinen Sonnenschein ihres Herzens im Bericht erkennen lassen.“

Präsident Dr. Gurk dankte ergänzend den Vertretern und Arbeitern, Ingenieuren der Post- und Fernmeldeanlagen und sagte weiter:

„Es hatte sich zur Vorbereitung des Bundesparteitages ein kleiner Ausschuß des Bundesvorstandes zusammengetan, um das theoretische Gebäude unserer Arbeit zu prüfen und vorzubereiten. Wollen wir nicht in diesem Sinne im Bundesvorstand und Bundesausschuß weiterarbeiten? Das wird unsere Arbeit nicht nur vereinfachen, sondern wir können auch im voraus vieles festlegen und bestimmen; denn wir sind eine Partei, die nicht nur in der Vergangenheit denkt, sondern sich auch mit Zukunftsaufgaben zu befassen hat. Wir müssen immer die Zukunftsaufgaben vor uns sehen, vorwärtstrebend in der Gestaltung einer neuen Zeit. Das möchte ich dem Bundesvorstand und Bundesausschuß warm ans Herz legen.“

Bundestagsabg. Majonika gab folgende Erklärung ab:

Gestern hat die Junge Union den formellen Antrag gestellt, daß auf diesem Parteitag die Frage der politischen Führung unserer Partei geklärt werden soll. Wir haben nun erfahren, daß diese Frage Anfang November geklärt werden soll. Im festen Vertrauen darauf, daß nun wirklich Anfang November diese Frage endgültig entschieden wird, ziehen wir formell unseren Antrag zurück.

Frau Ebersoldt beantragte, allen Städten die Empfehlung zu geben, einen Gedenktag der Opfer des Bombenkrieges festzulegen. Sie habe durch den Katholischen Frauenbund in Münster über den Bischof bereits einen solchen Antrag für Münster gestellt.

Der Antrag wurde als Material dem Vorstand überwiesen.

Präsident Lemmer verlas ein Begrüßungsschreiben der „Democrazia Christiana Italia“ und gab andere Grußtelegramme bekannt. Er unterbrach dann 16.40 Uhr die Sitzung.

Präsident Lemmer eröffnet um 17 Uhr wieder die Sitzung: Wir sind auf eine harte Geduldsprobe gestellt worden. Ich kann mir vorstellen, daß meine Kollegen und Kolleginnen oben auf der Empore der Presse viele Betrachtungen darüber anstellen werden. Wenn ich oben als Journalist säße, würde ich auch mit Gründlichkeit den Ursachen nachgehen, die zu dieser „sensationalen“ Unterbrechung der Sitzung geführt haben. Aber ich darf verraten, daß oft die politischen Vorgänge viel simpler sind, als sie kompliziert erscheinen. Lassen Sie mich auch in diesem Falle ehrenwörtlich versichern: Es hat in der Redaktionskommission keine Richtungskämpfe um die Formulierung der Hauptentschließung gegeben. Das einzige, was man zugeben muß, — ich bitte um Entschuldigung, wenn ich ungewollt jemand kränke, aber als Parteipräsident habe ich ja nichts damit zu tun —, ist folgendes: Die Regie sollte gelernt haben, es auf dem nächsten Parteitag besser zu machen.

Ich erteile nunmehr meinem Freund Robert Tillmanns zur Berichterstattung und Verlesung des Entwurfes das Wort.

Hauptentschließung des zweiten Parteitages

Bundestagsabgeordneter Dr. Tillmanns:

Ich habe die Ehre, dem Parteitag den Antrag vorzulegen, folgende Entschließung zu fassen:

Der Zweite Parteitag der Christlich Demokratischen Union bekennt sich einmütig zu der Politik der Bundesregierung und dankt dem Bundeskanzler für seine im Dienste des deutschen Volkes geleistete Arbeit. Er erwartet von der Bundesregierung, daß sie ihre Politik unbeirrt weiterführt.

In den kurzen hinter uns liegenden Jahren ist Großes geleistet worden. Aus dem völligen Zusammenbruch wurden über alle Erwartungen hinaus gewaltige Fortschritte im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau erreicht. Das deutsche Volk, durch ein verbrecherisches Regime dem Ruin und der Achtung preisgegeben, tritt wieder gleichberechtigt und geachtet in die Gemeinschaft der freien Nationen.

Es wird keiner Herabsetzung und Kritik gelingen, diese großen Erfolge zu verdunkeln. Wir wissen, daß noch viel zu tun ist, vor allem für die sozial Entrechteten, Heimatvertriebenen und Kriegsgeschädigten. Die Christlich Demokratische Union wird auch diese Aufgaben aus dem Geiste ihrer sozialen Verpflichtungen lösen. Wir ringen mit allen Kräften um die Erhaltung des sozialen Friedens und rufen alle Beteiligten — Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Erzeuger und Verbraucher — zur verantwortungsvollen Zusammenarbeit und zur Unterordnung des Einzel- und Gruppeninteresses unter das Gemeinwohl auf.

Dieses Gemeinwohl kann nur auf der Grundlage einer freien, demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung gedeihen. Wir sind fest entschlossen, diese Ordnung gegen alle Feinde, gegen engstirnige Egoisten und böswillige Zerstörer zu verteidigen.

Der Parteitag hat erneut die Geschlossenheit und Kraft der großen politischen Gemeinschaft der Christlich Demokratischen Union erwiesen, die alle Stände und Schichten unseres Volkes zu gemeinsamer politischer Arbeit zusammenfaßt. Wir sind fester denn je entschlossen, an dieser Gemeinschaft festzuhalten, insbesondere auch an der politischen Zusammenarbeit der christlichen Konfessionen.

In der großen Weltauseinandersetzung zwischen Diktatur und Freiheit bekennt sich die Christlich Demokratische Union uneingeschränkt zur freien Lebensordnung und zu den Werten unserer abendländischen Kultur.

Wir wissen, daß wir dabei insbesondere auch im Namen der Deutschen sprechen, die in der Sowjetzone leben. Wir wollen die Wiedervereinigung Deutschlands in einem freien und geeinten Europa. Nach den furchtbaren Erschütterungen zweier Weltkriege gibt es für uns kein höheres Ziel, als die Erhaltung des Friedens. Wir sind aber nicht bereit, dafür den Preis der Sklaverei zu zahlen. (Starker Beifall)

Dieser Friede in Freiheit kann nur in enger Gemeinschaft mit allen gleichgesinnten Völkern erreicht werden. Insbesondere wollen wir an dem großen Werk der Vereinigung Europas über alle nationalen Unterschiede hinweg mitarbeiten.

Ich darf den Parteitag bitten, dieser Entschließung zuzustimmen. (Lebhafte Beifall)

Präsident Lemmer:

Sie haben von der Entschließung Kenntnis genommen. Wird hierzu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dieser Entschließung als politisches Bekenntnis des Zweiten Parteitages der Christlich Demokratischen Union Deutschlands seine Zustimmung geben will, den bitte ich, die Delegiertenkarte zu zeigen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich bitte um Feststellung der Stimmenthaltungen. —

(Bundeskanzler Dr. Adenauer: Teilweise!)

Der Parteivorsitzende enthält sich teilweise der Stimme; wir haben für seine Zurückhaltung Verständnis.

Meine Damen und Herren! Ich stelle fest, daß diese Entschließung, die der Ausdruck unseres bundespolitischen Willens ist, die einstimmige Annahme des Parteitages gefunden hat. (Zustimmung und starker Beifall)

Dr. Gurk: Liebe Freunde! Ich darf Sie höflichst bitten, nunmehr die Delegiertensitze zu räumen, da wir für die Schlußkundgebung neue Stuhlreihen stellen müssen. Ich bitte Sie alle, zur Schlußkundgebung, die bedeutsame Ausführungen bringen wird, zu kommen. Der Parteitag ist noch nicht geschlossen. Die Schlußkundgebung beginnt pünktlich um 18 Uhr.

Ich darf noch zum Ausdruck bringen, daß unser Zweiter Vorsitzender, Herr Dr. Holzapfel, ein Wort des Dankes sagen läßt. Ich möchte ihm für seine Unterstützung herzlichst danken.

Ende der Sitzung: 17.15 Uhr.

Verantwortliche Demokratie

Wir christlichen Demokraten setzen gegen die freie Demokratie, die versagt hat und immer wieder versagen wird, die verantwortliche Demokratie, d. h. die Gemeinschaft der Menschen, die sich Gott und damit dem Nächsten und der Gesamtheit verantwortlich wissen.

Dr. Robert Tillmanns

Die Schlußkundgebung

Beginn 18 Uhr

In einer öffentlichen Kundgebung, zu der die Karlsruher Bevölkerung eingeladen war, fand der Parteitag seinen Abschluß. Der Andrang zu dieser Veranstaltung war so stark, daß nicht nur alle Sitzreihen, sondern auch alle vorhandenen Stehplätze besetzt waren. Unter stärkstem Beifall forderte Präsident Dr. Gurk dazu auf, auch einige noch freie Plätze hinter dem Parteivorstand auf dem Podium einzunehmen: „Ich habe soviel Mut, daß ich es wage, Ihnen zu sagen; Sie können sogar im Rücken unseres Bundeskanzlers Platz nehmen. Er ist dann unter seinem Volk.“

Die Kundgebung wurde auch in das benachbarte Stadttheater übertragen, wo ebenfalls eine dichtgedrängte Menschenmenge den Worten der Redner lauschte. Bundeskanzler Dr. Adenauer sprach, begeistert begrüßt, im Anschluß an die Veranstaltung in der Stadthalle auch im Stadttheater noch persönlich einige Worte an die Versammlungsteilnehmer.

Präsident Dr. Gurk:

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Sehr verehrte Herren Bundesminister! Ministerpräsidenten! Staatspräsidenten! Minister der Länder! Mitglieder des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses der Christlich Demokratischen Union Deutschlands! Meine sehr verehrten Gäste! Mitglieder und Freunde!

Ich danke Ihnen herzlich, daß Sie in so großer Zahl zur Schlußkundgebung des Parteitages 1951 der Christlich Demokratischen Union Deutschlands gekommen sind. In drei ereignisreichen Tagen sind Ziel und Aufgabe der Union umrissen und die Zukunftsarbeit in einer Hauptentschließung zusammengefaßt worden, die heute zum Vortrag kam. Es waren Tage der Besinnung, aber auch Tage, die nachgewiesen haben, daß die Union eine Partei von wirksamer Bedeutung für die Zukunft ist, eine Partei, die ihren Anspruch hat, das Schicksal des Volkes und Vaterlandes mitzugestalten.

Ich darf zum Ausdruck bringen, daß alle Delegierten — das wird Karlsruhe besonders interessieren — von der Anwesenheit in dieser Stadt höchst beeindruckt waren. Ich möchte den Dank, der der Parteileitung zum Ausdruck gebracht worden ist, weitergeben an alle die vielen unbekannteten Helfer aus allen Berufen und Ständen. Ich darf sagen, daß die Union des Stadtkreises Karlsruhe eine überraschende Lebenskraft bewiesen hat und die Parteifreunde und alle Mitarbeiter sich für die Arbeit gern und freudig zur Verfügung gestellt haben. Ich darf ein kurzes Dankeswort sagen dem Herrn Kreisvorsitzenden Dr. Figlesthaller, dem Herrn Kreisgeschäftsführer Bucher und dem Herrn Landesgeschäftsführer Dullenkopf. Der ganzen Bevölkerung darf ich aber dafür danken, daß sie diese Tage zur Heimat für die Delegierten hat werden lassen. (Beifall)

In dieser Schlußkundgebung wollen wir noch einmal alles zusammenfassen, was an Erlebnissen und Eindrücken in diesen Tagen auf uns eingestürzt ist. Ich darf zunächst die Redner des heutigen Abends begrüßen, an erster Stelle unseren sehr verehrten Herrn Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer. (Starker Beifall)

Herr Kanzler und Vorsitzender! Der Parteitag hat Ihnen in einmütiger Weise den Ausdruck seines Vertrauens übermittelt. Er hat zum Ausdruck gebracht, daß das Volk hinter Ihnen steht, hinter Ihrer ritterlichen politischen Gestalt, der Klarheit Ihres Weges des Maßes und der Mitte. Der Parteitag war ein Anruf an das Volk, daß es diesen Weg des Maßes und der Mitte in Tapferkeit mit Ihnen geht. Daß die Karlsruher Bevölkerung so zahlreich heute erschienen ist, möge Ihnen sagen, daß auch Karlsruhe hinter Ihnen steht. (Beifall)

Als Redner des Abends darf ich ferner begrüßen den Herrn Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser. (Starker Beifall) Sein Name und der Name seines Ministeriums erinnern an Schicksalsfragen unseres Volkes und Vaterlandes, Aus dem Beifall, den Sie, Herr Bundesminister eben hören durften, mögen Sie ein Bekenntnis zu ihrer Aufgabe entnehmen.

Ich darf dann als Vertreterin der Frauen Frau Dr. Else Brökelschen begrüßen, die über das Thema „Sicherheit und Friede“ sprechen wird. (Beifall)

Und nun begrüße ich in einträchtigem Verein die sehr verehrten Herren Staatspräsidenten Dr. Gebhard Müller von Tübingen, (Starker Beifall) und Dr. Leo Wohleb von Freiburg. (Sehr starker, langanhaltender Beifall)

Möge die Kundgebung ablaufen als ein deutlicher Hinweis unseres Volkes auf die ewigen Ideale der christlichen Weltanschauung, der Weltanschauung der Zukunft. (Beifall)

Staatspräsident Dr. Gebhard Müller:

Es ist keine leichte Aufgabe, nach der Fülle der Erlebnisse der letzten Tage und dem randvollen Becher der politischen Erkenntnisse, den uns dieser Parteitag gereicht hat, in einer beschränkten Redezeit noch etwas Wesentliches zu sagen. So habe ich mich mit meinem verehrten Freund, dem Herrn Staatspräsidenten Wohleb, beraten, wie wir uns in unsere Aufgabe teilen wollen. Wir sind darin übereingekommen, jeder von uns möge, er vom außenpolitischen, ich vom innenpolitischen Standpunkt aus, davon reden, welchen Beitrag sein Land zum Gesamtanliegen der CDU und damit Deutschlands aus der Eigentümlichkeit seiner Bevölkerung heraus, aus ihrem Charakter und ihrer Wesensart leisten kann, geleistet hat und künftig leisten soll.

Ich will es für den schwäbischen Teil versuchen und gestatte mir in aller Bescheidenheit, eine seiner guten Seiten hervorzuheben, — von den schlechten wird ja laufend von anderer Seite berichtet. (Heiterkeit)

Da ist zunächst zu sagen, meine Damen und Herren, daß das Land Württemberg-Hohenzollern, das ich vertrete, bei der Bundestagswahl 59% seiner Stimmen für die CDU abgegeben hat. (Beifall) Wir hoffen, daß wir diesen stolzen Stand halten können, vor allem auch dann, wenn unsere Freunde in Bundestag und in der Bundesregierung ihre im Grundsatz und in der Zielsetzung absolut richtige Politik weiterführen, sie allerdings ein wenig populärer machen und manches Unnötige vermeiden, was uns schadet, und keine Versprechungen machen, die sie nicht unbedingt halten, und keine Maßnahmen in Aussicht stellen, die nachher ins Wasser fallen.

In diesem südwestdeutschen Raum werden die nächsten Wahlen stattfinden. Wir haben das Anliegen, daß Sie uns bei diesen Wahlen, damit sie zu einem Erfolg werden, voll und ganz unterstützen; denn darüber wollen wir uns im klaren sein: die beste Politik scheidet, wenn es nicht gelingt, sie dem Volke so klar zu machen, daß es innerlich mitgeht. Der Prophet redet umsonst, wenn er im luftleeren Raum spricht, wenn die Wel-

len seine Worte nicht weitertragen, wenn man ihm keine Atmosphäre schafft.

Unser Volk ist beruflich und wirtschaftlich hervorragend tüchtig, aber man klagt oft darüber, daß es immer wieder an seiner politischen Einsichtslosigkeit, Unvernunft und Ungeduld meistens 100 Meter vor dem Ziel scheitert, weil es den dritten Schritt vor dem zweiten oder beide gleichzeitig machen will. Tatsächlich habe ich aber immer wieder die Erfahrung gemacht, daß es — von einem kleinen Teil der völlig Unbelehrbaren abgesehen — jeder vernünftigen Aufklärung zugänglich ist, daß es bereit ist, auch einen steinigten und opfervollen Weg mitzugehen, wenn ihm das Endziel gezeigt wird. Das ist vor allem dort der Fall, wo es in seinem guten Kern noch ethisch und religiös fundiert ist.

Hier, glaube ich, kann man vom Südwesten des Reiches aus einiges beitragen. Dort wohnen deutsche Stämme, denen Recht und Demokratie schon seit Jahrhunderten nicht Schlagworte, sondern tausendfach erprobter und erkämpfter Lebensinhalt sind. Bei uns scheint es — bis heute jedenfalls — trotz des ungeheuren Zustroms von überall her undenkbar, daß Leute wie Remer und Genossen irgendeine Resonanz finden oder überhaupt nur angehört werden. (Beifall)

Es waren die süd- und südwestdeutschen Soldatenbünde, die in den letzten Tagen Herrn Frießner ob seines katastrophalen Geschwätzes die Gefolgschaft aufgekündigt haben. Hier sind die größten Fabrikunternehmen mit Weltruf aus kleinen Anfängen hervorgegangen. Ihre Gründer waren einfache Facharbeiter und Werkmeister. Auch heute noch sehen wir das Entscheidende der Betriebsgemeinschaft in dem Verantwortungsbewußtsein des Unternehmers für seine Arbeiter und in der Verbundenheit des Arbeiters mit seinem Betrieb, der ihm in der Regel auch zeitlich Lebensinhalt ist. Hier stellen prozentual die Arbeiter den größten Teil der Hausbesitzer. Ein großer Teil der Arbeiter hat neben seinem Eigenheim noch eine kleine Landwirtschaft oder mindestens einen Acker, den er nach Werkschluß bebaut, der ihm in Krisenzeiten einen gewissen Halt bietet. All das ist freilich in Jahrzehnten erst vom Staat sorgsam gefördert worden und gewachsen.

Eines ist dem schwäbischen Volksstamm eigentümlich: die Kraft des Verbindenden in seinem Geist und Geisteserbe, nicht das starre Entweder-oder, sondern das versöhnliche Sowohl-als-auch. Die verbindende Synthese zu höherer Einheit, das ist die wirksame Kraft schwäbischen Geistesgutes gegen die zerstörenden Mächte der Gegenwart. Schwäbische Forscher, Philosophen und Dichter wie Kepler, Schiller, Uhland, Mörike, Hölderlin, Hebel, Hauff, Möhler, Hefele und wie sie alle heißen, haben welt- und lebensbedingte Gegensätze, Weltfremdheit und Weltoffenheit, Natur und Geist, Dichten und Denken, Idealismus und Realismus, Humanismus und Christentum in ihren Seelen zu überwinden und zu versöhnen versucht. Die Schwaben wissen nicht von jedem Ding sofort, was es ist und was es nicht ist; in allem sehen sie auch die andere Seite. In jeder politischen Entscheidung ringen verschiedene berechnete Interessen miteinander. Es ist nicht so einfach, wie mancher Grundsatztheoretiker meint, das Rechte zu finden. Das hat nichts mit Grundsatzlosigkeit zu tun, das setzt eine feste Haltung gegenüber der Welt voraus, aber eine solche, die es sich nicht allzu leicht macht in fertigen Formeln. Deshalb sagt man nicht mit Unrecht, daß die Schwaben erst mit 40 Jahren gescheit werden. — Ich bin schon 50! (Heiterkeit und Beifall)

Ins Politische übertragen: Gibt es in den heutigen vier Lebensfragen des deutschen Volkes — Einheit Deutschlands, Ablösung des Besatzungsstatuts durch die deutsche Souveränität, Eingliederung Deutschlands in Europa und in der Welt, der soziale Friede im Lande — nur ein Entweder-oder?

Hat Dr. Schumacher eigentlich nicht erkannt, daß seine Auffassung und die der Regierung im wesentlichen übereinstimmen, daß es stur und unverantwortlich ist, in diesen Lebensfragen des deutschen Volkes nur um der Opposition willen und zur Erringung parteilicher Macht das öffentliche Leben zu vergiften? (Beifall) Hat man eigentlich die Gemeinsamkeit der deutschen Demokratie zu ihrem Schaden und zum Nutzen ihrer Gegner nach wenigen Jahren schon völlig vergessen? Eine Gemeinsamkeit, wie sie sich schon aus dem uns aufgetragenen Kampf gegen jeden Totalitarismus ergibt. Will man denn alle Brücken abbrechen? Will man denn im Ernste bestreiten, daß allen Prophezeiungen zum Trotz nach der Währungsreform der Einsatz der selbstverantwortlichen freien Unternehmerpersönlichkeit eine Leistung im Interesse des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft vollbracht hat, die einzigartig dasteht, von der man im Ausland bewundernd spricht und der wir es letzten Endes zu verdanken haben, daß wir nicht im Kommunismus untergegangen sind? Wenn man den Namen Agartz und den der anderen Plantheoretiker der Sozialdemokratie einst nur noch in den Bibliotheken als Stoff für Dissertationen finden kann, wird die geschichtliche Leistung Erhards unumstritten sein. (Beifall)

Und nun die andere Seite: Ist es klug, an Erhards Grundthese auch dann unbedingt festzuhalten, wenn sich auf den einzelnen Gebieten Mangel zeigt und das Verantwortungsbewußtsein der Unternehmer und Gewerkschaften versagt oder nicht ausreicht? Hier muß der Staat um höherer Interessen willen mit starker Hand unerbittlich eingreifen, die Preise halten und stabilisieren. Wir haben uns in diesen Tagen eingehend darüber unterhalten, wie wir Politik, Leistungen und Gedankengut der CDU volkstümlich machen können. Wir haben gefordert, die Propaganda wirksam zu gestalten. Unsere leitenden Persönlichkeiten müssen in erster Linie gute Politik im großen ohne Rücksicht auf Tagesinteressen machen. Vergessen wir aber nicht ganz die „Propaganda“ oder die Werbung im kleinen. Der Mann im Volke versteht sie besser. Wenn, wie die Presse berichtet hat, ein Bundesminister täglich sein Amt mit dem Fahrrad aufsucht, macht er zweifellos mehr Eindruck, gewinnt unendlich viel Sympathien und erreicht eine größere Breitenwirkung damit als mit manchem Sozialgesetz. (Starker Beifall) Freilich, meine Damen und Herren, macht nicht jeder auf dem Fahrrad eine gute Figur. (Heiterkeit)

Wenn der vielgeplagte Bundesfinanzminister — dem die innere Sympathie des sparsamen schwäbischen Volkes im besonderen Maße gehört — den Mut gefunden hat und hoffentlich noch oft finden wird, dem Bundestag zu sagen, daß er, der Finanzminister, nicht die Mittel hat, um dessen großzügige Beschlüsse stets durchzuführen, so darf er des allgemeinen Beifalls auch der Betroffenen sicher sein. Hier zeigt sich das Erfordernis einer Politik des „Sowohl-als-auch“ besonders deutlich. Man muß bis zur letzten Möglichkeit allen helfen, die sich nicht selbst helfen können. Die Grenze liegt aber haargenau dort, wo die übermäßige finanzielle Beanspruchung des Bundes und der Länder die Währung und damit die Grundlage unseres sozialen Lebens selbst in Gefahr bringt.

Vor einiger Zeit hat der bekannte Journalist Ernst Friedländer unter der Überschrift „Die Umgruppierung“ in einer Reihe von Zeitungen ausgeführt, daß der Zerfallsprozeß der CDU unaufhaltsam sei; sie habe sich einfach nicht hinreichend konkretisiert. Er meint, man könne sagen:

wenn sozial, dann SPD, wenn liberal, dann FDP, wenn national, dann nur DP, wenn nationalistisch, dann SRP, wenn katholisch, dann Zentrum, wenn gut bayrisch, dann Bayernpartei, wenn Vertriebene, dann BHE. Er fragt weiter: wann eigentlich CDU? Friedländer hätte eigentlich noch weitergehen und sagen können: wenn Bauer, dann Bauernbund, und dieser möglichst gestuft nach großen, mittleren und kleinen Bauern, nach Pächtern und Landarbeitern; wenn Handwerker, dann Wirtschaftspartei, wenn Hausbesitzer, dann Mittelstandsblock, wenn Mieter, dann Mieterpartei und wenn Sportler, dann parteilose Partei der freien Wähler usw. usw. Ich frage daher erneut, warum eigentlich CDU? Weil die Atomisierung des politischen Lebens in lauter Interessenshaufen den sicheren Untergang jeder Demokratie, ja jeder staatlichen Gemeinschaft bedeutet. Wenn die CDU nicht bestünde, dann müßte man sie heute erfinden. (Starker Beifall)

Ihr Wesen und ihre Kraft liegt unzerstörbar darin, daß sich in ihr die Menschen finden, die gewillt sind, unter Verzicht auf alle einseitigen Interessenvertretungen dem Ganzen zu dienen. Sie vollzieht damit eine im wahrsten Sinne des Wortes staatsbildende Aufgabe. Dieser vorparlamentarische Ausgleich der Interessengegensätze ist ihr wesentlich und ist einmalig; er macht sie zur wahrhaft staaterhaltenden Partei. Darum kann sie es sich auch leisten, in Einzelfragen manchmal verschieden zu denken. Für mich jedenfalls war es das stärkste Erlebnis dieses Parteitages, daß völlig unabhängig voneinander die Redner der verschiedensten Gruppen, Interessen und Herkunft und beider Konfessionen im Grundsätzlichen und damit im Wesentlichsten und Tiefsten übereinstimmten. Es waren Arbeiter und Industrielle, Professoren und Nichtakademiker, Männer und Frauen aller Art, — ich frage, wer macht uns das nach? Es soll einmal die SPD einen Parteitag veranstalten und über ihre weltanschaulichen Grundlagen reden, ob sie heute noch vor der Geschichte und der Philosophie bestehen können. Ich glaube, das Ergebnis wäre verblüffend. Nur die CDU ist zu dieser Einheit und zu diesem Ausgleich fähig, aber freilich nur, weil und solange in unseren Reihen der Leitsatz herrscht: Jeder trage den anderen Last! (Starker Beifall)

Staatspräsident Prof. Dr. Wohleb:

(Mit langanhaltendem Beifall begrüßt)

Nachdem mein verehrter Herr Vorredner absprachegemäß zur Innenpolitik aus seiner Sicht sich geäußert hat, darf ich das Wort nehmen, um aus der Sicht unseres Badener Landes zur Außenpolitik Stellung zu nehmen. Gewiß, unser Land ist klein, aber der Begriff „Größe“ — an sich relativ — darf nicht anders als in der Schweiz und in den USA in einem echten Bundesgefüge Sinn und Wert eines Bundeslandes nicht zudecken. Absolut eindeutig ist nur der Begriff „Größenwahn“, über den uns die Geschichte die Quittung erteilt hat, ohne daß freilich schon bei uns allen diese infektiöse Krankheit ausgeheilt wäre. (Beifall)

Unser Land Baden, meine Damen und Herren — ich meine natürlich immer Gesamtbaden — (Lebhafte Heiterkeit und starker Beifall) ist ein Grenzland. Von Konstanz bis nahe vor die Tore von Karlsruhe grenzen wir an politisches Ausland, an die Schweiz und an Frankreich. Dieses Grenzland ist ein ausgesprochenes Verkehrsland. Die natürlichen und geschichtlichen Gegebenheiten haben Land und Volk zur Gesinnung des Ausgleichs gezwungen. Der **Unionsgedanke** entspricht unserem Wesen. Da die übergroße Mehrheit unseres Volkes in der Tat christlich ist und da Selbstverwaltung, Selbstverantwortung und Selbstkontrolle, die Tugenden

der Demokratie, uns gemäß sind, ist die Christlich Demokratische Union so recht unsere Partei und hat zahlenmäßig die meisten Wähler.

Als Grenzvolk, meine Damen und Herren, haben wir die Leiden und Schrecken eines Krieges immer zuerst zu spüren bekommen. Wir können daher als erstes nur einer Politik zustimmen, deren höchstes Ziel die Erhaltung des Friedens und der Ordnung ist. Einen Frieden können wir uns aber zum zweiten nur denken in Freiheit. Als Ur- und Erzdemokraten, die wir seit Rottecks- und Welckerszeiten waren — schon damals, als unser Staatspräsident noch Großherzog hieß und erblich sein Amt verwaltete —, können wir nicht mit angeschlagenem Kreuz und ausgeblasenem Hirn vegetieren: Frieden und Unfreiheit schließen sich aus. Wo die Friedensgrenze ist, wußten wir schon 1933, als die Mehrheit der Badener sich gegen Hitler erklärte. Wir wissen's auch heute, und noch kein Badener hat die Oder-Neiße-Linie als Friedensgrenze deklariert. (Beifall)

Und zum dritten: Als Grenzvolk und Volk des Ausgleichs, Unionisten sozusagen von Natur, fordern wir von unserer CDU eine Außenpolitik, die den zweifelhaften erdkundlichen Begriff „Europa“ mit Inhalt füllt. Was unsere ausländischen Gäste heute morgen sehr zu unserem Dank darüber ausgeführt haben, erfüllt uns mit neuer Hoffnung.

So wie wir mit den stammverwandten Schweizern und über das ebenfalls stammverwandte Elsaß mit den Franzosen eng befreundet und durch Familienbande verbunden sind — beiläufig bemerkt, um etwaigen Fehldeutungen zuvorzukommen: ich persönlich so wenig wie meine Frau und meine leider nicht vorhandenen Kinder — (Heiterkeit) und uns nach Sprache, Sitte und Gewohnheiten verstehen, so wie wir seit 150 Jahren Ausschau halten über den Rhein hinüber, ist uns klar, daß der Weg zu einer europäischen Konzeption nur über die deutsch-französische Verständigung führt.

Kampf um den Rhein bedeutete immer „Nacht über Europa“; denn der Rhein ist der europäischen Strom, nicht Europas Grenze; sie liegt weit östlicher. Sie erinnern sich, daß man vor einem Jahr zuerst in der vom Krieg heute noch mehr als halb zerstörten Stadt Breisach — im Mittelalter „Schlüssel des Reichs“ — eine freiwillige Abstimmung über eine europäische Konföderation mit dem Ergebnis veranstaltet hat, daß diese schicksalskundige, leidgeprüfte Bürgerschaft sich mit mehr als 90 % für Europa entschieden hat — trotz oder wegen des Krieges und der zu Anfang gewiß nicht guten Erfahrungen mit der Besatzungsmacht.

Einen Beitrag, meine Damen und Herren, zum deutsch-französischen Gespräch in Richtung Europa glauben wir durch unseren Vertrag zum Zwecke der vorzeitigen Freigabe des Kehler Hafens geleistet zu haben, einen Vertrag, der den Alles- oder Nichts-Politikern Veranlassung gegeben hat, auch in dieser in großer Schau nicht sehr bedeutungsvollen Frage — die aber für die Stadt Kehl und unser Land Baden freilich von größter Tragweite ist — gegen Bundeskanzler und Bundesregierung anzugehen, zu schweigen von den Angriffen gegen uns, die Kleinen von den Ihren, Herr Bundeskanzler.

Ich fasse zusammen: Aus unserem badischen Gesichtswinkel brauchen wir eine Außenpolitik, die den Frieden erhält, einen Frieden in Freiheit bringt und dazu eine echte europäische Konföderation mitschafft in gleichberechtigter Zusammenarbeit mit Frankreich als Kristallisationskern, auch deswegen, weil wir davon überzeugt sind, daß der Heimweg für unsere heimatvertriebenen Mitbürger nur über Europa führt. Wer eine solche Außenpolitik vertritt, der sorgt, so meinen wir, nach menschlichem Ermessen wahrhaft für das deutsche Volk und seine Wohlfahrt. Wenn es aber

darum geht, dann duften uns Parteisuppen schlecht in die Nase, auch wenn sie ein großes Publikum haben, weil sie scharf gesalzen sind. In summa: unsere außenpolitische Konzeption deckt sich mit der unseres Bundeskanzlers Dr. Adenauer. Ihm gilt unser Dank und unsere Verehrung. Wer in diesen Zeiten will bestehn, der muß ein tapfer Herze han! (Minutenlanger stürmischer Beifall)

Sicherheit und Friede

Zu diesem Thema nahm das Wort

Bundestagsabgeordnete Frau Dr. Else Brökelschen:

Wenn ich in dieser Schlußkundgebung über Frieden und Sicherheit sprechen soll, so bedeutet das, daß wir uns am Schlusse dieses Parteitages zusammenfinden wollen zu einer nochmaligen Besinnung über eine der schwersten geschichtlichen Entscheidungen, denen wir nicht ausweichen dürfen, die wir zu fällen haben. Was ich dazu zu sagen habe, sage ich bewußt als Frau, als christliche Frau — noch deutlicher: als evangelische Frau. Ich betone das letztere, weil gerade gewisse evangelische Kreise nicht unschuldig sind an der Verwirrung der Geister, die unsere innenpolitische Situation so sehr erschwert. Ich weiß, daß ich das, was ich sagen werde, unter das Bewußtsein letzter persönlicher Verantwortung vor dem zu stellen habe, der uns Menschen in die Welt der Geschichte und damit jeweils in eine Gegenwart hineingestellt hat, die die Zukunft bestimmen und formen muß.

Lassen Sie mich zunächst ein paar Bemerkungen vorweg machen. Wenn der Bundesparteitag der CDU in diesem Jahr weit im Südwesten der Bundesrepublik stattfindet, so bedeutet das nicht — das hat die große Rede des Herrn Bundeskanzlers ebenso bewiesen wie der Verlauf des gesamten Parteitages —, daß wir damit der Ostzone und unserer Verbundenheit mit ihr ferner gerückt wären. Gerade von hier möchte ich als Frau den Frauen in der Ostzone sagen: es gibt keinen Eisernen Vorhang zwischen uns und euch. Ihr dürft es glauben, nicht zuletzt nach den zahllosen Begegnungen und Gesprächen anläßlich des evangelischen Kirchentages und der Weltjugendspiele, daß der Westen nur ein Ziel kennt: auf friedlichem Wege die deutsche Einheit und Freiheit in einer europäischen Gemeinschaft freier Völker wiederherzustellen. (Beifall)

Wir wissen, was täglich von den Frauen in der Ostzone an stillem Heldentum, an Opferbereitschaft, Tapferkeit und Entsagung verlangt wird. Wir müssen sie auch immer stärker durch wachsende Hilfsbereitschaft im einzelnen, materiell und seelisch, überzeugen, daß wir wissen, wie bedeutsam und entscheidend es auch für den Westen ist, daß die Frauen drüben in der Zone standhalten. Wenn irgendwo, dann gibt es hier für uns Frauen der CDU in der Bundesrepublik nur eins: Treue um Treue. (Starker Beifall)

Ich möchte noch etwas anderes vorweg sagen. Wir leben in einer furchtbaren Zeit und sollten nicht versuchen, diese Furchtbarkeit zu verharmlosen oder vor ihr in irgendein Traumland auszuweichen. Wir sollten auch nicht glauben, über die echte Angst, die echte Sehnsucht und die echte Gewissensnot von Tausenden und aber Tausenden hier im Westen

— nicht nur Frauen, — hinweggehen zu können. Wir haben die Pflicht all das ernst zu nehmen; aber wir Frauen sollten uns auch davor hüten, diese Ängste, Sehnsüchte und Nöte mißleiten oder mißbrauchen zu lassen. Einen Ausweg aus der Bedrohung, in der wir als menschliche Persönlichkeiten, als Volk und als Staat stehen, eröffnen weder pazifistische Utopien noch Verständigungsversuche mit Vertretern einer totalitären Machtideologie, d. h. mit Partnern, die ihrem Wesen nach zu einer Verständigung weder gewillt, noch fähig sind.

Nach der Theorie Stalins und des Kommunismus ist die Weltherrschaft des Kommunismus eine Folge geschichtlicher Logik und darum absolut notwendig. Deswegen aber ist jeder Kompromiß nach der Ansicht des Ostens ein Verrat gegenüber der Logik der Geschichte, und Freiheit nichts anderes, als diese Notwendigkeit einzusehen und sich darin zu fügen. Wahr ist nur, was der Diktatur des Proletariats nützt. Eine objektive Wahrheit kann es nicht geben. In solcher Sicht hat jede Ehrlichkeit im westlichen Sinne ebensowenig Raum wie irgendein Gefühl sittlicher Verpflichtung. „Sittlich und moralisch ist nur, was zur Zerstörung der westlichen Welt dient“ — hat schon Lenin gesagt; und noch eindeutiger: „Jeder Gedanke an Gott ist eine unaussprechliche Gemeinheit.“ Wer diese letzten ideologischen Hindergründe kennt, der weiß um den Abgrund, der den Stalinismus vom westlichen Denken und Fühlen trennt.

Als nach dem Zusammenbruch von 1945 die Menschen in Westdeutschland allmählich aus ihrer Betäubung erwachten, merkten sie, was heute ein Krieg ist: 9 Millionen Heimatvertriebene, 4 Millionen Kriegsoffer, zerstörte Städte, Massen- und Elendsquartiere von Schleswig-Holstein bis in die bayrischen Berge, zerstörte Ehen, und elternlose Kinder, — man könnte dieses furchtbare Fazit beliebig erweitern. Es müßte genügen, um Generationen zu radikalen Kriegsgegnern zu machen. Wir Frauen glaubten darum, die rein männliche Welt habe sich im zweiten Weltkrieg überschlagen, und was jetzt käme, sei eine menschliche Welt, in der die Ehrfurcht vor allem Lebendigen und der Wille zu einer friedlichen Gemeinschaft der Völker treibende Kräfte seien. Heute, nur gut sechs Jahre nach diesem Kriege, geht die Angst vor der Vernichtung und dem Tode wieder um. So rufen Millionen, voran die Frauen, nach der Sicherung des Friedens.

Aber wir haben uns in der Bundesrepublik seit zwei Jahren ehrlich bemüht, die Voraussetzungen für eine friedliche Welt zu schaffen. Wir haben die ersten, wenn auch noch schwankenden Grundlagen für eine soziale Befriedung im Innern gelegt, im Grundgesetz uns zu einem sittlichen Kern des Staates bekannt. Wir sind nach Straßburg gegangen und haben — wo auch immer — für das Werden einer friedlichen europäischen Gemeinschaft uns eingesetzt. Aber wenn man den Resolutionen und Postsendungen aus der Ostzone und den Gründungen von „Friedenskomitees“ in mancherlei Gestalt glauben wollte, so kennen die Bundesrepublik und an ihrer Spitze der „amerikahörige“ Bundeskanzler Dr. Adenauer kein anderes Ziel, als Westdeutschland in einen dritten Krieg zu stürzen, der wegen der Teilung Deutschlands dann notwendigerweise ein Bruderkrieg werden müßte.

Sagen wir eins ganz deutlich: alle Staaten, in welchem Teil der Erde auch immer, sind macht- und bedeutungsmäßig an die dritte oder vierte Stelle gerückt, seitdem die Sowjetunion und die USA zur ideologischen und machtpolitischen Auseinandersetzung angetreten sind, aber, meine Damen und Herren, nicht aus unersättlichem Machthunger der USA, sondern aus dem Gesetz heraus, nach dem der Stalinismus angetreten ist. Schon Anfang der Dreißigerjahre hat Stalin in einem Brief an Maxim Gorki jeden Pazifismus, als zur bürgerlichen Welt gehörig abgelehnt und auch den Krieg nur ab-

gelehnt, soweit er „imperialistischer“ Krieg sei. Ein Krieg zur Durchsetzung des Kommunismus in der Welt müsse bejaht werden, auch wenn er hohe Blutopfer kosten sollte. So hat Frieden in östlicher Sicht einen ganz bestimmten Inhalt, und eine Welt trennt ihn von dem, was auch gerade Frauen hier im Westen damit meinen. Jeder Friedensappell, der vom Osten kommt, ist ein Mißbrauch erster Anliegen westlicher Menschen, und jeder Friedensappell, der vom Westen nach dem Osten kommt, stößt auf eine politische Macht allerersten Ranges. Deswegen sind G e s p r ä c h e mit dem Osten, solange Stalin als unbestrittener Machthaber im Kreml sitzt, vollkommen nutzlos. Oder glaubt z. B. eine „Weltbewegung der Mütter“, durch eindringliche „Aufrufe zum Frieden“ den östlichen totalen Imperialismus verwandeln zu können? Gerade eine Weltbewegung der Mütter sollte im Augenblick konkrete Forderungen stellen und betonen, daß innerer und äußerer Frieden untrennbar miteinander verbunden und der eine ohne den anderen nicht denkbar ist. Sie sollte immer wieder einen Appell an die Weltöffentlichkeit richten, daß eine Hilde Benjamin, die oberste Volksrichterin in der Ostzone wegen dauernden Vergehens gegen die Menschlichkeit vor Gericht gezogen werden müßte, daß die von Friedensbetuerungen tiefende Vorsitzende des demokratischen Frauenbundes, Frau Elly Schmidt, immer wieder Farbe bekennen müßte, wie sich diese sog. demokratische Frauenwelt zu den Schicksalen in dem Frauengefängnis von Hoheneck, zu der Verwendung der Frauen in Uranbergwerken und zur Vernichtung der bürgerlichen Familie in der ganzen Ostzone stellt.

Nun ist seit einer Reihe von Monaten die ferngesteuerte Verwirrung und Ratlosigkeit in Westdeutschland durch eine neue Parole gesteigert worden: Kampf gegen die R e m i l i t a r i s i e r u n g. Es wird eine interessante Aufgabe späterer wissenschaftlicher Forschung sein, festzustellen, wo dieser unglückselige Ausdruck zum ersten Male gebraucht worden ist. Vorläufig können wir nur Vermutungen darüber haben. Unsere Vermutungen gehen stark nach Osten. Klar ist aber eins: eine Remilitarisierung als Wiederherstellung von Kräften und Tendenzen, mit denen soviel Schuld und Verhängnis verbunden sind, — das hat gerade auch der Parteitag der CDU bewiesen, — will keiner, der für die Politik der Bundesregierung die Verantwortung trägt. Um das festzustellen, braucht man keine Volksbefragung. Vielleicht hat die Bundesregierung im Bewußtsein eines guten Gewissens es zu Unrecht versäumt, hier eine skrupellose Agitation gleich in den Anfängen abzufangen und klar zu sagen, was man will oder nicht will.

Ich bin in diesem Augenblick gezwungen, der Ehrlichkeit halber folgendes zu sagen: Der stärkste Eindruck, den ich in einer mehrwöchigen A m e r i k a - R e i s e gewonnen habe, ist der, daß das amerikanische Volk in einer ganz großen inneren Wandlung begriffen ist. Zeiten, in denen man dort Politik nur um materieller Werte willen machte, sind vorbei. Was in den USA im Werden ist, ist das Bewußtsein einer Weltverantwortlichkeit gegenüber Freiheit und Demokratie, deren Werte man erst jetzt in der Gefährdung begriffen hat, und die Bereitschaft, diese Güter, wenn nötig, mit vollem Einsatz zu verteidigen. Wer in den Weltstädten New York oder Chicago eine Vorstellung von deren Verwundbarkeit durch einen eventuellen Atombombenkrieg bekommen und mit Menschen der verschiedenen Bevölkerungskreise drüben gesprochen hat, der weiß: die Amerikaner sind „kriegslüster“ nur in der Propaganda des Kremels. Aber sie sind — das sage ich ganz deutlich noch einmal — verteidigungsbereit. Und um mehr als Verteidigungsbereitschaft handelt es sich auch bei keinem Schritt, den der Bundeskanzler bisher getan hat.

Worum handelt es sich, wenn man sich ganz nüchtern und klar die Frage vorlegt? Eins muß allerdings klar sein, ehe man an die Beantwortung dieser Frage geht: daß man weiß, wohin man gehört, zur westlichen oder zur östlichen Welt, ob man eine menschliche Gemeinschaft nach den Forderungen christlicher Ethik aufbauen oder ob man nach stalinistischem Grundsatz eben diese selbe Gemeinschaft vernichten will, ob man einen Frieden will, der in einer Gemeinschaft freier Völker und Staaten realisiert wird, oder einen Frieden, der nun und nimmer Bestand haben kann, solange das letzte Gefühl für Menschenwürde nicht vernichtet und so die Geschichte in einem Kirchhofsrieden zu Ende gekommen ist. Das kann aber Gottes Wille mit uns und mit den Menschen in der Welt nicht sein.

Ich habe zu entwickeln versucht, daß es sinnlos ist, mit dem Osten Friedensgespräche zu führen. Aber Stalin ist nicht nur Kommunist, er ist auch totalitäres Staatsoberhaupt und eben wegen dieser Totalität niemals ungefährdet. Das weiß Stalin, und er weiß auch das andere: daß kein totalitärer Staat seinen Untergang überlebt, und daß deswegen jede Machterweiterung nach innen wie nach außen nur gewagt werden kann, wenn sie ohne Risiko ist. Hier und nur hier liegt die wirkliche Friedenschance jedes westlichen Staatsmannes und die letzte Verpflichtung zu einer gemeinsamen Verteidigung der westlichen Welt. Für einen Beitrag zu dieser Verteidigung Voraussetzungen und Formen zu schaffen, die in der Bundesrepublik den Widerhall und die Zustimmung finden, ohne den auf die Dauer dieser Beitrag wertlos sein würde, ist die schwere Aufgabe, in der der Bundeskanzler bei den jetzigen Verhandlungen steht.

Aber gibt es vielleicht nicht doch eine Möglichkeit, die Bundesrepublik aus den gefährlichen Spannungen der Weltpolitik herauszuhalten? Würde nicht ein neutrales Deutschland Frieden und Sicherheit bedeuten? Diese Fragen werden gerade auch in Frauenkreisen immer wieder gestellt. Ich will deswegen folgendes sagen: zweifellos ließ sich über eine Neutralisierung Deutschlands reden, wenn es, wie die Schweiz, außerhalb des weltpolitischen Spannungsfeldes läge und die Möglichkeiten zur Verteidigung seiner Neutralität hätte, wie die Schweiz sie hat; aber dann stände wahrscheinlich die ganze Frage nicht zur Debatte. Es ist unser geschichtliches Schicksal, nicht an der Abkante, sondern mitten in Europa zu liegen. Ein neutrales Deutschland in der augenblicklichen Situation würde vom Westen preisgegeben und vom Osten verschluckt. Das aber wäre — das wird Gott sei Dank auch in der Bundesrepublik immer mehr anerkannt — das Ende jeder inneren Entwicklung Deutschlands, das Ende jedes Versuchs einer Einigung des gesamtdeutschen Gebietes in Freiheit und Frieden, und es wäre das Ende der europäischen Integration. Nein, wir sind aufgerufen, uns zu entscheiden; jeder einzelne von uns. Aber man sage nicht, unsere Entscheidung als Christen sei durch die Friedensbotschaft Christi vorweggenommen. Der Friede und die Friedensbotschaft, die das Neue Testament meint, liegen jenseits der Fragen, um die es hier geht. Im Imperium Romanum des Augustus gab es Mühselige und Beladene genug, aber es gab keine Gefährdung des Friedens und keine Gefährdung der staatlichen Sicherheit. Ein Christ — und es geht hier vor allen Dingen um den evangelischen Christen — der aus letzter Gewissensentscheidung glaubt, „ja“ zu einer Verteidigung nicht sagen zu dürfen, der muß die Möglichkeit haben, seinem Gewissen zu folgen, wenn klar ist, daß diese Berufung auf das Gewissen nicht Tarnung für Drückebergerei und Feigheit ist.

Solche Entscheidungen vollziehen sich und können sich nur vollziehen im privaten Raum. Kein Staatsmann und keiner von uns Politikern, der für

das Wohl und Wehe von 48 Millionen Menschen die Verantwortung hat, kann Entscheidungen fällen, die auf Märtyrertum und Passion aufgebaut sind. Er hat alles zu tun, um diese 48 Millionen vor beidem zu schützen. Aber, und das mag das letzte sein, was ich sage: Verteidigungsbereitschaft kann nur verlangt werden für ein Leben, das zu leben lohnt, nicht nur materiell, sondern auch geistig und seelisch. Und da steht die Frage auf: ist es richtig, daß wir vielleicht am Ende sind, daß der Dichter recht hat, wenn er sagt: „Es will Abend werden, o Abendland!“?

Ich sehe gerade das erlösende Erlebnis dieses Parteitages darin, daß wir entschlossen sind, nicht zu kapitulieren, daß wir nicht der Meinung sind, daß Totalitarismus, Sklaverei, Kollektivismus und wie alle diese östlichen Errungenschaften heißen, mit unabwendbarer Notwendigkeit auf uns zukommen, sondern daß wir bereit und mutig sein müssen, uns dieser Flut entgegenzustellen, und zwar in Abwehrbereitschaft und Kampfgemeinschaft, gerade auch wir Frauen, und daß es gilt, daß wir uns besinnen, nicht nur auf die gemeinsamen Ideen, sondern auch auf das letzte gemeinsame Glaubensgut, das in der CDU Evangelische und Katholische zusammengeführt hat. Unsere Aufgabe besteht darin, dieses Glaubensgut glaubhaft zu machen in unserem Leben und Wirken als einzelne und in der Gemeinschaft der CDU. (Starker Beifall)

Unser geschichtliches Schicksal

Es ist unser geschichtliches Schicksal, nicht an der Abkante, sondern mitten in Europa zu liegen. Ein neutrales Deutschland in der augenblicklichen Situation würde vom Westen preisgegeben und vom Osten verschluckt... Wir sind aufgerufen, uns zu entscheiden, jeder einzelne von uns...

Kein Staatsmann und keiner von uns Politikern, der für das Wohl und Wehe von 48 Millionen Menschen die Verantwortung hat, kann Entscheidungen fällen, die auf Märtyrertum und Passion aufgebaut sind. Er hat alles zu tun, um diese 48 Millionen vor beidem zu schützen.

Dr. Else Brökelschen

Deutschland muß seine Einheit wiederfinden

Bundesminister Jakob Kaiser:

Unter den Delegierten dieses Parteitages der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der soeben in dieser Stunde ausklingt, sind zahlreiche Männer und Frauen, die wegen ihrer aufrechten christlich demokratischen Politik und ihrer unbedingten deutschen Haltung in der Sowjetzone ihre Heimat verlassen mußten. Es ist bekannt, daß diese Männer und Frauen, diese politischen Flüchtlinge, in der Exil-CDU zusammengefaßt sind. Diese politische Gemeinschaft ist nach der feierlichen Erklärung berufener Vertreter der christlichen Demokraten in der Sowjetzone die einzige echte Vertretung der gesamten christlich demokratischen Bevölkerung der Zone hinter dem Eisernen Vorhang.

Sie alle hier im Westen Deutschlands sollen und müssen das wissen; denn die Frage der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ist zur Stunde stärker denn je in den Vordergrund gerückt. Nicht nur Deutschland hat sich mit dem Wann und dem Wie seiner Wiedervereinigung auseinanderzusetzen; ganz Europa ist vor diese Notwendigkeit gestellt. In dieser Auseinandersetzung kommt es nicht zuletzt auch darauf an, welches Verhältnis die Bevölkerung der Bundesrepublik, die Bevölkerung in West-, Nord- und Süddeutschland zu den schwergeprüften 18 Millionen Deutschen in der Sowjetzone findet.

Sicherlich ist das Regime in der Sowjetzone das Regime eines sowjetischen Satellitenstaates, aber die deutschen Menschen dort sind keine Satelliten. (Starker Beifall) Die Menschen dort sind bis in ihren tiefsten Kern hinein deutsch; die Bevölkerung in der Sowjetzone kennt nur ein Verlangen: sie will frei und sie will mit uns vereint sein. Das gilt nicht zuletzt auch von der Arbeiterschaft in der Zone. Diese Arbeiterschaft, die im Paradies des angewandten Marxismus lebt, hat in ihrer breiten Masse nur den einen Wunsch: aus diesem „Paradies“ erlöst und befreit zu werden. Durch ein einfach schamloses Antreibersystem getetzt, durch eine mißtrauische Partei bespitzelt, führt sie ein Sklavendasein. Die Arbeiterschaft in der Zone hat wie die gesamte Bevölkerung dort den Marxismus in Theorie und Praxis übergenug. Es wird nicht zuletzt die Solidarität zwischen den beiden Teilen Deutschlands erhöhen, wenn es zu absoluter Klarheit über diese Haltung der Bevölkerung in der Sowjetzone kommt. Deshalb ist es notwendig, an den starken Rückhalt zu erinnern, den wir, die christlichen Demokraten Deutschlands, in der Sowjetzone hatten und heute noch dort haben.

Diese christlich demokratische Gemeinschaft in der Sowjetzone hat nichts zu tun mit den Schattenfiguren, die heute dort den Namen der Christlich Demokratischen Union mißbrauchen. Sie mißbrauchen die aufrechte Gesinnung der christlichen Demokraten in der Zone; aber dieser Mißbrauch wird ihnen nie vergessen werden. Die christlich demokratische Bevölkerung in der Zone ist unlöslich verbunden mit den Männern und Frauen, die heute in der Exil-CDU geeint sind und damit mit der Gesamtunion in Deutschland. (Beifall)

Die sowjetische Besatzungsmacht hat mich und meine Freunde aus der politischen Verantwortung getrieben, weil wir uns ihrem Sowjetisierungswillen widersetzen und nicht folgten, aber am Tage der Wiedervereinigung; am Tage der Wahlvorbereitungen für diese Wiedervereinigung, werden wir in der Sowjetzone unsere Verantwortung wieder auf uns nehmen. Wir werden den Kampf um die Prinzipien der Einheit, der Freiheit und der Gerechtigkeit führen. Ich kann nur wünschen, daß unsere Gesamtpartei mit allen Kräften dazu beiträgt, diesen Tag herbeizuführen. Täten wir es nicht, wir würden vor der Geschichte unseres Volkes nicht bestehen können.

Die 18 Millionen Deutsche in der Zone werden uns niemals aus der Mitverantwortung für ihr Schicksal entlassen. Die Länder Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gehören ebenso zu Deutschland wie unsere Länder im Süden und Westen, denen nach dem Zusammenbruch des „tausendjährigen Reiches“ ein — Gott sei es gedankt — immerhin leichteres Los beschieden blieb. Mit tiefem Schmerz haben wir seit 1945 erlebt, wie unser Volk durch eine sich stets erweiternde Kluft gewaltsam auseinandergerissen wurde. Dieses Auseinanderreißen war, weiß Gott, nicht das Resultat unseres eigenen Willens; für uns galt stets der Rütli-Schwur als oberstes Gesetz: Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern! Aber wir wissen es: Die sich immer weiter verschärfende Spannung zwischen Ost und West — d. h. zwischen dem Lager der Westmächte und dem Lager des kommunistischen Regimes — machte den Riß durch Deutschland und mitten durch Europa immer größer und tiefer. Wir wollen es dabei ruhig zugeben: Bei allen politischen Versuchen der letzten Jahre; die Schicksalsfrage unseres Volkes zu lösen, sind wir niemals ein Gefühl der Ohnmacht diesem Schicksal gegenüber losgeworden. Die Wiedervereinigung Deutschlands, unseres Vaterlandes, hängt nun einmal zu einem erheblichen Teil von dem Ausgang des Kalten Krieges zwischen Ost und West ab, sie hängt von einem Ausgleich zwischen den gegeneinanderstehenden großen Mächten ab. Das Wissen darum — ich darf das sagen — hat nicht zuletzt den Westen Deutschlands zunächst mit einem gewissen Fatalismus erfüllt. Das war für die Menschen in der Sowjetzone oft sehr schmerzlich; denn sie waren und sie sind ja die Gequältesten unseres Volkes, sie waren und sie sind die Geknechteten. Die Bevölkerung der Sowjetzone hat ja schließlich für uns alle miteinander nun schon über 6 Jahre lang ihren Rücken hingehalten, um so mehr ist sie auf die Verbundenheit, auf die Solidarität und auf unser Handeln angewiesen.

Sicherlich haben wir, die Deutschen, auch heute noch nicht die Macht, unsere Menschen in der Sowjetzone den kommunistischen Machthabern zu entreißen, aber ich glaube, es stehen auch den Schwächsten Mittel der Politik, der Moral und des Geistes zur Verfügung, um zum mindesten das Gewissen der Welt wachzurufen und zu mobilisieren. Es stehen heute unserem Volk auch wieder Mittel der Diplomatie zur Verfügung, um Wille und Kraft der freien Welt auch für die Befreiung der Sowjetzone wirksam werden zu lassen.

Es gehört zu den ersten Aufgaben der Bundespolitik, alle diese Mittel wirksam einzusetzen. Wenn ich das sage, so will ich mich nicht einem allzugroßen Optimismus hingeben, sonst würde ich möglicherweise beschuldigt, daß ich mir durch die Grotewohl-Aktion Sand in die Augen hätte streuen lassen. Das tue ich aber auf keinen Fall. Dafür kenne ich Grotewohl und seine Genossen viel zu genau. Ich habe immerhin schon einmal mit ihnen an einem Tisch sitzen müssen. Ich weiß, daß mit Beratungen — da sie ihre Freiheit preisgegeben haben, diese Leute — nichts bei ihnen zu machen ist. Aber etwas anderes ist geschehen, das unsere Hoff-

nung auf Wiedervereinigung stärken kann: das Selbstbewußtsein unseres Volkes und unserer Nation ist vor allem im Laufe der letzten Tage um ein erhebliches gewachsen. Dieses Selbstbewußtsein hat nichts, aber auch gar nichts mit blindem Nationalismus zu tun. Ich sehe dieses Selbstbewußtsein nicht lebendig in der phrasenhaften Überheblichkeit pseudonationaler Parteien; ich sehe es ebensowenig in törichten Äußerungen unpolitischer Leute lebendig, die aus dem schweren Schicksal unseres Volkes nichts, aber auch gar nichts gelernt haben. Ich sehe es aber lebendig in dem unermüdligen Fleiß und in der Ausdauer, mit denen bei uns das schwere Leben unseres Volkes gemeistert wird. Ich schließe dies aus dem neuerwachten Selbstbewußtsein unseres Volkes und unserer Nation, aus der Aktivität und Aufgeschlossenheit, mit denen unser gesamtes Volk heute die Auseinandersetzung um seine Einheit, um seine Wiedervereinigung führt und verfolgt. Wir können alle miteinander nur wünschen, daß alle diejenigen, die politische Verantwortung für unser Volk tragen, diese Aktivität zu wahren und zu nutzen wissen.

Drei Dinge sind es, die das nationale Bewußtsein unseres Volkes vor allem bewegen:

Erstens, unser Volk will endlich wieder gleichgeachtet und gleichberechtigt sein. Unser Volk ist der Meinung, daß die Welt heute vor schlimmeren Gefahren steht, als sie das Aufleben vermeintlicher nationalistischer Regungen oder Tendenzen in Deutschland bedeuten könnten; der östliche Kommunismus ist die Gefahr, wo immer er im Angriff auf unser Volk und auf unser Land steht. Mit den Pseudonationalisten werden wir schon fertig werden! Sie werden — diese Dumm- und Hohlköpfe unter uns — um so schneller verschwinden, je eher und je mehr man den materiellen und den politischen Notwendigkeiten Deutschlands Rechnung trägt. Die Gefahr aus dem Osten aber, der Kommunismus, ist nur zum Halten zu bringen und zurückzudrängen, wenn die gesamte freie Welt sich im Widerstand gegen ihn in Stärke zusammenfindet und wenn der Zusammenschluß der freien Völker im Zeichen wirklicher Gleichberechtigung aller Völker geschieht. (Beifall) Es darf nach unserem Erkennen keine kleinlichen Rang- oder Wertungsunterschiede mehr geben angesichts der Gefahr, von der die freie Welt bedroht ist. Ich wünsche aus ganzem Herzen, daß die Zuversicht des Bundeskanzlers Konrad Adenauer gerade in dieser Beziehung nicht enttäuscht wird; (Starker Beifall) denn ich bin überzeugt, daß weder er noch wir das ertragen könnten.

Das deutsche Volk verlangt zweitens danach, endlich wieder zu einem Volk vereinigt zu werden; denn nur so ist die Existenz unseres Volkes zu retten und zu sichern.

Das deutsche Volk verlangt drittens nach einer Einheit, die allen deutschen Volksteilen zugleich die Freiheit bringt. Unser Volk ist überzeugt, daß seine Wiedervereinigung in Freiheit zu einem entscheidenden Beitrag zur Sicherung des Friedens der Welt wird.

Aufgabe der deutschen Bundesrepublik ist es nicht zuletzt, diesen unseren nationalen Willen redlich und stetig zur Geltung zu bringen. Es darf nicht passieren — Gott verhüte es, daß es auch nur möglich werden könnte —, daß die berechtigten Forderungen unseres Volkes in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West beiseite geschoben werden, d. h. daß eine mögliche Verständigung zwischen Ost und West über unsere elementarsten Forderungen zur Tagesordnung übergeht.

Der deutschen Politik wäre wohl am besten gedient, wenn alle politischen Gruppen unseres Volkes sich zur Erreichung seiner nationalen Ziele in groß-politischer Gemeinschaft zusammenfinden würden. Die junge

deutsche Demokratie würde damit, wirklich ihre Reifeprüfung bestehen. In dem Willen einem geeinten deutschen Volke wieder einen Platz an der Sonne zu sichern, dürfte es kein Gegeneinander der politischen Parteien und Gruppen geben. Es dürften keine Versuche der einen Partei geben, die anderen Parteien übers Ohr zu hauen. Der Erfolg solcher parteipolitischer Manöver, wie wir sie leider zum Schmerz aller wahren Patrioten immer wieder erleben, würde ja nur sein, daß unser Volk am Ende selbst übers Ohr gehauen würde. Wir müssen mit aller Kraft danach streben, zu positivem Zusammenwirken in der Schicksalsfrage unseres Volkes zu kommen. Wir wehren uns aber dagegen als christliche Demokraten, daß Persönlichkeiten der SPD sich immer wieder in einfach peinlicher Weise als die alleinigen Hüter des Einheits- und Freiheitswillens unseres Volkes hinstellen. (Beifall)

Um dieses gemeinsamen Kampfes für Deutschland willen würde ich gern bestimmte Ereignisse in der ersten Zeit nach 1945 auf sich beruhen lassen, aber man fordert uns ja geradezu heraus, sie immer wieder aufzurühren. Was soll zum Beispiel das Plakat, das die SPD ausgerechnet während unseres Parteitages in Karlsruhe hat anschlagen lassen? Auf diesem Plakat muß man lesen: „In der Ostzone regieren Kommunisten, CDU und SED gemeinsam; nur die SPD ist verboten.“ Dann kommt die Frage: „Warum wohl?“ Jawohl, warum wohl, so kann man in der Tat fragen. Zu den regierenden sog. CDU-Leuten habe ich schon das Nötige gesagt. Die Sozialdemokratie frage ich aber: Wer war es denn, der dem Sowjetismus den ersten Einbruch in die deutsche Widerstandskraft in der Sowjetzone ermöglicht hat? (Sehr starker Beifall und Zurufe: Grotewohl!)

Es war doch der Sündenfall fast der gesamten SPD-Führung unter Grotewohl. (Erneuter Beifall) Schon Anfang 1946 erlag sie der Umarmung der Kommunisten. Ich weiß, was ich sage: Die SPD ist nicht, wie es hier auf dem Plakat geschrieben steht, verboten worden, die SPD unter Grotewohl hat mit Pauken und Trompeten kapituliert! Seitdem regiert sie das unglückliche Land unter dem Symbol der vereinten Hände mit den Kommunisten als SED.

Ein anderes noch: Der Vorsitzende der SPD rühmt sich immer wieder, als erster gegen die Oder-Neiße-Grenze aufgetreten zu sein. Nun, ich will mich mit ihm über das Datum nicht streiten; er war in Hannover und ich war in Berlin. Schließlich ist er nicht über alles objektiv unterrichtet worden, was es nach dem Einzug der Roten Armee im Zuge der Bewegung zwischen uns, den Deutschen, und den Repräsentanten der sowjetischen Besatzungsmacht dort gegeben hat. Aber jedenfalls war der Protest gegen die Oder-Neiße-Grenze von Hannover aus in der britischen Zone weiter kein Heldenstück, das der Erwähnung wert wäre. Für mich darf ich jedenfalls in Anspruch nehmen, daß ich mindestens zu gleicher Zeit in Berlin und in der Sowjetzone für unser unveräußerliches Recht auf das deutsche Land jenseits der Oder-Neiße eingetreten bin. (Stürmischer Beifall) Ich habe das nicht zuletzt in Görlitz an der Neiße und in Frankfurt an der Oder getan. Und das hat doch wohl anderes Gewicht, und die Sowjets sind auch andere Leute als die Engländer. Ich glaube, das dürfte sich allmählich herumgesprochen haben.

Aber lassen wir das, es ist für mich schmerzlich genug, daß ich überhaupt das Wort ergreifen mußte; denn wenn einer in unseren Reihen davon durchdrungen ist, daß ein besseres, ein sinnvollerer Zusammenwirken zwischen den beiden großen politischen Gruppen unseres Volkes einfach ein nationales Erfordernis ist, dann bin ich es. Lassen wir aber das weitere Sprechen darüber sein im Interesse unseres Volkes. Was nüt tut, ist die

Arbeit, dem Kommunismus, der Gefahr aus dem Osten, jede Chance zu verwehren. Die stärkste Chance für östliche Manöver und ihre verhängnisvollen Ziele wäre ja eine Verwirrung des Volkes durch hemmungslosen Parteienkampf. Auf solche Verwirrungen spekuliert ja nicht zuletzt Herr Grotewohl. Es ist ihm inzwischen oft genug klargemacht worden, daß wir nur in freien Wahlen den Weg zur Einheit Deutschlands gehen, in freien Wahlen und über eine deutsche Nationalversammlung. Mit den Stimmzetteln, die in freier Wahl drüben in der Zone abgegeben werden, wird jeder geknechtete Bewohner der Sowjetzone das Todesurteil für die SED in die Wahlurne werfen. Nur ein paar Nutznießer des heutigen Systems werden noch versuchen, das System zu retten, falls sie nicht vorher schon in die Sommerfrische auf die Krim gefahren sind. (Heiterkeit)

Zudem: nur in Nebensätzen lockt Grotewohl mit freien Wahlen, in den Hauptsätzen verlangt er sogenannte Beratungen, d. h. er verlangt nach einer gesamtdeutschen Propagandatribüne. Freie Wahlen in der Sowjetzone werden übrigens dort als amerikanische Erfindung hingestellt. Dabei ist die SED doch sonst immer der Auffassung, daß Erfindungen nur von den Sowjets gemacht werden. Das behaupten sie allerdings vorsichtshalber von freien Wahlen nicht. Wir aber fordern gesamtdeutsche Wahlen; denn wir wollen echte Freiheit für ganz Deutschland. Die Voraussetzungen dafür haben wir bekanntgegeben, aber weder von der Sowjetunion noch von der SED ist eine konkrete Antwort gekommen. Auch die Sirenengesänge von der Neutralisierung Deutschlands, wie sie neuerdings auch Herr Ulbricht wieder angestimmt hat, können uns nicht verwirren. Bis jetzt waren und sind die Vorschläge der Ulbrichte und Genossen, Deutschland, unser Land in irgendeiner Form zu neutralisieren, immer Vorschläge gewesen, Deutschland zu kommunistieren oder — noch treffender gesagt — Deutschland zu bolschewisieren. Damit kann man uns aber nicht betören. Wir sind nicht bereit, Selbstmord zu begehen.

Echte Neutralität muß sich verteidigen können. Es gehört nun einmal zum Wesen und zur Aufgabe eines neutralen Staates, dafür zu sorgen, daß niemand seine Neutralität verletzen kann. Neutralität muß ja im Zeitalter moderner Waffen auch garantiert sein. Wer das nicht anerkennen und das nicht begreifen will, der soll davon schweigen, daß er Deutschland im Zeichen der Neutralität die Einheit zubilligen will; er bietet nicht Einheit, sondern er bietet Selbstmord. Das geeinte Deutschland, das wir erstreben, wird ein Land sein, das dem Frieden und nur dem Frieden zu dienen gewillt ist. Wir bleiben dabei überzeugt, daß man dem Frieden der Welt nicht besser und nicht positiver dienen kann, als wenn man den Herd der Unruhe beseitigt, den ein in Stücke zerrissenes zivilisiertes Volk im Herzen Europas bedeutet. Deutschland muß, Deutschland wird seine Einheit wiederfinden. (Langanhaltender, starker Beifall)

Mitverantwortung für 18 Millionen

Die 18 Millionen Deutschen in der Sowjetzone werden uns niemals aus der Mitverantwortung für ihr Schicksal entlassen. Die Länder Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gehören ebenso zu Deutschland, wie unsere Länder im Süden und Westen, denen nach dem Zusammenbruch des „Tausendjährigen Reiches“ ein — Gott sei es gedankt — immerhin leichteres Los beschieden blieb. Jakob Kaiser

Das Schlußwort des Bundeskanzlers

Von stürmischem, immer neuem Beifall begrüßt nahm das Wort

Bundeskanzler Dr. Adenauer:

Herr Staatspräsident Müller hat in seinen Ausführungen von einem Artikel des Journalisten Friedländer gesprochen. Herr Friedländer, ein sehr angesehener Journalist, hat vor unserem Parteitag einen Artikel geschrieben über den Zerfall der CDU. Nun, ich schätze Herrn Friedländer im allgemeinen sehr hoch, aber zuweilen schläft auch Homer. (Heiterkeit) Und in diesem Fall, glaube ich, hat er kräftig und tief geschlafen. Ich meine nicht Homer, sondern Herrn Friedländer; (Erneute Heiterkeit) denn dieser Parteitag 1951 in Karlsruhe ist ein Zeichen eines so kräftigen Lebens, einer solchen Geschlossenheit der Christlich Demokratischen Union, daß jeder, der dieser Tagung hat beiwohnen können, aufs tiefste davon gepackt ist.

Es sind während dieser Tage, meine Freunde, die wichtigsten Probleme in aller Tiefe und in allem Freimut erörtert worden. Ich bin glücklich, sagen zu können, daß niemals zuvor eine solche Einigkeit bestand zwischen Katholiken und Evangelischen, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen Landwirten und Handwerkern. Der Parteitag, meine Freunde, in Karlsruhe im Jahre 1951 ist das geworden, was er werden sollte: der Auftakt zum Wahlkampf des Jahres 1953. Meine Freunde! Dieser Wahlkampf werden wir gewinnen! (Starker, anhaltender Beifall)

Seien Sie davon überzeugt: Wir alle miteinander haben den festen Willen, es zu schaffen, allen Gegnern und Feinden zum Trotz; denn wir sind die einzige Partei in Deutschland, die ein weltanschauliches Fundament hat. Nur eine solche Partei kann in diesen Zeiten der Verwirrung und der Finsternis wirklich einen geraden Weg zum Ziel gehen. Dieses Ziel ist die Rettung der Freiheit und die Rettung des Friedens für das deutsche Volk. Wir werden es erreichen, und wir werden es in verhältnismäßig kurzer Zeit erreichen. (Sehr starker Beifall)

Meine Vorredner haben die ganze Situation, in der wir uns augenblicklich befinden, so klar und so deutlich gezeichnet, daß ich nur in wenigen Strichen Ihnen meine Auffassung wiederzugeben brauche.

Im Osten Sowjetrußland, hochgerüstet; im Westen die Westalliierten und die Atlantikpaktstaaten in mächtiger Aufrüstung begriffen, und wir, unser Land, zwischen diesen beiden Blöcken, unfrei, unbewaffnet. Wir müssen uns entscheiden für den Osten oder für den Westen. Wir müssen uns entscheiden für Freiheit oder Sklaverei. Wir müssen uns entscheiden für asiatisches Heidentum oder für europäisches Christentum. So sind die Fragen gestellt. Ich glaube, für keinen von uns, aber auch für die weitaus große Mehrzahl aller Deutschen besteht gar kein Zweifel, daß für uns nur eine Entscheidung in Frage kommt: Eingliederung in den Westen, mit dem wir die gleichen Lebensformen und das gleiche Fundament haben. (Starker Beifall)

Die Politik Sowjetrußlands ist ganz klar und folgerichtig. Sowjetrußland will die Herrschaft über Europa. Sowjetrußland hat seit 1945 im Kalten Krieg alle die Satellitenstaaten sich zu eigen gemacht, die wir kennen. Jetzt fühlt es seinen Vormarsch bedroht durch die kommende Integration Europas. Die will es verhindern. Das Mittel, um sie zu verhindern, ist die von ihm erstrebte Demilitarisierung und Neutralisierung der Bundesrepublik. Ohne die Bundesrepublik ist eine Integration Europas unmöglich. Wenn Europa sich nicht jetzt in diesen Jahren vereinigt, wo Sowjetrußland mitten in Europa und mitten in Deutschland steht, dann wird Europa nichts anderes werden als ein Anhängsel des asiatischen Rußlands. Das ist das Ziel. In Rußland vereinigen sich panslawistischer Expansionsdrang mit dem Drang des Kommunismus, zu herrschen und andere Leute zu unterjochen. Hinter diesem Ziel Sowjetrußlands steht dann der Wunsch — der dann wahrscheinlich auch in Erfüllung gehende Wunsch —, daß die Vereinigten Staaten, wenn sie sehen, daß dieses Europa nicht mehr die Kraft hat, sich zusammenzufinden, ihr Interesse an Europa verlieren.

Wir Deutsche stehen tatsächlich — ich glaube, Frau Dr. Brökelschen hat es gesagt — vor einer entscheidenden Wendung auch der europäischen Geschichte, nicht nur der deutschen Geschichte. Aber ich glaube, wir brauchen keine Furcht zu haben. Die Russen arbeiten überall mit der Erweckung von Furcht und Terror. Sowjetrußland weiß ganz genau, daß schon jetzt ein heißer Krieg Sowjetrußland auf die Dauer vernichten würde. Wenn wir nur klar unser Ziel sehen, wenn wir unseren Weg entschlossen gehen, entschlossen zu dem Ziele, glauben Sie mir, wir werden keinen heißen Krieg bekommen. Aber wenn wir schwankend sind, wenn wir nicht wissen, was wir wollen, wenn wir bald so, bald so sagen, dann verliert der Westen das Vertrauen zu uns, und dann werden wir von Rußland einfach geschluckt werden, sobald es zu einer Auseinandersetzung zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland hier in Europa kommen sollte. Sie kennen das Schicksal von Korea, das würde dann nach meiner festen Überzeugung auch unser Schicksal sein. Ich glaube, wenn Sie ruhig über alles das nachdenken, dann werden Sie unbedingt mit mir darin übereinstimmen, daß es nur einen Weg gibt, den Frieden zu retten: Das ist der Weg, den Deutschland gehen muß, indem es eintritt in die europäischatlantische Verteidigungsgemeinschaft. (Starker Beifall)

In der Öffentlichkeit und auch in der Presse werden die Verhandlungen, die ich zur Zeit mit den Hohen Kommissaren als Vertreter ihrer Länder führe, als ein Kampf um das Besatzungsstatut bezeichnet. Ach, meine Damen und Herren, das ist ja gar nicht wahr! Das Besatzungsstatut wird eines Tages fallen, ob ein halbes früher oder ein halbes Jahr später, daran wird keiner sterben; aber um etwas anderes handelt es sich dabei. Es handelt sich darum, daß wir als gleichberechtigte Partner in diese Gemeinschaft eintreten. Daß sich mit einer solchen Partnerschaft dann ein Besatzungsstatut nicht verträgt, das ist selbstverständlich. Aber darum gehen die Verhandlungen: gleichberechtigter Partner zu werden. Ich glaube, Ihnen sagen zu dürfen, ohne zu optimistisch zu sein: die Verhandlungen stehen gut. Die Erklärung der beiden Herren von der französischen MRP auf unserem heutigen Parteitag haben mich in dieser Hoffnung und in diesem Optimismus absolut bestärkt. (Stürmischer, anhaltender Beifall)

Auch darin stimme ich überein mit dem, was gesagt worden ist: Der einzige Weg, die deutsche Einheit in Frieden wiederherzustellen, ist der Weg über die europäische und atlantische Gemeinschaft. Nur dann hat das deutsche Volk Aussicht, weiterzuleben. Aber wir haben keine Aussicht, als deutsches Volk weiterzuleben, wenn wir alle miteinander unter

russische Sklaverei kämen. Ich sagte es Ihnen schon und wiederhole es: Haben Sie keine Furcht, und lassen Sie sich nicht irremachen! Wir wollen ruhig den Weg gehen; ein heißer Krieg liegt nicht im Interesse Sowjetrußlands. Aber in unserem Interesse liegt es, den Frieden zu retten. Diesen Frieden wollen und werden wir retten.

Ich habe eben gesagt: Ich weiß, daß die weitaus größte Mehrheit des deutschen Volkes mit mir und der Bundesregierung darin einig ist. Der beste Beweis dafür war doch jene erschreckende Szene in der Nacht im Bundestag, wo ein Vertreter der SPD sich nicht entblödete, Ausführungen zu machen, die mir einen Dolchstoß in den Rücken geben sollten. (Lebhafte Pfui-Pfui-Rufe) Aber die eigene Fraktion hat ihn dann preisgeben müssen, so groß war der Unwille im Bundestag. Man sah da, wie groß der Unwille im gesamten deutschen Volk werden würde. Deswegen entschloß man sich, den hauptamtlichen Bearbeiter der Außenpolitik im Sozialdemokratischen Parteivorstand über Bord zu werfen.

Ich habe Ihnen gesagt: Dieser Parteitag ist in Wahrheit ein großes Ereignis für uns gewesen, und er wird es bleiben. Von diesem Parteitag, von dem, was wir hier besprochen und gehört haben, von dem gemeinsamen Austausch müssen und werden starke Kräfte und Ströme hinausgehen in deutsches Land. Man hat bei all der mühseligen Arbeit, die man zu tun hat; wahrhaftig dann und wann es mal nötig, solche Tage der Erhebung zu erleben, wie es der Parteitag in Karlsruhe war.

Ich danke Karlsruhe, ich danke allen denjenigen, die geholfen haben, daß dieser Parteitag so glanzvoll verlaufen ist, glanzvoll nach außen, einig nach innen, absolut einig. Meine Freunde! So wollen wir bleiben und so werden wir bleiben, und so wird die Christlich Demokratische Union Deutschland und Europa retten. (Brausender Beifall, in immer neue Ovationen übergehend)

Präsident Dr. Gurr dankte dem Bundeskanzler für seine Worte und verlas vor der größeren Öffentlichkeit der Schlußkundgebung noch einmal die Hauptentschließung des Parteitages, deren Feststellungen und Forderungen mit starkem Beifall aufgenommen wurden.

In seinen Schlußworten sprach er dem Bundeskanzler nochmals das Gelöbnis der Treue aus und sagte allen Delegierten ein herzliches Lebewohl.

Die dritte Strophe des Deutschlandliedes wurde von der Versammlung stehend gesungen.

Die Kundgebung wurde um 20 Uhr beendet.

Besprechung der Landtagsfraktionen

Die Vorstände der Landtagsfraktionen der CDU/CSU im Gebiete der Westdeutschen Bundesrepublik trafen sich zu einer Besprechung. Anwesend waren die Vertreter der Landtagsfraktionen von Bayern, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Süd-Baden, Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern.

Dr. Hilpert-Hessen

warf die Frage auf, ob es nicht notwendig sei, im Interesse einer einheitlichen Willensbildung in grundsätzlichen Fragen eine engere Zusammenarbeit zwischen den Landtagsfraktionen der CDU im Gebiete der Westdeutschen Bundesrepublik herbeizuführen. Gerade auf dem Gebiete der Kulturpolitik, der Gesetzgebung zur Kommunalverfassung sei es von entscheidender Bedeutung, daß man sich rechtzeitig gegenseitig informiere. Das sei deshalb vor allem von Wichtigkeit, weil ja die Mitwirkung der CDU in den einzelnen Parlamenten bald in der Form der Opposition, bald in der Form der Regierungspartei, in Erscheinung trete. Parteipolitisch käme hinzu das vielfältig widersprechende Verhalten sowohl der SPD als auch der FDP.

Die **Aussprache** ergab, daß von allen anwesenden Vertretern die Vorschläge des Einberufers begrüßt wurden. Man war sich darüber im klaren, daß der schriftliche Meinungsaustausch das Tragende der Zusammenarbeit sein müßte und Zusammenkünfte nur von Zeit zu Zeit zur Behandlung besonderer grundsätzlicher Fragen wie Neugliederung der Länder, Wahlrecht usw. stattfinden sollten. Besonderer Wert wurde von allen Beteiligten darauf gelegt, daß zumindest bei den Besprechungen die **Bundestagsfraktion** vertreten sein müßte, um eine gute Zusammenarbeit zu gewährleisten. Der Einberufer wies darauf hin, daß in Hessen allmonatlich die hessischen Abgeordneten der CDU im Bundestag zusammen mit der Landtagsfraktion Sitzungen halten, um wichtige Fragen zu besprechen.

Es wurde schließlich festgelegt, daß vorerst das Fraktionsbüro der CDU Hessen den schriftlichen Meinungsaustausch federführend bearbeitet und daß die Zusammenkünfte aus Verkehrsgründen möglichst im Räume von Frankfurt/Main stattfinden sollen. Im einzelnen soll jede Landtagsfraktion dem hessischen Fraktionsbüro zur Weiterleitung an alle beteiligten Fraktionen jeweils 26 Überdrucke von allen grundsätzlichen Anträgen und Gesetzentwürfen zur Verfügung stellen. Dabei sollen insbesondere die vom Einberufer oben entwickelten besonderen Umstände Berücksichtigung finden.

Man kam weiter dahin überein, für Anfang 1952 eine **Zusammenkunft** in Aussicht zu nehmen; bis 31. Dez. 1951 wird über Termin und Ort eine endgültige Verständigung herbeigeführt. Nach Möglichkeit soll bei dieser Zusammenkunft das Problem der Neugliederung der Länder und vor allem die Gestaltung des Wahlrechts behandelt werden.

Die Einladungen werden jeweils an die Fraktionsvorsitzenden ergehen, denen es überlassen bleibt, die Zahl der Teilnehmer seiner Fraktion an etwaigen Zusammenkünften zu bestimmen.

Entschliessungen und Beschlüsse

Hauptentschliessung

Auf Grund der Referate und Diskussionen sowie der Entschliessungen und Anregungen der Parteiausschüsse faßte der Parteitag einstimmig folgende Hauptentschliessung:

Der Zweite Parteitag der Christlich-Demokratischen Union bekennt sich einmütig zu der Politik der Bundesregierung und dankt dem Bundeskanzler für seine im Dienste des deutschen Volkes geleistete Arbeit. Er erwartet von der Bundesregierung, daß sie ihre Politik unbeirrt weiterführt.

In den kurzen hinter uns liegenden Jahren ist Großes geleistet worden. Aus dem völligen Zusammenbruch wurden über alle Erwartungen hinaus gewaltige Fortschritte im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau erreicht. Das deutsche Volk, durch ein verbrecherisches Regime dem Ruin und der Achtung preisgegeben, tritt wieder gleichberechtigt und geachtet in die Gemeinschaft der freien Nationen.

Es wird keiner Herabsetzung und Kritik gelingen, diese großen Erfolge zu verdunkeln. Wir wissen, daß noch viel zu tun ist, vor allem für die sozial Entrechteten, Heimatvertriebenen und Kriegsgeschädigten. Die Christlich-Demokratische Union wird auch diese Aufgaben aus dem Geiste ihrer sozialen Verpflichtung lösen. Wir ringen mit allen Kräften um die Erhaltung des sozialen Friedens und rufen alle Beteiligten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Erzeuger und Verbraucher, zur verantwortungsvollen Zusammenarbeit und zur Unterordnung des Einzel- und Gruppeninteresses unter das Gemeinwohl auf.

Dieses Gemeinwohl kann nur auf der Grundlage einer freien, demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung gedeihen. Wir sind fest entschlossen, diese Ordnung gegen alle Feinde, gegen engstirnige Egoisten und böswillige Zerstörer zu verteidigen.

Der Parteitag hat erneut die Geschlossenheit und Kraft der großen politischen Gemeinschaft der Christlich-Demokratischen Union erwiesen, die alle Stände und Schichten unseres Volkes zu gemeinsamer politischer Arbeit zusammenfaßt. Wir sind fester denn je entschlossen, an dieser Gemeinschaft festzuhalten, insbesondere auch an der politischen Zusammenarbeit der christlichen Konfessionen.

In der großen Weltauseinandersetzung zwischen Diktatur und Freiheit bekennt sich die Christlich-Demokratische Union uneingeschränkt zur freien Lebensordnung und zu den Werten unserer abendländischen Kultur.

Wir wissen, daß wir dabei insbesondere auch im Namen der Deutschen sprechen, die in der Sowjetzone leben. Wir wollen die Wiedervereinigung Deutschlands in einem freien und geeinten Europa. Nach den furchtbaren Erschütterungen zweier Weltkriege gibt es für uns kein höheres Ziel, als die Erhaltung des Friedens. Wir sind aber nicht bereit, dafür den Preis der Sklaverei zu zahlen. Dieser Friede in Freiheit kann nur in enger Gemeinschaft mit allen gleichgesinnten Völkern erreicht werden. Insbesondere wollen wir an dem großen Werk der Vereinigung Europas über alle nationalen Unterschiede hinweg mitarbeiten.

Beschlüsse

Der Vorstand der Christlich-Demokratischen Union wird beauftragt, eine Überarbeitung des Parteistatuts vorzunehmen und dem nächsten Parteitag eine Vorlage hinsichtlich Änderungen und Ergänzungen zu machen.

In Auslegung des § 7, Ziffer b, beschließt der Parteitag, daß auch an Stelle von einem mehrere geschäftsführende Vorstandsmitglieder bestellt werden können.

Der Parteitag beschließt ferner, daß dann, wenn einer der drei Vorsitzenden während der Wahldauer aus irgendwelchen Gründen ausfallen sollte, dann der Parteiausschuß vorübergehend eine interimistische Berufung vornehmen kann, die bis zum nächsten Parteitag Gültigkeit hat. Der Parteivorstand wird selbstverständlich dann so schnell wie möglich einen Parteitag einberufen.

Als Orte für den nächstjährigen Parteitag wurden Hamburg und Berlin vorgeschlagen. Der Parteitag beschloß, diese Vorschläge dem Parteivorstand zur Empfehlung zu übermitteln.

Der Bundesparteitag beschloß, entsprechend einem Antrag des Landesverbandes Bremen, den Herrn Bundespräsidenten zu bitten, die dritte Strophe des Deutschlandliedes als Nationalhymne zu bestimmen.

Entschliessungen der Ausschüsse

Erklärung Dr. Friedrich Holzapfels:

Die Hauptarbeit bei dem Parteitag liegt in den einzelnen Ausschüssen. Sie haben die Möglichkeit und die Aufgabe, sich mit den Fachfragen eingehend auseinanderzusetzen.

Die Arbeit der Ausschüsse muß selbstverständlich vom Parteivorstand und dem Parteiausschuß abgestimmt werden, denn der Parteiausschuß ist nächst dem Parteitag das für die politische Arbeit maßgebende Organ.

Es ist aber notwendig, dem Parteitage ein möglichst umfassendes Bild der Arbeit der einzelnen Ausschüsse zu geben. Daher hat jeder Ausschuß die Aufgabe, dem Parteitage einen Bericht über seine Arbeit zu erstatten.

Die Arbeiten der Ausschüsse haben z. T. in Entschliessungen ihren Niederschlag gefunden. Diese Entschliessungen werden dem Parteiausschuß zugeleitet.

Wenn wir diese Entschliessungen in durchaus demokratischer Form öffentlich vorlegen, so müssen wir doch darauf hinweisen, daß es sich hierbei noch nicht um die Meinung und Zielsetzung der Gesamtpartei handelt, sondern gleichsam um Anträge, die der Parteiausschuß für die von ihm aufzustellenden Richtlinien der Politik zu verarbeiten hat.

Wirtschaftspolitische Ausschuß

Grundrecht auf Eigentum

1. Zu den Menschen- und Grundrechten gehört das Recht des einzelnen auf erworbenes und überkommenes Privateigentum. Das Recht auf Eigentum ist ein Schöpfungsrecht, das von jeder echten menschlichen Gemeinschaft und dem zu ihrer gerechten Ordnung berufenen staatlichen Recht anerkannt werden muß. So ist es, wie in allen rechtsstaatlichen Verfassungen auch in unserem Grundgesetz verankert.
2. Wahre Freiheit kann nur dort gedeihen, wo persönliches Eigentum gesichert ist. Eigentumslosigkeit führt zur Vermassung. Unsere Zielsetzung ist daher, jede Möglichkeit zur Eigentumbildung, insbesondere der vermögenslosen Schichten, zu fördern und jeder unmitteibaren oder mittelbaren Unterhöhnung des Eigentums vorzubeugen.
3. Dieses Grundrecht trägt eine Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft und kann nur bei Gefährdung des Gemeinwohls beschränkt werden. Eine solche Beschränkung darf jedoch nur gleichmäßig und unter Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze sowie gegen eine Entschädigung zu wirklichen Werten erfolgen. Eine Gefährdung des Gemeinwohls liegt nicht vor, wenn das machverteilende Prinzip gewahrt ist.

Mittelstandspolitik

Der Bundeswirtschaftsausschuß der CDU hat sich mit besonderem Nachdruck mit den Fragen des Mittelstandes beschäftigt. Er hat in Anbetracht der Wichtigkeit dieser Fragen einen Sonderausschuß bestellt mit der Aufgabe, konkrete Vorschläge über die dringendsten Anliegen des Mittelstandes der Partei in Kürze vorzulegen. Die Vorschläge dieses Unterausschusses beruhen auf folgenden Leitsätzen:

Die weltanschaulichen Grundsätze der CDU sind in besonderem Maße im Mittelstand lebendig wie Einzel- und Großhandel, Handwerk und alle sonstigen Gewerbetreibenden, Landwirte, freie Berufe, Hausbesitzer, deren Angehörige nach Millionen zählen. Er tritt ein für eine Marktwirtschaft, die aus christlicher Überzeugung sozial verpflichtet ist und welche, auf das Grundrecht des Eigentums gestützt, die Entfaltung der Kräfte des einzelnen ermöglicht. Er wendet sich gegen jede Gleichmacherei der Einkommens- und Lohnverhältnisse, die die Unterschiedlichkeit der Leistungen des einzelnen außer Betracht läßt und die Initiative lähmt. Gerade die mittelständischen Betriebe aller Arten gewährleisten die Erhaltung der Persönlichkeit im Erwerbsleben und sind ein Bollwerk gegen den Kollektivismus. Der Mittelstand hat durch seinen Einsatz entscheidend zu den Erfolgen unserer Wirtschaftspolitik und einem von niemand für möglich gehaltenen Aufstieg beigetragen.

Die Wirtschaftspolitik der CDU hat von Anfang an auch den Erfordernissen des Mittelstandes Rechnung getragen. Sie schuf mit der sozialen Marktwirtschaft ein Wirtschaftssystem, welches Bestleistungen ermöglicht und gerade auch den Berufsschichten des Mittelstandes innerlich gemäß ist. Die Berufsordnungen müssen dem mittelständischen Gewerbe festeren Schutz gewähren und seinen Eigenarten gerecht werden. Die CDU fordert für alle gleiche Startbedingungen. Die Steuerverwaltung ist weiter zu vereinfachen und zu verbessern, damit die Last der Steuern, die heute die Arbeitsfreude lähmt, erleichtert wird.

Frühere Entwicklungen haben gezeigt, daß die wahren Interessen einzelner Berufsschichten nicht ihre wirksame politische Vertretung in Ständesorganisationen finden können. Es ist daher erforderlich, daß die mittelständischen Kreise des Volkes in Zukunft mehr als bisher sich für die politische Arbeit in der CDU zur Verfügung stellen, denn nur bei tätiger Mitwirkung aller Gruppen des Volkes wird die Idee der Union Wirklichkeit.

Schuman-Plan

Die CDU erblickt im Schuman-Plan einen wesentlichen und ersten Schritt zur faktischen Gründung eines Vereinigten Europa. Sie ist der Überzeugung, daß die durch ihn zu schaffende Kohle- und Stahlgemeinschaft in Erfüllung der von großen Mehrheiten aller

beteiligten Völker und insbesondere von der europäischen Jugend getragenen Hoffnungen mit Überwindung nationalstaatlicher Sonderinteressen der Wirtschaft der beteiligten Völker durch Schaffung des gemeinsamen Marktes dient und sie fördert.

Mit Genugtuung stellt sie fest, daß im Schuman-Plan erstmals in der europäischen Geschichte eine übernationale Organisation geschaffen wird, der nationale Souveränitätsrechte übertragen werden; hier wird der erste Stein für die Vereinigten Staaten von Europa gelegt.

Die CDU weiß, daß jede der vertragsschließenden Nationen nicht nur Vorteile durch den Schuman-Plan erhält, sondern, auch Nachteile erleiden wird. Ohne nationale Opfer wird aber Europa nie geschaffen werden. Sie glaubt daher, daß die europäische Verantwortung Träger der zukünftigen Entscheidung der Regierung und der Organe des Schuman-Plans ist; der Schuman-Plan dient der Zukunft, er kann nicht aus dem Geist der Vergangenheit begriffen werden.

Die CDU erwartet daher von der Bundestagsfraktion der CDU, daß sie der Ratifikation des Schuman-Planes zustimmt. Dabei ist Voraussetzung daß die z. Z. noch bestehenden, besonders die Kohle- und Stahlwirtschaft hemmenden Beschränkungen im Sinne der Ausführungen des Bundeskanzlers in der Sitzung des Bundestages vom 12. Mai 1951 vor der Ratifizierung beseitigt werden.

Der Parteitag dankt der Bundesregierung für ihre Arbeit am Schuman-Plan; sie hat damit für die Integration Europas eine entscheidende Arbeit geleistet.

Ausschuß für Sozialpolitik

Der Bundestag, der CDU 1951 anerkennt die seit 1949 von der CDU auf Bundesebene eingeleitete und durch die Bundesfraktion im wesentlichen bestimmte und in der Gesetzgebung verankerte Sozialpolitik; sie ist im Interesse der sozialen Befriedung unseres Volkes mit Nachdruck fortzusetzen.

Die durch die Not in unserem Volke notwendigen Sozialaufwendungen sind im Verhältnis zum Sozialprodukt zu einer schweren, fast unerträglichen Belastung geworden. Die durch den verlorenen Krieg zwangsläufig anfallenden Lasten können auf die Dauer nur getragen werden, wenn

- a) Deutschland baldigst die volle wirtschaftliche Freiheit gewährt wird, damit seine Produktion erhöht und ausgeweitet und dadurch die Zahl der Arbeitsplätze vermehrt und die Arbeitslosigkeit beseitigt werden kann,
- b) die Sozialpolitik die Aufgabe löst, den wahrhaft notleidenden und schicksalhaft bedingten Erwerbs- und Arbeitsunfähigen, den Waisen und Alten eine wirksame und fühlbare Hilfe zu geben. Vornehmstes Ziel der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik ist, den Menschen einen Arbeitsplatz und sie für die Wechselfälle des Lebens durch eine gut fundierte und ausgebauten Sozialversicherung zu sichern.

Von Bundesregierung und Fraktion erwartet der Parteitag, daß die Beratungen über die Schaffung eines Betriebsverfassungsgesetzes ernsthaft vorangetrieben werden, da die gesamte deutsche Öffentlichkeit eine baldige gesetzliche Regelung des Mitbestimmungsrechtes auf betrieblicher, wie auch auf überbetrieblicher Ebene im Interesse der Wirtschaft für dringend erforderlich hält. Zum Inhalt dieses Gesetzes vertritt der Bundestag die Auffassung, daß das Mitbestimmungsrecht je nach der Größe der einzelnen Betriebe Differenzierungen aufweisen muß. Den Minderheiten in den Betrieben ist eine entsprechende Vertretung im Betriebsrat gesetzlich einzuräumen und durch ein entsprechendes Wahlsystem zu ermöglichen. Das Mitbestimmungsrecht auf der betrieblichen Ebene ist in erster Linie von Betriebsangehörigen wahrzunehmen. — Um der Arbeitnehmerschaft eine gleichberechtigte und verantwortliche Beteiligung an den wirtschaftlichen Funktionen zu geben, muß ein Drittel der Aufsichtsräte von der Arbeitnehmerschaft entsandt werden.

Das Problem der überbetrieblichen Mitbestimmung muß ebenfalls schon im Hinblick darauf, daß endlich die bestehenden Spannungen in unserem Volke weitgehend beseitigt werden, einer baldigen Lösung zugeführt werden.

Förderung und Schutz des Handwerks, der Landwirtschaft und der freien Berufe müssen ebenso wie die berechtigten Belange der Arbeitnehmerschaft unter Berücksichtigung des Gemeinwohles ernstes Anliegen der CDU sein.

Der Parteitag bejaht die Notwendigkeit der Einführung von Kinderbeihilfen. Bei der Bejahung für die Kinderbeihilfe steht im Vordergrund die Sorge um die Erhöhung des Lebensniveaus d. h. Sicherung eines menschenwürdigen Daseins für die Kinder und für die kinderreiche Familie. Die Familie ist als Ursprungszelle des Volkes und der menschlichen Gesellschaft nicht nur in ihrem Bestand zu schützen, sondern zu fördern. Echte eigene Verantwortung und eigene Leistung der Eltern sollen nicht geschwächt, sondern gestärkt werden. Für die kinderreiche Familie bedarf der Leistungslohn aber einer Ergänzung. Einen Weg zur Befriedigung der notwendigen Bedürfnisse kinderreicher Familien bietet die Schaffung von Familienausgleichskassen.

Mit Sorge beobachtet der Bundesausschuß für Sozialpolitik der CDU die Entwicklung der Preise des lebensnotwendigen Güterbedarfs. Von Bundesregierung und Bundestagsfraktion, insbesondere aber von den verantwortlichen Länderregierungen wird erwartet, daß entsprechende Maßnahmen getroffen werden, um endlich ein weiteres unberechtigtes Ansteigen der Preise zu verhindern.

Sozial-Ausschüsse

Neuordnung der Wirtschaft

In Anbetracht der schwierigen Aufgaben, die der deutschen Wirtschaft für die Existenz des deutschen Volkes gestellt sind, hält der Bundesparteitag der CDU die organische Weiterentwicklung unserer Wirtschaftsverfassung für dringend geboten.

Der Bundesparteitag spricht sich daher

1. für die Errichtung eines Bundeswirtschaftsrates aus, an dem Unternehmer, Arbeitnehmer und Verbraucher beteiligt sind.

Der Bundeswirtschaftsrat soll als beratendes Organ der Bundesregierung und dem Parlament in allen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen zur Seite stehen. Die Arbeit des Bundeswirtschaftsrates bedarf einer geeigneten regionalen Ergänzung.

2. Der Bundesparteitag bekennt sich erneut zu den Grundsätzen des Ahlener Programms und zu einer befriedigenden Neuordnung der Besitzverhältnisse in der Grundstoffindustrie. Dabei muß das Mitbestimmungsgesetz in Kohle und Eisen berücksichtigt werden. Die Mitbestimmung muß eigentumsrechtlich untermauert werden. Im Interesse der Volksgesamtheit ist eine öffentliche Kontrollfunktion sicherzustellen. Die Neuordnung muß durch ein deutsches Gesetz baldmöglichst abgeschlossen werden.
3. Der Bundesparteitag erwartet die baldige Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes. Er ist der Auffassung, daß den wohlverstandenen Interessen der Arbeitnehmer nicht gedient ist, wenn den Arbeitnehmern neben der Beteiligung an den Funktionen in der Wirtschaft nicht auch die Möglichkeit zu einer angemessenen Beteiligung an dem Ertrag der Betriebe über den Tariflohn hinaus gegeben wird. Bei der Neuordnung der Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitgebern darf es nicht um die Verteilung von Herrschaftsansprüchen gehen, sondern um die Herstellung echter Leistungsgemeinschaften, deren Glieder durch gegenseitiges Vertrauen, durch Bereitwilligkeit zur Übernahme gemeinsamer Verantwortung und durch Ertragsbeteiligung und Besitz miteinander verbunden sind.

Sozialer Wohnungsbau

1. Über den Wohnungsbau sollten breite Kreise entwurzelter Volksschichten zu Eigentum kommen. Die Selbsthilfe und eigene Initiative ist mit allen Mitteln zu fördern. Die hier noch brachliegenden beträchtlichen Reserven müssen für den sozialen Wohnungsbau aktiviert werden. Dem Willen, durch eigene Arbeitsleistung zum verbilligten Aufbau von Wohnungen beizutragen (Siedlerbewegung), muß durch bevorzugte Zuteilung notwendiger Kapitalien jede nur denkbare Förderung zuteil werden. Beherrschender Grundsatz der Wohnungsbaupolitik muß die Bildung von Eigentum sein. Daher ist in erster Linie das Eigenheim, auch im Reihenaufbau, und die Kleinsiedlung anzustreben und die Mietwohnung in steigendem Maße durch das Wohnungseigentum abzulösen.
2. Das Baulandbeschaffungsgesetz muß so schnell wie möglich verabschiedet und in einer Weise angewandt werden, daß jedermann zu tragbaren Bedingungen Zutritt zum Boden hat und der gesunde Wiederaufbau unserer Städte gesichert wird.
3. Im Mittelpunkt der gesamten Wohnungspolitik muß die Familie als lebendige Gemeinschaft stehen. Wir fordern deshalb das familiengerechte Heim, Kleinstwohnungen erteilen den Willen zur Familie. Sie eignen sich nur für kinderlose Familien und alleinstehende Personen.
4. Der Sparwille des deutschen Volkes und seine Bereitschaft, zugunsten des sozialen Wohnungsbaues Opfer zu bringen, muß wesentlich verstärkt werden. Der Anreiz zum Sparen ist durch Einführung wertsichernder Sparmöglichkeiten, durch Anwartschaften auf Wohnungszuteilungen zu fördern. Die Kapitalsammelstellen, Sparkassen, Pfandbrief- und Kreditinstitute müssen verpflichtet werden, die für dieses Programm notwendigen Mittel auch hinsichtlich der Wertsicherung zur Verfügung zu stellen.
5. Dem Aufbauwillen entgegenstehende Hemmnisse, wie sie durch eine unübersichtliche Gesetzgebung und einen schwerfälligen bürokratischen Formalismus verursacht werden, muß durch Vereinfachung der Zuteilungs-, Prüfungs- und Genehmigungsverfahren entgegengetreten werden.
6. Die für die Erteilung von Baugenehmigungen und Konzessionen für Gast- und Vergnügungstätten zuständigen Behörden haben im Hinblick auf die unerträgliche Lage von Millionen Wohnungsloser bei der Erteilung von Genehmigungen einen strengeren Maßstab als bisher anzulegen, um unverhältnismäßigen Bauluxus zu verhindern. Für den sozialen Wohnungsbau notwendiges Baumaterial darf nicht durch unverhältnismäßigen Aufwand an Bank-, Versicherungs-, Behörden- und Verwaltungsbauten vertan werden.
7. Insassen von Massenlagern, menschenunwürdigen Unterkünften, Heimatvertriebene, insbesondere Umsiedler und Evakuierte sind bevorzugt dort anzusiedeln, wo die Grundlagen für eine Existenz gegeben sind.
8. Dem Auslande gegenüber müssen wir darauf hinweisen, daß das deutsche Vertriebenenelend nur durch Selbsthaftmachung dieser entwurzelten Menschen gemildert werden kann. Hierzu bedürfen wir der besonderen finanziellen Hilfe des Auslandes.

9. Die beschleunigte Verabschiedung eines Bundesbaugesetzes muß mit allen Mitteln gefördert werden, damit die lähmende Rechtszersplitterung auf diesem Gebiete beseitigt wird. In diesem Gesetz muß die Frage der Bewertung des Baulandes endgültig geregelt werden. Die Bodenspekulation muß hierdurch für alle Zeiten beseitigt werden. Der unverdiente Wertzuwachs ist zugunsten der Allgemeinheit einzuziehen.

Verstärkung der Betriebsarbeit

Die christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft beobachtet mit Sorge die Versuche, insbesondere der Kommunisten, ihre Werbetätigkeit in verstärktem Maße in die Betriebe zu verlegen. Auch von seiten der Sozialdemokratie ist eine zunehmende Betriebsagitation festzustellen. Das gilt vor allem von den Groß- und Mittelbetrieben. Es werden Betriebsgruppen gebildet und Versuche gemacht, über die Betriebsräte politischen und personellen Einfluß auszuüben. Diese Arbeit wird systematisch von den Parteizentralen gefördert. Dafür eingerichtete Referate haben die Aufgabe, die Arbeit der Betriebsgruppen durch Propagandamaterial, parteipolitische Stellungnahmen und persönliche Beeinflussung zu unterstützen. Sie geben darüber hinaus den Betriebsgruppen Anweisungen, wie sie sich in konkreten Einzelfällen zu verhalten haben.

Die politischen und weltanschaulichen Auseinandersetzungen werden auf diese Weise immer mehr in die Betriebe getragen. Die christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft sieht es als vordringlichste Aufgabe an, in erweitertem Maße zu christlich-demokratischen Betriebsgruppen zu kommen. Nur so kann der einseitigen parteipolitischen Propaganda und den einseitigen Beherrschungsversuchen wirksam begegnet werden.

Wir stellen daher den Antrag, der Bundesparteitag möge beschließen:

1. In der Bundespartei eine besondere Stelle für Betriebsarbeit und Betriebsorganisation einzurichten.
2. In den Landes-, Kreis- und Ortsparteien hauptamtliche Stellen für Sozialsekretäre einzurichten, die sich der Betriebsarbeit in ganz besonderem Maße widmen und den Zusammenschluß der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft auf betrieblicher Ebene sichern sollen.
3. Alle Sozialsekretäre stärkstens für die Arbeit in den Betrieben zu verpflichten.

Ausschuß für Kulturpolitik

Für die CDU ist und bleibt Kulturpolitik niemals ein politischer Bereich neben anderen, sondern der wirkende Mittelpunkt, von dem erst alle anderen Bereiche in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat ihre Gestaltung gewinnen. Die geistige Kraft des christlichen Glaubens muß alle Lebensgebiete durchdringen.

Alle Kulturarbeit muß der personalen Würde und der individuellen Geistigkeit des einzelnen Menschen entsprechen. Sie darf nicht wie in den Methoden des totalitären und zentralistischen Staates durch Zwang von oben diktiert werden. Der uniformierten Weltanschauung des dialektischen Materialismus muß die aktive und lebensbejahende, auf christlicher Verantwortung fest gegründete abendländische Geisteshaltung entgegengestellt werden. Als Träger und Gestalter europäischer Gemeinschaft fordern wir von aller Bildungs- und Erziehungsarbeit die Verwirklichung und die Verlebendigung dieses christlich-abendländischen Kulturerbes.

Das gesamtdeutsche Anliegen der Kulturpflege, der Jugenderziehung und der Volksbildung muß bei der politischen und parlamentarischen Behandlung von Kulturfragen im Vordergrund stehen. In der Pflege und Vermittlung von Kultur gilt es, die hohen Werte aller deutschen Landschaften, insbesondere auch des deutschen Ostens, in ihrer geschichtlich gewordenen Einheit lebendig zu erhalten.

Den naturhaften Gegebenheiten von Familie, Landschaft und Volk, den soziologischen und weltanschaulichen Gliederungen ist freie Entfaltung zu geben. Auf dem Boden der gegenwärtigen Rechtslage sollen Länder und Bund in organischer kulturpolitischer Zusammenarbeit, wie sie von unten her mit Erfolg entwickelt wurde, eine gesunde Synthese und Koordinierung in Schul-, Hochschul- und Kunstfragen ständig weiterfördern.

Eine Schulreform muß von der inneren Gestaltung und einer wahrhaft geistigen Erfassung des Bildungsquites her gesehen werden und darf sich nicht in rein konstruktiven Plänen erschöpfen. Nur was vom Wesenhaften und Geistigen her an Kulturwerten erkannt und bekannt wird, kann geschätzt und verteidigt werden und die Demokratie vor unduldsamen Gewissenszwang und totalitären Methoden bewahren.

Die verantwortliche Mitwirkung der Eltern an der Gestaltung des Schulwesens muß über das Recht der Entscheidung über die Schulform und die Mitarbeit in Klassenelternschaften und Schulpflegschaften hinaus in organischer Entwicklung auf allen Ebenen des schulischen Lebens zu einer angemessenen Mitbestimmung fortschreiten. Inhalt und Form dieser Mitwirkung sind rechtlich klar zu entwickeln. Der Aufruf zu einer umfassenderen Wahrnehmung wirksamer Elternverantwortung in allen Lebensbereichen hat über das eigentliche Erziehungsanliegen hinaus eine grundlegende Bedeutung für die Erneuerung unseres öffentlichen Lebens von der Verantwortung eines jeden einzelnen her.

Der Parteitag fordert, daß die im Bonner Grundgesetz verpflichtend ausgesprochene Unterrichtsfreiheit in allen Ländern praktisch durchgeführt wird. Er lehnt ein Schulmonopol der öffentlichen Hand ab und erkennt an, daß das Privatschulwesen ein wesentliches und unentbehrlicher Teil des allgemeinen Bildungswesens ist. Entsprechend der gemeinnützigen Leistung der anerkannten Privatschulen muß ihnen von Staat und Kommunen finanzielle Hilfe gewährt werden, damit sie ihre im öffentlichen Interesse liegenden Aufgaben erfüllen, ihre Lehrkräfte ausreichend besolden und für Alter und Krankheit versorgen können. In einem Freistellenwerk des deutschen Volkes müssen alle Privatschulen entsprechend ihrer öffentlichen Bedeutung voll berücksichtigt werden. Im gesamten Schulwesen ist Sorge zu tragen, daß die Lehrer aus wirtschaftlicher Sicherheit heraus wirken. Der Parteitag begrüßt die bereits zu diesem Zweck eingeleiteten Schritte und erwartet von Bund und Ländern, daß diese Initiative kraftvoll weitergeführt wird.

Demokratie als Lebensform fordert freie Volksbildung, die die menschliche Persönlichkeit in Zuordnung aus den lebendigen Kräften der Gemeinschaft erweckt und dadurch der drohenden Vermassung entgegenwirkt. Insbesondere gilt dies von einer Volksbildung, die die lebendigen Kräfte des Christseins fruchtbar zu machen sucht. Der Ausschuß erwartet, daß die Bundespartei in Stadt und Land fördernde Unterstützung den gemeindlichen wie den freien Volksbildungswerken und Volksbüchereien gewährt, die den ethischen und menschlichen Forderungen eines echten Bildungsanliegens entsprechen. Auch der freischaffende Künstler steht im Dienste der Gemeinschaft und hat ein Recht auf Förderung. Diese ihm zu gebende Förderung muß alle die Organe mit erfassen, die für ihn Sorge tragen.

Der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands muß auch die Kulturpolitik der CDU dienen. In Berlin reiben sich heute am schärfsten die kulturellen Ansprüche des Westens und des Ostens. Von hier aus strahlen die kulturellen Leistungen des freien Deutschlands in die sowjetisch besetzten Teile Deutschlands hinüber. Deshalb ist die besondere Stellung Berlins durch Spitzenleistungen auf allen kulturellen Gebieten im Interesse Gesamtdeutschlands zu pflegen und zu erhalten. Der geistige Zusammenhalt des deutschen Volkes in der Bundesrepublik und in den sowjetischen Gebieten ist überall zu fördern und zu festigen.

Zur Fortentwicklung der europäischen Gemeinschaft ist der Jugend- und Studentenaustausch zur Bildungs- und Berufsförderung zu unterstützen und dazu der Jugendpaß zu schaffen. Das gegenseitige Kennenlernen der europäischen Kulturwerte muß alle Bildungsarbeit durchdringen.

Frauenauschuß

Frauenarbeit

Der Frauenauschuß bittet den Parteivorstand und den Parteiausschuß, dafür Sorge zu tragen,

1. daß zu einer wirkungsvolleren Frauenarbeit in jedem Lande eine hauptamtliche Frauenreferentin angestellt wird,
2. daß der Frauenarbeit eine genügende finanzielle Unterstützung gewährt wird,
3. daß die Frauen in allen Bundes- und Länderfachausschüssen angemessen vertreten sind.

Sowjetzone

Der Frauenauschuß der CDU hat sich in seiner Tagung eingehend mit dem brutalen Versuch der Bolschewisierung in der sowjetisch besetzten Zone beschäftigt. Er ist von der Notwendigkeit überzeugt, daß diese Situation mehr als bisher im Westen bekannt werden muß. Daher beantragt er beim Parteivorstand:

1. Alle Gliederungen der Partei mit ausreichendem Material zu versorgen und ihnen aufzugeben, laufend alle Mitglieder über die Wichtigkeit dieser Frage für Gesamtdeutschland aufzuklären.
2. Die CDU-Kultusminister zu veranlassen, in den ständigen Konferenzen der Kultusminister ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, daß in allen Ländern die Lehrpläne aller Schularten die Sowjetzone und den deutschen Osten als Teile Deutschlands zu behandeln.
3. Die Parteigliederungen anzuweisen, vordringlich ihre Aufmerksamkeit auf die Jugendlichen, insbesondere die Studenten zu richten, die wegen Gefahr an Leib und Leben die Sowjetzone verlassen mußten und große Schwierigkeiten haben, ihre Berufsausbildung zu beenden.
4. Alle verantwortlichen Männer und Frauen der CDU zu veranlassen, im Hinblick auf die kommenden „Gesamtdeutschen Wahlen“ schon heute in der Presse, Rundfunk und in Versammlungen den deutschen Osten anzusprechen.

Bewahrungsgesetz

Die lange Verzögerung der Vorlage eines Bewahrungsgesetzes, das schon 1949 durch die Fraktion der CDU/CSU beantragt wurde, veranlaßt den Frauenauschuß der CDU des Bundes, die beschleunigte Vorlage eines Gesetzes zu erbitten.

Die Mitglieder des Frauenauschusses wissen um die große Gefährdung und Not der Menschen, die infolge Verstandes- oder Willensschwäche im rechten Gebrauch ihrer Freiheit behindert und zutiefst in ihrer Menschenwürde bedroht sind, sie wissen um die erheblichen Kosten, die diese Menschen im Strafvollzug, im Gesundheits- und Krankenwesen und in der allgemeinen Fürsorge ständig verursachen. Diese Kosten sind bedeutend höher als eine rechtzeitige sofortige Hilfe sein würde, die ihrer menschlichen Würde entspricht. Diese Hilfe würde allerdings eine vorübergehende Freiheitsbeschränkung erforderlich machen, weil sonst die Freiheit aller vermindert wird.

Ausschuß Presse, Rundfunk, Film

Der Ausschuß „Presse, Rundfunk, Film“ bittet die Parteileitung, innerhalb der Parteiorganisation und in allen zur Information der Mitglieder geeigneten Formen darauf hinzuweisen, daß die der Partei nahestehende Presse mit allen Mitteln zu fördern ist. Diese Presse muß den anderen Aufgaben der Partei dienen, indem sie breiteste Publizität, d. h. größte Verbreitung gewinnt. Nur so kann ihr Einsatz für die Förderung der Grundsätze der Partei wirksam werden. Diese Aufgabe ist um so schwieriger, als die Presse durch die Steigerung der Papierpreise und andere wirtschaftliche Nöte nur unter großen Opfern sich erhalten und im Kampf um die Aufgaben der Partei aktionsfähig bleiben kann. Die Partei sollte eindringlich darauf hinweisen, daß die Zeitungen, die ohne gesinnungsmäßige Grundhaltung der Masse dienstbar sind, letztlich auch der demokratischen Gesinnungsarbeit und damit der Demokratie selbst lebensgefährlich werden. Eine Tatsache, die sich bereits in der Fassung der Nachrichten erweist, der eigentlichen Grundlage für die politische Entscheidung der Wähler.

Die Kultusministerien werden aufgefordert, in den Schulen einen staatspolitischen Unterricht einzuführen, der neben solidem Wissen die Überzeugung von der notwendigen Mitarbeit an den Aufgaben des öffentlichen Lebens wachruft und die jungen Menschen anleitet, daran aus innerstem Interesse teilzunehmen. Nur so ist es möglich, der gesamten Publizistik einen sachkundigen und kritisch werdenden Leser und Hörer zuzuführen und so den Andrang zur gesinnungslosen und niedrigen Publizistik herabzumindern.

Der Ausschuß „Presse, Film, Rundfunk“ der CDU richtet an den Parteivorstand die Forderung, bei der Bundesgeschäftsstelle unverzüglich ein selbständiges, hinreichend ausgestattetes Referat „Rundfunk“ einzurichten.

Der Ausschuß „Presse, Rundfunk, Film“ der CDU lenkt die Aufmerksamkeit des Parteivorstandes auf die dringend notwendige Schaffung eines Bundesrundfunkgesetzes. Dieses Bundesrundfunkgesetz hätte an die Stelle aller bisher von den Besatzungsmächten auf dem Gebiet des Rundfunks erlassenen Anordnungen zu treten. Der Ausschuß ist der Auffassung, daß durch den Abschluß von Staatsverträgen zwischen Ländern und Seandeanstalten des Bundesgebietes das kommende Bundesrundfunkgesetz nicht präjudiziert werden darf.

Der Ausschuß „Presse, Film und Rundfunk“ der CDU bittet die Parteileitung, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß die den Rundfunkgesellschaften zur Pflicht gemachte Überparteilichkeit auch tatsächlich gewahrt wird. Der Ausschuß macht aber darauf aufmerksam, daß bei der Zubilligung von Sendezeiten Regierung und Parteien der Opposition keine vergleichbaren Größen sind, und daß die Bundesregierung den Vorrang haben muß, der deutschen Bevölkerung durch den Rundfunk ihre Aufgaben und Ziele zu erläutern. Dem in der letzten Zeit häufig zugelassenen Übergewicht der Opposition ist entgegenzutreten, der Regierung die beste Sendezeit zuzubilligen und in überparteilichen Abmachungen auch der Opposition und den Regierungsparteien unter Wahrung der funktisch notwendigen Formen gleichmäßig das Wort zu geben. Nur ausgleichend in diesem Sinne kann die im gesamt-demokratischen Interesse unerläßliche Unabhängigkeit des Rundfunks gewährleistet sein.

Der Ausschuß für Presse, Film, Rundfunk begrüßt es, daß eine enge Verbindung und ein enges Zusammenarbeiten mit dem Verein „Union Presse“ herbeigeführt worden ist. Er wünscht, daß auch mit den Presseausschüssen der Landesverbände eine ständige Föhlung herbeigeführt wird. Er begrüßt es ebenso, daß eine ständige Verbindung mit der GSU durch die Einladung eines von der CSU zu benennenden Mitgliedes zu den Ausschußsitzungen hergestellt werden soll. Der Ausschuß bittet alle in Betracht kommenden Stellen, im Sinne einer Einheitlichkeit der Bestrebungen auch auf die enge Verbindung mit den Fraktionen und vor allem mit den CDU-Mitgliedern des Bundestagsausschusses bedacht zu sein.

Ausschuß für Vertriebene

Der Bundesausschuß für Vertriebene hat in seiner Tagung am 18./19. 10. in Karlsruhe einstimmig nachstehende Entschlieung gefaßt:

1. Die sofortige Erhöhung der Unterhaltshilfssätze um 25% ist vordringlich. Die Entnahme der erforderlichen Mittel aus dem Soforthilfefonds für das laufende Etatsjahr darf nur darlehensweise erfolgen.

Eine generelle Stundung der Soforthilfeabgabe ohne Rücksicht auf die Höhe des Vermögens ist abzulehnen.

2. Bei der bevorstehenden endgültigen Gestaltung des Schadensfeststellungsgesetzes ist die notwendige Mitwirkung der Geschädigten-Verbände durch Bereitstellung der erforderlichen Mittel sicherzustellen.

3. Die beschleunigte Verabschiedung des Lastenausgleichsgesetzes ist eine politische Notwendigkeit ersten Ranges. Der Lastenausgleich muß im Grundsätzlichen gerichtet sein auf Wiederherstellung des zerstörten oder verlorengegangenen Eigentums im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen.
Der überaus große Geldbedarf für die dringenden Aufgaben der ersten Jahre muß auf jedem möglichen Wege und durch alle erdenkbaren Maßnahmen sichergestellt werden.
4. Die vom Bundestag soeben verabschiedete Besoldungsreform schließt die Ruhestandsbeamten, die unter das Gesetz zum Art. 131 GG. fallen, von der beschlossenen Ruhegehaltserhöhung aus. Darin liegt ein Verstoß gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit und die Grundlagen des Berufsbeamtentums. Diese Regelung ist auch unvereinbar mit dem Grundgesetz und kann daher nicht bestehen bleiben.
5. Bei der bevorstehenden Bildung des Bundeswirtschaftsrates muß eine angemessene Vertretung der Vertriebenen eingebaut werden.
6. Die Ausschaltung der Sowjetzonen-Flüchtlinge bei der Soforthilfe und in der bisherigen Vertriebenen-Gesetzgebung hat in vielen Fällen zu unbilligen Härten geführt. Bei der künftigen Gesetzgebung muß diese Gruppe Berücksichtigung finden und in der Betreuung den Vertriebenen gleichgestellt werden.

Ausschuß für Landwirtschaft

In diesem Herbst dankt die Landwirtschaft dem Herrgott für eine im ganzen gute Ernte. Der Bundestagsfraktion der CDU/CSU sowie der Bundesregierung dankt die Landwirtschaft für ihre Hilfe.

Die Erhöhung der Erträge und die Besserung der Preise haben die Lage der Landwirtschaft entspannt. Wenn z. Z. auf Teilgebieten, z. B. der Kartoffel- und Schweinepreise, Schwierigkeiten auf der Verbraucherseite entstanden sind, so liegt deren Beseitigung z. Z. nicht im Machtbereich der Landwirtschaft. Sie ist aber im Zusammenwirken mit allen übrigen Berufsständen jederzeit bereit, an deren Abstellung mitzuwirken. Hierbei würde die Einfuhr billiger Futtermittel die wirksamste Hilfsmaßnahme darstellen.

Bundesregierung und Bundestagsfraktion werden gebeten, ihr zur Behebung der noch vorhandenen Sorgen zur Seite stehen zu wollen.

1. Dringend notwendig ist eine klare Linie in der Agrarpolitik. Es ist unmöglich z. B. bei freien Preisen plötzlich Höchstpreise zu fordern, und bei gebundenen Preisen plötzlich die Subventionszahlungen einzustellen.
2. Die Steigerung der Erzeugung ist durch entsprechende Berücksichtigung bei der Steuerfestsetzung und beim Lastenausgleich zu fördern.
3. Wenn die Produktionsmittelpreise, die Löhne und die sonstigen Produktionskosten sich weiter erhöhen, muß sich die Anpassung der Produktpreise in angemessener Weise vollziehen, damit die Entlohnung der Landarbeit gegenüber der gewerblichen Arbeit nicht zurücksteht.
4. Um die Abwanderung der Landarbeiter einzudämmen, ist in erster Linie der Landarbeiterwohnungsbau zu fördern und dafür zu sorgen, daß die erstellten und vorhandenen Wohnungen ihrem Zwecke erhalten bleiben.
5. Den vertriebenen Bauern ist durch Ansiedlung, den kriegsgeschädigten Bauern durch Kredite und steuerliche Maßnahmen Hilfe zu gewähren.
Die deutsche Landwirtschaft bekennt sich zur häuerlichen Agrarstruktur Westeuropas und lehnt alle zum Kollektiv oder zum reinen Farmbetrieb führenden Tendenzen ab.
Die Landwirtschaft verlangt keine Sonderbehandlung, sondern nur Berücksichtigung ihrer Interessen im Rahmen des Ganzen, doch ohne jede Zurücksetzung oder Benachteiligung.

Ausschuß Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene

Angeichts der Größe der für die Gemeinschaft unseres Volkes gebrachten Opfer erwarten die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen der CDU Deutschlands, daß ihrem ethisch fundierten Rechtsanspruch auf eine echte Versorgung in vollem Umfang entsprochen wird. Sie erkennen an, daß durch das BVG ein Fundament gelegt worden ist, das der Besonderheit des Kriegsopferproblems entspricht und das tragfähig genug ist, einen entsprechenden Ausbau der Gesetzgebung zu gewährleisten.

Die Kriegsopfer wissen um die Verdienste der CDU bei der Schaffung des Gesetzes. Der Bundeskriegsopferausschuß der CDU ist der Überzeugung, daß das begonnene Werk möglichst bald fortgesetzt und noch bestehende Mängel beseitigt werden müssen. Er hat sich anläßlich des Bundesparteitages in seiner Sitzung mit diesen Problemen eingehend befaßt und kommt zu folgenden Beratungsergebnissen, deren Erledigung er als besonders vordringlich erachtet:

1. Möglichst rasche und einheitliche Durchführung des BVG im Sinne des Gesetzgebers durch die Schaffung einer Hauptabteilung für Kriegsopferversorgung im BAM und Übertragung des Weisungsrechtes derselben an die Länderverwaltungen gemäß Art. 84/5 des GG.
2. Schaffung einer eigenen Versorgungsgerichtsbarkeit.
3. Baldige Vorlage und Verabschiedung des Verfahrensgesetzes.
4. Aufhebung der Ruhensbestimmung für die Grundrente der kinderlosen Witwe unter 40 Jahren.

5. Nichtanrechnung der Grundrente auf Bezüge irgendwelcher Art.
6. Ausweitung der Einkommensgrenzen im BVG für die Arbeits- und sonstigen Einkommen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zum Zwecke der Anpassung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten, um zu verhindern, daß Teuerungszulagen zu Lasten der Kriegsofoper vom Staat einbehalten werden.
7. Wahrung des Charakters der gehobenen Fürsorge bei der Durchführung der §§ 25—27 BVG.
8. Bereitstellung ausreichender Mittel durch die Länder für die Einrichtung bzw. personelle und räumliche Ausweitung der Hauptfürsorgestellen, um den Beschädigten und Hinterbliebenen eine wirksame Hilfe in allen Lebenslagen zu sichern.
9. Erschließung und Sicherung von Arbeitsplätzen in Wirtschaft und Verwaltung für Beschädigte und Hinterbliebene durch entsprechende Gesetzgebung gemäß der §§ 25—27 BVG, die die Möglichkeit eines übergebieltlichen Ausgleiches für Arbeitsuchende enthalten muß.
10. Förderung von Wohnungs- und Siedlungsbau für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene insbesondere an den Zentren der Arbeit.
11. Errichtung von Lehrlingsheimen zum Zwecke der Berufsausbildung von Kriegerwaisen und Kindern der Beschädigten.

Angesichts des bisher bewiesenen Verständnisses und der sozialen Aufgeschlossenheit unserer Partei für die Belange der Kriegsofoper erwartet der Bundeskriegsofoperausschuß der CDU, daß von seiten der Partei sowie der Bundesregierung alles getan wird, diese Mindestforderungen möglichst bald zu erfüllen.

Ausschuß Öffentliche Dienste

Die CDU bekennt sich uneingeschränkt zu den von dem Herrn Bundeskanzler wiederholt proklamierten, im Grundgesetz gesicherten, bewährten Grundsätzen eines volksnahen, demokratisch gefestigten Berufsbeamtentums.

Die notwendige, gerechte und unterschiedslose Durchführung der Wiedergutmachung des an den demokratischen Beamten in der Zeit von 1933 bis heute begangenen Unrechts ist die unerläßliche Voraussetzung für eine Befriedung des Berufsbeamtentums.

Nach den schweren Opfern, die den öffentlichen Bediensteten infolge der Notlage des Staates aufgezwungen wurden und zur Zeit noch werden, muß diesem, in schwerster Zeit bewährten Personenkreis, dessen Bezüge weit hinter allen vergleichbaren Berufsschichten zurückstehen, nunmehr sein Recht werden.

Die CDU fordert den Abbau aller staatsfremden Aufgabengebiete und die Ausschaltung ungeeigneter Kräfte.

Ausschuß ehemaliger Berufssoldaten

Soldaten und soldatische Haltung sind mit Militarismus nicht zu verwechseln. Militarismus ist eine krankhafte Geisteshaltung, die ihre Ziele im Leben mit rücksichtsloser Gewalt durchzusetzen versucht, durch Unterdrückung der Mitmenschen und unter Anwendung brutaler Formen.

Der Militarist kann in allen Berufsständen vertreten sein. Wir begrüßen den Verband deutscher Soldaten (V.D.S.) als Zusammenschluß zur Pflege der Kameradschaft, Tradition und zum Schutz der Ehre der deutschen Soldaten, die bestrebt sind, verantwortungsbewußt dem deutschen Volk und seiner demokratischen Verfassung zu dienen. Wir bekennen uns zu einem deutschen Verteidigungsbeitrag zur Sicherung des Friedens in Europa, in dem von dem Herrn Bundeskanzler vertretenen Sinne. Wir treten ein für die berechtigten Forderungen der ehemaligen Berufssoldaten und ihrer Hinterbliebenen. Es wird anerkannt, daß unsere Regierung mit der Schaffung des 131er Gesetzes den wesentlichen Schritt zur Regelung der staatlichen Verpflichtung gegenüber diesem Berufsstand gemacht hat. Wir sind bereit, an der Ausmerzung der im Gesetz noch bestehenden Härten mitzuarbeiten und uns insbesondere für die gleichartige Durchführung des Gesetzes in Westberlin einzusetzen.

Kommunalpolitische Vereinigung

Die Kommunalpolitische Vereinigung schließt sich der von den Sozialausschüssen eingebrachten Entscheidung zum sozialen Wohnungsbau voll inhaltlich an. Sie wünscht jedoch, daß die Frage einer gewissen Anpassung der Altmieten in der Entscheidung als Punkt 10' aufgenommen wird, und schlägt hierzu dem Bundesparteitag folgende Formulierung vor:

Die Frage einer gewissen Anpassung der Altmieten an den heutigen Preisstand soll unter gleichzeitigem Einbau ausreichender Schutzbestimmungen zugunsten der sozial schwachen Schichten einer Lösung nahegebracht werden, durch welche die Wirtschaftlichkeit des Hausbesitzes gesteigert und neue Mittel für den Wohnungsbau freigemacht werden.

Gäste des Karlsruher Parteitages

Persönlichkeiten des kirchlichen Lebens

Landesbischof D. B e n d e r, Karlsruhe
Geistl. Rat Dr. K i e s e r, Karlsruhe
Ehrendomherr Prälat Dr. R ü d e, Karlsruhe

Persönlichkeiten des politischen und öffentlichen Lebens

Ministerpräsident A l t m e i e r (Rheinland-Pfalz), Koblenz
Ministerpräsident A r n o l d (Nordrhein-Westfalen), Düsseldorf
Ministerialdirektor B l a n k e n h o r n (Auswärtiges Amt), Bonn
Minister Dr. E c k e r t (Süd-Baden), Freiburg
Bundewirtschaftsminister Prof. Dr. E r h a r d, Bonn
Minister E r n s t (Nordrhein-Westfalen), Düsseldorf
Minister Dr. F i n c k (Rheinland-Pfalz), Hambach/Pf.
Minister Dr. F l e c k e n (Nordrhein-Westfalen), Düsseldorf
Stellv. Vorsitzender des DGB, F ö c h e r, Düsseldorf
Bürgermeister Dr. F r i e d e n s b u r g, Berlin
Präsident G r e t s c h m a n n, Handwerkskammer Karlsruhe, Karlsruhe
Landrat G r o s s, Karlsruhe
Ministerialrat Dr. H e i d e l b e r g e r, Karlsruhe
Präsident Dr. Dr. H u n d h a m m e r, Bayrischer Landtag, München
Präsident Dr. K a i d e l, Vorstand landw. Genossenschaften, Karlsruhe
Bundesminister K a i s e r, Bonn
Minister a. D. Dr. K a u f m a n n, Stuttgart
Bürgermeister a. D. K a u f m a n n, Ettlingen
K r u e g e r, Bundespresseamt, Bonn
Präsident Dr. K ü h n, LVA Baden, Karlsruhe
Bundesminister Dr. Dr. L e h r, Bonn
Staatssekretär Dr. L e n z, Bonn
Staatssekretär Ritter v. L e x, Bonn
Ministerpräsident L ü b k e, Friedrich-Wilhelm (Schleswig-Holstein), Kiel
Minister L ü b k e, Heinrich (Nordrhein-Westfalen), Düsseldorf
Bundesminister Dr. L u k a s c h e k, Bonn
Dr. M a i, pers. Referent des Bundeskanzlers, Bonn
Präsident Baron Dr. von M a n t e u f f e l - S z o e g e, Hauptamt für Sofort-
hilfe, Bad Homburg vdH.

Staatspräsident Dr. Müller, Tübingen
Gesandter-Dr. Pfeiffer, Brüssel
Präsident Riehl, Dipl. Ing., Oberpostdirektion Karlsruhe
Minister Dr. Sauer (Südwürttemberg-Hohenzollern), Tübingen
Bundesminister Dr. Schäffer, Bonn
Minister Stübinger (Rheinland-Pfalz), Mainz
Präsident Dr. Unser, Landesbezirk Nordbaden, Karlsruhe †
Ministerialdirektor Scheuble, Bonn
Bundesminister Schubert, Bonn
Bundesminister Storch, Bonn
Staatssekretär Dr. Strauss, Bundesfinanzministerium, Bonn
Minister Frau Teusch (Nordrhein-Westfalen), Düsseldorf
Dr. Vockel, Bevollmächtigter der Bundesrepublik, Berlin
Minister Dr. Weitz (Nordrhein-Westfalen), Duisburg
Minister Wirsching (Südwürttemberg-Hohenzollern), Tübingen
Staatspräsident Wohleb (Südbaden), Freiburg
Präsident Wolters, Landtag Rheinland-Pfalz, Trier
Minister Dr. Zimmer (Rheinland-Pfalz), Mainz

Vertreter christlich-demokratischer Parteien des Auslandes

Bruinsslot, Antirevolutionäre Partei Hollands
Despot, Belgien, PSC (Partie Social Chrétienne)
Dr. Dietrich, Thè Lutheran World Federation, Genf
M. Humblet, Belgien, PSC
Generalsekretär Dr. Maleta, ÖVP, Wien
Mertens, Belgien, PSC
Ott, Frankreich, MRP
Minister Dr. Sassen, Holland, Kathol. Volkspartei
Prof. Scherer, Frankreich, MRP
Prof. Dr. Schmaal, Christlich-Historische Union, Holland

Befreundete Gäste aus dem Saargebiet

Assessor Bergweiler, Saarbrücken
Dr. Hellwig, Deutscher Saarbund, Düsseldorf
Stadtschulrat a. D. Martin, Quierschied/Saar
Simonis, Paul, Merzig/Saar
Schneider, Deutscher Saarbund

Vertreter der Hohen Kommission

M. Gardner, US-Resident Officer, Karlsruhe
Mac Alpine, High Commission, Bonn
M. Cheysson, franz. Verbindungsoffizier



INHALT

Geleitwort des Parteivorsitzenden	2
Von Goslar nach Karlsruhe	3
Erster Tag	6
Eröffnung	6
Deutschland und Europa (Dr. Konrad Adenauer)	13
Zweiter Tag	26
<i>Der soziale und wirtschaftliche Aufbau Deutschlands</i>	
Karl Arnold	26
Dr. Friedrich Holzapfel	37
<i>CDU und CSU in der Verantwortung</i>	
Dr. Heinrich von Brentano	47
<i>Aussprache</i>	59
Gruß der Auslandsgäste	82
Berichte der Ausschußvorsitzenden	88
Dritter Tag	111
<i>Standort und Aufgabe der CDU</i>	
Dr. Robert Tillmanns	112
Professor Dr. Alois Dempf	119
<i>Aussprache</i>	128
<i>Abstimmungen</i>	139
<i>Schlußkundgebung</i>	147
<i>Sicherheit und Friede</i> (Frau Dr. Brökelschen)	153
<i>Deutschland muß seine Einheit wiederfinden</i> (Jakob Kaiser)	158
<i>Schlußwort des Bundeskanzlers</i>	163
Besprechung der Landtagsfraktionen	166
Entschließungen und Beschlüsse	167
Gäste des Parteitages	176



Politik von A-Z

Das Nachschlagewerk des tätigen CDU-Politikers ist

Das Politische ABC

Das zum Bundesparteitag in Karlsruhe neu bearbeitete Nachschlagewerk gibt in Stichworten schnelle und brauchbare Antwort auf alle politischen Tagesfragen

*

Das Nachschlagewerk ist unentbehrlich für die Arbeit in Politik, Organisation und Propaganda

*

Bezug zum Preise von DM 1.— durch die
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE DER CDU DEUTSCHLANDS
Bonn, Argelanderstraße 173 • Postscheckkonto Köln 36531

*Entwicklung und Behauptung
lebenswerter Ideale -
weltweites Denken,
Aufgeschlossenheit und Fortschritt*

umschließen die Zielsetzung der zwei Zeitungen, die in den Städten Köln und Bonn mit ihrem weiten Hinterland am dichtesten verbreitet sind. Ausgehend von dem Standpunkt abendländischer Vorstellungen und Auffassungen, sind sie Träger der öffentlichen Meinung. In hohem Verantwortungsbewußtsein sind sie bemüht, die Volksmeinung zu schärfen und das Gemeinwohl zu heben. Sie sehen ihre Aufgabe deshalb nicht allein in der zuverlässigen Wiedergabe des täglichen Geschehens - sie deuten es zugleich in seinen räumlichen, zeitlichen und geistigen Zusammenhängen. Sie wollen Brücke sein von Mensch zu Mensch, von Land zu Land, von Volk zu Volk und damit beitragen zum Aufbau eines neuen Europa.

Aus solchen Perspektiven ergeben sich die feste Form und der starke Widerhall dieser beiden Zeitungen:

Kölnische Rundschau

Bonner Rundschau